REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 484 · 21.5.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. AUFGEBLÄTTERT
2. Alter und neuer Antisemitismus
3. "Wir sind zu Recht gescheitert"
4. Anschaffen nach Tarif
5. Recht auf Rechte
6. Wenn die Alltäglichkeit im Fest aufgeht
7. Privatisierung öffentlicher Videoüberwachung
8. Trotz allem verzweifelte Hoffnung
9. Der nicht-deklarierte Ausnahmezustand
10. Vom Drang nach Osten
11. Das Plakat mit der Waffe
12. Zentrum gegen Peripherie
13. Raubkunst bleibt in Wuppertal
14. Jenseits des zwanzigsten Jahrhunderts
15. Aus dem Leben eines Grenzgängers
16. Zwei Einwände
17. "Ordnung halten, geht leider nicht"
18. Ein Aufruf an uns selbst
19. LESERBRIEF
20. Wir können auch anders!
21. Aktivierung im trauten Heim
22. Vorwärts in die Vergangenheit!
23. Abschieben statt heilen
24. Ein Land zerfällt
25. Faktisch taktisch?
26. Bilder in Handlungsimpulse übersetzen
27. Musterschüler Algerien
28. Metropolenblick
29. Fahnenappell in Antideutschland
30. Klassen-Gewitter
31. Lokale Kameradschaft, internationale Vernetzung
32. Ohrenpropaganda
33. Lobbypolitik am Runden Tisch oder Widerstand auf der Straße?
34. Hart geschuftet, nichts verdient
35. Bilder der Unterwerfung
36. KALENDER
37. (Haar-)Risse im Putz
38. Aneignung, Prekarität, Gegenperspektiven
39. Misshandlung mit Methode
40. Kreuzberger Allerlei
41. Editorial

1. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:01

Vernichtungskrieg ohne Täter

Hannes Heer, der Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung, hat eine umfassende Abrechnung mit der zweiten, überarbeiteten Wehrmachtsausstellung vorgenommen. Er stellt die Ereignisse, die zur Absetzung der ersten Ausstellung führten, in ihren gesellschaftspolitischen Zusammenhang und vergleicht detailliert und kritisch die Kernaussagen beider Ausstellungen. Während die erste die Beteiligung aller Angehörigen der Wehrmacht an den Verbrechen zeigte und damit ein wesentliches Tabu der BRD-Gesellschaft brach, lasse sich die Aussage der neuen Ausstellung in dem Satz zusammenfassen: "Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei". Entscheidenden Anteil daran hat der weitgehende Verzicht auf die Wirkung der Fotos, die - um scheinbarer Wissenschaftlichkeit willen - durch Text ersetzt wurden. Spannend zu lesen sind die Kapitel, in denen Heer Briefe, Tagebücher und andere Äußerungen ehemaliger Soldaten der Wehrmacht, darunter auch Ausstellungsbesucher, analysiert. Es gibt nach wie vor die Leugner und Verdränger, aber einige der Besucher, die per Zufallsauswahl um Interviews gebeten wurden, bestätigten aus eigenem Erleben die Verbrechen der Wehrmacht. Zudem zeigt Heer anhand der Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg - er nennt Böll, Remarque und Bamm -, welche Konstrukte oder Lesarten dieses von Nazi-Deutschland begonnenen Krieges fortgeschrieben wurden und welche Erfahrungen nicht öffentlich diskutiert werden sollten: Schon da ging es um die Legende von der sauberen Wehrmacht, des anständigen Soldaten. Heer setzt sich auch mit Jörg Friedrichs Buch "Der Brand" auseinander, dem er vorwirft: "Die einem militärischen Zweck folgenden Luftoperationen (der Alliierten) werden in einen Holocaust an den Deutschen verwandelt. Der Absolution für die Wehrmacht entspricht die Verdammung der Alliierten." Dieser neue Opferdiskurs wird auch dort geführt, wo es eindeutig um deutsche Verbrechen und deutsche Täter geht. So wurde z.B. in Dortmund als Teil des Rahmenprogramms der zweiten Wehrmachtsausstellung eine Sonderausstellung gezeigt, in der Kindern als Opfer des Bombenkrieges im Ruhrgebiet gedacht wurde. In diesen größeren Zusammenhang gestellt, bleibt Heers Buch auch nach dem Ende der zweiten Wehrmachtsausstellung wichtig und lesenswert.

Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Aufbau Verlag, Berlin, 2004, 395 Seiten, 22,90 EUR

Schweizer gegen "Überfremdung"

Unter EU-BürgerInnen ist nur wenig bekannt, dass die Schweiz schon früher als andere europäische Länder massive fremdenfeindliche Kampagnen erlebt und eine im schlechten Sinne beispielhafte rechtspopulistische Bewegung hervorgebracht hat. Die Wissenslücke schließen könnte Thomas Buombergers Buch "Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher" - eine gut lesbare Untersuchung über ein vernachlässigtes Kapitel Schweizer Nationalgeschichte, zugleich ein analytischer Beitrag zum Thema Rechtspopulismus in Europa. Das zentrale Datum in Buombergers Darstellung ist der 7. Juni 1970, der Tag der Abstimmung über die "Überfremdungs-Initiative" der Nationalen Aktion. Deren charismatischer Führer ist James Schwarzenbach, der die schweizerische "Identität" bewahren, Mittelstand und Kleingewerbe vor dem Großkapital schützen will. So rückwärts gewandt sein Weltbild ist, findet es doch Anklang in einer wirtschaftlichen und politischen Umbruchsituation, die viele verunsichert. Als Verursacher und Nutznießer der ungewollten Veränderungen gelten Schwarzenbachs AnhängerInnen die Hunderttausende von "Fremdarbeitern", vor allem aus Italien. Obwohl sie unter teils unmenschlichen Bedingungen leben und die unbeliebtesten Arbeiten machen, werden sie als Störenfriede angefeindet, beleidigt und bedroht. Gewerkschafter sehen in ihnen Lohndrücker, die Fremdenpolizei wittert kommunistische Umtriebe. Das Ziel von Schwarzenbachs Initiative ist die Begrenzung der Ausländerzahl. Wäre sie angenommen worden, hätten etwa 300.000 Menschen ausgewiesen werden müssen. Dass sie mit 42% Ja-Stimmen nur knapp scheitert, lässt Schwarzenbach als moralischen Sieger erscheinen - zumal der Staat die "Überfremdung" ebenfalls für real und Gegenmaßnahmen für dringend geboten erklärt. In der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre entspannt sich dann die Situation, weil Hunderttausende arbeitslos gewordene AusländerInnen "freiwillig" die Schweiz verlassen. Einige von Schwarzenbachs engsten Mitstreitern schließen sich später Blochers SVP an und machen dort Karriere. Wichtiger als diese personellen sind aber die ideologischen Kontinuitäten. Die Objekte

des Hasses sind andere - an die Stelle der italienischen "Fremdarbeiter" sind die "Asylbetrüger" aus unterschiedlichen Teilen der Welt getreten. Insbesondere der aggressive Politikstil der SVP erinnert an Schwarzenbachs Überfremdungsinitiative und seine verschiedenen Parteiprojekte.

Thomas Buomberger: Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher. Orell Füssli Verlag, Zürich, 2004. 304 Seiten, 29,50 EUR

Christian Geissler

Als "verspäteten Geburtstagsgruß" zum 75. bringt Die Aktion, Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst in Heft 208 Detlef Grumbachs Porträt des Schriftstellers Christian Geissler. Grumbach erinnert an Geisslers wichtigste Romane wie Anfrage, Das Brot mit der Feile, Wird Zeit, dass wir leben oder kamalatta, und er zitiert ausführlich aus einem Gespräch mit Geissler, das schon 1998 im Deutschlandfunk ausgestrahlt wurde. Geisslers Reflexionen über die Niederlagen der Linken, der RAF wie der in Parteien organisierten KommunistInnen, die "Ohnmachtserfahrung nach `89" sind nach wie vor aktuell. Wenn er sagt "Wir müssen das zusammen kriegen, Organisation von Kollektiv und das Selbstbewusstsein des Einzelnen", dann formuliert er damit ein ungelöstes Problem. Er resigniert nicht, liefert aber auch keine Durchhalteparolen: "Also die einen siegen, die wir die Schweine nennen, die ich immer noch ganz beruhigt und zu Recht die Schweine nenne, die siegen in einem Moment, wo ich selber, von der Natur her, nicht weil die das können, die können mich nicht fertig machen, aber von Natur her bin ich ein alter Mann geworden." Ein alter Mann, der Kommunist bleibt, aber auch zweifelt: "Die Voraussetzung für den kommunistischen Kampf war doch die Liebe zum Leben. Na gut. Und wenn die eventuell flöten geht über Werbung, und es wird nur noch eine Liebe zum Kaufen, oder eine Liebe zur Macht, oder zur Überwältigung anderer und solche Scheiße, dann wird es natürlich keinen kommunistischen Kampf mehr geben."

Die Aktion. Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst Heft 208, April 2004, Edition Nautilus. www.edition-nautilus.de, 130 Seiten, 7 EUR

2. Alter und neuer Antisemitismus

Die neue EU-Studie ist faktenreich und dennoch unvollständig

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:02

Als das der EU-Kommission angegliederte European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) im vergangenen Jahr die Veröffentlichung einer Studie über Antisemitismus in der EU unterdrückte, war das Medienecho enorm. Der von jüdischen Organisationen erhobene Vorwurf, die EU-Kommission fördere den Antisemitismus, sorgte international für Schlagzeilen. (vgl. ak 480 und 482) Nun hat das EUMC eine neue Untersuchung vorgelegt. Die bemerkenswerte Zurückhaltung der meisten medialen "MultiplikatorInnen" lässt nur einen Schluss zu: Ihr Interesse gilt dem Skandal, nicht dem Thema.

Ende März präsentierte das EUMC im Straßburger EU-Parlament gleich zwei Berichte über Antisemitismus in den 15 EU-Staaten: einen Hauptbericht "Erscheinungsformen des Antisemitismus in der EU 2002-2003" (344 Seiten) und einen zweiten Bericht mit "Wahrnehmungen von Antisemitismus in der EU" (48 Seiten), in dem Interviews mit 35 Mitgliedern jüdischer Gemeinden in acht EU-Staaten zusammengefasst sind. (1)

Die beiden Untersuchungen beeindrucken nicht nur durch ihren Umfang, sondern auch durch die Systematik, mit der Daten gesammelt und ausgewertet wurden. Ländervergleiche sind gleichwohl auf der Basis des vorliegenden Materials schwierig: Während in einigen Ländern staatliche Stellen und Forschungseinrichtungen antisemitische Vorfälle systematisch registrieren, wird anderswo dieselbe Arbeit lediglich von NGOs erledigt und muss entsprechend lückenhaft bleiben.

Hate-Mails, Drohungen und tätliche Angriffe

Dennoch fördert der Vergleich der einzelnen Länder signifikante Unterschiede zu Tage:

- In Belgien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien haben antisemitische Vorfälle in den Jahren 2002 und 2003 an Zahl zugenommen. Registriert wurden Wandparolen, Beleidigungen auf der Straße, Hass-Propaganda im Internet, Hate-Mails, Leserbriefe, Drohanrufe, aber auch tätliche Angriffe und Brandstiftungen.

- In Finnland, Irland, Luxemburg und Portugal gab es so gut wie keine antisemitisch motivierten Handlungen, "die mit besonderer Gewaltanwendung einhergehen", so die EUMC-Präsidentin Beate Winkler vor dem EU-Parlament.

- In Griechenland, Italien, Österreich und Spanien sei "das Paradox zu beobachten, dass antisemitisch motivierte Gewalttaten zwar so gut wie gar nicht vorkommen, (...) antisemitische Äußerungen im Alltag jedoch recht verbreitet sind." (Winkler)

- Das gegenteilige "Paradox" kennzeichnet die Entwicklung in Frankreich: Dort hat die Zahl antisemitisch motivierter Gewalttaten deutlich zugenommen, während die Verbreitung antisemitischer Einstellungen insgesamt rückläufig ist.

Insgesamt unterscheiden sich die Ergebnisse kaum von denen der im vergangenen Jahr von der EUMC zurück gehaltenen Studie. Dass in dem jetzt vorgelegten Bericht der Untersuchungszeitraum fast zwei Jahre umfasst (statt zwei Monate), ist natürlich ein Vorteil. Zwiespältig erscheint dagegen die offenkundige Zurückhaltung bei der verallgemeinernden Bewertung der empirischen Daten. Dadurch werden zwar voreilige Pauschalurteile vermieden, es bleibt aber unklar, was denn den aktuellen europäischen Antisemitismus ausmacht. Dabei werden die richtigen und politisch umstrittenen Fragen sehr wohl gestellt: Was ist Antisemitismus? Ist Kritik an Israel und am Zionismus antisemitisch? Wer sind die Täter? Gibt es einen neuen Antisemitismus?

Als den "Kern" des Antisemitismus bezeichnen die VerfasserInnen des Berichts "alle Handlungen oder Haltungen, die auf der Wahrnehmung eines sozialen Subjekts (Individuum, Gruppe, Institution oder Staat) als ‚dem (, betrügerischen`, ‚korrupten`, ‚verschwörerischen` etc.) Juden` basieren." Daraus folgt unmittelbar, dass "anti-israelische und antizionistische Haltungen und Aussagen in den Fällen antisemitisch sind, wo Israel als repräsentativ für ‚den Juden` gesehen wird." Feindseligkeit gegen Juden als "Israelis" dagegen sei nicht als antisemitisch zu betrachten, müsse aber aufmerksam beobachtet und erfasst werden. So seien

unterschiedliche Lesarten und Rezeptionsbedingungen anti-israelischer Texte ebenso zu berücksichtigen wie die "wahren" Absichten ihrer ProduzentInnen.

Es wäre hilfreich gewesen, wenn die AutorInnen die Implikationen dieser ziemlich abstrakten Umschreibung anschaulich gemacht hätten. Denn Israel-Kritik ist nicht nur dann antisemitisch, wenn sie die Taten der israelischen Regierung, Armee etc. "dem Juden" anlastet, sondern auch, wenn sie Israels Existenzrecht in Frage stellt, dem israelischen Staat "Nazi-Methoden" unterstellt oder ihn auf andere Weise als "Reich des Bösen" dämonisiert.

Bei der Charakterisierung der Tätergruppen haben die AutorInnen des Berichts auf Verallgemeinerungen weitgehend verzichtet. Das ist insofern richtig, als die Sachlage hier in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist. Dies zeigt etwa der Vergleich zwischen Frankreich und Deutschland, beides Länder, in denen antisemitische Handlungen in den letzten Jahren spürbar zugenommen haben. In Deutschland sind mehr als die Hälfte der antisemitischen Täter männliche Jugendliche und junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren; 50% der Täter in Westdeutschland, aber nur 10% der Täter in Ostdeutschland gehören Skinheadgruppen an, d.h. einem organisierten Rechtsextremismus im Westen stehen in der ehemaligen DDR informelle und relativ spontan gebildete "Peer Groups" gegenüber. Daneben gebe es "Hinweise, dass einige antisemitische Vorfälle von Tätern mit Migrations-, insbesondere islamischem Hintergrund, begangen werden".

"Täter mit islamischem Hintergrund"

In Frankreich dagegen gab es bei den Tätern eine Verlagerung von der extremen Rechten hin zu "jungen männlichen Muslimen". Wurden 1994 noch 68% aller antisemitischen Taten der extremen Rechten zugeschrieben, so schrumpfte dieser Anteil über 14% (2001) auf 9% (2002). Dagegen stieg der Anteil junger Täter "nordafrikanischer Herkunft"; die schlimmste Häufung antisemitischer Vorfälle im April 2002 fiel zeitlich zusammen "mit der israelischen Armee-Offensive in der Westbank und der Rückkehr von Selbstmordattentaten gegen Israel".

Nimmt man die übrigen Länder hinzu, dann differenziert sich das Bild weiter: In Dänemark sind "junge Männer mit arabischem/palästinensischem/muslimischem Hintergrund" die Haupttäter; in den Niederlanden dagegen sind 80% der Täter "weiß"; von den 20 in Großbritannien gemeldeten Fälle "extremer Gewalt" wurden fünf von "weißen" Tätern begangen, fünf von "Arabern" und drei von "Asiaten"; in sieben Fällen blieben die Täter unbekannt; in Belgien gelten "Jugendliche mit arabisch-islamischen Wurzeln" und organisierte Rechte als wesentliche Urheber antisemitischer Vorkommnisse; in Schweden und Italien überwiegt der Anteil der extremen Rechten.

Damit erweist sich die in den Medien verbreitete Darstellung als verzerrt, europaweit seien "junge Muslime arabischer Herkunft" für die meisten antisemitischen Taten verantwortlich. Die AutorInnen des EUMC-Berichts betonen zwar zu Recht die Schwierigkeit, ein allgemein gültiges "Täterprofil" zu erstellen. Weniger überzeugend ist ihr Einwand, die Aussagen von Opfern antisemitischer Beleidigungen oder Angriffe könnten "nicht immer bestätigt" werden. Dass die Opfer "junge Muslime", "Nordafrikaner" oder schlicht "Migranten" verantwortlich machen, sollte man schon ernst nehmen und gleichzeitig klar stellen, dass so weit gefasste Tätergruppen nicht nur wissenschaftlich wertlos, sondern auch politisch nicht handhabbar sind.

Eng verknüpft mit der Unterscheidung der Tätergruppen ist die Frage, ob es einen neuen Antisemitismus gibt. Die AutorInnen bejahen die Frage, so weit Erscheinungsformen des Antisemitismus gemeint sind, seine Verbreitung in der Politik, durch Medien (Internet), im Alltagsleben und durch neue Gruppen und Koalitionen von AntisemitInnen. Nicht verändert habe sich dagegen die "Natur" des Antisemitismus. Alle heute benutzten negativen Stereotypen seien auch schon im "traditionellen" rassistischen Antisemitismus vorhanden. Die AutorInnen unterscheiden sechs Kategorien von Vorstellungen über die "Natur des Juden", wie sie von Alexander Pollak und Nina Eger an Hand der NS-Literatur der 1930er und 40er Jahre zusammengetragen wurden. Dazu zählen "betrügerischer Charakter", "Fremdheit", "Unversöhnlichkeit", "Raffgier", "Bestechlichkeit" und "geheimer Einfluss". Als siebte Kategorie komme der christliche Antijudaismus hinzu, der in dem kollektiven Schuldvorwurf an "das Volk der Christus-Mörder" kulminiert.

Es mag sein, dass sich alle aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus als Variationen des Altbekannten darstellen lassen. Dennoch wäre eine nähere Beschäftigung mit dem muslimischen Antisemitismus, der in der Tat nichts Originäres hat, schon deshalb angebracht, weil er zu Recht oder zu

Unrecht - als massenhaft auftretendes Phänomen die öffentliche Debatte bestimmt. Auch der reale oder mutmaßliche Antisemitismus von links wird in dem Bericht nicht näher charakterisiert. Das größte Versäumnis bei der Beschreibung dessen, was heute Antisemitismus ausmacht, liegt aber in der fast vollständigen Vernachlässigung des Antisemitismus nach, trotz oder wegen Auschwitz. Dieser geht in seiner extremsten Ausprägung bis zur Leugnung der Shoah, er hat aber auch in seiner "gemäßigten" Fassung eine offen hetzerische Dimension. Wenn den Juden die Instrumentalisierung und Ausbeutung ihrer Leidensgeschichte, in der Debatte um die Entschädigung für ZwangsarbeiterInnen gar die "Erpressung des deutschen Volkes" vorgeworfen wird, dann ist es nicht mit dem Hinweis getan, hier handele es sich nur um eine Variation des uralten Stereotyps vom jüdischen "Parasiten" und "Blutsauger".

Immerhin kommt das Thema in dem zweiten Bericht zur Sprache, in dem 35 anonymisierte Stimmen von Mitgliedern jüdischer Gemeinden in acht EU-Staaten dokumentiert sind. "Die Art, wie die Behörden und die Zivilgesellschaft in den verschiedenen Mitgliedsstaaten die Shoah und die damit verbundenen Probleme und Konsequenzen behandeln, bildet einen wichtigen Maßstab für die Mitglieder der jüdischen Gemeinden, um den Stand ihrer Beziehungen zu ihrer sozialen und politischen Umgebung und das Verhältnis dieser Umgebung zu den lebenden und den toten Juden zu beurteilen", heißt es einleitend in dem entsprechenden Abschnitt. Das gilt natürlich besonders für Deutschland und Österreich, deren jüdische Gemeinschaften mit acht bzw. drei Meinungsäußerungen vertreten sind.

Die in Österreich gängige und von Kanzler Schüssel noch einmal bekräftigte Ansicht, das Land sei das "erste Opfer des Nazismus" gewesen, dient nicht zuletzt der Abwehr jeglicher Entschädigungsforderungen. Interessant ist, dasd während der EU-"Sanktionen" gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung sich die Lage aus Sicht der österreichischen Jüdinnen und Juden gebessert hat, weil die Regierung die Beziehungen zu ihren europäischen Partnern nicht zusätzlich belasten wollte.

Anders als in Österreich ist in Deutschland das Thema Auschwitz ständig präsent zum Unwillen von 60 Prozent der Bevölkerung, die nichts mehr davon hören wollen. Erwähnt wird auch der "Trend, die Shoah und das stalinistische Terrorregime auf eine Stufe zu stellen und so die Singularität der Shoah zu leugnen". Dass dies Teil der "antitotalitären" Staatsdoktrin ist und von der Mehrheit der deutschen Eliten geteilt wird, bleibt allerdings ausgespart.

Leerstelle Antisemitismus nach Auschwitz

Überhaupt ist der nur oberflächliche Blick auf das Verhalten der "Mitte" der Gesellschaft ein Mangel, der sich durch den gesamten Bericht hindurchzieht. Ohne die Ergänzung durch die natürlich subjektiven und nur bedingt repräsentativen 35 Einzelmeinungen wäre dieser Mangel noch offenkundiger. Nur die Lektüre beider Berichte ergibt ein einigermaßen umfassendes Bild dessen, was Antisemitismus in der EU heute ausmacht und wie die in der EU lebenden Jüdinnen und Juden ihre Situation sehen. Deutlich wird dabei auch, dass die Betroffenen den feierlichen Verurteilungen des Antisemitismus durch die europäischen Staatsmänner wie jüngst wieder auf der Berliner OSZE-Konferenz - nur bedingt Vertrauen schenken.

Fazit: Trotz aller Schwächen und Auslassungen enthalten die EUMC-Berichte wichtiges Material, das für die Beschäftigung mit dem Thema unerlässlich ist.

Js.

Anmerkung

1) www.eumc.eu.int

3. "Wir sind zu Recht gescheitert"

Gabriele Rollnik über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:03

Die Bewegung 2. Juni - benannt nach dem Tag, an dem 1967 der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration durch die Westberliner Polizei erschossen wurde - war eine der drei Organisationen der militanten Linken, die in den siebziger und achtziger Jahren die politische Landschaft der Bundesrepublik nachhaltig erschütterten. Im Gespräch mit dem Journalisten Daniel Dubbe leistet Gabriele Rollnik, eine ehemalige Militante der Gruppe, einen wichtigen Beitrag zur linken Geschichtsschreibung, der jetzt in Buchform nachlesbar ist.

Etwa zur gleichen Zeit gegründet wie die ungleich bekanntere Rote Armee Fraktion (RAF), legte die Bewegung 2. Juni anfangs großen Wert auf ihre politische Verankerung in der linken Bewegung und auf eine Vermittlung der von ihr durchgeführten Aktionen - verfolgte also eine ähnliche Strategie, wie die später gegründeten Revolutionären Zellen (RZ). Dass ihre Aktionen anfangs durchaus von Erfolg gekrönt schienen und nicht - wie die der RAF - in einem gnadenlosen Schlagabtausch mit der Staatsgewalt mündeten, verschafften ihr zusammen mit dem (bewusst genährten) Mythos von der "Spaßguerilla" damals einen deutlichen Sympathiebonus in der Linken. Der beginnende Niedergang der linksradikalen Bewegung ab 1975 und die Repressionswelle des "Deutschen Herbstes" 1977 entzogen auch dieser Gruppe schließlich das politische Umfeld. Die verbleibenden Aktiven schlossen sich der RAF oder den RZ an.

Von Mitgliedern dieser Bewegung sind mittlerweile mehrere Bücher veröffentlicht worden - zuerst erschien 1995 ein schmales Bändchen "Die Bewegung 2. Juni" mit Interviews der ehemaligen Aktiven Ralf Reinders und Ronald Fritsch. (vgl. ak 386) Im Jahre 1996 folgten unter dem Titel "Staatsfeind" die Erinnerungen von Till Meyer sowie Inge Vietts Autobiografie "Nie war ich furchtloser". (vgl. ak 400)

Mythos Spaßguerilla

In dem nun vorliegenden Band "Keine Angst vor niemand" interviewt der Journalist Daniel Dubbe die heute in Hamburg lebende Gabriele Rollnik zu ihrer Biografie und ihrer Rolle bei den damaligen Ereignissen.

Das Buch liest sich angenehm. Es ist deutlich zu merken, dass weder der Interviewer noch die Interviewte an irgendeiner Art von Legendenbildung oder nachträglicher Distanzierung interessiert sind. Gabriele Rollnik berichtet kurz und präzise über ihren Lebensweg, der die behütete Beamtentochter Anfang der 70er Jahre in den Untergrund führte. Es folgte die Beteiligung an diversen Aktionen der Bewegung 2. Juni - von denen die Verteilung "revolutionärer Negerküsse" in überfallenen Banken und die Gefangennahme des Westberliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz die bekanntesten waren - dann Festnahme, Gefängnisausbruch, erneute Festnahme und lange Jahre im Knast, bis zur Freilassung im Jahre 1992.

Es gibt ein Recht auf Widerstand

Das Buch setzt nicht auf die Aufdeckung von angeblichen "sensationellen Neuigkeiten" - Gabriele Rollnik gibt auf Anfragen ihre Sicht auf die Diskussionen in der linksradikalen Szene der 70er Jahre und unter den politischen Gefangenen der militanten Linken wieder, berichtet über verschiedene Details in der Geschichte der Bewegung 2. Juni und der RAF, die in den bisher erschienenen Büchern vergessen oder nur ungenau geschildert worden sind; auch setzt sie sich kritisch mit Übertreibungen und Mythenbildungen auseinander, wobei sie vor allem mit ihrem ehemaligen Partner Till Meyer hart ins Gericht geht. Noch erbitterter fällt jedoch ihre Kritik am bundesdeutschen Staat aus, dem sie im Zusammenhang mit dem "Deutschen Herbst" Verfassungsbruch vorwirft.

Gabriele Rollnik bekennt sich nach wie vor ausdrücklich zu dem Recht auf Widerstand, unabhängig von der Frage des Erfolges. Und sie hat es zu keinem Zeitpunkt des Lebens bereut, nach ihrer eigenen Überzeugung gehandelt zu haben. Zu ihrer Zeit im bewaffneten Untergrund stellt sie fest, dass die Zeit nicht reif war und die Leute auch nicht. Die Folge war eine Eskalation des blutigen Schlagabtausches, der von vielen Linksradikalen nicht mehr mitgetragen werden konnte. Ihr Fazit fällt nüchtern aus: "Wir sind zu Recht gescheitert." Gleichzeitig sieht sie aber auch die damaligen Erfahrungen, auf denen man aufbauen kann: Kampf ist etwas Befreiendes - er darf jedoch nicht in einen Rückfall in blutige Auseinandersetzungen um die Macht münden.

Welche Vorstellungen Gabriele Rollnik von einer zukünftigen Gesellschaftsordnung hat, bleibt in dem Buch ebenso unausgesprochen wie die Frage nach dem Weg dorthin. Ein Ende der Geschichte ist für sie jedenfalls nicht in Sicht.

Gerd Bedszent

Gabriele Rollnik/Daniel Dubbe: Keine Angst vor niemand - Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF, Edition Nautilus, Hamburg, 2004, 127 Seiten, 9,90 EUR

4. Anschaffen nach Tarif

ver.di diskutiert "Arbeitsplatz Prostitution"

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:04

"Arbeitsplatz Prostitution" hieß eine Fachkonferenz, zu der die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am 22. und 23. April bundesweit nach Hamburg eingeladen hatte. 60 TeilnehmerInnen diskutierten im Museum der Arbeit - GewerkschafterInnen, ArbeitsrechtlerInnen, SteuerberaterInnen, Fachleute aus Beratungsstellen und nicht zuletzt Prostituierte und BordellbetreiberInnen.

Seit dem 1.1.2002 wird Prostitution durch ein neues Gesetz reguliert. Das Prostitutionsgesetz (ProstG) soll laut Bundesregierung die Sex-Arbeit weitgehend legalisieren. Die ver.di-Konferenz war daher auch Anlass, die Erfahrungen mit diesem Gesetz kritisch zu bilanzieren. Dazu hatte die Gewerkschaft eine ausführliche Feldstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in Hamburg der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Etwa 400.000 Frauen arbeiten in Deutschland in der Prostititution, über 50% von ihnen sind Migrantinnen. Bis zu 1,2 Mio. Männer nehmen täglich sexuelle Dienstleistungen in Anspruch. Der jährliche Umsatz im Bereich des direkten Sex-Gewerbe liegt nach neuesten Untersuchungen bei 14,5 Mrd. Euro. Dennoch, so Emilija Mitrovic, Autorin der ver.di-Studie, habe das neue Prostitutionsgesetz nur wenig dazu beigetragen, sexuelle Dienstleistungen tatsächlich zu liberalisieren und anderen Tätigkeiten rechtlich gleichzustellen. Von vorneherein beziehen sich die neuen rechtlichen Regelungen sowieso nur auf Prostituierte mit deutschem Pass und auf EU-Bürgerinnen. Und selbst da sind die Ergebnisse ernüchternd, wie Mitrovic feststellt: "In jedem Bundesland, in jeder Stadt wird anders mit dem Prostitutionsgesetz umgegangen, aber nirgendwo wirklich zu Gunsten der Prostituierten".

(K)eine Arbeit wie jede andere

Die meisten Prostituierten arbeiten nach wie vor unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen. Das durchschnittliche Monatseinkommen einer Sex-Arbeiterin liegt in der Regel unter 1.500 Euro - obwohl sie im Durchschnitt 150 bis 300 Euro am Tag verdient. Der Großteil des erwirtschafteten Geldes landet bei den Zuhältern oder den "Wirtschaftern", d.h. den Betreibern, Geschäftsführern und Managern der Bordelle. Für alles muss bezahlt werden: für das Zimmer, Handtücher, Bettwäsche, Kondome, Getränke. In der Dortmunder Linienstraße, einer Bordellstraße im Stadtzentrum, kostet ein Zimmer 100 Euro für 24 Stunden. Immobilienbesitzer profitieren insbesondere von illegaler Prostitution. Migrantinnen ohne legalen Aufenthaltstitel müssen für Modellwohnungen nicht selten Quadratmeterpreise von 50 Euro und mehr bezahlen.

Ein Normalarbeitsverhältnis ist in der Branche genauso unbekannt wie eine Normalarbeitszeit. Zusammen mit dem Hamburger Arbeitsrechtler Max Gussone hat ver.di deshalb einen Musterarbeitsvertrag erarbeitet. Grundeinkommen, Sonderzahlungen, Provision und Prämien sind darin genauso geregelt wie Arbeitszeiten und Sozialversicherungspflicht. Sex-Arbeiterinnen haben danach genauso einen Anspruch auf Urlaub und Urlaubsgeld wie auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Besonders bedeutsam ist das Recht auf bezahlte Freistellung für eine ärztliche Untersuchung, wobei der Arbeitgeber eventuelle Kosten dieser Untersuchung zu tragen hat. Peter Bremme, Sprecher des ver.di-Arbeitskreises Prostitution, räumt allerdings ein, dass "es z.Z. keine Situation gibt, wo der Arbeitsvertrag greifen könnte." Bordellbetreibern wird es nämlich schwer gemacht, sich wie normale Arbeitgeber zu verhalten. Insbesondere das Weisungsrecht des Arbeitgebers, zentraler Bestandteil eines jeden Arbeitsvertrages, gerät im Zusammenhang mit Prostitution sehr schnell in die Nähe der Zuhälterei und damit droht die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung. Faktisch sind die sexuellen Dienstleisterinnen deshalb in aller Regel Selbstständige oder Scheinselbstständige.

Bei den Betroffenen stößt der gewerkschaftliche Regulierungsvorschlag auf geteiltes Echo: Ein Teil der Frauen ist ganz offensichtlich mit dem Selbstständigenstatus sehr zufrieden. Ein reguläres Lohnarbeitsverhältnis erscheint hier wenig attraktiv. Andere hingegen unterstützen den ver.di-Vertrag und verbinden damit die Hoffnung auf ein höheres Maß an Sicherheit und Verlässlichkeit. Im Moment ist ver.di allerdings immer noch auf der Suche, nach BordellbetreiberInnen, die bereit wären, Frauen auf der Basis des Musterarbeitsvertrages abhängig zu beschäftigen.

Die Kollegin vom Straßenstrich

Das größte Problem für die Sex-ArbeiterInnen scheinen aber nicht ihre Arbeitsbedingungen zu sein, sondern die Begehrlichkeiten des Fiskus. So hat der Bundesrechnungshof unter Berufung auf das neue Prostitutionsgesetz die Finanzämter ausdrücklich aufgefordert, Prostituierte flächendeckend zu besteuern. Ob und wie sexuelle Dienstleisterinnen zur Steuerzahlung herangezogen werden, ist jedoch von Stadt zu Stadt höchst unterschiedlich. In Stuttgart beispielsweise verlangt das Finanzamt von jeder Frau eine "freiwillige" Vorsteuer, die die Bordelle und Clubbetreiber eintreiben sollen. Das hat weniger mit Steuerzahlungen als vielmehr mit rechtswidriger Doppelbesteuerung zu tun: Die Einkommens- und Umsatzsteuerpflicht hat sich für die betroffenen Frauen mit dieser Zwangsabgabe nämlich keineswegs erledigt. Eine Frau aus München, die dort ordnungsgemäß einen Bordellbetrieb angemeldet hatte, staunte nicht schlecht, als das Finanzamt ihr einen Steuerbescheid von 1,2 Mio. Euro ins Haus schickte. Kurzer Hand war sie nämlich rückwirkend für die letzten fünf Jahre zur Steuer veranschlagt worden. Viele Prostituierte und BordellbetreiberInnen fordern deshalb eine steuerrechtliche Stichtagsregelung im Prostitutionsgesetz, eine Forderung, die von ver.di nachdrücklich unterstützt wird.

In vielen Punkten sind sich Gewerkschaften, Prostituierte, ArbeitgeberInnen und Beratungsstellen einig: Klarere Durchführungsverordnungen, steuerliche Gleichbehandlung und eine deutliche Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden von allen gefordert. Dazu gehören insbesondere die Reform des Zuhälterparagraphs und die Neufassung von Sittenwidrigkeit. Zudem hat sich der ver.di-Gewerkschaftstag letztes Jahr auch für eine Reform des Ausländerrechts stark gemacht, um Migrantinnen in der Prostitution zu entkriminalisieren und um sie besser vor Frauenhandel zu schützen. In Bezug auf die völlige Liberalisierung sexueller Dienstleistungen äußerten sich die GewerkschafterInnen in Hamburg uneinheitlich. Offensichtlich mag sich ver.di nicht zu einer Position durchringen, die Sex-Arbeit tatsächlich vollständig jeder anderen Tätigkeit gleichstellt. Im Gegensatz dazu träumt Stephanie Klee vom Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen von "ganz normalen Arbeitsverhältnissen." "Warum", so die hurenbewegte Bordellbetreiberin aus Berlin, "soll nicht irgendwann an meinem Betrieb ein ganz normales und seriöses Firmenschild stehen, wie bei jeder Anwaltskanzlei auch?"

Dirk Hauer

5. Recht auf Rechte

Kampagne für die Rechte von WanderarbeiterInnen

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:05

Seit dem 1. Juli 2003 ist die "Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehöringen" in Kraft getreten. Die BRD weigert sich bis heute, diese UN-Konvention zu unterschreiben.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat kürzlich eine Initiative zur Unterzeichnung der UN-Konvention zum Schutz von ArbeitsmigrantInnen gestartet. Mit einer Massenpetition will das Komitee eine öffentliche und parlamentarische Debatte über die Konvention in Gang bringen und damit die fortwährende Einschränkung fundamentaler Menschenrechte illegalisierter und marginalisierter MigrantInnen thematisieren. Diese Initiative will andere Kampagnen, insbesondere solche zum Schutz von Illegalisierten, ergänzen.

Der Konvention zufolge sind WanderarbeiterInnen all diejenigen, "die in einem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht haben, eine Tätigkeit gegen Entgelt ausüben werden, ausüben oder ausgeübt haben". Damit wird zum ersten Mal auf internationaler Ebene der Begriff des "Wanderarbeitnehmers" definiert, zu dem sowohl legale ArbeitsmigrantInnen, SaisonarbeiterInnen und GrenzgängerInnen als auch irreguläre ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsstatus gehören. Weltweit gelten somit 150 Mio. Menschen als WanderarbeiterInnen.

Es ist die gewaltsame Durchdringung aller Lebensverhältnisse bis in den letzten Winkel der Welt und ihre Zurichtung nach den Erfordernissen der Kapitalverwertung, die unzählige Menschen zwingt, sich aufzumachen aus wirtschaftlichen Depressionsregionen und politischen Krisengebieten. Für die globalen Wanderungsbewegungen sind die Grenzen keineswegs grundsätzlich undurchlässig: Entsprechend der nationalen und wirtschaftlichen Interessen des "Nordens" werden hoch qualifizierte MigrantInnen grenzüberschreitend angeworben, und SaisonarbeiterInnen erhalten befristete legale Arbeitsgelegenheiten im Niedrigstlohnbereich.

Auch einem Teil der eigentlich unerwünschten MigrantInnen gelingt es, in die Wohlstandszonen der Welt vorzudringen. Sie verdingen sich als Haus- und Sexarbeiterinnen, als TagelöhnerInnen auf Baustellen, Feldern und Plantagen, in Schwitzbuden und Restaurants, und sie schuften unter sklavenähnlichen, menschenunwürdigen Bedingungen. Sie sind fortwährender Diskriminierung, Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt und vermeiden aus Angst vor Abschiebung dringend notwendige Arztbesuche. Ohne geregelten Status können ihre Kinder nicht die Schule besuchen.

Gegenüber MigrantInnen werden fundamentale Menschenrechte verletzt oder missachtet, insbesondere, wenn sie sich "unerlaubt" im Lande aufhalten oder "unerwünscht" sind. Dagegen wendet sich die "Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und deren Familienangehörigen". Sie will die Menschenrechte für ImmigrantInnen präzise bestimmen, ihre Beachtung überwachen und Möglichkeiten ihrer besseren Durchsetzbarkeit schaffen.

Die Bedeutung der Konvention kann anhand einiger Punkte verdeutlicht werden: a) Ausländische Arbeitskräfte werden nicht als bloße Objekte von Wirtschaftsunternehmen betrachtet. Sie verfügen vielmehr über unhintergehbare Rechte und schutzbedürftige persönliche und familiäre Interessen. b) Es wird berücksichtigt, dass immigrierte Arbeitskräfte und ihre Familienangehörigen in vielen Belangen grundsätzlich nicht ausreichend geschützt sind, da sie keine Staatsangehörigen des Landes sind, in dem sie arbeiten und sich aufhalten. c) Die fundamentalen Menschenrechte gelten für alle WanderarbeiterInnen, egal, ob sie eine gültige Aufenthaltserlaubnis besitzen oder nicht. Reguläre ArbeitsmigrantInnen und deren Familienmitglieder verfügen darüber hinaus über weiter gehende Rechte, insbesondere das der Nicht-Diskriminierung gegenüber Staatsangehörigen des Einwanderungslandes. d) Die UN-Konvention will die ungehemmte Ausbeutung von WanderarbeiterInnen international bekämpfen. Mindestschutzstandards für immigrierte Arbeitskräfte und ihre Familienmitglieder sollen in allen Ländern gleichermaßen gelten.

Die UN-Konvention nimmt ArbeitsmigrantInnen als Rechtssubjekte ernst. Die unteilbaren Menschenrechte dieses globalen Subproletariats (das Recht auf Freiheit, auf Familieneinheit, auf Bildung, auf körperliche

Unversehrtheit und medizinische Behandlung, auf gleiche Bezahlung, rechtsstaatliche Verfahrensweisen etc.) gelten unabhängig von der aufenthaltsrechtlichen Gesetzgebung und von ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Interessen des Exillandes. Und diese Rechte müssen einklagbar sein.

Zu den bisherigen Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention gehört keine der reichen Industrienationen der Welt, auch kein Mitgliedsland der EU. Die kapital- und militärmächtigen Staaten, in denen diese ArbeitsmigrantInnen vorwiegend ausgebeutet werden, weigern sich hartnäckig, die grundlegenden Bedürfnisse dieser Menschen wahrzunehmen und sie rechtlich abzusichern. Es ist skandalös und grundrechtswidrig, dass auch deutsche Gesetze, insbesondere das Ausländergesetz, wichtigen Bestimmungen der UN-Konvention entgegenstehen und dass die Bundesregierung eine Ratifikation der Schutz-Konvention hartnäckig verweigert.

Die rot-grüne Bundesregierung begründet ihre Weigerungshaltung damit, dass dies einen "Anreiz" darstellen könne, ohne eine Erlaubnis in Deutschland zu leben und zu arbeiten. Dabei tastet die UN-Konvention das Recht der Nationalstaaten, über den Zugang zu bzw. den Aufenthalt in ihren Territorien zu bestimmen, ausdrücklich nicht an! So aber fördert die Haltung der Bundesregierung Diskriminierungspraktiken, massive Ausbeutung und Gewaltverhältnisse, unter denen viele illegalisierte und prekarisierte ArbeiterInnen hier zu Lande leben müssen.

Die praktischen Auswirkungen der UN-Konvention dürfen sicherlich nicht überschätzt werden. Viele Rechte stehen auf Grund "weicher" Formulierungen und unbestimmter Rechtsbegriffe unter dem Vorbehalt einer einengenden Rechtsauslegung. Flüchtlinge und Asyl Suchende können sich gar nicht auf die UN-Konvention berufen. Ebenso enthält die Konvention keine Empfehlung zur "Legalisierung" langjährig im Lande lebender Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis. Trotzdem: Die BRD müsste wenigstens den Schritt tun, die UN-Konvention zu unterzeichnen und ihre Bestimmungen umzusetzen.

Thomas Hohlfeld, Dirk Vogelskamp

Thomas Hohlfeld hat für das Komitee an der Formulierung der Petition mitgewirkt, Dirk Vogelskamp arbeitet im Sekretariat des Komitees für Grundrechte und Demokratie; das vierseitige Petitionsfaltblatt für die Unterschriftensammlung kann angefordert werden unter: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, oder unter: info@grundrechtekomitee.de

6. Wenn die Alltäglichkeit im Fest aufgeht

Mit "Die Revolution der Städte" wird ein Klassiker der Urbanistik neu aufgelegt

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:06

Ist die Gesellschaft ausschließlich durch die vorherrschende Produktionsmethode bestimmt? Besteht das Leben nur aus Arbeit und konsumistischer Erholungsphase - der so genannten Freizeit? Diesen und anderen Fragen ging der französische Philosoph und Theoretiker des Alltags, Henri Lefebvre, 1970 in seinem Buch Die Revolution der Städte (Originaltitel: La révolution urbaine) nach, das nun in limitierter Auflage bei B-Books neu erschienen ist (siehe Kasten). Viele seiner vor über dreißig Jahren aufgestellten Thesen sind auch heute aktuell.

Die "verstädterte Gesellschaft" ist in der Krise, analysierte Lefebvre (1901-1991) und verdeutlichte dies am Beispiel der Straße. Er kontrastierte das Ideal eines aktiven öffentlichen Straßenlebens mit der Realität einer Straße als Ort des passiven Konsums. Die Straße als Ort der zum Verkauf ausgestellten Dinge mache deutlich, dass die Logik der Ware eine passive Sicht auf die Welt erzwinge. Diese gelebte Passivität nehme sogar den Charakter einer Ästhetik und Ethik an. Die Straße solle dagegen ein Schmelztiegel sein, der die Trennung überwinde, forderte er. Auf öffentlicher und belebter Straße sei der Mensch nachweislich sicher, so Lefebvre weiter. Er wendet sich damit gegen ein auf privatisierten Räumen basierendes Sicherheitsdenken. Auch hier beweist er eine erstaunliche Voraussicht, denn komplett videoüberwachte Innenstädte und Bahnhöfe, wie sie heute üblich sind, waren in den 1960er Jahren allenfalls als negative Utopie denkbar.

Straße als Ort der Begegnung

Lefebvres Hauptkritikpunkt an den StadtplanerInnen ist, dass sie die Verstädterung nur aus dem Blickwinkel der Theorie und Praxis der Industrialisierung sähen. Der Alltag in den "funktionellen Wohneinheiten" werde allein von der Unternehmensrationalität geprägt. Dabei werde ein fiktiver Zusammenhang zwischen "dem Industriellen" und "dem Städtischen" hergestellt. Nach Lefebvre gibt es den Prozess der Verstädterung aber bereits seit dem Ende der Jäger-und-Sammler-Epoche der Menschheit. Verschiedene politische und wirtschaftliche Gruppen hätten sich schon immer um die Vorherrschaft über die Gestaltung des städtischen Raums gestritten. In der städtischen Wirklichkeit habe dann in den 1960er Jahren eine ungeheure Konzentration von Menschen und Dingen stattgefunden, und gleichzeitig seien die Städte in extrem viele zusammenhanglose Fragmente zerlegt und verstreut worden, etwa in Vororte, Trabantenstädte, Slums, Industrie- oder Dienstleistungszonen. Das nennt Lefebvre die "vollständige Urbanisierung der Gesellschaft".

Den Prozess der Deindustrialisierung und Fragmentierung der Städte problematisierte er bereits, als dieser erst in Gang kam. Heute lassen sich die Ergebnisse der radikal umgekrempelten Stadtlandschaften in jeder europäischen Stadt ohne weiteres in Augenschein nehmen. Für das Jahr 2000 prophezeite Lefebvre, dass solche Güter wie Nahrung, die einst Mangelware waren, im Überfluss vorhanden sein würden. Güter dagegen, die einst reichlich vorhanden waren, würden rar sein. Zu den bald knappen Gütern zählte er Raum, Zeit, Begierden, Wasser, Luft und Licht, und er forderte, dass alle diese Güter kollektiv verwaltet werden müssten.

Insgesamt sieht Lefebvre in dem fortschreitenden Prozess der Verstädterung aber eine große Chance, da dieser absolute Einheiten wie "Vernunft, Geschichte, Staat und Mensch" auflöse. Er bezieht sich hier auf den Vorgang, den der französische Philosoph Jean-François Lyotard als "Ende der großen Erzählungen" bezeichnet hat. Im Gegensatz zu vielen KritikerInnen der Postmoderne deutet Lefebvre diese Auflösungserscheinungen nicht als eine Zeit des zwangsläufigen Verfalls und der prekären Vereinzelung. Vielmehr könnten in der neuen Epoche der Verstädterung alle von den Auflösungstendenzen erzeugten Unterschiede auf höherer Ebene wieder zueinander finden. "Der urbanistische Gedanke bringt Fakten wieder zusammen, die von der Geschichte geschaffen und getrennt wurden." Lefebvre unterscheidet deshalb zwischen "Unterschieden", welche als Bestandteile eines differenziellen urbanen Raums, sozusagen als Gesamtheit der Unterschiede, eine Einheit oder Totalität bilden, und zwischen "Trennung und Absonderung", wie sie die nach Homogenität strebende, industriell geprägte Stadt praktiziert, welche alles von ihrem Ideal Abweichende absondert.

Aber nicht nur gegen die Absonderung, beispielsweise die Verlegung ganzer Bevölkerungsgruppen in Vororte oder Satellitenstädte, wendet sich Lefebvre. Er lehnt die zentral von einem elitären Kern nach außen sich

organisierende Stadt ab. Jeder Punkt im städtischen Gewebe könne zum "Brennpunkt werden, zum privilegierten Ort, an dem alles konvergiert", und jeder städtische Raum sei poly- oder multizentrisch. Man kann daraus folgern, dass Lefebvre sich gegen eine Musealisierung und Heraushebung historischer Stadtkerne und eine damit einhergehende Abwertung so genannter Vororte und Satellitenstädte zu ewigen Problem- oder Sperrzonen wendet. Und tatsächlich: Warum müssen ausgefallene Kneipen, Buchläden oder Clubs notwendig in einem Altstadt- oder Gründerzeitviertel liegen? Dass solche Orte im Plattenbauviertel kaum besucht würden, mag leider auch an den potenziellen BesucherInnen liegen, die die hierarchische Anordnung der Stadtregionen praktizieren, sich also auf das autoritäre Zentrum hin orientieren.

Neben einer Kritik der Hierarchie zwischen den Stadtteilen geht Lefebvre aber auch auf das konkrete Politische in der verstädterten Gesellschaft und auf deren Widersprüche ein. Die Leere eines städtischen Platzes habe eine Anziehungskraft wie ein Vakuum, meint er. Eine Menge könne sich versammeln, Objekte könnten sich anhäufen, ein Fest könne sich entfalten. Ein solcher Raum könne sich aber auch leeren und zum Ort der Macht und der Ordnung im Reinzustand werden. Die Abwehr von (spontanen) Massenereignissen auf öffentlichen Plätzen ist also der Macht ein wichtiges Anliegen.

Kollektiviert die Güter!

Aus heutiger Sicht könnte man sagen, dass zwischen 1960 und 1985 StadtplanerInnen versuchten, vor allem bei neu gebauten Plätzen diese mit Plastiken, Sitzanlagen, unnötigen Geländeneigungen und den Lefebvre so verhassten "Grünanlagen" unbenutzbar zu machen. Es sollten Orte geschaffen werden, an denen nur wenige Menschen einzeln oder in Kleingruppen vordefinierte Räume nutzen konnten. Heute dagegen liebt man vor allem in den stadtgeschichtlich älteren Stadtteilen die Musealität und damit leere, vorgeblich mittelalterliche Plätze. Zur Leerung dieser Orte setzen die Machtzentren verstärkt auf präsente Sicherheitskräfte. Zur Auflösung des Widerspruchs zwischen Verfügbarkeit und Ausschluss wäre dagegen eine vollständige "Mobilisierung des Raumes" erforderlich, fordert Lefebvre. Jeder Ort müsse multifunktional, polyvalent und transfunktional werden. Als Beispiel eines solchen veränderbaren Raumes führt er Ausstellungsgelände an. Für ihn bieten unbebaute, offene städtische Gelände ideale Bedingungen für einen mobilisierbaren Raum. So sei auf dem Ausstellungsgelände von Montreal einmal eine "vergängliche Stadt" entstanden, in der "die Alltäglichkeit ins Fest aufging". Hier greift Lefebvre besonders deutlich Forderungen der situationistischen Theorie der 1950er und 1960er Jahre auf, die im Alltag auf die Vergänglichkeit, das spontane Fest und auf ein spielerisches Element des Lebens setzten. Diese aufregende und Glück verheißende Lebensweise wurde gegen die graue und leere Existenz des total verwalteten und funktionalen Menschen gesetzt.

Lefebvre spricht diese weit über konkrete urbanistische Probleme hinausgehenden Fragen sogar offen an, wenn er einen Ausspruch Hölderlins aufgreift und sagt: ",Das menschliche Wesen` (wir sagen nicht ‚der Mensch`) kann nur als Dichter leben. (...) Auch der banalste Alltag trägt in sich eine Spur von Größe und spontaner Poesie, es sei denn, er werde zur bloßen Werbung, zur Inkarnation der Welt der Ware, wo der Austausch den Gebrauch beseitigt." Lefebvre beweint, dass trotz allgemeiner menschlicher Veranlagung zur Poesie und Kreativität die Beziehung des menschlichen Wesens zur Natur, zu seiner eigenen Natur sowie zu seinen Begierden und Körperlichkeiten nie so elend dargestanden habe wie unter der Herrschaft der "urbanistischen Rationalität".

Wie aber lassen sich die Verheißungen der Epoche der Verstädterung erfüllen? Nach Lefebvre reiche es nicht aus, die Logiken oder Ideologien der UrbanikerInnen zu "tadeln". Die Kritik am Alltagsleben sei eine wesentliche Aufgabe; eine "urbane Demokratie" müsse geschaffen werden. Lefebvre formuliert seine Vision von einer Zukunft, in der die städtische Gesellschaft "den endgültigen Spaltungen, den absoluten Trennungen, den programmierten Absonderungen" ein Ende setzt. Die politische Analyse müsste sich dabei mit dem dialektischen Verhältnis zwischen dem Wirklichen, dem Möglichen und dem Unmöglichen befassen, um "möglich werden zu lassen, was unmöglich erschien".

Die politische Strategie könne aber auch ganz konkrete Forderungen stellen. Lefebvre nennt drei Beispiele: Die urbane Problematik müsse im politischen Leben vorrangig behandelt werden. Zweitens müsse eine Verfassung für die Organisation der Stadt ausgearbeitet werden, die als ersten Artikel die Anerkennung einer "allgemeinen Selbstbestimmung" enthält. Damit ist eine Selbstbestimmung für alle Menschen und Gruppen gemeint, die aber durch die Allgemeinheit abgesichert wird. Dahinter verbirgt sich so etwas wie eine "freie Assoziation" von Individuen, wie es Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" forderten. Des Weiteren

fordert Lefebvre die Einführung eines "Rechts auf Straße". Niemand dürfe von den zentralen Orten der Stadt ausgeschlossen werden.

Warum sind die Leute nur so passiv?

Angesichts der zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung der Innenstädte ist ein Kampf um das Recht auf Straße heute sicher notwendiger denn je. Gab es bis Mitte der 1990er noch eine relativ starke "Reclaim-the-streets-Bewegung", so ist das Thema "Stadt" bei vielen AktivistInnen zunehmend in den Hintergrund getreten. Es ist wohl so, dass ein sichtbarer Erfolg im Bereich der urbanen Gestaltung nur durch langfristiges Denken und Handeln zu erreichen ist. Aktionen müssen eher auf Jahre und Jahrzehnte als auf Wochen oder Monate geplant werden. Das erfordert Geduld.

Letztlich bleibe - so resümiert Lefebvre - die Frage, ob sich eine Kritik so weit radikalisieren könne, dass sie nicht nur den Neoliberalismus ablehne, sondern sich auch dem Ruf nach dem Staat versage. Die Kritik müsse die gesamte "gelenkte bürokratische Konsumgesellschaft" treffen, und sie werde erst dann radikal, wenn sie "den Staat, die Rolle des Staates, die Strategie des Staates, die Raumpolitik ablehnt". Um eine Kultur der Kritik zu entwickeln, braucht es jedoch eine Vielzahl von Menschen, die sich in Theorie und Praxis mit der Organisation von urbanem Raum beschäftigen. Und daran mangelt es damals wie heute. So bekennt Lefebvre am Ende von Die Revolution der Städte, dass eine solche (Selbst-)Organisation nicht so einfach ist. Was ihn am meisten beunruhigt, ist "die außerordentliche Passivität der Leute, die es in erster Linie angeht, die von Projekten betroffen sind [und die] von Strategien in Frage gestellt werden."

Carl Mosel

Henri Lefebvre: Die Revolution der Städte. Berlin (B-Books), 2003. 239 Seiten, 12 Euro.

Persona non grata in deutschsprachigen Verlagen

Henri Lefebvres Die Revolution der Städte erschien 1972 in der deutschen Übersetzung von Ulrike Roeckl im Paul List Verlag, heute Teil der Berliner Bertelsmann-Tochter Ullstein Heyne List. Trotz zweier Nachdrucke bei kleineren Verlagen war das Buch seit längerem vergriffen. Die Initiative Dresden-Postplatz hat nun eine limitierte Auflage dieses urbanistischen Schlüsseltextes neu herausgebracht. Die Initiative zur Neuauflage verdient Lob, welches jedoch etwas eingeschränkt werden muss, weil der Text voller Druckfehler ist. Außerdem scheint sich Ulrike Roeckl kaum mit marxistischen Grundbegriffen ausgekannt zu haben. "Absinkende Tendenz des Durchschnittsprofits" müsste sicher "tendenzieller Fall der Profitrate" heißen und "Oberbau" wohl "Überbau". Es wäre zu wünschen, dass Die Revolution der Städte in einer korrigierten und überarbeiteten Fassung dauerhaft neu erschiene.

Lefebvre verstand sich als Erneuerer einer praxisorientierten Philosophie. Sein bekanntestes Werk ist sicher die dreibändige Kritik des Alltagsleben. Darin spürte er dem Alltag, dem Dasein der Menschen in ihren Wohnräumen nach. Er löste sich damit von der Fixierung der marxistischen Arbeiterbewegung auf den Arbeitsplatz, auf "die Fabrik". Auf Deutsch erschien das Werk bis 1983 im Münchener Hanser Verlag; mittlerweile ist es, wie sämtliche auf deutsch übersetzten Schriften Lefebvres, vergriffen. Auf Englisch dagegen liegt Kritik des Alltagsleben beim Londoner Verso Verlag (www.versobooks.com) vor.

7. Privatisierung öffentlicher Videoüberwachung

Verschmelzung zwischen Polizei und privaten Dienstleistern nimmt zu

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:07

Längst haben bundesdeutsche DatenschützerInnen ihren Widerstand gegen Videoüberwachung aufgegeben. Die Gleichgültigkeit großer Teile der Bevölkerung und das Argument, die Videoüberwachung diene ausschließlich der so genannten Inneren Sicherheit hat hierzu maßgeblich beigetragen. Wenn der Staat diese "Sicherheitsmaßnahme" initiiert, kann sie doch gar nicht schlecht sein. Oder? Außerdem - so die Versprechungen - hat der Anständige ja nichts zu befürchten. Nun gibt es erste Ansätze die öffentliche Videoüberwachung, vorwiegend aus ökonomischen Gründen, zu privatisieren.

Mit einem Pilotprojekt gab 1996 die Stadt Leipzig den Startschuss für die öffentliche Videoüberwachung in der Bundesrepublik. Während bis vor kurzer Zeit noch (objektive) Fallzahlen von Straftaten eine Rolle bei der Auswahl der überwachten Räume (z.B. so genannter gefährlicher Orte) spielten, sieht das nun anders aus: Das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung soll fortan darüber entscheiden, wo Kameras wachen. Künftig wollen PolitikerInnen zusammen mit VertreterInnen der Wirtschaft bestimmen, wo sich die BürgerInnen unsicher fühlen, wie das Beispiel der "Channel-Überwachung" in Hamburg-Harburg zeigt. Bei der Harburger "Channel-Überwachung" handelt es sich um eine so genannte public private partnership (ppp), die öffentlich finanziert wurde, aber auf Dauer privat betrieben werden soll. (Hamburger Abendblatt, 9.12.03)

Zukünftig wird hier also privates Sicherheitspersonal an den Kontrollmonitoren einer öffentlichen Videoüberwachung sitzen. Interessant der Hinweis der Zeitung, dass es sich bei dem überwachten Raum (Fußgängertunnel) nicht um einen Ort mit erhöhter Kriminalitätsbelastung handelt. Fast beiläufig erfährt die/der Abendblatt-LeserIn auch, dass die Betreiber der "Channel-Überwachung" nach einer Möglichkeit suchen, um offiziell das aufgezeichnete Bildmaterial speichern zu können - bislang hindert sie der Hamburger Datenschutzbeauftragte daran.

Goldgrube "öffentliche Sicherheit"

Solche Überwachungsprojekte werden in nächster Zeit wohl wortwörtlich Schule machen. Vor allem die Wirtschaft ist an einer Ausweitung interessiert. Nicht nur durch den Verkauf von Überwachungstechnik und deren Montage, sondern auch durch Monitorpersonal und Wartungsdienstleistungen lässt sich dauerhaft an Videoüberwachung Geld verdienen. Die Überwachungsindustrie macht kein Geheimnis daraus, dass sie in den nächsten Jahren verstärkt mit der öffentlichen Hand ins Geschäft kommen will und hier - vor dem Hintergrund geplanter Einsparungen im Beamten- und Angestelltensektor - vermehrte Auftragsvergaben erwartet (Stichwort: ppp). Öffentliche Videoüberwachung, Objektschutz, die Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs (dazu zählt auch die geplante elektronische Mauterfassung) sowie arbeitstechnische Datenauswertungen stehen ganz oben auf der Wunschliste der Wirtschaft.

Der Datenschutz der BürgerInnen läuft dabei noch mehr Gefahr als bisher, ins Hintertreffen zu geraten. Von dokumentierten Fällen, in denen das schlecht bezahlte Sicherheitspersonal (Stundenlöhne von weniger als 4 Euro sind keine Seltenheit) aufgezeichnetes Bildmaterial an Fernsehsender bzw. Produktionsfirmen verkaufte, möchten die GeschäftspartnerInnen aus Privatwirtschaft und Verwaltung nichts hören. Die so genannten Gütesiegelunternehmen der Sicherheitswirtschaft drängen mit Macht zu öffentlichen, langfristig stabilen Auftragsnahmen. Hierzu rechnet sich die Wirtschaft bei Ländern und Kommunen attraktiv.

Sächsische Vorreiterrolle

Neben den bereits angesprochenen günstigeren Personalkosten verspricht sie eine effektivere Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, was sich in Form von Mehreinnahmen für die öffentlichen Kassen positiv auswirken soll. In Frankfurt am Main war ein solcher Versuch allerdings missglückt. Die Stadtverwaltung der Mainmetropole hatte Branchenprimus Securitas mit der Überwachung des ruhenden Verkehrs, also der Verteilung von Strafzetteln, beauftragt. Auf Grund der schlampigen Arbeit der Securitas-Angestellten und der hohen Anzahl von erfolgreichen Widersprüchen von Kfz-Haltern überstiegen die Ausgaben für diese private Ordnungsdienstleistung jedoch die eingenommenen Buß- und Verwarnungsgelder bei weiten (Differenzsumme über 100.000 DM). Zudem wurde die mangelnde Bürgerfreundlichkeit der

Securitas-Angestellten beklagt. Nach einem Gutachten, das die Stadt Frankfurt in Auftrag gegeben hatte, konnte der Vertrag mit Securitas nicht aufrechterhalten werden. (Frankfurter Rundschau, 30.9.99)

Am 28.2.2002 fand in Dresden eine gemeinsame Arbeitstagung von Polizei und Sicherheitswirtschaft statt. Unter dem Motto: "Polizei und privates Sicherheitsgewerbe - gemeinsam für die Sicherheit der Bürger" unterzeichneten der Polizeipräsident von Sachsen, Rainer Stock, und der Vorsitzende der Landesgruppe Sachsen des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS) eine Grundsatzerklärung für den Freistaat. In Kooperation wollen Polizei und Sicherheitsunternehmen künftig für Sicherheit und Ordnung sorgen. Die Kooperation wird als Erweiterung des "Aktionsbündnisses - Sichere Sächsische Städte" angesehen.

Die sächsische Grundsatzerklärung geht davon aus, dass in Zukunft private Sicherheitsdienste im öffentlichen oder öffentlich zugänglichen Raum noch ausgedehnter eingesetzt werden können als bisher. Der sächsische Staatsminister des Inneren, Klaus Hardraht, sagte in seiner Rede hierzu, dass das Sicherheitsgewerbe zunächst bei einem Informationsaustausch mitarbeiten könne und durch einen verstärkten Einsatz bei der Bekämpfung der "Bagatellkriminalität" (Ladendiebstahl, "Schwarzfahren") die Polizei entlasten könne. Es sei aber auch an die Videoüberwachung zu denken, da bei einer Überwachung durch Private verfassungsrechtliche Bedenken, die bei einem staatlichen Einsatz bestünden, geringer seien, so der Minister.

Einigkeit herrschte bei allen VeranstaltungsteilnehmerInnen darin, dass es darum gehe, alle Kräfte gegen Kriminalität zu bündeln, dabei sei "insbesondere gegen Straßenkriminalität und Unordnung im öffentlichen Raum verstärkt vorzugehen". Der Direktor des Landeskriminalamts Mecklenburg-Vorpommern, Ingmar Weitemeier, forderte in seiner Rede die verstärkte Einbindung privater Sicherheitsdienste in Fahndungsmaßnahmen. Für den "Einsatz von Videotechnik für die Sicherheit der Bürger" sprach sich der Leiter des Vertriebs Bosch-Telekom Sicherheitssysteme Berlin, Andreas Päßler, aus. Das Abschlusswort dieser Veranstaltung sprach der Inspekteur der sächsischen Polizei, Helmut Spang. Spang machte in seiner Rede deutlich, dass nun eine neue Phase in der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und privaten Sicherheitsdiensten eingeläutet werde. (Der Sicherheitsdienst, 2/02)

In kaum einem anderen Bundesland macht der Lobbyverband BDWS bei der Durchsetzung seiner Interessen und Ziele so große Fortschritte, übt die Polizei so sehr den Schulterschluss mit den Privaten wie im Bundesland Sachsen. Wo findet es noch statt, dass ein profitstrebender Wirtschaftvertreter auf einer Polizei-Veranstaltung so offen für den Einsatz von Videoüberwachung werben darf und der höchste uniformierte Polizist im Land diesem "Verkäufer" vor Freude gleich um den Hals fällt; ein Innenminister eines Bundeslandes für öffentliche Videoüberwachung durch Private eintritt und alle klatschen, wenn der Vorschlag kommt, Sicherheitsfirmen künftig - Gewaltmonopol hin oder her - bei der Zurückdrängung von Unordnung im öffentlichen Raum einzusetzen? Der BDWS unterstützt diese Vorhaben, weil die Mitgliedsunternehmen vorrangige (Ansprech-)Partner bei den beschriebenen Zielen sind. BDWS-Hauptgeschäftsführer, Harald Olschok, hierzu: "Der Kampf gegen Kriminalität und andere Formen ‚abweichenden Verhaltens` ist dabei nur ein Aufgabengebiet." (Der Sicherheitsdienst 2/03)

In puncto Videoüberwachung stehen bundesdeutschen DatenschützerInnen schwere Zeiten bevor. Die Anzahl von öffentlichen und privaten Videoüberwachungsanlagen erhöht sich kontinuierlich - die zunehmende Akzeptanz bzw. ein großes Desinteresse der Bevölkerung gegenüber dieser Überwachungstechnik und die stetig voranschreitende, immer billiger werdende Technik sind Hauptgründe hierfür. In privaten Kontrollräumen laufen die Kamerabilder vieler KundInnen aus unterschiedlichsten Regionen zusammen und werden in modernen Systemen auf Computer-Festplatten aufgezeichnet. An Kamerasystemen, die selbstständig "normabweichendes Verhalten" erkennen können, wird derzeit geforscht.

Vision: Arbeitsteiliger Sicherheitsverbund

Bereits heute sind Kamerasysteme (z.B. auf Autobahnen) im Einsatz, die automatisch die Kfz-Kennzeichen mit behördlichen Datenbeständen abgleichen. Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz hatte im Berichtszeitraum 2003 durch Pressemeldungen von einem Modellprojekt des Thüringischen Innenministeriums erfahren, bei dem mittels Kamerasystemen automatisch Kfz-Kennzeichen erfasst und mit behördlichen Datenbeständen abgeglichen wurden. Eine Überprüfung dieses Modellprojekts ergab schwerwiegende Verstöße gegen den Datenschutz.

Der "arbeitsteilige Sicherheitsverbund" zwischen privaten und staatlichen Ordnungshütern, der auf Unterstützung und Information basiert, existiert auf kommunaler Ebene bereits - der Neutralitätsgrundsatz ist zu Gunsten des Sicherheitsgewerbes längst aufgegeben worden. Diese enge Zusammenarbeit möchten die PartnerInnen weiter vertiefen. Ökonomische Faktoren wie beispielsweise die Haushaltslage der öffentlichen Kassen und Gewinnstreben sowie das subjektive Sicherheits-/Bedrohungsgefühl in der Bevölkerung und Ordnungsbedürfnisse sorgen für eine entsprechende Eigendynamik und haben längst einen Verschmelzungsprozess zwischen staatlichen Stellen und privaten DienstleisterInnen in Gang gesetzt.

Datenschutz bleibt auf der Strecke

Dabei können die Menschen in Deutschland sich nicht auf eine ausreichende Kontrolle der Sicherheitsunternehmen bzw. des Personals durch öffentliche Stellen verlassen, wie verschiedene Beispiele zeigen. Nach fast fünf Jahren (Start 1999) offiziell existierenden Kooperationen zwischen den Sicherheitsbehörden und den Privaten sehen sich KritikerInnen bestätigt. Die Kooperationsstrukturen sind undurchsichtig und die KooperationspartnerInnen möchten sich einer (datenschutzrechtlichen) Kontrolle am liebsten entziehen, wie beispielsweise Anfragen an den hessischen Datenschutzbeauftragten und das Polizeipräsidium Frankfurt am Main Ende 2003 ergaben. Die Frankfurter Polizei kam ihrer Zusage, den Datenschutz innerhalb der Kooperation mit den Sicherheitsunternehmen besser zu regeln, einfach nicht nach. Über eineinhalb Jahre waren vom Zeitpunkt der Ankündigung bereits vergangen, ohne dass etwas geschah. Damit ist eine bestimmte Signalwirkung verbunden: Die Kooperationsinteressen - und damit auch die der privaten "Juniorpartner" - stehen über den Grundrechten der BürgerInnen, wie z.B. dem "Recht auf Informationelle Selbstbestimmung". Nicht überraschend, dass die Wirtschaft den Dialog mit den Datenschutzbeauftragten nicht sucht. In der Regel werden die Datenschutzbeauftragten, vor dem Abschluss von Kooperationsabkommen zwischen der Polizei und privaten Sicherheitsdiensten, nicht informiert, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt.

Alleine schon der gesunde Menschenverstand verbietet es, dass private Sicherheitsdienste als Partner oder sogar im Auftrag von Behörden den öffentlichen Raum nach marktwirtschaftlichen Kriterien "Sicherheitsverwalten". Bundesinnenminister Otto Schily sagt: "Sicherheit ist Freiheit". Die Privatisierung von öffentlicher Sicherheit wird allerdings weder Freiheit noch Sicherheit bringen. Deshalb kann der Slogan nur heißen: Freiheit ist Sicherheit!

Thomas Brunst,

www.safercity.de

8. Trotz allem verzweifelte Hoffnung

Ein Film erzählt vom Alltagsleben an der israelisch-jordanischen Grenze

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:08

Route 181 - die alte UNO-Grenzlinie von 1947 zwischen Israel und dem damaligen jordanischen Territorium - haben zwei israelische Filmemacher abgefahren. Entstanden ist ein sehenswerter Film über den Alltag im Grenzgebiet.

Der alte Araber lächelt etwas verschmitzt, als er erzählt, wie er dem Staat Israel einige Hektar zusätzliches Land verschaffte. Als 1947 die Grenzen Israels gezogen wurden, sollte das Haus auf israelischer, die Olivenhaine aber auf jordanischer Seite bleiben. So stand es in den Karten, und der Beamte ließ sich auf keine Diskussion ein. Als er weg war, wurde die Grenze von der arabischen Familie neu verlegt, so wie sie heute noch verläuft. Die Olivenhaine sind somit auch Teil des israelischen Staatsgebiets.

Das ist eine von vielen Szenen, die den Film "Route 181" so sehenswert machen. Zwei israelische Filmemacher haben sich aufgemacht, um die alte UNO-Grenzlinie von 1947 abzufahren. Auf dieser mehrwöchigen Reise filmen sie alle Kontakte, Gespräche und Begegnungen, die dort entstanden sind. Die Filmemacher sind zwar beide israelische Staatsbürger, doch Eyal Sivan ist Jude und Michel Khleifi ist Araber. Beide sind Kritiker der israelischen Regierungspolitik. Immer wieder bringen sie ihre zufälligen israelischen GesprächspartnerInnen mit ihrer gezielten und oft auch provokanten Fragetechnik ins Grübeln, manchmal auch in Rage. Sie interviewen überzeugte Veteranen des jüdischen Befreiungskampfes vor der Gründung Israels. Die bekennen unumwunden voller Stolz, dass sie nach der Staatsgründung mit dafür gesorgt haben, dass die Araber über die jordanische Grenze flohen und nicht mehr zurückkehrten.

Die Filmemacher zeigen den Lebensalltag in dem Grenzgebiet, der bei der medialen Dauerberichterstattung über Gewalt und Terror oft gar nicht mehr ins Blickfeld gerät. Ein Drittel des Filmmaterials zeigt das Leben der PalästinenserInnen unter der Besatzung. Auffällig ist, dass sich die Filmemacher hier mit kritischen Fragen sehr zurückhalten. Die Familie eines Selbstmordattentäters ist gerade obdachlos geworden, weil die israelische Armee ihr Haus zerstörte. Doch die Großmutter ruft voller Hass, auch sie wäre zum Selbstmordattentat bereit. Spätestens hier wäre ein kritisches Hinterfragen angebracht gewesen.

Der Film vermittelt keine unmittelbare Botschaft. Aber es ist sicherlich kein Zufall, dass am Ende eine aus Marokko eingewanderte Jüdin zu Wort kommt, die ihre Migration nach Israel inzwischen bereut und mehrmals versichert, dass auf dem Territorium Platz für Juden und Araber sei. Neben den mehrmals gezeigten Aktivisten der Gruppe Taayush, die sich für ein friedliches Zusammenleben zwischen Juden und Arabern einsetzt, zeigen solche Äußerungen, dass die Kräfte der Vernunft auf beiden Seiten in der Minderheit sein mögen. Aber sie gibt es weiterhin. Das ist in Zeiten, in denen fast täglich von Gewalt berichtet wird, eine erfreuliche Botschaft.

Peter Nowak

Route 181 - Fragmente einer Reise in Palästina, 270 Minuten. Der Film wird seit Anfang Mai in Programmkinos in Berlin, Hamburg und Münster gezeigt.

9. Der nicht-deklarierte Ausnahmezustand

Eine Reportage aus dem Baskenland

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:09

Der neue sozialdemokratische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat zwar mit dem schnellen Abzug spanischer Truppen aus dem Irak und dem Stopp mehrerer Staudammbauten manche BeobachterIn positiv überrascht, doch im größten Konflikt im spanischen Staat - der Auseinandersetzung mit der baskischen Selbstbestimmungsbewegung - hat Zapatero angekündigt, die Politik seines rechtskonservativen Vorgängers José Maria Aznar fortsetzen zu wollen.

Dabei kommen aus dem Baskenland so viele Signale für eine politische Lösung wie noch nie. Die militärisch angeschlagene, aber sozial nach wie vor breit verankerte Untergrundorganisation ETA hat vor und nach den Wahlen mehrere Gesprächsangebote unterbreitet. Zuletzt verkündete sie nach der Bildung einer Mitte-Links-Regierung in Katalonien und einem konspirativen Treffen mit dem katalanischen Vize-Ministerpräsidenten Josep Lluís Carod-Rovira (Esquerra Republicana de Catalunya, ERC) einen auf die Region beschränkten Waffenstillstand.

Dass ein Ende des bewaffneten Kampfes und die Amnestie der 700 baskischen politischen Gefangenen weiterhin nicht absehbar sind, hat auch mit der Haltung der baskischen Christdemokraten (Partido Nacionalista Vasco, PNV) zu tun. Die Regionalpartei, der im spanischen Parteienspektrum eine Zentrumsposition zukommt und die im Baskenland gemeinsam mit der baskischen Sektion des um die spanischen KP gruppierten Wahlbündnisses Izquierda Unida regiert, hat ihr Projekt zur Abhaltung eines Autonomie-Referendums, den so genannten Ibarretxe-Plan, für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Eine Konsultation der Bevölkerung ist jedoch der einzige Ausweg aus dem Konflikt. Die baskische Linke weist nicht zu Unrecht darauf hin, dass die spanische Verfassung 1978 von den baskischen WählerInnen abgelehnt und das regionale Autonomie-Statut nur auf Grund massiven militärischen Drucks bestätigt wurde. Die Mehrheit in der baskischen Gesellschaft hält den herrschenden Zustand damit für ein Relikt des Franquismus, dem die demokratische Legitimität fehlt.

Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass die Regierung in Madrid seit Mitte der 1990er Jahre die zwischen 15 und 20 Prozent der BürgerInnen repräsentierende Unabhängigkeitslinke auf in Europa noch nicht da gewesene Weise kriminalisiert.

Die Ortschaft Lizartza unweit der Küstenstadt Donosti (Spanisch: San Sebastián): Der Araitz-Fluss hat ein tiefes Tal in die an dieser Stelle 1.400 Meter hohen Pyrenäenausläufer gegraben. An den Hängen stehen die klobigen, für das Baskenland so charakteristischen Bauernhäuser, das Flussufer säumen fünfstöckige Industriearbeiterquartiere. Wenn man sich hier mit gewöhnlichen Straßenkarten bewegt, stößt man auf erhebliche Probleme: Auf den meisten Verkehrsschildern sind die spanischen Ortsnamen von Sprayern übermalt worden.

Wer den von außen oft verwirrend erscheinenden baskischen Konflikt verstehen will, wird in der kleinen, an Frankreich angrenzenden Provinz Gipuzkoa am ehesten Erklärungen finden. Das Entstehen einer neuen Unabhängigkeitsbewegung, die sich vom christlichen Konservativismus des PNV links abgrenzte und gleichzeitig den Zentralstaat kompromisslos angriff, hat viel mit der Sozialstruktur der Region zu tun. In den meist nur wenige Tausend Einwohner zählenden Ortschaften in den Tälern südlich San Sebastiáns hatten sich einerseits die baskische Sprache und gewachsene Dorfstrukturen trotz der rabiaten Verfolgung während der Franco-Diktatur halten können, andererseits war die Bevölkerung der von Metall- und Papierindustrie geprägten Region doch bereits proletarisiert genug, um sich entlang von Klassenwidersprüchen zu organisieren und aktiv zu werden. So verbanden sich ab den 1960er Jahren Arbeiterkämpfe und soziale Bewegungen auf eigentümliche Weise mit der kulturellen Renitenz einer Bevölkerung, die sich den - was häufig vergessen wird - hochgradig nationalistisch motivierten Assimilationsbestrebungen des Zentralstaats zu widersetzen suchte. Das Ergebnis war ein politisches Selbstverständnis, das sozialistisches Gedankengut und republikanischen Anti-Monarchismus mit der eher konservativen Pflege von Sprache und Traditionen in Einklang brachte.

Diese politische Haltung ist in der Provinz bis heute stark verankert. Die linksnationalistische Koalition Batasuna, die sich gleichermaßen sozialen Bewegungen, einer antikapitalistischen Gewerkschaftsarbeit wie

der baskischen Kulturpflege verpflichtet fühlt, war bis zu ihrem Verbot 2002 bei Wahlen mit ca. 25 Prozent der Stimmen fast immer stärkste Partei in Gipuzkoa. In vielen kleineren Ortschaften liegt ihr Anteil sogar häufig noch deutlich höher.

Eigentümliche Mischung

Maider Agirrebarrena und Agurtzane Zubeldia, zwei alternativ gekleidete Frauen Mitte 20, sind gewählte, allerdings nicht offiziell anerkannte Gemeinderäte in der Ortschaft Lizartza. Die 800-Seelen-Gemeinde wurde bei den letzten Kommunalwahlen vom Mai 2003 zu einem Symbol dessen, was selbst Vertreter der bürgerlichen Autonomieregierung als "nicht-deklarierten Ausnahmezustand" bezeichnen. Die spanische Regierung hatte Batasuna unmittelbar vor den Wahlen als "politischen Arm ETAs" verboten und sämtliche Gruppierungen zu Nachfolgeorganisationen Batasunas erklärt, auf deren Listen auch nur ein einziger Kandidat auftauchte, der zuvor einmal für die Linkskoalition angetreten war. "In Lizartza", sagt Agirrebarrena, "haben sie auf diese Weise 50 Personen von der Mitarbeit im Gemeinderat ausgeschlossen. Es gibt in unserem Dorf schlichtweg nicht mehr genug Leute, die für Kandidaturen in Frage kommen." Die verbotenen Listen traten schließlich mit eigenständigen, ebenfalls kriminalisierten Wahlzetteln an. 15 Prozent der baskischen WählerInnen und 63 Prozent derjenigen Lizartzas votierten mit illegalen Stimmzetteln für die ausgeschlossenen Kandidaturen, obwohl klar war, dass die Wahlbehörden die Stimmen als ungültig werten würden. "Wir befinden uns in einer Situation", bemerkt Zubeldia in einem resignierten Tonfall, "die der während des Franquismus in nicht mehr viel nachsteht. Madrid hat im Baskenland zwei Tageszeitungen, ein Radio, eine Monatszeitschrift, mehrere Menschenrechtskomitees, zwei Jugendorganisationen, die drittstärkste Partei des Landes und Hunderte von lokalen Gruppierungen verboten."

In Lizartza ist die Situation besonders absurd. In der an der alten Nationalstraße von Donosti nach Irunea (Pamplona) gelegenen Ortschaft wurde nach den Kommunalwahlen im Mai 2003 ein Politiker zum Bürgermeister ernannt, der weder von seinen BürgerInnen gewählt wurde, noch in der Gemeinde wohnt. Die PNV als stärkste baskische Partei hatte in zahlreichen Orten so genannte "Fallschirmspringer" aus der Landespolitik abgesetzt, nachdem in den betroffenen Gemeinden auch auf den nicht-verbotenen Listen niemand mehr kandidieren wollte. In Lizartza platzierte die PNV ihren damaligen Frontmann Joseba Egibar, der sich auf Landesebene zwar lautstark gegen das Verbot der Linkskoalition geäußert hatte, aber dennoch bereitwillig die Gelegenheit nutzte, die traditionelle Batasuna-Bastion erstmals für die baskischen Christdemokraten zu erobern. Restlos überzeugt von der Legitimität seines Verhaltens scheint Bürgermeister Egibar nicht zu sein. Um Protesten der BürgerInnen Lizartzas aus dem Weg zu gehen, taucht der PNV-Politiker nur zu unangekündigten Blitzbesuchen in der Gemeinde auf.

Fallschirmspringer über Gipuzkoa

Auf meinen Einwand, dass sich die Demokratie im Baskenland auch aus anderen Gründen, nämlich wegen der ETA-Attentate auf Politiker von PP und PSOE im Ausnahmezustand befinde, reagieren die Gemeinderäte Agirrebarrena und Zubeldia mit Zustimmung, aber auch einem Einwand. "Die Situation für die bedrohten Kommunalpolitiker ist schrecklich, das stimmt", sagt Agirrebarrena. "Aber während über ihr Leiden ständig in allen Medien berichtet wird, schweigt man über das auf unserer Seite. Die Guardia Civil foltert und exekutiert systematisch, die spanischen Sozialisten haben in den 1980er Jahren ungestraft Todesschwadronen aufgebaut und baskische Politiker erschießen lassen. Es gibt heute 700 politische Gefangene, darunter viele, die nichts mit ETA zu tun haben. Und die Angehörigen der Gefangenen müssen für 40 Minuten Besuchszeit zum Teil 1.600 Kilometer zurücklegen, weil die Häftlinge - entgegen den gesetzlichen Regelungen - gezielt weit entfernt von ihren Wohnorten untergebracht sind. Die Krise der Demokratie beginnt nicht erst mit den ETA-Anschlägen, sondern damit, dass uns Madrid auch 30 Jahre nach Francos Tod grundlegende Rechte - wie das auf eine Volksabstimmung - mit Gewalt verwehrt. Das ist das eigentliche Problem der Demokratie hier."

Martxelo Otamendi, der Chefredakteur der einzigen baskischsprachigen Tageszeitung Berria, steht den Positionen Batasunas in vielen Punkten kritisch gegenüber. Seine Zeitung bezeichnet er als progressiv und den sozialen Bewegungen verpflichtet, aber als nicht besonders radikal. "Wir gehören nicht zu denen, die ständig zum Aufstand aufrufen." Um die Zeitung zu charakterisieren, fällt ihm als erstes ein, dass Berria zum Christopher Street Day schon mal zwölf Seiten schwul-lesbischen Schwerpunkt bringe und sich der größte Genossenschaftsanteil der Zeitung in den Händen der Gewerkschaft ELA befinde. Dennoch stimmt Otamendi

in der Analyse mit den Batasuna-Gemeinderäten von Lizartza in einem Punkt überein. "Wenn es in Europa ein Land gibt, in dem die freie Meinungsäußerung außer Kraft gesetzt worden ist, dann ist es Spanien."

Der Chefredakteur Berrias weiß, wovon er spricht. Im Februar 2003 wurde er mit neun anderen Führungspersonen der Vorgängerzeitung Egunkaria festgenommen. Untersuchungsrichter Baltasar Garzón hatte die Tageszeitung schlichtweg verbieten lassen. Die Verhafteten wurden, wie Chefredakteur Otamendi später vor dem baskischen Parlament ausführlich darlegte, tagelang bestialisch gefoltert. Einer der Inhaftierten, der ehemalige Egunkaria-Chefredakteur Pello Zubiria, versuchte sich umzubringen, um sich seinen Peinigern zu entziehen. "Das war nicht einfach eine Affekthandlung einiger Polizisten. Die Verantwortlichen wussten, dass wir die Folterungen öffentlich machen würden. Sie wollten allen zeigen, dass der spanische Staat selbst uns - anerkannte Journalisten - festnehmen und foltern lassen kann, ohne dass etwas passiert." Tatsächlich stehen Misshandlungen auf spanischen Polizeiwachen auf der Tagesordnung. Jedes Jahr werden Hunderte von Folterfällen bekannt: von der so genannten Plastiktüte, dem gezielten Hervorrufen von Erstickungszuständen, über Vergewaltigungen und Morddrohungen bis hin zu Schlägen und tagelangem Schlafentzug. Amnesty International hat die spanische Regierung deshalb im November 2002 dringend dazu aufgefordert, die von der UNO empfohlenen Anti-Folter-Maßnahmen anzuwenden.

Doch Chefredakteur Otamendi glaubt nicht, dass sich das Problem dadurch beheben lassen wird. "Die Folter in Spanien ist strukturell. Polizei, Justiz und Politik haben gleichermaßen Interesse daran, dass sie angewandt wird. 90 Prozent der Verurteilungen werden auf der Grundlage von unter Folter erpressten Geständnissen getroffen. Die Effizienz des Staates in der ETA-Bekämpfung wäre prinzipiell in Frage gestellt, wenn es die Folter nicht mehr gäbe." Bizarr erscheint dem Journalisten auch, dass Ermittlungsrichter Garzón zwar lateinamerikanische Folterer verfolgt, aber keinem einzigen derartigen Fall in Spanien nachgegangen ist.

"Ich bin kein Staatsfetischist"

Otamendi ist nach diesen Erfahrungen vom Sinn einer baskischen Unabhängigkeit überzeugt. "Madrid wahrt keine demokratischen Formen mehr. Der zentralstaatliche Druck gegen die baskische Kultur wird immer größer. Offensichtlich können wir uns und die baskische Sprache nur schützen, wenn wir über einen eigenen Staat verfügen." Otamendi zufolge teilten heute weitaus mehr katalanische und baskische BürgerInnen diese Überzeugung als noch vor 30 Jahren. Es gehört zu den in Europa verbreiteten Missverständnissen zu glauben, dass sich diese Gruppe aus nationalistischen Fanatikern zusammensetze. "Ich bin kein Staatenfetischist. Nationale Grenzen erzeugen bei mir keine erotischen Empfindungen", erklärt der Chefredakteur mit einem Lächeln am Ende des Gesprächs. "Aber solange die Situation in Europa so ist, wie sie ist, bedeutet staatliche Unabhängigkeit einen wichtigen Gestaltungsspielraum, um die Dinge anders - und ich hoffe auch etwas progressiver - zu machen, als das bisher der Fall ist."

Raul Zelik

10. Vom Drang nach Osten

EU-Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:11

Der Gleichklang ist erstaunlich. Von der CDU bis zu den Grünen, von den Sozialdemokraten bis hinein in die PDS reicht ein gesellschaftlicher Konsens, demzufolge man der Erweiterung der Europäischen Union nicht ablehnend gegenüberstehen darf. Kaum ein anderes Thema ist mit einem dermaßen breit angelegten Tabu belegt; die EU-Erweiterung gilt scheinbar widerspruchslos als politisch korrekt.

Argumentativ begleitet wird die EU-Erweiterung in den herrschenden Medien mit purer Ideologie: Die Aufnahme von acht osteuropäischen (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien) und zwei weiteren Ländern (Malta, Griechisch-Zypern) sei ein Hilfsprojekt. Geholfen werde, so der Tenor, den armen Brüdern und Schwestern, die 40 Jahre innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) an Mängel aller Art gelitten und sich nun 15 Jahre lang bemüht hätten, die Regeln von Kapitalwirtschaft und Kapitaldemokratie einzuüben.

Gleichzeitig zum Hilfsargument lassen sich Medienberichte und PolitikerInnen mit der Zusicherung vernehmen, die EU-Osterweiterung sei für krisengeschüttelte westliche Unternehmen notwendig, um im Ostgeschäft bzw. im Ostinvestment jene Verluste zu kompensieren, die in den Kernländern konjunkturbedingt anfallen. Bauwirtschaft, Banken, Pkw-Hersteller ... bräuchten dringend neue Märkte. Dieses Argument kommt der Wirklichkeit nahe, steht jedoch im Widerspruch zur großartigen Hilfsleistung, die mittels Erweiterung den europäischen Geschwistern jenseits der Oder gebracht werden soll. Denn die Erhöhung der Gewinnaussichten für Westkonzerne im Osten basiert nun einmal auf der verstärkten Ausbeutung dortiger Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Lohndifferenz, auf die noch zu sprechen kommen wird, garantiert den Gewinntransfer.

Die Triebkraft der EU-Erweiterung geht von der Produktivität anlagesuchender Unternehmen in Westeuropa, insbesondere in Deutschland aus. Rationalisierungen und Marktbereinigungen haben in den vergangenen Jahrzehnten die Kapazitäten der großen Konzerne zu einem Akkumulationsdruck erhöht, der Verwertung nun durch Expansion sucht. Dieses für kapitalistische Makroökonomie rhythmisch wiederkehrende Szenario ist eigentlich eine analytische Binsenweisheit. Bei der Debatte um die EU-Osterweiterung ist sie jedoch aus dem Blickfeld geraten. Nicht Entwicklungshilfe, karitativer Gestus oder der Zusammenhalt einer christlich-abendländischen Gemeinschaft sind es also, die Brüssel veranlassen, die Grenzen der Europäischen Union nach Osten zu erweitern, sondern die Überproduktion der so genannten global player in Westeuropa. Diese dem Kapitalismus eigene Krisenerscheinung, nämlich Überproduziertes verwerten zu müssen, zwingt zur Expansion. Die EU-Osterweiterung bedeutet in diesem Zusammenhang die Schaffung neuer Markträume. Das Regelwerk hierfür bildet der "gemeinschaftliche Besitzstand", in EU-deutsch "acquis communautaire" genannt.

Zum erweiterten Absatzmarkt kommt ein vergrößerter Arbeitsmarkt hinzu. Millionen von billigen ProduzentInnen könnten dazu beitragen, dass in Folge der Öffnung des Arbeitsmarktes heute noch ungeahnte Deregulierungen auch im Westen gewerkschaftlich erkämpfte Rechte minimieren bzw. zunichte machen. Der EU-Osterweiterung, die als Meisterstück des expansivsten Teils des deutschen Kapitals gesehen werden kann, stehen ArbeitervertreterInnen bislang hilflos gegenüber.

Die Triebkraft der Erweiterung

Der Zusammenbruch des politischen Ostens mit der Sowjetunion an der Spitze war notwendige Voraussetzung für den neuen Drang nach Osten, der deutsche, französische, holländische, italienische u.a. Konzerne erfasst hat. Zwei wesentliche wirtschaftspolitische Ereignisse symbolisieren das Ende der kommunistischen Alternative: der Fall des Außenhandelsmonopols in der Sowjetunion am 1. Juli 1988 und die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) am 28. Juni 1991. Mit dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols war der "sozialistische Wettbewerb" eröffnet. Betriebswirtschaftliche Rechnungsführung auf Devisenbasis erlaubte es manchem exportorientierten Unternehmen - freilich auf Basis von der Volkswirtschaft billig zur Verfügung gestellter Vorleistungen wie z.B. Energie - betriebswirtschaftliche Gewinne zu lukrieren und auch selbstständig darüber zu verfügen. Am Ende der oftmals ineffizienten Planwirtschaft stand also die per Gesetz von Moskau angestachelte Flucht in die Privatisierung der Gewinne.

Die Bereicherung kommunistischer Kader - Betriebsdirektoren, regionale Verwalter - am ehemaligen Volkseigentum war die logische, ja gewünschte Folge der Aufgabe des Außenhandelsmonopols. Ihre Benennung als Mafia trägt dem strukturellen Charakter der Kapitalisierung staatswirtschaftlicher Betriebe keinesfalls Rechnung.

Die Auflösung des RGW im Juni 1991 wiederum eröffnete den nationalen Wettlauf der neuen Eliten Osteuropas um Teilnahme an der Europäischen Gemeinschaft. Im späteren Aufnahmeritual spiegelt sich die Philosophie des "jeder gegen jeden" wider. Schon zuvor waren in Weltwirtschaftsinstituten in Prag und Budapest mit Vaclav Klaus, Andras Inotai u.a. neoliberale Kader ausgebildet worden, die Ideologie und teilweise auch Umsetzung der neuen, auf das ökonomisch-kapitalistische Primat setzenden Orientierung bereitstellten.

Meisterstück des deutschen Kapitals

Nach dem Fall des sowjetischen Außenhandelsmonopols und der Auflösung des RGW war die ökonomische Rationalität der stärksten Westkonzerne im Osten mit einem Schlag politisch durchgesetzt. Die kulturelle Akzeptanz dieses Endes des politischen Primats, wie es jahrzehntelang von immer maroder werdenden Kommunistischen Parteien betrieben worden war, lässt teilweise noch auf sich warten. Völlig entzweite Gesellschaften, die sich nach Generationen und im Stadt-Land-Sinne trennen, sind die Folge.

Die sozio-ökonomische Zurichtung der osteuropäischen Staaten für ihre periphere Integration in die Europäische Union ist hingegen im großen und ganzen abgeschlossen. Dieser Prozess hat - bis zur endgültigen Aufnahme der ersten Kandidaten - 15 Jahre gedauert. Der - im Vergleich mit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg - relativ lange Zeitraum war offensichtlich notwendig, um den Eigentumswandel in den ehemaligen zentral gelenkten Wirtschaften zu vollenden. Und das war wiederum Voraussetzung dafür, dass sich nach der Aufnahme in die EU hauptsächlich westeuropäische Konzern(filialen) aus den Brüsseler Fördertöpfen bedienen werden können.

In einer ersten Welle waren in Zeiten weicher lokaler Währungen und unter starkem Druck aus Brüssel (EG) und Washington (IWF) Privatisierungen als Notverkäufe im großen Stil über die Bühne gegangen. Zur währungsmäßigen Unterbewertung kam noch das totale Überangebot hinzu, das zwangsläufig entstehen muss, wenn zehn und mehr Staaten ihre Kernbetriebe gleichzeitig auf den Markt werfen. Korruption und Bestechung senkten dann oft nochmals den Preis, der budgetrelevant von den einzelnen Volkswirtschaften eingenommen werden konnte. Die Medien haben aus diesem ebenfalls strukturellen Tatbestand, dass nämlich bei raschem Abstoßen riesiger Betriebe persönliche Bereicherungen an der Tagesordnung sind, ihren Test in bürgerlicher Berichterstattung bestanden: Die Individualisierung kollektiver Prozesse gelang in den Ostmedien perfekt. Individuelle Schuldzuweisungen bei der Verschleuderung von Volkseigentum stand im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Wie der Eigentumswandel konkret vor sich ging, mag am Beispiel der Banken kurz erläutert werden. Der Bankensektor ist allein schon deshalb überdurchschnittlich bedeutsam, weil über die Kontrolle der Kreditmärkte wirtschaftliche Vorhaben makroökonomisch - je nach Wunsch - gefördert oder verhindert werden können. Noch vor der Übernahme östlicher Banken und Sparkassen durch westliche Institute wurden die einzelnen Regierungen Osteuropas dazu angehalten, die so genannten "faulen Kredite" ins Budget zu übernehmen. Als faule Kredite bezeichnet man jene offenen Forderungen der Banken, die sie gegenüber maroden Staatsbetrieben, die jahrelang von Staats wegen mittels Krediten über Wasser gehalten wurden, aufwiesen. Ihre Übernahme in die staatlichen Budgets garantierte erst, dass sich westliche Investoren für die nun schuldenfreien Ostbanken interessierten; freilich riss sie dabei auch tiefe Löcher in die einzelnen Staatssäckel, die zu stopfen noch jahrelang eine rigide Sparpolitik nach sich ziehen wird.

Die Zurichtung zur peripheren Integration

In einem zweiten Schritt erwarben die westlichen Interessenten Minderheitenanteile an den in Aktiengesellschaften umgewandelten Instituten, meist eine Sperrminorität von 25%. Dann wurde ein paar Jahre lang der Fortgang des Unternehmens untersucht, das Filialnetz, die - meist - schlechte Kundenstruktur und das - meist - vielversprechende immobile Eigentum der Banken analysiert. Erst in einem dritten Schritt entschlossen sich dann die deutschen, belgischen, italienischen, französischen und österreichischen Bankhäuser zur vollständigen Übernahme. Im Jahr 2003 betrug der Anteil ausländischer Geldinstitute am

Gesamtmarkt (berechnet auf Basis der Bilanzsummen) in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien zwischen 70% und 80%, in Polen knapp 70%, in Ungarn 60%; nur Slowenien konnte mit 33% Auslandsabhängigkeit ausländische Interessenten (fürs erste) auf Distanz halten.

Die Profiteure der Übernahme sind u.a. die KBC aus Belgien (Mehrheitseigentümer von CSOB/Tschechien, Kredyt Bank/Polen, K+H/Ungarn, Nova Ljubljanska Banka/Slowenien), die Bank Austria (BPH + PBK/Polen; HVB-Bank/Tschechien) und die Erste Bank (Ceska und Slovenska Sporitelna) aus Österreich sowie die Deutsche Bank, UniCredito aus Italien, die Societe generale aus Frankreich usw.

"Motor der Transformation ...

Der Zeitpunkt für die meisten Übernahmen Anfang der 1990er Jahre war hervorragend gewählt. Mit der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 mussten zig Tausende Menschen in Osteuropa Bankinstitute aufsuchen und dort Konten eröffnen, um ihre in der kommunistischen Epoche angehäuften Deutschen Mark, die jahrelang unter dem Kopfkissen gelagert waren, in die neue europäische Währung umzutauschen. So schnell wie in den ersten Wochen des Jahres 2002 kann sich üblicherweise kein Kundenstock bei einer Bank aufbauen.

Typisch für die periphere Integration Osteuropas ist auch die - entgegen anders lautenden Meldungen - direkte finanzpolitische Aussaugung der jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhanges gelegenen Staaten. Der rumänische Entwicklungstheoretiker Silviu Brucan hat diesen Tatbestand bereits 1995 in einer Studie belegt, heute bestätigen dies auch Statistiken des Wiener Instituts für internationale Entwicklungsvergleiche, dem renommiertesten deutschsprachigen Institut für ostwirtschaftliche Forschung.

Gelder, die über EU-Hilfsprogramme wie Phare, Ispa oder Sapard in den Osten fließen, werden systematisch überbewertet. Zum einen handelt es sich - verglichen mit Kreditzahlungen oder Außenhandelsdefiziten - um geringe Summen, zum anderen kommt ein Teil dieser Hilfsgelder westeuropäischen AusbilderInnen und TrainerInnen zu gute. Diese oft aus Deutschland, Holland oder Skandinavien stammenden SozialwissenschaftlerInnen oder BetriebswirtschaftlerInnen bilden auf Kosten Brüssels EU-kompatibles Personal heran, das dann anschließend ins Management der großen Westkonzerne wechselt, um in den Beitrittsländern Töchterfirmen aufzubauen. Damit werden gleich mehrere Effekte erzielt. Zum einen übernimmt Brüssel indirekt Personalschulungen für VW, ABB, Deutsche Bank etc.; zum anderen wird mit Hilfe der Ostschulungen überschüssige westliche intellektuelle Kapazität im Osten gebunden und einer Aufgabe zugeführt, die den - für EU-Europa angenehmen - Nebeneffekt hat, dass ein mögliches kritisches Potenzial gleichzeitig positiv zur bürokratisierten Übernahme Osteuropas steht.

Dort, wo es wirklich um große Geldsummen geht, gehören Osteuropas Volkswirtschaften (mit Ausnahme Sloweniens) zu den Verlierern. Seit 1989/90 hat sich in allen Ländern (außer Ungarn) die Handelsbilanz wesentlich verschlechtert. Konnte Polen im Jahr 1990 noch mit einem Überschuss von 2 Mrd. US-Dollar aufwarten, so war zehn Jahre später daraus ein Minus von 13 Mrd. US-Dollar geworden. Insgesamt zeigen die Aufnahmekandidaten mit einem Handelsbilanzdefizit von 23 Mrd. US-Dollar den starken westeuropäischen Wirtschaften ihre Schwäche. Das Argument, die ausländischen Direktinvestitionen würden dieses Defizit kompensieren, stimmt so nicht. Denn zum einen können zu versteuernde Gewinne durch innerbetriebliche Verlust- und Gewinnverschiebungen leicht vor dem Fiskus gerettet werden und zum anderen wird es keinen Konzern in der Welt geben, in dem nicht das Stammhaus Renditen einfährt. Und die Stammhäuser befinden sich alle in westeuropäischen Metropolen.

... ist der Verbrennungsmotor"

Besonders drastisch wird der für Osteuropa negative Kapitalfluss, wenn man sich die makroökonomischen Grunddaten vor Augen führt. Ausländische Direktinvestitionen flossen - kumuliert, wohl verstanden - bis Ende 2001 in der Höhe von 115 Mrd. US-Dollar in die zehn osteuropäischen EU-Beitrittsländer. Dem steht eine Auslandsschuld von 165 Mrd. US-Dollar gegenüber, deren Zinsbedienung die jährlich in die Länder fließenden Investitionen übersteigt. Osteuropa leidet, auch wenn dies in den herrschenden Medien meist verschwiegen wird, am Nettokapitalabfluss in Richtung Westen.

Osteuropas Industriestruktur gleicht am Vorabend des EU-Beitritts - bis auf wenige Ausnahmen - verlängerten Werkbänken, die für den von westlichen Konzernen beherrschten Weltmarkt arbeiten. Das frühere Diktat des

Transferrubels ist von einer marginalisierten und fremdbestimmten Position im System internationaler Arbeitsteilung abgelöst worden. Diesbezüglich ausgebaut werden arbeits- bzw. lohnintensive Wirtschaftszweige wie Textil und Bekleidung, die Möbelindustrie, Lederverarbeitung etc. Basis dieses seltsamen Booms bildet die billige Arbeitskraft. Mitte der 1990er Jahre, als sich diese Struktur verfestigte, kostete z.B. eine durchschnittliche ungarische Industriearbeitsstunde zehn Mal weniger als eine deutsche. Zum Zeitpunkt des Beitritts zur Brüsseler Union beträgt der durchschnittliche Bruttolohn in Ungarn, Tschechien und Polen zwischen 450 und 500 US-Dollar, in der Slowakei geht ein Arbeiter mit 350 US-Dollar am Monatsende nach Hause, in Bulgarien und Rumänien muss sich sein Kollege mit 150 US-Dollar pro Monat begnügen. In Slowenien - auch hier die Ausnahme - beträgt ein Monatsverdienst in der Industrie knapp 1.000 US-Dollar brutto.

Ein wesentlicher Hauptträger dieser Entwicklung ist - neben den traditionellen Billiglohnbranchen - die Automobilindustrie, und hier wiederum insbesondere der Volkswagen-Konzern. "Der Motor der Transformation ist der Verbrennungsmotor", umschrieb einst ein Forscher des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche das Eindringen von PKW-Herstellern in die osteuropäischen Arbeitsmärkte. Neben VW-Audi haben Suzuki, Ford, Renault, Bosch und John Deere ihre Kapazitäten im Osten ausgebaut. Unter dem statistischem Kürzel "Maschinen- und Fahrzeugbau" firmieren 60% aller ungarischen Exporte (VW-Audi, Suzuki), 45% aller tschechischen (VW), 40% aller slowakischen (VW) und 34% aller polnischen (Ford). Eine extreme volkswirtschaftliche Verwundbarkeit liegt bei solch einseitiger Abhängigkeit, die nicht nur von einer Branche, sondern oft nur von einem Hersteller bestimmt wird, auf der Hand.

Bis zuletzt verhandlungstechnisch umkämpft war das Kapitel Agrarwirtschaft. Schließlich einigten sich Brüssel und die Beitrittsländer darauf, dass Osteuropas Bauern erst im Jahr 2013 dieselbe finanzielle Unterstützung erhalten werden wie ihre westeuropäischen Kollegen. Seit 1989 werden dann 24 Jahre vergangen sein, in denen ein Großteil der osteuropäischen Landwirte vom Import subventionierter Westwaren ruiniert sein werden.

Ein besonders heikles Kapitel beim Thema Landwirtschaft ist die Frage der Kommodifizierung von Grund und Boden. Im Kommunismus gab es keinen Markt dafür, jetzt werden die ergiebigsten Felder, Wiesen, Äcker, Forste und Weingärten von reichen Westfirmen übernommen, die dem Verbot des Verkaufs an fremde Staatsangehörige durch den einfachen Trick ausweichen, indem sie Kapitalgesellschaften vor Ort gründen, womit sie Inländern gleichgestellt sind. Die billigen Bodenpreise im Osten garantieren diesen Kapitalgesellschaften, die Fruchtsäfte, Milchprodukte oder ähnliches produzieren, quasi Vorkaufsrechte, weil sich heimische Bauern große Flächen nicht leisten können und Westbauern als natürliche Personen in den meisten Ländern noch einige Jahre vom Bodenkauf ausgeschlossen bleiben. Während in der EU Hektarpreise - je nach Lage - um die 10.000 bis 14.000 Euro betragen, ist in Ungarn der Hektar bestes Agrarland für 1.500 Euro zu haben, in Polen kostet er 1.000 Euro.

Ausverkauf von Grund und Boden

Die Folgen sind absehbar. In der antikommunistischen Hysterie restituierte Bauern werden über kurz oder lang zu Landarbeitern auf jenen Großgütern werden, die sie sich selbst nicht leisten können. Unilever und Nestle produzieren bereits heute unter solchen Bedingungen in Polen, Goldfrucht in Rumänien. Die meisten der acht Millionen polnischen Kleinbauern werden dem Kaufdruck aus dem Westen nicht standhalten können. Die agrarwirtschaftliche Kollektivierung hatten ihre Vorfahren in den 1950er Jahren noch abgewehrt, die Übernahme von Grund und Boden durch reichere deutsche Bauern und Unternehmen wird ein Großteil von ihnen nicht überleben. Das bedeutet, dass nochmals über 25% der polnischen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit oder Emigration bedroht ist. Damit droht Polen jene traditionelle Rolle der vergangenen 150 Jahre einzunehmen, als es Arbeitskraftlieferant für den Westen gewesen war.

Die auffälligste Differenz zwischen den EU-15 und den Beitrittskandidaten kann aus der Statistik des Bruttoinlandsproduktes, pro Kopf gemessen, herausgelesen werden. Obwohl diese keinerlei soziale Schichtung beinhaltet, ist ein allgemeiner Ländervergleich dennoch aussagekräftig. Kaufkraftbereinigt ergibt sich daraus, dass - bei einer Indexierung von EU=100 - Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen unter 30 liegen, Polen bei der Indexziffer 39; nur Slowenien stellt wieder einmal die Ausnahme mit 70 dar.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit pendelt in Ländern wie Polen oder der Slowakei offiziell um die 20%-Marke, wobei extreme regionale Unterschiede eine Auseinanderentwicklung in arme und reichere Regionen bewirken. Während z.B. im Raum Bratislava nur relativ wenige Menschen ohne Arbeit sind, leidet die Mittelslowakei mit ihrer abgewickelten Metall- und Rüstungsindustrie an Arbeitslosenzahlen von 50% bis 60%.

Abgewickelt wird auch das in kommunistischen Zeiten halbwegs funktionierende Gesundheitswesen. Privatisierungen der Vorsorgesysteme sowie die Schließung von Spitälern führen dazu, dass sich ein Teil der Menschen Gesundheit nicht mehr leisten kann. Statistisch kommt diese zivilisatorische Rückwärtsentwicklung im so genannten Bettenindikator zum Ausdruck. Zwischen 1990 und 2000 verloren Ungarn, Tschechien und Rumänien durch Schließungen und Zusammenlegungen 18% der Krankenhausbetten, Polen 14% und Bulgarien sogar 37%.

Vor solchen drastischen sozialen Verwerfungen hat Polens Ex-Außenminister Dariusz Rosati, der unter der sozialdemokratischen Regierung Czimoszewicz amtete, die Möglichkeit des wirtschaftlichen (und in der Folge) sozialen Aufholens gegenüber dem Westen berechnet. Rosati konstatiert, dass bei einer (fiktiven) jährlichen Wachstumsrate der Volkswirtschaft von 5% im Osten und einer (ebenso fiktiven) jährlichen Wachstumsrate von 2-3% im Westen Polen 23 Jahre brauchen würde, um das statistische Mittel von Griechenland/Portugal/Spanien zu erreichen.

Als Hebel für die Aufnahme der osteuropäischen Länder in die von Brüssel verwaltete Europäische Union dient der "acquis communautaire". Darunter versteht man 20.000 Rechtsakte auf 80.000 Seiten, die in 31 Kapitel (fein gegliedert von 1. "Freier Warenverkehr" bis 31. "Sonstiges") die vier kapitalistischen Freiheiten (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Arbeitskraft) den politischen Administrationen und rechtlichen Institutionen in Osteuropa überstülpen. Seit 1998 wurde diesbezüglich mit der so genannten Luxemburger Gruppe (Ungarn, Tschechien, Polen, Estland, Slowenien, Griechisch-Zypern) gesprochen, ab 2000 dann auch mit der "Helsinki-Gruppe" (Slowakei, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien, etwas später auch Malta).

Verhandelt wurde - entgegen den medial ausgestreuten Beteuerungen - nicht. Es ging um die reine Übernahme des gemeinschaftlichen Rechtsbesitzstands; einzig um Fristverlängerungen bis zum In-Kraft-Treten des einen oder anderen Punktes konnte debattiert werden. Die Jahre des auch von den EU-Offiziellen als "Regatta-Rennen" um die Teilnahme am Brüsseler Großraum bezeichneten Vorganges waren von der Durchsicht der 20.000 Rechtsakte geprägt, auf EU-deutsch "screening" genannt.

Soziale Deregulierungen

Das Missverständnis von der Verhandelbarkeit der einzelnen Kapitel herrschte anfangs auch bei den ParlamentarierInnen der EU-Länder. Um diese zu beruhigen, hieß es z.B. in einem französischen Parlamentsbericht 1998: "Es handelt sich (bei den Erweiterungsgesprächen, ak) nicht um traditionelle Verhandlungen, in denen ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen herbeigeführt wird, sondern um Beitrittsverhandlungen, in denen eine der Parteien (gemeint sind die Aufnahmekandidaten, ak) mit Hilfe und unter Überwachung der anderen Partei (gemeint ist die EU, ak) ein vorgegebenes Ziel erreicht." Genau so sah das auch der Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, als er über den "Verhandlungs"prozess schrieb: "Nicht über das Prinzip der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird verhandelt, sondern über die Fristen, in denen das Prinzip wirksam wird. Nicht über das Prinzip der Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern beim Erwerb von Grundstücken wird verhandelt, sondern über die Modalitäten und Fristen der Durchführung des Prinzips."

Grundlage der "Verhandlungen" waren die in den Kopenhagener Kriterien 1993 festgelegten Beitrittsbedingungen, die mit den Stichworten "Demokratie und Marktwirtschaft" umschrieben worden sind. Erst danach folgte der erste Antrag auf Mitgliedschaft von Ungarn (1993/94), der letzte dann von Slowenien (1996). Noch vor dem Beitritt neuer Mitglieder aus Osteuropa wurden auch die Maastricht-Kriterien mit der Herstellung eines wirtschaftlich-politischen Großraums (1992/93) sowie die Aufstellung einer gemeinsamen militärischen Interventionsarmee (1997) beschlossen.

Mit dem "screening" - der ständigen Überwachung des Transformationsprozesses - hatten EU-Kommission und EU-Rat ein Druckmittel auf die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern zur Hand, das auch weidlich benutzt wurde. Nicht willfährigen Regierungen oder BeamtInnen wurde gedroht, das EU-Aufnahmeritual zu unterbrechen oder überhaupt abzubrechen. Auch direkte Einmischungen in nationale

demokratische Vorgänge waren an der Tagesordnung. So kam es immer wieder vor, dass vor Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen vom EU-Kommissionspräsidenten über den Erweiterungskommissar abwärts Parteien als unwählbar bezeichnet wurden. Gewarnt wurde in diesem Zusammenhang von Brüssel vor der HZDS in der Slowakei, vor der KP Böhmens und Mährens in Tschechien, vor der Samoobrona in Polen, vor der Romania Mare in Rumänien, vor der Kleinen Landwirtepartei in Ungarn. Es war also beileibe nicht so, dass es keine Protesthaltungen gegen das wirtschaftliche und politische Diktat aus Brüssel gegeben hätte, in allen Ländern kamen immer wieder entsprechende linke oder rechte Kräfte gefährlich nahe an politisch bedeutsame Positionen heran oder hielten solche auch inne. Brüssels Kommissare verstanden es, ihrem Namen Ehre machend, mit Einschüchterungen, Mahnungen und Drohungen Volksmeinungen von außen zu beeinflussen; eine Taktik, die sich jeder dieser Kommissare in seinem eigenen Land strikt verboten hätte.

Zuckerbrot und Peitsche: Das Regatta-Rennen

Nach vier Jahren Druck und Drohgebärden erging dann am Freitag, den 13. Dezember 2002 in Kopenhagen die Einladung an acht osteuropäische Länder sowie Griechisch-Zypern und Malta, der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 beizutreten. Die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens wurde wegen marktwirtschaftlicher und rechtspolitischer "Unreife" auf das Jahr 2007 verschoben.

Der Hauptgrund für den Beitrittswunsch der einzelnen osteuropäischen Länder lag in der Hoffnung begründet, nach dem Beitritt aus den Fördertöpfen der EU unter einem Geldregen zu stehen. Dem wird so nicht sein. Ein Vergleich mit den Kosten der Integration der DDR in die BRD zeigt, wie billig ganz Osteuropa für Brüssel zu haben war. Bund, Länder und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland haben in den Jahren 1991 bis 1995 ca. 450 Mrd. Euro für die Entwicklung und Vereinnahmung der fünf neuen Länder aufgebracht. Das ergibt bei einer - allerdings kontinuierlich geringer werdenden - Bevölkerungszahl von 16 Mio. Ostdeutschen 5.625 Euro pro Person, die aus westdeutschen Budgets in Richtung Osten geflossen sind. Brüssel hat demgegenüber den Beitrittskandidaten ganze 40 Mrd. Euro an Hilfsmittel zugesagt. Bei einer Bevölkerungszahl von 72 Millionen dividiert sich dieser Betrag zu mageren 177 Euro pro Person. Fazit: Ein Ostdeutscher war Bonn bzw. Berlin 32 Mal mehr wert, als es ein Osteuropäer für Brüssel ist. Vor diesen Zahlen kann man nicht umhin, der EU-Osterweiterung eine neo-koloniale Schlagseite vorzuwerfen.

Hannes Hofbauer

Dieser Beitrag ist die gekürzte und leicht veränderte Fassung von Hannes Hofbauer: "Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration", erschienen in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Bd. 5, Leipzig 2003. Von Hannes Hofbauer ist zudem das Buch "Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration" im Wiener Promedia Verlag erschienen. 240 Seiten,17,90 Euro.

11. Das Plakat mit der Waffe

Eine Sammlung von Solidaritätsplakaten des kubanischen Kollektivs OSPAAAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:12

Im Frühjahr des Jahres 1966 wurde in Havanna das "Exekutivsekretariat der Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas" (OSPAAAL) ins Leben gerufen. Diese Organisation publizierte im April 1967 den Brief Che Guevaras mit der Forderung "Schafft zwei, drei, viele Vietnams", der später weltberühmt werden sollte. Nur ein halbes Jahr später wurde der gefangene Che Guevara von seinen Häschern in Bolivien ermordet. Unmittelbar darauf schuf der Plakatkünstler Helena Serrano das Plakat auf dem das von Alberto Korda mit visionärem Blick versehene Konterfei Che Guevaras über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent ausstrahlt. Zugleich illustriert es in bestechender Weise die von Che Guevara unter Einsatz seines Lebens verfochtene Focus Theorie, der zufolge schwache revolutionäre Kräfte durch die militärische Aktion einen umfassenden Prozess revolutionärer Umwälzung initiieren und in Gang setzen könnten.

Die Organisation OSPAAAL existiert noch heute. Insgesamt 52 PlakatgestalterInnen haben seitdem mehrere hundert Plakate hergestellt, die als gefaltete Beilage für die Zeitschrift Tricontinental in fast allen Teilen der Welt vertrieben wurden. Wenig verwundert es, dass für das Kollektiv durch die gesamte Zeit seines Bestehens besonders der Bezug auf Che Guevara geblieben ist: so wurden ihm über 20 Plakate gewidmet. Sie zeigen dessen Konterfei in allen Variationen, wobei bemerkenswert ist, dass Che Guevara erstmals auf einem zum 20. Jahrestag seiner Ermordung im Jahre 1987 herausgegebenen Plakat lächelt.

Die kubanischen PlakatgestalterInnen beanspruchten mit ihren Werken den nationalen Bezugsraum zu verlassen und sich einen globalen Horizont zu eröffnen. Notwendigerweise musste OSPAAAL sich im Kontext des antiimperialistischen nationalen Befreiungskampfes von Kuba aus mit Bildtraditionen anderer nationaler Kulturen auseinander setzen. So entwarf OSPAAAL Plakate, die global Aufmerksamkeit zu erregen suchten sowie von Menschen blitzartig "gelesen" und verstanden werden sollten, von denen viele überhaupt nicht lesen und schreiben können. Ein OSPAAL-Plakat sollte - so formulierte es Mirta Muñiz - einen "Schrei an die Wand" bringen. In der Gestaltung mussten sich dafür die kubanischen PlakatgestalterInnen sowohl von der vulgären Kommerzialität der amerikanischen Plakatkunst (und ihren Imitationen an zahllosen Reklameflächen in Europa und Lateinamerika) einerseits, und Elementen bombastischer Hässlichkeit des sowjetischen sozialistischen Realismus und der folkloristischen und hagiographischen Naivität der chinesischen politischen Grafiken andererseits frei machen. In diesem Spannungsfeld entwarf das OSPAAAL-Kollektiv mit ihren politischen Plakaten eine Farbpracht und eine Bildersprache, die wahrlich den Sinnen schmeichelt.

Der lächelnde Che Guevara

OSPAAAL-Plakate erkennt man an einem zumeist rechts oder links unten in einem Kasten platzierten Logo. Von der Dimension her diesen Kasten sprengend, zeigt es eine Weltkugel, die auf einem ausgestreckten Arm zu ruhen scheint, an dessen Ende eine Hand mit einem Gewehr zu sehen ist. Dabei ist die Typografie abstrakt gewählt, was dem Logo eine eigentümlich zeitlose Modernität verleiht. Schon hier zeigt sich die für spätere von OSPAAAL publizierten Plakate starke Orientierung an der Darstellung der Knarre. Sie symbolisiert die Guevaristische Methode des bewaffneten Befreiungskampfes. Dass die Fixierung auf diese Kampfform zeitweise auch religiöse Züge annahm, wird auf einem von Alfredo G. Rostaggaard im Andenken an Camilo Torres gestalteten Plakat deutlich. Der Befreiungstheologe Torres war als Guerilla 1966 in Bolivien erschossen worden, und so zeigt die Darstellung Jesus im Heiligenkranz mit dem geschulterten Gewehr.

Aus heutiger Sicht betrachtet mutet dieses Motiv eigentümlich fern an. Es ist unabweisbar, dass diese Etappe des bewaffneten Befreiungskampfes zwischenzeitlich als historisch gelten muss. Dennoch lassen sich einige OSPAAAL-Plakate durchaus in einem sehr aktuellen Sinne interpretieren. Würde man z. B. heute das 1970 ebenfalls von Rostgaard gestaltete Plakat ohne den Slogan "Santo Domingo: 1965" verbreiten, so riefe es wahrscheinlich bei vielen Assoziationen zur gegenwärtigen Lage der US-Truppen im Irak hervor. Dem scheinbar sauber bleibenden UN-Marinesoldaten steht die auch schmutzige Waffengewalt des Widerstandes gegenüber. Es gibt nur wenige OSPAAAL-Plakate, wie das 1979 entstandene Plakat zu Nicaragua, auf denen der bewaffnete Kampf zusammen mit einer Demonstration gezeigt wird.

Die Widersprüche innerhalb der revolutionären Bewegung werden auf den OSPAAL-Plakaten jedoch nicht thematisiert. So darf - bei aller Begeisterung - nicht vergessen werden, dass es sich letztlich immer auch um staatliche Propagandaplakate gehandelt hat. Es steht zu vermuten, dass sich die übergeordneten politischen Instanzen in Kuba ihr Politikmonopol gerade in kontroversen Fragen von den PlakatgestalterInnen nicht haben aus der Hand nehmen lassen. Schließlich stammen die Plakate aus einer Zeit der permanenten militärischen Konfrontation zwischen dem US-Imperialismus und den Staaten der "Dritten Welt", die verschiedenste Anstrengungen unternahmen, den Sozialismus aufzubauen.

Den Schrei an die Wand bringen

In der BRD adaptierte zwar die Guerillaorganisation Bewegung 2. Juni das OSPAAAL-Logo und verwandte es in einigen Bekennerschreiben die von OSPAAAL verbreiteten Plakate dürften hier jedoch nicht sehr bekannt gewesen sein. Die geringe Verbreitung lag u.a. daran, dass die Zeitschrift Tricontinental zwar in spanisch, französisch und englisch, aber nicht in deutsch erschien. Wir von HKS 13 haben bei unseren umfangreiche Recherchen vielleicht 25 OSPAAAL-Plakate gefunden. Die geringe Präsenz in bundesdeutschen Archiven erklärt sich auch dadurch, dass sie von Beginn an als Sammlerobjekte begehrt waren, die, wie es ein Kenner mit milder Ironie formulierte, "bei Auktionen ihren Preis erzielen". Was für eine paradoxe Wendung, dass ausgerechnet eine Serie des politischen Plakates, die sich hauptsächlich an die Bevölkerung wirtschaftlich unterentwickelter, ehemals kolonialer Gesellschaften richtet, in den kapitalistischen Zentren zu einem knappen Gut mutiert, dessen Preis bei hoher Nachfrage entsprechend steigt.

In dem jüngst in der Schweiz erschienenen Buch "Das trikontinentale Solidaritätsplakat" können nun fast alle 340 vom Kollektiv bekannt gewordenen Plakate in bislang nicht erreichter Qualität betrachtet werden. Die Leistung des Herausgebers Richard Frick ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass eine - wenn man so will - "ordnungsgemäße" Archivierung von OSPAAAL selbst niemals vorgenommen wurde. Manche Plakate waren im Original weder in Kuba noch an einem anderen Ort der Erde aufzutreiben, sondern mussten nach Schwarz-weiß-Vorlagen aus der Zeitschrift Tricontinental reproduziert werden. Erstmals kommen hier mit Alfredo G. Rostgaard, Olivio Martinez und Lázaro Abreu Padrón auch drei kubanische Plakatgestalter zu Wort. Rostgaard schätzt sich mit diesem Buch glücklich, "das Resultat einer Lebensaufgabe zu sehen, die keine kommerziellen Zeile verfolgte." Und für Olivio Martinez, ist es "über die Plakate der OSPAAAL zu schreiben (...) wie von einer alten Liebe zu reden".

Normalerweise gehört ein politisches Plakat an die Wand und nicht in ein Buch. Von Susan Sonntag wurde die Kritik geltend gemacht, die Dokumentation von Plakaten in einem Buch verwandele diese in "miniaturvisierte Sehenswürdigkeiten", und "Kulturgegenstände", die uns in der "bourgeoisen Wohlstandsgesellschaft serviert" werden, damit "wir uns an ihnen delektieren". Dieser Vorwurf ist zwar nicht so ohne weiteres aus der Welt zu schaffen. Dennoch ermöglichen die von Richard Frick versammelten OSPAAAL-Plakate eine Erinnerung an eine Etappe des globalen Befreiungskampfes, die trotz des durchaus auch machistisch angehauchten Heroismus und Nationalismus mit einem enormen kulturellen Reichtum verbunden war. In jahrelanger Sammelarbeit hat der Lehrer für Typografie an der Berufsschule für Gestaltung in Zürich alle auffindbaren Plakate des OSPAAAL-Kollektivs zusammengetragen und in einem aufwendig gedruckten großformatigen Buch präsentiert. Ohne sein Engagement würde eine Vielzahl dieser flüchtigen Plakate für immer aus dem Blick geraten. Und daran können eigentlich nur die ein Interesse haben, die in dieser Welt bereits am Ende der Geschichte angelangt sind. Das gilt übrigens auch für diejenigen, die eine notwendige Kritik an den OSPAAAL-Plakaten meiden.

HKS 13

Richard Frick, Das trikontinentale Solidaritätsplakat, Bern, 2003, S. 430, Commedia-Verlag, 72 Euro für ver.di-Mitglieder, Regulärer Preis 148 CHF

12. Zentrum gegen Peripherie

Die erweiterte EU kennzeichnen strukturelle Spannungen

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:13

Im Dezember 2003 vermochten sich die europäischen Regierungen nicht auf eine Verfassung zu einigen. Wichtigster Stein des Anstoßes war die Stimmenverteilung im Europäischen Rat. Hauptprotagonisten des Konfliktes waren auf der einen Seite die Regierungen Deutschlands und Frankreichs, auf der anderen Seite jene Spaniens und Polens. Damit wiederholte sich die Konstellation aus den Zeiten des Irak-Krieges. Damals pochten die Regierungen in Berlin und Paris auf eine multilaterale und nicht-militärische Lösung, während sich die Regierungen Aznar und Miller - abgesehen von der Regierung Großbritanniens - als Washingtons europäische Hauptverbündete profilierten. Hinter diesen Streitigkeiten verbergen sich ganz offensichtlich divergierende Vorstellungen über die Weiterentwicklung der EU, die sich primär, wenngleich nicht ausschließlich, entlang der Linie zwischen Zentrum und Peripherie scheiden.

Das Projekt einer EU-Verfassung sollte aus Sicht seiner Initiatoren vor allem drei Zielen dienen. Erstens sollte es eine "ultraliberale" Gesellschaftsordnung in "Marmor meißeln". Dies wird an der weit gefassten Verankerung von liberalen Rechten, wie dem Recht auf Unternehmertätigkeit und Eigentum (Art. II-16 und II-17), der weitgehenden Absenz bzw. engen Definition sozialer Rechte (z.B. nur das Recht auf kostenlose Pflichtschulbildung, Art. II-14) und dem ausführlichen liberalen Zielsetzungskatalog im Teil III des Verfassungstextes mit dem "Primat der ‚freien und unverzerrten Konkurrenz`" deutlich. Eine Abänderung der Verfassung wäre nur bei Zustimmung aller Mitgliedsstaaten möglich - also so gut wie unmöglich. Zweitens sollte das Verfassungsprojekt die Institutionen der EU, die noch auf eine geringe Mitgliederzahl zugeschnitten sind, für die vergrößerte Mitgliedschaft handlungs- und weiterentwicklungsfähig machen. Diesem Ziel dienten unter anderem der Verzicht auf eine rotierende Präsidentschaft und ihre Ersetzung durch die Einrichtung eines Ratspräsidenten für zweieinhalb Jahre, die Begrenzung der Zahl der Kommissare auf 15 und eine Neugewichtung der Stimmen im Rat bei Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. Die Legitimitätserhöhung, das dritte Ziel, setzte mithin auch nicht bei einer Demokratisierung der EU-Institutionen, sondern bei einer Verbreiterung des Verfassungsgebungsprozesses an. Dieser sollte nicht mehr, wie bislang bei der EU-Vertragserarbeitung, ein Vorrecht der Regierungskonferenz bleiben, sondern transparenter durch einen Konvent erarbeitet werden.

Obwohl alle Regierungen im Konvent durch Delegierte vertreten waren und ihre Vertreter dem Entwurf des Konventes zugestimmt hatten, brachten einige Regierungen im Nachhinein Einwände gegen den Verfassungsentwurf vor. Diese richteten sich nicht gegen dessen ultraliberale Inhalte, sondern vor allem gegen die Zusammensetzung der Kommission und die Stimmverteilung im Rat, aber auch gegen die Ausdehnung der qualifizierten Mehrheit zu Lasten der Einstimmigkeit auf neue Bereiche wie Soziales und Steuern. Damit ging es sowohl um die Frage der auch symbolischen Stärkung des supranationalen Charakters der EU, wie sie im Verzicht auf eine Repräsentanz aller Länder in der Kommission zum Ausdruck kommt, als auch um die konkreten Einfluss- und Blockademöglichkeiten in den EU-Institutionen, speziell im Rat, aber mittelbar auch in der Kommission.

Den Regierungen der Zentrumsgruppe, die um Deutschland und Frankreich gruppiert sind, geht es um die Konsolidierung der EU als einer autonomen Kraft. Dies impliziert eine Stärkung der supranationalen Elemente der europäischen Staatlichkeit und die Installierung entscheidungsfähiger Mechanismen. Dies bedeutet auch die Fortentwicklung gemeinsamer europäischer Rechtsnormen zumindest in einigen Teilbereichen. Hingegen haben sich die Regierungen der Peripheriegruppe, die von Spanien und Polen angeführt wurden, außenpolitisch eng an die USA gebunden. So hofften sie, ihre relativ schwache Position im europäischen Konzert zu stärken. Gleichzeitig haben sie sich für ein Modell der abhängigen Entwicklung entschieden. Transnationales Kapital ist als Motor der Entwicklung ausersehen. Dieses hoffen sie durch die Absenkung steuerlicher, sozialer und ökologischer Normen anzuziehen. Daher geht ihnen die gemeinsame europäische Normsetzung in einigen Bereichen bereits zu weit. Sie wollen möglichst große nationale Spielräume zur Absenkung von Standards.

EU: Supranational oder inter-gouvernemental

Nicht alle osteuropäischen Länder haben sich unmittelbar nach 1989 für einen Weg der abhängigen Entwicklung entschieden. Zunächst schlugen diesen Weg mit besonderer Konsequenz Staaten, wie Polen und Ungarn ein, die aus staatssozialistischen Zeiten eine hohe Auslandsschuld ererbt hatten. Ihre Entwicklung wurde durch die Verhandlungen mit den internationalen Finanzinstitutionen und den Gläubigern konditioniert. Gleichzeitig hatten sich hier schon in den 1980er Jahren stärkere Ansätze einer entstehenden Kapitalistenklasse herausbilden können, die sich in Ungarn und Polen (mit gewissen Variationen je nach Zusammensetzung der Regierung) mit einer untergeordneten Position im "Prozess der ursprünglichen Akkumulation" zufrieden geben musste. Nutznießer der Privatisierung waren hier vor allem transnationale Konzerne. Hingegen gab es in einigen Staaten, wie in der Slowakei, in Jugoslawien und in Rumänien sowie subtiler in der Tschechischen Republik und in Slowenien auch Versuche eine einheimische Bourgeoisie heranzubilden.

Konzeptionell unterschieden diese Versuche sich beträchtlich. In der Slowakei wurde vor allem der Weg des Direktverkaufs von Unternehmen an Gruppen im Umfeld der regierenden HZDS (Hnutie za demokratické Slovensko) gewählt, während in der Tschechischen Republik die nationalen Kapitalgruppen um die weiterhin staatlichen Finanzgruppen aufgebaut werden sollten. In diesen Ländern war die Politik auch stärker auf die Bildung eines relativ breiten, materiell unterfütterten Konsenses als in Ungarn oder Polen ausgerichtet. Die sozialen Transformationsfolgen wurden durch die Bewahrung eines relativen hohen Beschäftigungsstandes (Tschechische Republik), die Bereitstellung billiger öffentlicher Dienstleistungen (Slowakei) sowie durch sozialpolitische Maßnahmen abgefedert. Sowohl in der Tschechischen Republik als auch in der Slowakei wurden Elemente einer neokorporatistischen Konzertierung etabliert.

Relativ bald orientierten sich fast alle osteuropäischen Regierungen - mit Ausnahme Jugoslawiens und mit einer großen Ambivalenz im Fall der HZDS-Regierung der Slowakei - auf eine EU-Integration. Sie erwarteten sich hiervon den Anschluss an eine Zone der Prosperität, im Fall der akzentuiert EU-orientierten, politischen Parteien und Wirtschaftsgruppen auch eine Stärkung ihrer Position gegenüber ihren national(istisch)en Konkurrenten. Eine Diskussion über die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen einer "untergeordneten Integration" fand kaum statt.

Auf dem Weg zur abhängigen Entwicklung

Der Klassenbildungsprozess in den osteuropäischen Ländern war fließend, ihre institutionelle Struktur ungefestigt. Das ermöglichte relativ kleinen, strategisch geschickt agierenden Gruppen, maßgeblichen Einfluss auf die Transformationsstrategie zu nehmen. Das gilt im Meinungsbildungsprozess wie in der unmittelbaren Beeinflussung staatlicher Entscheidungen speziell für Think Tanks. Diese erhielten ihre Finanzierung überwiegend aus dem Ausland (USA, BRD-Parteistiftungen, EU). Der westliche Einfluss beschränkte sich aber nicht auf die Finanzierung. So konstatiert der tschechische Analytiker Jiri Schneider: "Die bestehenden Think-Tanks in Osteuropa sind eher Instrumente zur institutionellen Unterstützung der Übertragung bestimmter öffentlicher Politik (policy transfer) und des sich entwickelnden Regierungssystems als autonome Elemente verschiedener Phasen des Politikzyklus. Krastev spricht daher wörtlich von Imitierung (politics of imitation)."

Die Vorbilder waren und sind liberal, wenngleich mit unterschiedlichen Schattierungen. US-Stiftungen propagierten eher den "American way of life" mit den angelsächsischen Organisations- und Denkmustern, während deutsche Parteistiftungen noch Reste wettbewerbskorporatistischer Vorstellungen und Konzertierungsmuster transportierten. Für die sich entwickelnde Fraktion osteuropäischer ultraliberaler Europaskeptiker war (und ist) der Autoritärliberalismus US-amerikanischer Prägung leuchtendes Vorbild. Enthemmter Wettbewerb und patriarchalische Familie sind ihre gesellschaftlichen Leitbilder.

Die EU und die USA konkurrierten nicht nur um "zivilgesellschaftliche" Einflussnahme, sondern auch in der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und in der politischen Bündnisbildung. US-amerikanischer Einfluss macht sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen nicht zuletzt über internationale Finanzinstitutionen vor allem durch die Weltbank und den IWF geltend. Bündnispolitisch arbeiteten die US-Regierungen vor allem über das Angebot der NATO-Mitgliedschaft, die vielen osteuropäischen Regierungen mit ihrer anti-russischen Orientierung sehr attraktiv erschien. Zeitlich lag die NATO-Mitgliedschaft in den wegweisenden Fällen Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik vor der EU-Mitgliedschaft. Die NATO wurde von den osteuropäischen Regierungen im Regelfall nicht als potenziell konkurrierendes Projekt zur EU wahrgenommen, entsprechend wurde die Formel von der euro-atlantischen

Integration bemüht. Der Irak-Konflikt sollte dann zeigen, dass es in geostrategischen Fragen tief greifende Divergenzen zwischen den USA und einem Teil der EU gibt.

Die EU machte ihren Einfluss zunächst über so genannte Europa-Abkommen geltend. 1993 formulierte die EU in Kopenhagen Kriterien für eine eventuelle Mitgliedschaft osteuropäischer Länder, deren Kernelemente "institutionelle Stabilität" und "eine funktionsfähige Marktwirtschaft" waren. Die Weichen für konkrete Beitrittsverhandlungen wurden aber erst 1997 gestellt und solche mit einer ersten Ländergruppe im Jahr 1998 aufgenommen. Ende 1999 wurde der Kreis der KandidatInnen erweitert und der Verhandlungsprozess als "Regatta" konzipiert. Gute Noten waren nicht allein durch die zügige Übernahme und Umsetzung des EU-Rechtswerkes, des "acquis communitaire", sondern auch durch weitergehende institutionelle Änderungen sowie durch die Privatisierung zu Gunsten west-europäischer Konzerne zu erhalten. So vermochte die EU den Prozess der ursprünglichen Akkumulation zu Gunsten von west-europäischen Unternehmen zu beeinflussen. Damit schwanden auch strukturell die Möglichkeiten für eine autonome Wirtschaftsstrategie, wenngleich nicht überall im selben Ausmaß. In der Interaktion zwischen der EU und dominanten Gruppen in Osteuropa wurden so Modelle der abhängigen Entwicklung etabliert.

Modellfall Slowakei

Ein Modellfall für die abhängige Transformation ist die Slowakei. Hier hatte die HZDS-Regierung Vladimir Meciars zunächst den Weg in Richtung auf die Schaffung einer nationalen Bourgeoisie eingeschlagen. Gleichzeitig orientierte sie sich in ihrer Außenwirtschaftspolitik nicht so einseitig auf die EU wie die anderen osteuropäischen Ländern, sondern suchte speziell im energetischen Bereich auch die Kooperation mit Russland. Die Wirtschaft wuchs in den Jahren der HZDS-Regierung relativ schnell, von 1994 bis 1998 jährlich zwischen 4,1% und 6,7%. Allerdings kann von einer autonomen Entwicklung nur sehr beschränkt die Rede sein, da die Leistungsbilanzdefizite und die Auslandsschuld ebenfalls kräftig wuchsen. Ihre Legitimität suchte die Meciar-Regierung einerseits über die Gewährung klientelistischer Vorteile, andererseits über günstige öffentliche Dienstleistungen zu sichern. Insofern weist sie Ähnlichkeiten mit den christdemokratischen Regierungen des Nachkriegs-Italiens auf. Gleichzeitig schreckte sie auch vor einer Gängelung oppositioneller Kräfte und vor Geheimdienstmanipulationen nicht zurück.

Die Monopolisierung der Pfründe und die autoritären Tendenzen der HZDS-geführten Regierung veranlassten ein breites Parteienspektrum für die Wahlen im Jahr 1998 ein Anti- Meciar-Bündnis zu bilden. Zahlreiche NGOs mobilisierten gegen die HZDS-Regierung. Ihre Kampagnen erfreuten sich einer reichhaltigen, äußeren Finanzierung, da die nicht ausreichend "pro-westliche" Regierung Meciar in der EU wie auch in den USA nach Jugoslawien als zweites "schwarzes Schaf" in Osteuropa galt. Tatsächlich gewann das oppositionelle Parteienbündnis 1998 die Wahlen und bildete eine neue Regierung. Diese zeigte sich westlichen Wirtschaftsinteressen weit aufgeschlossener und wurde für ihr Wohlverhalten mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen von der EU belohnt. VertreterInnen ultraliberaler Think Tanks rückten in höchste Regierungsämter auf, so wurde Ivan Miklos, Gründer der liberalen Wirtschaftsdenkfabrik M.E.S.A. 10, Vize-Regierungsvorsitzender für Wirtschaftsfragen, Viktor Niznansky, M.E.S.A. 10-Experte für die Dezentralisierung der Staatsverwaltung, konnte nun als Regierungsbevollmächtigter den Umbau des subnationalen Staatsapparates konzipieren. Ein Bremser bei den liberalen Gegenreformen war die postkommunistische SDL (Strana demokratickej l'avice), die sich allerdings nicht zuletzt wegen der unsozialen Folgen der Regierungspolitik verschliss.

"Eliten"-Projekt Westintegration

2002 konnten die rechtsliberalen Kräfte nach den Wahlen eine politisch homogene Regierung bilden, nachdem bei geringer Wahlbeteiligung die zersplitterten sozialliberalen und rechtsextremen Kräfte den Sprung ins Parlamente verpassten und 18,2% der abgegeben Stimmen wegen der Sperrklausel unter den Tisch gefallen waren. Die neue Regierung radikalisierte die wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenreformen. Sie führte das strukturell verteilungsmäßig regressivste Steuermodell westlich der GUS ein (19% Einheitssatz bei Einkommens- und Mehrwertsteuer), öffnete weitere Sektoren für die Privatisierung, ließ sich vom chilenischen Beispiel für den "Umbau" der Pensionsversicherung inspirieren und schwächte die neokorporatistischen Organisationen. Damit werden sowohl die Vertretungen des nationalen Kapitals als auch die Gewerkschaften für die Politikformulierung zunehmend marginal. Die Konzeptionen wurden vielfach von sehr jungen, ultraliberalen Think-Tank-Mitarbeitern konzipiert und ohne größere Diskussion durchgesetzt. Sowohl die

Ideologen der Think Tanks als auch die slowakische Regierung scheinen dabei die Slowakei als wirtschafts- und sozialpolitisches Laboratorium zu verstehen.

Gleichzeitig passen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Modell der abhängigen Entwicklung der Slowakei. Dieses weist eine zunehmend einseitige Spezialisierung bei der Automobilindustrie sowie bei Grundstoffen (u.a. Stahl) auf. VW hat ein großes Werk bei Bratislava, PSA Peugeot Citroën hat ein Werk in Trnava im Aufbau und Zilina ist in der engeren Wahl des Hyundai-Konzerns. VW hat für die Wirtschaft der Slowakei einen solchen Einfluss, dass sich die Produktionsschwankungen des Werkes sichtbar in der Exportbilanz des Landes niederschlagen.

Zuletzt ist die Produktion sehr stark gestiegen, was sich auch günstig auf die Exporte der Slowakei - mit einem realen Wachstum von über 20% im ersten Halbjahr 2003 - auswirkte. Die binnenmarktorientierte Produktion dümpelt hingegen vor sich hin. Trotz eines prognostizierten Wachstums von 3,9% sind die Reallöhne 2003 um 1% gefallen, das Reallohnniveau des Jahres 1989 ist bis heute nicht erreicht. Die Arbeitslosenrate liegt bei ca. 17%, in einigen Kreisen bei etwa dem Doppelten des Landesdurchschnitts. Die Entwicklung des Landes konzentriert sich auf Bratislava und den Westen des Landes sowie die Stadt Kosice mit ihrem großen Stahlwerk im Osten. Mithin führt die exportorientierte Wirtschaftsentwicklung zu einer einseitigen und abhängigen Branchenstruktur sowie großen sozialen und enormen regionalen Unterschieden.

Die EU-Integration ist in Osteuropa in der Tendenz ein Projekt der dominanten Kräfte. Dies schlug sich auch in den Referendumsergebnissen nieder. Zwar war die Zustimmung bei den abgegebenen Stimmen - zwischen 66,7% in Lettland und 92,5% in der Slowakei hoch, doch die Beteiligung oft gering. In Ungarn gingen nur 45,6% der Abstimmungsberechtigten an die Urne, in der Slowakei, Polen und der Tschechischen Republik wurde die notwendigen 50%-Beteiligung nur mit Mühen überschritten. Auffällig ist die besonders geringe Beteiligung bzw. überproportionale Zahl an Nein-Stimmen in armen Regionen, wie sie im Fall Polens, der Tschechischen Republik oder der Slowakei augenfällig ist. Das heißt, der Beitritt ist von großen, meist ärmeren Gruppen der Bevölkerung eher resignativ hingenommen, denn begeistert begrüßt worden.

Rechte Vorbehalte ...

Aber auch bei den dominanten Kräften war in den Monaten vor dem Referendum eine gewisse Ernüchterung erkennbar. Diese bezieht sich auf die EU als politisches Projekt. Lange hatte die wirtschaftliche Seite des Beitritts eindeutig im Vordergrund gestanden. Allmählich wurden aber auch die politischen Implikationen eines Beitritts, die Verbindung mit einer neuen Form der europäischen Staatlichkeit deutlich. Gegen die EU als neue Form der Staatlichkeit gibt es in der osteuropäischen Rechten erkennbare Vorbehalte.

Am frühesten und deutlichsten wurden die Vorbehalte von der nationalliberalen tschechischen ODS (Obèanská demokratická strana) formuliert, sie werden aber auch von anderen osteuropäischen Rechtsparteien geteilt.

In einem "Eurorealistischen Manifest" plädierten die Vordenker der ODS für ein eindeutig inter-gouvermentales Modell der Integration, was dem Charakter der schon bestehenden EU mit ausgeprägt supranationalen Elementen widerspricht. Nur ein inter-gouvermentales Modell gewährleistet für die "Eurorealisten" eine Wahrung der nationalen Souveränität und klare, demokratisch legitimierte Verantwortlichkeiten. Von daher sind sie gegen jede Stärkung des supranationalen Charakters der EU. Diese Vorbehalte gibt es nicht nur bei der oppositionellen tschechischen ODS. Auch der Staatssekretär im slowakischen Außenministerium Ivan Korèok äußerte in einem Interview mit Domino fórum: "Ein Problem mit der Legitimität entsteht dann, wenn das Europaparlament stark in die Normbildung einbezogen wird". Diese Argumentation greift Demokratiedefizite der EU auf und wendet sich dabei gegen einen Ausbau des supranationalen Charakters der EU. Damit lehnen diese Kräfte auch das Projekt eines politisch autonomen Europas ab.

Folgerichtig ist eine starke Affinität zu den USA und deren Gesellschaftsmodell erkennbar und deshalb wird von manchen Theoretikern in diesem Umfeld die Bildung einer euro-nordamerikanischen Freihandelszone angeregt. Die ODS steht beispielsweise weit vorbehaltloser zur NATO als zur EU (während es bei den tschechischen SozialdemokratInnen umgekehrt ist). Weiter wird von relevanten Teilen der osteuropäischen Rechten eine möglichst große nationale Autonomie bei Steuern, Sozialstandards und Ökologie gewünscht, um diese im Konkurrenzkampf um das transnationale Kapital absenken zu können.

Speziell bei der katholischen Rechten ist diese Kritik noch mit der Forderung nach einer Bewahrung der patriarchalischen Familie verbunden, die dann wohl auch die Lücken im sozialen Netz stopfen soll. So sprachen sich die Abgeordneten Artur Zawisza (Prawo i Sprawiedliwosc, Polen) und Vladimír Palko (KDH, Slowakei) jüngst gegen die Grundrechtscharta in der vorgeschlagenen europäischen Verfassung aus, da diese ein Diskriminierungsverbot enthält und von Kinderrechten spricht. Hingegen schütze sie nicht "das Recht ungeborener Kinder", verbiete aber die Hinrichtung von Verbrechern. "Es entsteht so das Paradox", so die beiden Abgeordneten der katholischen Rechten, "dass das Leben eines Verbrechers für die Charta mehr Gewicht hat als das Leben eines unschuldigen Kindes." Entsprechend dieser Geisteshaltung blockiert die KDH (Krest'anskodemokratické hnutie) schon seit langem die Verabschiedung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes.

Eine solche rechte Kritik stellt zwar nicht per se ein (neo-)liberales Integrationsprojekt in Frage, wohl aber die EU als autonomes politisches Projekt. Ein Teil der politischen Rechten, wie die LPR (Liga Polskich Rodzin) und Samoobrana, sind für das liberale Integrationsprojekt schon weniger verdaulich. Diese fordern nämlich explizit den Schutz einiger Sektoren der nationalen Wirtschaft und haben auch relevanten Rückhalt bei Kleingewerbe und Bauern. In der "Hassschreibe" rechter Publizistik finden in der anti-europäischen Publizistik dann nationale Stereotypisierung starke Verwendung. Im polnischen Fall wird die EU als Gefahr für den katholischen und nationalen Charakter des Landes ausgemalt, als Institution porträtiert, die Polens Rohstoffe und das Land ausbeuten will.

Die Sozialliberalen und ein relevanter Teil der Linken Osteuropas befürworten - nicht unbedingt vorbehaltlos - den EU-Beitritt, nicht zuletzt, weil sie sich hiervon ein Zügeln der nationalistischen Rechten erhoffen.

Allerdings hat es in den letzten Monaten in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik einige meist von den Gewerkschaften getragene soziale Proteste gegen die Transformationspolitik gegeben. Streiks gab es vor allem im öffentlichen Dienst - gegen Streckenstilllegungen bei der Bahn, gegen die miese Bezahlung und schlechte Ausstattung des Bildungssektors. Gerade angesichts der relativen Schwäche der Gewerkschaften zeigt dies ein fortgeschrittenes Maß sozialer Unzufriedenheit an. In Polen und der Slowakei ist es auch schon zu Straßenbesetzungen gekommen. Neben gewerkschaftlichen und - im Fall Polens - bäuerlichen Protesten regt sich auch Widerspruch gegen den katholischen Integralismus in Polen und der Slowakei seitens feministischer Gruppen.

... und soziale Proteste vor dem Beitritt

Das - zumindest vorläufige - Scheitern der EU-Verfassung ist Ausdruck struktureller Spannungen in der sich erweiternden EU. Die Anliegen der Regierungen Spaniens und Polens wurden von relevanten Kräften - speziell der politischen Rechten und speziell in den eher peripheren Ländern - geteilt, auch wenn sie die spanisch-polnische Taktik missbilligten. Selbst wenn es der irischen Präsidentschaft gelingen sollte, in der Verfassungsfrage doch noch einen Kompromiss zu vermitteln, so dürfte dies die Spannungen nicht aufheben. Daher ist die allmähliche Herausbildung eines Europas der mehreren Geschwindigkeiten zu erwarten, dass ansatzweise ohnehin schon institutionalisiert ist. Schließlich umfassen weder die Währungsunion noch der Schengen-Raum alle Mitgliedsstaaten.

Mit oder ohne Verfassung bleiben erhebliche und wachsende Legitimitätsdefizite der EU. Diese liegen sowohl in der Art der Politikformulierung der EU als auch in den (neo-)liberalen Politikergebnissen. In manchem gemahnt dies an die Habsburger Monarchie. Diese ermöglichte den dominanten Kräften eine einträgliche Akkumulation, ihr gebrach es jedoch zunehmend an Legitimität. Und der Legitimitätsverlust, der durch den 1. Weltkrieg stark beschleunigt wurde, ebnete den Weg zum Staatszerfall. Jedoch wurde die Habsburger Monarchie meist nicht durch eine sozial wirklich fortschrittlichere Ordnung abgelöst. So ist es an der Linken, emanzipatorische Wege aus der Krise der EU zu suchen. Hierbei hätten sie an den demokratischen und emanzipatorischen Defiziten der derzeitigen liberalen Integrationsprojekte und den bestehenden Protestbewegungen anzusetzen.

Joachim Becker

Dieser Beitrag ist die gekürzte und leicht veränderte Fassung von Joachim Becker: "EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie". Inklusive eines umfangreichen Quellenapparats ist er unter www.links-netz.de abrufbar.

13. Raubkunst bleibt in Wuppertal

Von der Heydt-Museum macht seinem Namensgeber alle Ehre

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:14

Obwohl der Rat der Stadt Wuppertal im Dezember 2003 in einem Beschluss ihrer Rückgabe zugestimmt hat, ist der politische Streit um drei Bilder aus dem Fundus des städtischen Von der Heydt-Museums in den letzten Monaten eskaliert.

Das Gemälde "Felsige Flusslandschaft" des Frankfurter Malers Otto Scholderer, die Pastellzeichnung "Erinnerung vom Dampfboot auf der Donau" von Adolph von Menzel und das Gemälde "Tatar mit Pferd" des Wuppertaler Malers Ernst von Maree mussten in den späten 1930er Jahren von ihren jüdischen Besitzern zur Finanzierung ihrer Flucht aus Deutschland auf sogenannten Judenauktionen zu Dumping-Preisen zwangsversteigert werden. Diese Bilder gelangten z.T. schon in den 1930er Jahren in den Besitz des Wuppertaler Kunstmuseums.

Die Erben der ursprünglichen jüdischen Eigentümer - in zwei Fällen handelt es sich um die leiblichen Enkel und in einem Fall um die Bona-Terra-Stiftung, welche die Aus- und Fortbildung junger Juden und Jüdinnen fördert - kämpfen bereits seit Jahren um eine Herausgabe dieser Bilder. Doch Museumsdirektorin Sabine Fehlemann verweigert standhaft eine Rückgabe "ihrer Bilder", die sie "solange behalten" will, "wie es irgend geht". Unterstützt wird sie dabei vom Vorsitzenden des Kunst- und Museumsvereins, Eberhard Robke, der nicht nur die Rechtsansprüche auf Herausgabe der Kunstwerke bestreitet, sondern "auch eine moralische Verpflichtung ... angesichts der vielen Millionen Mark, die unser Staat an finanzieller Wiedergutmachung geleistet hat, nicht erkennen" mag. Die Erben würden die Bilder ohnehin wieder verkaufen, oder auf Kunstmärkten versteigern. "Es geht also nicht um Moral, sondern um Geld" sind sich Robke und Fehlemann einig und bedienen dabei bewusst das antisemitische Klischee vom "raffgierigen Juden".

Um den sich für die Stadt Wuppertal zunehmend zu einem ernsthaften Imageschaden auswachsenden Widerstand zu brechen, hat die Kulturdezernentin Marlis Drevermann (SPD) dem Von der Heydt-Museum kurzerhand die Kompetenz für die Rückgabeforderungen entzogen. "Künftige Rückgabeansprüche werden ... als Geschäft der laufenden Verwaltung abgewickelt", heißt es dazu in dem nahezu einstimmigen Ratsbeschluss, der am 15. Dezember 2003 die Ansprüche auf Restitution der Raubkunst grundsätzlich bejaht. Direktorin Fehlemann sieht in diesem Beschluss "einen schwarzen Tag für das Museum Wuppertal" und befürchtet einen "Dammbruch", was die mögliche Herausgabe weiterer Bilder angeht.

Förderer des Nazi-Regimes ...

"Meine Aufgabe ist es, die Bilder im Museum zu halten", definiert Fehlemann ihre Rolle als Museumsdirektorin. Mit diesem bornierten Besitzstandsdenken steht das Wuppertaler Kunstmuseum offensichtlich nicht alleine da: Rückgabeansprüche werden immer wieder mit allen Mitteln hintertrieben, wie z.B. im Fall des Duisburger Lehmbruck-Museums, das die Herausgabe des Bildes "Buchsbaumgarten" von Emil Nolde an in Israel lebende Erben verweigert. In der Regel sehen die Museen sich selbst eher in der Opfer- als in der Täterrolle. So auch im Falle des Wuppertaler Museums, wo Fehlemann betont, nach dem Krieg selber etliche Bilder an die Besatzungsmächte Russland und Frankreich verloren zu haben. Eine schon ziemlich dreiste Gleichsetzung der Spätwirkungen des faschistischen Raub- und Vernichtungskrieges mit den Begleitumständen der systematischen Entrechtung und Vernichtung der Juden in Deutschland.

Die aktuelle Museumsspitze erweist sich mit dieser Haltung als würdige Nachfolge ihres Namenspatrons, des Baron Eduard von der Heydt. Der Spross einer alteingesessenen Wuppertaler Bankiersfamilie war nämlich nicht nur ein international bekannter Kunstsammler und Mäzen, sondern auch ein wichtiger Förderer des NS-Regimes. In einer persönlichen Korrespondenz mit dem "sehr verehrten Reichsmarschall" Hermann Göring, machte er sich um die Erweiterung von dessen Kunstsammlung um einige Exponate aus dem Familienbesitz der Von der Heydts verdient. Als Vorsitzender des Fördervereins der Nationalgalerie in Berlin war er ein wichtiger Förderer der Künste in Nazideutschland. Nach dem Erwerb der Schweizer Staatsbürgerschaft, 1937, liefen während des Krieges wichtige Finanztransfers für das Netz der Spionageabwehr der Deutschen Wehrmacht über die Konten Von der Heydts. In seiner Funktion als Schweizer Vertreter der von ihm mitgegründeten August-Thyssen-Bank, war er an den Raubgoldgeschäften des

Deutschen Reichs beteiligt. Trotzdem ist und bleibt Eduard von der Heydt nicht nur der Namenspatron des Wuppertaler Kunstmuseums, sondern er ist seit 1952 auch Ehrenbürger der Stadt und Namensgeber des bekanntesten Kunstpreises.

... ist Ehrenbürger Wuppertals

AktivistInnen des Arbeitskreises "Angreifbare Traditionspflege", die im Oktober 2002, anlässlich eines Symposions zum hundertjährigen Jubiläum des Museums, lautstark eine Umbenennung in "Jankel Adler Museum" forderten, wurden von der Museumsleitung wegen Hausfriedensbruch angezeigt. Obwohl das Kulturdezernat der Stadt Wuppertal deutlich zu erkennen gab, dass dieser Prozess nicht im Interesse liegt, wurden drei Kunstfreunde Ende März 2004 wegen "Sprengung einer öffentlichen Versammlung" und "Hausfriedensbruch" zu zwanzig Tagessätzen verurteilt. Dass Museumsleiterin Fehlemann dabei in einer eindeutigen Falschaussage behauptet hat, die Anzeigenerstattung sei mit ihrer Dienstvorgesetzten, der Kulturdezernentin Marlis Drevermann, abgestimmt gewesen, könnte zu einem juristischen Nachspiel führen. Der Anwalt der Verurteilten kündigte am Prozessende neben dem Berufungsantrag auch eine Strafanzeige wegen "uneidlicher Falschaussage" gegen die Museumsdirektorin an. Auf die gerichtliche Fortsetzung des Wuppertaler Kunststreites darf man also schon gespannt sein.

Tom Binger

14. Jenseits des zwanzigsten Jahrhunderts

Fausto Bertinotti und die Gewaltfreiheit

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:15

Als Abkehr vom Kommunismus wird von Bürgerlichen wie aufgebrachten Altlinken Fausto Bertinottis Initiative aufgefasst, die Rifondazione Comunista (PRC) auf "Gewaltfreiheit" einzuschwören. Das Ende des Kommunismus in Italien sahen einige allerdings schon gekommen, als die PRC ihren V. Parteitag im April 2002 statt mit der Internationale mit John Lennons "Imagine" eröffnete. Hat Bertinotti jetzt Verrat begangen? Oder hatten die Stalin-Nostalgiezirkel Recht, die in der von ihm vor zwei Jahren ausgerufenen bewegungsorientierten "Wende nach links" das Vorspiel zur Liquidation sahen?

In ak 483 hat Js. eine sachkundige Darstellung des Verlaufs der Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit in der italienischen Linken und speziell in der PRC gegeben. Dass aber eine Interpretation von Bertinottis Vorstoß als bloß opportunistisches Manöver nicht überzeugend ist, gesteht er indirekt selbst ein mit dem Hinweis, dass die Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Zusammenarbeit mit der gemäßigten Linken keine solche Grundsatzdiskussion erfordern würde.

In den Äußerungen des Parteichefs gibt es Ungereimtheiten. Die Verurteilung von Demonstrationen, wo eine schwangere Frau vor dem Steinhagel fliehen muss, stößt unangenehm auf, weil bei der Demonstration, auf die Bertinotti anspielte, die Gewalt - laut Bericht in Il manifesto - ausschließlich von der Polizei ausging. In der Genua-Diskussion im Sommer 2001 hatte Bertinotti eine Distanzierung vom "schwarzen Block" abgelehnt. Den schlechten Ruf eines skrupellosen politischen Hazardeurs hatte er in der gemäßigten Linken sowieso schon inne, seit er Ende 1998 der damaligen Mitte-links-Regierung die Unterstützung entzog, als diese auf seine maximalistischen Forderungen nicht einging.

Visionär und Taktiker in einer Person

Mit genau dieser linken Mitte will Bertinotti jetzt wieder ins Gespräch kommen, weil zuverlässige Daten und Fakten dafür sprechen, dass das Gros der linken WählerInnen von der PRC einen aktiven Beitrag zur Bildung einer Regierungsalternative zu Berlusconi erwartet. Man mag Anstoß nehmen an der Art, wie Bertinotti in diesem Zusammenhang die von den bürgerlichen Medien geschürte Gewalthysterie aufgegriffen hat. Aber die Orientierung auf Gewaltfreiheit war bereits in den Thesen des V. Parteitags enthalten, und Bertinotti hatte sie in seinem Buch Per una pace infinita ("Für einen endlosen Frieden") ausgeführt.

Bertinottis politischer Werdegang war schon immer mit Wendungen verbunden, in denen man wahlweise entweder Pragmatismus oder die Gratwanderung eines eigenwilligen, von einer anderen Linken träumenden Intellektuellen sehen kann - oder beides, was der Realität am nächsten kommen dürfte. Als Visionär, Kenner der Gewerkschaften und gerissener Taktiker in einer Person vermochte Bertinotti einerseits bislang wie kein zweiter die heterogenen Traditionslinien der PRC zu integrieren, andererseits nutzte er stets Gelegenheiten für grundlegende Bereinigungen.

Die Absage an die Mitte-links-Regierung hatte er seit 1997 konzeptionell vorbereitet mit seiner Theorie der "zweierlei Linken", in der er einen qualitativen Bruch zwischen der sozialdemokratischen "liberalen Linken", die kapitalistische Rahmenbedingungen definitiv akzeptiert, und der "antagonistischen Linken" formuliert. Diese Unterscheidung haben die KP-TraditionalistInnen aus dem Umfeld des Rifondazione-Gründers Armando Cossutta sich nie ganz zu Eigen gemacht: Auch die nach dessen Abgang in der PRC verbliebenen Ex-Cossutta-AnhängerInnen, nach ihrem Theorieorgan "Ernesto-Strömung" genannt, haben Bertinottis Orientierung auf die "alternative" Linke immer als voluntaristische und künstliche Unterminierung des Bezugs auf die "Arbeiterklasse" zurückgewiesen.

Bertinotti wäre nicht Bertinotti, wenn er die jetzt unausweichliche Rückkehr zur "Realpolitik" nicht erneut mit einer Grundsatzdiskussion verbände. Seit geraumer Zeit betont er, die antagonistische Linke müsse das Erbe des zwanzigsten Jahrhunderts überwinden. Unverkennbar orientiert er sich dabei an Thesen des Buchs Oltre il novecento ("Jenseits des zwanzigsten Jahrhunderts") des ex-operaistischen Sozialphilosophen Marco Revelli, das bei seinem Erscheinen vor drei Jahren Entrüstungsstürme im "orthodoxen" Lager entfacht hatte. Revelli beschreibt das zwanzigste Jahrhundert als Jahrhundert des homo faber und homo ideologicus, der eine neue

Gesellschaft in sozialtechnologischen und militaristischen Großentwürfen zu erschaffen versuchte. Dagegen werde die Linke des einundzwanzigsten Jahrhunderts ein Projekt sozialer Emanzipation nur als "ziviles" und "solidarisches" verfolgen können.

Das Misstrauen der Orthodoxen "realsozialistischer" wie trotzkistischer Prägung gegen Bertinotti beruht darauf, dass er sich einer "kontinuistischen" Geschichtsinterpretation verweigert. Seine Philosophie ist - seine häufigen Anspielungen auf Walter Benjamin haben es immer angedeutet - eine des radikalen Bruchs, den eine Emanzipationsbewegung nach den Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr unter Übernahme der Mittel und Herrschaftstechniken des Gegners anstreben kann - eines Bruchs, für den nicht mehr "Machteroberungen" stehen, sondern allein das Gelingen substanzieller Veränderungen sozialer Beziehungen. Weil Bertinotti davon überzeugt ist, dass die kommunistische Bewegung der Zukunft eine andere sein wird als die des vergangenen Jahrhunderts, erntet er den Vorwurf, er wolle alle historischen Bezugspunkte kommunistischer Identität tilgen.

Die Furcht der Orthodoxen vor der Revolte

Führende Vertreter der Ernesto-Strömung bezeichnen die Gewaltfrage als ein kompliziertes und offenes Problem, das historische und geografische Differenzierungen erfordere; das zwanzigste Jahrhundert müsse einer kritischen Auswertung unterzogen werden, aber ohne pauschale Verwerfungen; Verhandlungen mit der gemäßigten Linken seien ohne Preisgabe der kommunistischen Identität aufzunehmen; die Frage der Staatsmacht sei für die Überwindung des Kapitalismus weiterhin zentral. Diese "realsozialistisch" orientierte Strömung legt innenpolitisch größten Wert auf den friedlichen Verlauf von Demonstrationen, drückt bei öffentlichen Hinrichtungen in China jedoch beide Augen zu. Die Gewalt spontaner und anarchischer Revolten war den StaatssozialistInnen immer suspekt, die "Differenzierung" fällt bei ihnen stets zu Gunsten apparatförmig organisierter Gewalt gegen "Konterrevolutionäre" aus.

Im trotzkistischen Spektrum stellt die Gruppe der IV. Internationale die relativ undogmatischste Strömung dar, die in den letzten Jahren Bertinottis Bewegungsorientierung unterstützt hat, aber mit Zähnen und Klauen ihre reine Lehre verteidigt, wenn es ans Eingemachte geht. Ihr Historiker Antonio Moscato fordert konkrete marxistische Analysen der zur Debatte stehenden historischen Ereignisse. In Kronstadt sieht er ein tragisches Missverständnis - um dann aber die Argumente wieder auszugraben, mit denen Trotzki die blutige Niederschlagung des Aufstands (1921) rechtfertigte. Wir sollen also immer noch darüber diskutieren, ob dessen AkteurInnen die RevolutionsheldInnen von 1917 waren oder zugezogene ukrainische Bauerntrottel, die man anders behandeln musste. Auch diese Position wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet.

Während die Hauptsorge der Traditionsströmungen der Apologetik hinsichtlich ihrer historischen Referenzen und "Modelle" gilt, zielt die Kritik der post-autonomen Disobbedienti, die einen erheblichen Teil der PRC-Jugendorganisation Giovani Comunisti/e stellen, in eine ganz andere Richtung. Sie bejahen entschieden den Bruch mit der Politik des zwanzigsten Jahrhunderts, werfen Bertinotti aber vor, dass er diesen Bruch falsch ansetzt. Nicht die abstrakte Frage von Gewalt und Gewaltfreiheit sei die Drehscheibe des Paradigmenwechsels, sondern es gehe um Fragen wie repräsentative versus direkte Demokratie.

Außerhalb der Strömungen steht Bertinottis politischer Ziehvater Pietro Ingrao. Der heute parteilose große alte Mann der kommunistischen Bewegung Italiens, der wegen seiner Hinweise auf die Legitimität bewaffneten Widerstands im Irak im bürgerlichen und linksliberalen Lager heftig unter Beschuss geraten war, konstatiert unaufgelöste Widersprüche: Er betont, dass in bestimmten Situationen Gegenwehr gegen gewaltsame Unterdrückung nur mit Gewalt möglich ist - und begrüßt dennoch Bertinottis Initiative für eine "Kultur der Gewaltfreiheit". Aus seiner Erfahrung im antifaschistischen Widerstand gesteht er ein, dass es in der Linken eine ideologische und kulturelle Aufwertung und Überhöhung der Gewalt gegeben hat. Einerseits ist Gewalt in der Linken defensiv begründet worden, als Gegenwehr gegen vorhandene Gewaltverhältnisse, andererseits gab und gibt es eine Auffassung, die Gewalt als systematisches Mittel der Umformung der Gesellschaft ansieht.

Sicher ist diese Auffassung in letzter Zeit rückläufig. Der Kulturbruch, den Bertinotti fordert, ist nicht bloß Postulat, sondern Realität: Das unkomplizierte Verhältnis zur Gewalt, das noch in den 1970er Jahren die gesamte radikale Linke durchzog, ist zwar nie ganz verschwunden, aber heute zweifellos nicht mehr mehrheitsfähig. Bertinotti hat die Antiglobalisierungsbewegung gegen den Vorwurf der Gewaltbereitschaft

verteidigt und die Gewaltfreiheit gerade als Errungenschaft sozialer Bewegungen dargestellt. Warum ruft er dann die Bewegung zu etwas auf, was er als ihre Substanz ansieht?

Ein lokales Detail vermag vielleicht darüber Aufschluss zu geben. Bertinotti solidarisierte sich mit militanten Arbeitslosengruppen in Neapel - worauf zwei lokale Parteigrößen sich prompt bemühten, seine Äußerungen zu "korrigieren" und der Linie der Gewaltfreiheit kompatibel zu machen. In Neapel ist die PRC seit langem Teil der Stadtregierung. Es ist klar, dass eine Regierungsbeteiligung der PRC die großen sozialen Konflikte nicht lösen wird. Bertinotti setzt gerade darauf, dass die Bewegungen weiter aktiv bleiben, weil davon der Handlungsspielraum einer radikalen Partei in einer Koalition der linken Mitte abhängt. Bedeutsam ist ein Hinweis Bertinottis auf Brasilien: Dort gibt es eine "befreundete Regierung", aber die Kämpfe der Landlosen gehen weiter. Zwischen linker Regierungspolitik mit begrenzten Möglichkeiten und sozialen Bewegungen wird es ein Verhältnis von Kooperation und Konflikt geben. Es dürfte Bertinotti vor allem darum gehen, diese Konflikte in friedliche Bahnen zu lenken.

Der interne Konflikt verschärft sich

1999 zeigte ein Rifondazione-Plakat eine Faust mit dem Kommentar "Für die Schwächsten ist dies eine Liebkosung". In der PR-Arbeit wurden auch gerne Fotos verwendet, die eine Parteidelegation zu Besuch in den Lacandonischen Wäldern mit bis an die Zähne bewaffneten Zapatistas darstellten. Sie sind, nach den Worten des Subcomandante Marcos, Soldaten geworden, damit Soldaten eines Tages überflüssig werden. Dass Gewaltfreiheit nicht absolut gesetzt werden kann, räumt Bertinotti ein. Wenn er in letzter Zeit besonderen Wert auf das Erbe des christlichen Antifaschisten, Pazifisten und Gandhi-Anhängers Aldo Capitini (18991968) legt, spielt dabei sicher der Hintergedanke eine Rolle, die PRC für linkskatholische Kreise interessant zu machen. Dort mag man sich indes an den 1980 in San Salvador von Todesschwadronen ermordeten Bischof Oscar Romero erinnern, der einräumte, dass die Kirche Gewalt, die sich gegen die Ursachen der Gewalt richtet, nicht pauschal verurteilen könne.

An der politischen Linie der Rifondazione-Mehrheit ändert die Gewaltdebatte nichts. Unverändert geht es ihr um eine Gesellschaftsalternative jenseits einer bloßen alternanza (Regierungswechsel). Allerdings verschärft sich ihr Konflikt mit den traditionalistischen Strömungen. Diese aber wären niemals in der Lage gewesen, der PRC die Ausstrahlung zu verleihen, die sie durch Bertinottis Politik in den letzten Jahren gewonnen hat. Mit der Absage an Krieg und Terrorismus hat Bertinotti eine Vision formuliert. Die Orthodoxen bemängeln, das sei keine korrekte marxistische Analyse. Lenins Losung "Friede, Land und Brot" war das allerdings auch nicht.

Henning Böke

15. Aus dem Leben eines Grenzgängers

Michael Warschawski und die radikale Linke in Israel

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:16

Als "ein Handbuch des zivilen Ungehorsams, eine Ode an den Widerstandsgeist und die Rebellion" lobte das Pariser Magazin Télérama die französische Originalausgabe von Michael Warschawskis Buch Sur la frontière, das jetzt unter dem Titel "An der Grenze" auch auf Deutsch vorliegt. Es zeigt nicht nur eine differenzierte Innenansicht der israelischen Gesellschaft, sondern stellt auch den zeitweise bedeutenden Anteil der radikalen Linken am Wandel der politischen Kultur in Israel heraus.

Das Buch ist, wie der Autor schreibt, weder eine historische Untersuchung noch eine Autobiografie, sondern der Bericht eines "Akteurs, eines engagierten Bürgers, eines Grenzaktivisten" - oder auch die Zwischenbilanz eines israelischen Linksradikalen, dessen Bereitschaft zum Weitermachen gewiss ist. So steht es im Vorwort von Moshe Zuckermann, der seine politischen Differenzen zu Warschawski nicht verschweigt: Dessen Antizionismus, "mithin seine Radikalkritik der jüdischen Nationalstaatlichkeit, (hat) keine Entsprechung im kritischen Verhältnis zur etatistischen Ausrichtung der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung". Diese Kritik ist ebenso berechtigt wie Zuckermanns Hinweis, dass "das Pathos der eigenen Minoritätszugehörigkeit mit dem Autor hier und da durchgeht".

Dabei liegt es Warschawski völlig fern, sich selbst zum Helden zu stilisieren. Sein Lebensweg erscheint ebenso untypisch wie folgerichtig: 1949 als Sohn eines Rabbiners in Strasbourg geboren, war er 1964 nach Jerusalem gegangen, um den Talmud zu studieren. Der Juni-Krieg 1967 und die darauf folgende Besetzung der palästinensischen Gebiete veranlasste ihn, sich der 1962 von der KP abgespaltenen Mazpen-Gruppe anzuschließen. Während auch die meisten linken Israelis in "nationalistische Hysterie" verfielen, verurteilte Mazpen (deutsch: "Kompass") die Besatzungspolitik und wurde damit "zum inneren Feind, zur Fünften Kolonne, zur Obsession" - obwohl die Gruppe kaum mehr als 20 Aktive zählte.

Grenzgänger, aber auch Grenzschützer

Allein schon die Herausgabe einer gemeinsamen Erklärung der Mazpen und der Demokratischen Front Palästinas galt als Landesverrat. Das Überschreiten dieser Grenze brachte Anfeindungen und polizeiliche Vorladungen, später auch Prozesse und Knast. Politisch war es für die Gruppe, die "in Begriffen der internationalen Revolution dachte", aber kein Problem: "Tatsächlich war unser Internationalismus vor allem eine Reaktion auf die Provinzialität, den kleinkarierten Nationalismus der politischen Kultur in Israel, auch und besonders in der Linken."

Im Dialog der Mazpen mit den PalästinenserInnen sollten letzteren aber auch Kenntnisse der israelischen Gesellschaft und ihrer Widersprüche vermittelt und klar gemacht werden, dass "im Unterschied zu anderen Kolonialsituationen die meisten Israelis kein ‚Mutterland` haben, in das sie ‚zurückkehren` könnten".

Zur Avantgarde des Protestes wurde Mazpen 1982 im Vorfeld der israelischen Invasion in den Libanon: "Zum ersten Mal führte Israel einen Krieg ohne nationalen Konsens", es entstand das "Libanon-Syndrom, das bis heute ... dem Generalstab jedes Mal dazwischenfunkt, wenn er neue Abenteuer ins Auge fasst". Der Slogan "Es gibt eine Grenze" mobilisiert die Massen. Er bedeutet so viel wie "Es reicht", meint zugleich aber auch die reale Staatsgrenze zum Libanon. Der Grenzgänger Warschawski (Kampfname "Mikado"), 1982 zur Armee eingezogen, wurde nun zum Grenzschützer und weigerte sich, in den Libanon einzumarschieren.

Von einer ähnlichen Massenmobilisierung wie 1982 kann die israelische radikale Linke heute nur träumen. Voller Sarkasmus beschreibt Warschawski die Haltung der LinkszionistInnen gegenüber den PalästinenserInnen: "In seiner typisch kolonialistischen Einstellung weiß der Linkszionist von vornherein, was der Araber ist, was ihn antreibt, was sein Verhalten und seine Reaktionen kennzeichnet. Weil er es weiß, muss er nie zuhören, nie zu verstehen versuchen: er erschafft den Araber, um seinem eigenen Diskurs Kohärenz zu verschaffen und sein gutes Gewissen zu bewahren."

Internationalismus oder blinde Solidarität?

Diese Schilderung mag durchaus zutreffend sein; leider kontrastiert sie mit einer demonstrativ kritiklosen Haltung des Autors gegenüber der palästinensischen Seite. So schreibt er kategorisch, dass "die Verantwortung (für den palästinensischen Terrorismus) auf diejenigen zurückfällt, die durch fortgesetzte Besatzung und Unterdrückung die Palästinenser dazu treiben, mit allen Mitteln Widerstand zu leisten, die ihnen bleiben." Statt Anschläge gegen ZivilistInnen als unmoralisch zu verurteilen und als politisch kontraproduktiv zu kritisieren, zieht er sich auf die Position zurück, dass "ich selbst nicht das Recht habe, die Palästinenser zu kritisieren, es sei denn, ich kann ihnen Lösungen vorschlagen, die zu ähnlich durchschlagenden politischen Ergebnissen führen."

Hier gerät Warschawski offensichtlich in Konflikt mit dem Leitsatz, den er selbst und die Übersetzerin Barbara Heber-Schärer dem Buch vorangestellt haben: "Blinde Solidarität mit wem auch immer ist ein Widerspruch in sich."

Js.

Michael Warschawski: An der Grenze. Aus dem Französischen von Barbara Heber-Schärer. Mit einem Vorwort von Moshe Zuckermann. Edition Nautilus, Hamburg, 2004, 256 Seiten, 19,90 EUR

16. Zwei Einwände

Zu Karl Heinz Roths Text in ak 482

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:17

Mit sehr viel Respekt für die differenzierte Analyse von Karl Heinz Roth habe ich doch zwei gewichtige Einwände.

Erstens. Sowohl die Zerstörung des Sozialstaates bei uns als auch die Entwicklung der Ausbeutung im Rahmen der "Globalisierung" finden in erster Linie, empirisch evident, auf dem Rücken von Frauen statt: als Teil eines globalen Krieges gegen Frauen. Der äußert sich nicht nur in immer mehr Billigjobs für Frauen sowie Re-Feminisierung der Armut bei uns und menschenunwürdiger Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft (z.B. in den Freihandelszonen in China etc.) in großen Teilen der Welt sondern auch in anwachsenden brutalsten Formen sexueller Ausbeutung. Unter vielen anderen gibt es dazu Veröffentlichungen von Saskia Sassen und viele Berichte von Amnesty. Die sexuelle Versklavung von Migrantinnen (euphemistisch z.B. Prostitution genannt), global ein gigantischer Wirtschaftskreislauf, findet aber auch vor unserer Haustür statt: durch ganz konkrete Männer. Ein großes Tabu bei linken Männern. Leider blenden männliche Theoretiker die Geschlechterfrage in ihren Analysen, so gut sie auch sein mögen, in diesem Land immer noch aus. Annihilation nennen das einige Wissenschaftlerinnen. Da sind linke Männer in anderen westlichen Ländern schon sehr viel weiter, wie z.B. postkoloniale Ansätze zeigen.

Zweitens. Wir können die Frage des Rassismus (wie die Geschlechterfrage) nicht einfach übergehen. Auch wir als Linke sind vom Rassismus geprägt. Die gesamte Aufklärung, einschließlich marxistischer Ansätze, beruht auf dem Prinzip ethnischer Exklusion. Erst wenn wir uns damit auseinander setzen, was ein schmerzlicher Prozess ist, können wir "den Anderen" begegnen. Und Begegnung hieße: keinerlei Bevormundung, sondern zurücktreten. Es sollte vielmehr endlich ein historisches Gebot für uns werden, von ihnen zu lernen. Denn auch die linken Projekte und Theoreme (feministische leider eingeschlossen) der westlichen Welt sind gescheitert. Symbolisch sind revolutionäre Bewegungen immer weiblich codiert. Also lassen wir in diesem hoffentlich realen Aufbruch für globale Gerechtigkeit endlich der nicht-weißen Frau den Vortritt.

Brigitta Huhnke,

Hamburg

17. "Ordnung halten, geht leider nicht"

Eine Ausstellung von Naomi Tereza Salmon würdigt den NO!art-Künstler Boris Lurie

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:18

In den Holzbaracken des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau hatten die deutschen Konstrukteure des industriell perfekten Massenmords in zynischer Weise an menschliche Tugenden appelliert: "Seid ehrlich!", "Sauberkeit ist Gesundheit", "Halte Ordnung". Diese Sätze standen in Fraktur auf den Querbalken. Eine ähnliche Schrift begegnet uns bei den auf die Wand gesprühten Gedichten von Boris Lurie in der von Naomi Tereza Salmon konzipierten Ausstellung optimistic disease facility, die derzeit im Haus am Kleistpark in Berlin zu sehen ist.

Boris Lurie hat seine Lyrik bewusst in dieser Typografie setzen lassen, um damit trotz KZ-Erfahrungen seine Verbundenheit mit der deutschen Kultur zu demonstrieren. Um dem Klischee entgegenzutreten: es handle sich dabei nicht um eine Nazischrift. Die Nazis machten breiten Gebrauch von der Moderne und nutzten vielfach die Futura.

Diese Ausstellung von Naomi Tereza Salmon war letztes Jahr zum ersten Mal in der Gedenkstätte Buchenwald zu sehen und wird nun in Berlin als Übernahme gezeigt. Die 1965 in Israel geborene und seit vielen Jahren in Deutschland lebende Künstlerin hatte Boris Lurie 1998 anlässlich dessen Ausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald kennen gelernt.

Boris Lurie hat zusammen mit seinem Vater mehrere Konzentrationslager überlebt und wurde aus einem Außenlager des KZ Buchenwald in Magdeburg befreit. Seit 1946 lebt er als Bildender Künstler, Lyriker und Prosaautor sowie Gründer der Künstlergruppe NO!art in New York City. Fasziniert von Werk und Person Luries unternahm Naomi Tereza Salmon zwei Reisen nach New York, wo Lurie zurückgezogen auf der East Side in Uptown Manhattan lebt. Ihre Fotografien aus seiner Wohnung, ihren mit expressiv subjektiver Kamera gedrehten Videofilm kombinierte die Künstlerin mit einer Auswahl von Gedichten Luries, die 2002 beim Eckhart Holzboog Verlag erschienen sind. Die in strenger Struktur angeordneten Elemente bilden in Gänze eine künstlerische Inszenierung, die als eine eindrucksvolle Hommage an den Künstler Boris Lurie verstanden werden kann.

Hommage an Boris Lurie

Mit dieser drei Räume umfassenden begehbaren Installation hat Naomi Tereza Salmon eine Gratwanderung gemeistert und Leben und Werk von Lurie eine Bühne gegeben, ohne selbst dahinter zu verschwinden. Die acht großen brillanten Farbfotografien - ein Porträt Luries und sieben Stillleben - bestimmen die Räume. Größe und Schärfe der Bilder sind die Voraussetzung, um sie als les- und studierbare Tableaus funktionieren zu lassen. In ihnen kann man Partikel und Versatzstücke von Luries Biografie entdecken. Leben und Person werden in kleinen Teilen dechiffrierbar.

Die bewusst raumgreifende Hängung der Bilder verweist methodisch auf die wohl bekannteste Arbeit von Naomi Tereza Salmon, die "Asservate". In jener, 1995 veröffentlichten konzeptuellen Arbeit hat die Künstlerin Fundstücke aus den Archiven der Gedenkstätten Auschwitz, Buchenwald und Yad Vashem fotografiert. Nüchtern und sachlich sollten die Bilder sein. Während des Fotografierens gaben die Objekte der Künstlerin Informationen preis, die sie zu Anfang nicht wahrgenommen hatte. Die Konzentration auf das Objekt ohne optische Ablenkung, nur von weißer Fläche umgeben, waren die Gewährleistung für ein Heraustreten des Objekts, dessen Studium mit dem Prozess des Scannens verglichen werden könnte. Im Kopf des Betrachters entstehen Verbindungslinien zwischen gespeicherten Daten und die Be-deutung des Fundstücks verändert sich.

In der aktuellen Ausstellung werden alle Räume von drei medialen Achsen durchzogen: Bild, Ton und Text, die einer Dramaturgie folgen und in den zum Kino umgebauten Raum münden. Auf der Bildachse befinden sich Computer und Videoterminals. Im linken Raum kann man die Webpage der "NO!art headquarters east" aufsuchen und sich sowohl über die Aktivitäten der Gruppe sowie über Rezeption informieren. Auf der anderen PC-Station im rechten Raum sind die 1998/99 ausgestellten Werke von Lurie in digitalen Bildern von Naomi

Tereza Salmon abrufbar. Auf dem Monitor in dem mittleren Raum werden alle Fotografien der Künstlerin aus Wohnung, Studio und Keller Luries in Manhattan als Sequenz gezeigt.

Das schnörkellose Mobiliar in der Ausstellung sowie die offen sichtbare Verkabelung und Technik sind Bestandteile des künstlerischen Konzepts und Ausdruck von Faktizität und Produktion im künstlerischen Schaffen. Die betont minimalistische Ordnung der Ausstellung, ihre konsequent durchgehaltene räumliche Dreiteilung, korrespondiert umgekehrt proportional mit dem unmittelbaren Lebensraum und der Kunst Boris Luries. Sein Verfahren des überbordenden all over, das vielschichtige Überziehen von Leinwand und seinen Wänden mit Fotos, Zeitungsausrissen und Faxen verweist auf ein Kunstprinzip, das sowohl in den Bildern als auch in den Gedichten auftaucht. Lurie verbindet Alltagsbanalitäten, Erotisches, Pornografisches mit Gräuelbildern aus der Höllenmaschinerie der Vernichtungslager.

Darf man das?, haben sich die Betrachter immer wieder gefragt. Art Spiegelman, der mit seinem Maus-Comic 1996 in der Ausstellung "Künstler forschen nach Auschwitz", organisiert vom Haus am Kleistpark und der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), hier vertreten war, hat einmal auf den Vorwurf der Geschmacklosigkeit, Auschwitz im Comic zu thematisieren, treffend und lakonisch geantwortet: "Auschwitz war geschmacklos".

Verdammt sein zum Erinnern und Speichern

Lurie wurden seine radikalen und verstörenden Bilder und Collage-Malereien, die er in dieser Form bereits Ende der fünfziger Jahre produzierte, verziehen, weil er mit seinem Vater selbst die Tortur mehrerer Konzentrationslager erlebt hatte und nur mit viel Glück und Zufall der Vernichtung entgangen war. Großmutter, Mutter und eine Schwester waren 1941 von den Nazis und ihren allzu willigen lettischen Kollaborateuren ermordet worden. In Luries Bildern existiert keine Trennung zwischen den Zeitebenen sowie zwischen den vielfältigen medialen Formen. Schlagzeilen, historische Fotos, zeitgenössische Fotos, Politik, Boulevard, Slogans, Parteiwerbung, alles vermischt sich auf der Ebene der Medialisierung. So hat er auch die Berichte über die Gräuel der NS-Zeit in den Zeitschriften wie Life und Vogue in der Nachkriegszeit wiedergefunden, eingebettet in Werbung und Glamour.

Neben den formalen und stilistischen Kriterien der Bilder bei Lurie ist die frühe Thematisierung des Holocaust bemerkenswert. Bereits in den frühen Arbeiten Ende der vierziger Jahre - hier noch traditionell figurativ - fokussiert er das KZ und die Vernichtung. Ab Ende der fünfziger Jahre wird der NS-Völkermord in einen breiten politischen Kontext gestellt, ohne jedoch einer Relativierung Vorschub zu leisten. Er führt die großen Katastrophen der Moderne (Holocaust und Hiroshima) in einem Tableau motivisch zusammen mit Kolonialismus und Imperialismus und schafft damit einen politischen Kontext. Dennoch springt das Hakenkreuz des deutschen Faschismus immer wieder sofort ins Auge.

Zwischen Boris Lurie, 1924 in Leningrad geboren, und der 41 Jahre jüngeren Naomi Tereza Salmon hat sich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein intensiver Dialog ergeben. Die Fotografien aus Luries unmittelbarer Welt künden von einem Nicht-vergessen-Können, von einem verdammt sein zum erinnern und speichern und sich seine Geschichte immer wieder vor Augen führen zu müssen. In einem Brief zur Eröffnung der Ausstellung in Buchenwald, zu der Lurie selbst nicht erscheinen konnte, schrieb er: "Naomi, bei ihrem Besuch in New York, war von meiner schrecklich unordentlichen Wohnung außerordentlich begeistert: ich dagegen bin von dem Tohuwabohu fürchterlich deprimiert, doch auf lange Dauer es in Ordnung halten, geht leider nicht. Es ist eine Frage, was wichtiger sei, die Wohnung aufzuräumen - und danach lange wieder nicht arbeiten zu können! - oder mit Arbeitsversuchen, so wie sie kommen, ohne Unterbrechung weitermachen. Ich ziehe die zweite Möglichkeit vor ... kann den Krawall aber trotzdem nicht leiden. Wie schön wäre es ordnungsmäßig fruchtbar fortzufahren, doch es passiert nicht. ..."

Matthias Reichelt

18. Ein Aufruf an uns selbst

Für eine neue linke Bewegung in Europa

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:19

Im Folgenden dokumentieren wir in Auszügen eine Erklärung, mit der die Gruppe Sol Yol (Linker Weg) für den Herbst 2004 migrantische Linke in Europa zu einem Kongress einlädt. Der Text schlägt eine radikale politische Neuorientierung nach dem Ende der historischen "Exilpolitik" und ihrer Organisationen vor. Die vollständige deutsche und türkische Fassung kann auf der Website der libertad!-Zeitung so oder so eingesehen werden: www.sooderso.de.

Die migrantische Linke ist mehr als das, was sich in den letzten Jahren innerhalb der deutschen Linken und interessierter Öffentlichkeiten Gehör verschafft hat. Es gibt "schweigend"-diskutierende migrantische Netzwerke, die sich noch nicht im Rahmen der deutschsprachigen Linken ausdrücken. Der folgende Aufruf ist ein vorläufiges Ergebnis eines solchen Diskussionsprozesses; einer langen Diskussion unter Personen und Netzwerken, die teilweise aus den verschiedenen Strömungen der Exil-Linken aus der Türkei stammen und zum Teil erst in den europäischen Ländern von Österreich bis Deutschland, von Schweden bis Frankreich politisch aktiv wurden. Sie alle eint die Überzeugung, dass die historische Phase der traditionellen Organisationsformen der türkisch-kurdischen Exil-Linken abgeschlossen ist. Sie sehen es als dringende Aufgabe an, einen Diskussions- und Aktionszusammenhang mit direktem Bezug zu den sozialen und politischen Kämpfen in den europäischen Ländern aufzubauen. Ein Kollektiv, das sich mit den radikalen Linken der Mehrheitsgesellschaften in den Kämpfen gegen Kapitalismus, Sexismus und Rassismus in Einheit weiß, kann diese Kämpfe durch nationalstaatskritische und antirassistische Momente der migrantischen Realität bereichern. Es wird darüber hinaus eine Stimme des Kampfes um die Rechte der Migrantinnen und Migranten sein, wobei wir die Flüchtlinge - ihrer spezifischen Problemlagen wohl bewusst - auch unter diesem Begriff fassen. Nicht zuletzt ist ein derartiger Aktions- und Diskussionszusammenhang inzwischen eine Vorbedingung, um die Hegemonie neoliberaler, islamistisch-konservativer und faschistischer Ideologien und Organisationen innerhalb der migrantischen communities zurückdrängen zu können.

Nach europaweiten Treffen planen wir für den Herbst 2004 einen Kongress, auf dem wir mit einem Manifest an die Öffentlichkeit treten wollen. Eine Zeitschrift soll als europaweite Stimme der Aktionen und als Forum für Debatten dienen. (...) Es wäre die erste linke Organisation, die in Europa von türkisch- und kurdischsprachigen Menschen aufgebaut wird, die aber weder ihren Ursprung noch ihre Orientierung in der Türkei hätte.

Unsere Sorge und Unruhe

Es gibt welche in Europa, die eine Unruhe verspüren, weil sie nicht gemeinsam handeln können. Es sind Menschen, die in den letzten zwanzig, dreißig Jahren an Kämpfen teilnahmen, die im türkisch- kurdischen Kontext geführt wurden. (...) Ihre Erfahrungen haben gezeigt, dass die existierenden Organisationsformen keinen Ausweg mehr bieten. Sie leben und arbeiten als Individuen oder in kleinen Kollektiven, sind im mittleren Lebensalter oder älter. (...) Sie wollen gemeinsam noch einmal das Vergangene studieren, das Heute hinterfragen und sich aufmachen, die Zukunft kollektiv aufzubauen. Dieser Aufruf ist ein Ruf vieler Einzelner an jene, die ähnliche Sorgen haben. Es ist ein bescheidener Aufruf kleiner Kollektive an weitere kleine Kollektive. (...)

Die Millionen in Europa, die aus der Türkei stammen, (...) sind in dem Land, in dem sie leben, nicht nur von Rassismus und Neofaschismus eingekreist. Sie sind auch von ideologischen Strömungen umzingelt, die ihre Wurzeln in der Türkei haben: Islamismus, Faschismus, völkisches Denken, Sexismus und Etatismus. Diese Menschen haben ein Recht auf eine Perspektive der Befreiung, die ihre Alltagsprobleme lösen hilft.

Unwiderstehliche Leichtigkeit der Entpolitisierung

Die Erfahrung hat uns gezeigt, dass nicht die offene Gewaltandrohung, sondern die Angebote und Verlockungen der europäischen Verhältnisse die Entpolitisierung fördern. Aber ebenso offensichtlich ist es, dass die fehlende Aufmerksamkeit der linken Bewegungen für die Wünsche und Probleme der Migrantinnen und Migranten zur Entpolitisierung beitragen. Niemand sollte sich selbst belügen. Oftmals leben die großen Revolutionäre der vergangenen und ehedem mächtigen Bewegungen selbst in apolitischen Verhältnissen. Und

in ihrer revolutionären Gestik reproduzieren sie nicht selten eben jene Verhältnisse, gegen die sie in der Welt ankämpfen. (...)

Die Entpolitisierung, der Abschied aus der Linken, übt durchaus eine Anziehungskraft aus. Für Menschen, die nie die Chance sahen, auch als Einzelne politische Menschen zu bleiben, die in überkommenen Begriffen kollektiver Beziehungen erstickten, ist die Entpolitisierung ein Aufstand gegen die Zwangskollektive und ein Suchen nach dem unabhängigen Ich. (...)

Kämpfen wir dort, wo wir leben

Der einzige Weg für migrantische Linke aus der Türkei ist es jedoch, an den gesellschaftlichen Kämpfen in Europa teilzunehmen und sich in die linken Bewegungen hier einzumischen. Darüber kann nicht einmal ernsthaft diskutiert werden. Wir sind gegen eine Linke, die sich für "revolutionär" hält, aber allein die Probleme des Kampfes in der Türkei diskutiert, anstatt sich auf die Suche nach neuen Perspektiven für soziale Befreiungskämpfe, Themen, Terrains und Praxen in Europa zu begeben, in dem Land, in dem sie leben.

Wir sagen, dass gegen die brutale Globalisierung des Kapitalismus eine Globalisierung der Linken notwendig ist. Wir wollen uns von dieser Türkei und diesem Europa mit dem Wunsch nach einer anderen Welt entfernen, weil wir uns nicht länger irgendeiner Rasse, ethnischen Gruppe oder Nation zugehörig fühlen wollen. (...) Wir machen uns auf den Weg, nicht um das alte "Vaterland", dessen Grenzen mit den neuesten tödlichen Waffen ausgestattet sind, zu verteidigen, sondern um für die Zukunft eine grenzenlose Welt zu einem neuen Zuhause zu machen. (...) Das Gefühl, fremd im eigenen Land zu sein und in dem Land, in dem wir leben, das Gefühl zu haben, fremd zu sein - das sind nicht unsere Gefühle, weil wir Fremde dieser Welt sind. Wir werden immer Fremde sein. Für die Fremden dieser Welt suchen wir eine andere Welt, die sie zu ihrer Heimat machen können.

Wir sind weder Lobbyisten des türkischen Staates und seiner Parteien, noch wollen wir die bunten Bonbons auf dem Kuchen der europäischen "Multikulti-Toleranz" sein. (...) Wir wissen, dass die pluralistische Mehrheits-Linke der europäischen Länder ein großes Problem hat, da sie mit den Linken außerhalb Europas nicht auf gleicher Ebene arbeitet. Sie blickt auf alle herab und betrachtet andere nur als Objekte, mit denen Politik gemacht werden kann. Diesen Neigungen der europäischen Mehrheits-Linken muss man mit Selbstbewusstsein den Kampf ansagen. Statt sich an dogmatischen Rezepten festzuhalten, halten wir es für nötig, eine neue pluralistische Linke zu entwickeln. Alle ihre Anstrengungen für Gleichheit und Freiheit begreifen wir als unsere und respektieren jedes ihrer Themen und jede ihrer Besonderheit. (...) Wir sind nicht die einzigen, die die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Welt erkennen und eine Haltung gegen sie entwickeln. Seattle, Prag und Genua stehen für die Bewegungen derjenigen, die diese Probleme erkennen, sie erleben und daran glauben, ihnen Einhalt gebieten zu können. (...)

Was für ein Wir?

Der Kampf für eine andere Welt ist schon eine andere Welt. Und es ist ein befriedigender Kampf, der zu glücklicheren Tagen führt. Es sind Kämpfe, die Symbole brauchen und neben den neuen Zeichen, die entstehen werden, werden auch die alten, die sich aus der Vergangenheit in die Zukunft erstrecken, zu Symbolen der neuen Bewegung werden.

Es soll kein Wir mehr geben, das die individuellen Begabungen einsperrt und vernichtet, das die Subjektivität erstickt und das Hierarchie, Sexismus und Rassismus, die Verhältnisse, gegen die es ankämpft, reproduziert. Unser Aufruf gilt allen unabhängigen Individuen, zu einem freien Wir auf freiwilliger Basis zusammenzukommen, sich auf den Weg zu machen, die eigenen Begabungen mehr denn je zu fördern und sie mit dem Traum sozialer Befreiung zu verknüpfen.

Es ist ein Aufruf für das WirWerden an all diejenigen, (...) die sich der Gefahr bewusst sind, dass sich die Verhältnisse, gegen die wir kämpfen, auch in unseren Reihen reproduzieren können, die wissen, dass sich jede Linke stetig erneuern muss. (...) Es ist ein Aufruf für eine Koordination, die in sich offen ist für verschiedene Formen, die sich auf die Suche begibt. (...) Es ist kein Aufruf an die eine oder andere Bewegung in der Türkei, es ist ein Aufruf für einen Aktivismus, der sich bewusst als Teil einer weltweiten Bewegung begreift. Es ist kein Aufruf an diejenigen, die Blaupausen künftiger Revolutionen in der Tasche haben und die hierarchische Befehlsketten propagieren. (...)

Wir laden all diejenigen ein, die Unterschiedlichkeiten als eine Stärke und Schwäche wahrnehmen können und die die kleinen Punkte nicht den Großen opfern wollen. Es sind die, die nur so viel Konsens in der Koordination, Praxis und Theorie suchen, wie es notwendig ist, um gemeinsam handeln zu können. Wir wollen uns die historisch-konkreten Potentiale aneignen, uns neuen Interventions- und Aktionsformen anschließen und so in der heutigen Zeit des Ausnahmezustands innerhalb der kritischen Diskussion und linken Praxis die radikale Kritik stärken. (...) Wir wenden uns auch an diejenigen, die sich aufmachen, die Geschlechterverhältnisse, die von der Geschichte des Patriarchats bestimmt sind, von den erstickenden Schablonen zu befreien und die Freiheit aller Geschlechter zu verteidigen - auch die Freiheit des dritten Geschlechts. (...) Wir wünschen uns eine Bewegung, die keine Angst hat, sich mit den Widersprüchen des Lebens im Alltag auseinander zu setzen. (...) Es ist ein Aufruf an das Wir, das die global vernetzten Herrschaftsverhältnisse mit punktuellen Revolutionen zu zertrümmern sucht. (...) Es werden die kleinen alltäglichen Widerstandshandlungen sein, die das Glück verbreiten werden, das von einer Welt ausgeht, die sich von der Welt der Bourgeoisie ablöst. (...) Um die Ziele und eine gemeinsame Politik zu bestimmen, eine neue Bewegung zu beginnen, rufen wir alle, die unsere Wünschen teilen, auf, an der Diskussion teilzunehmen.

Sol Yol (Linker Weg)

Kontakt: Sol Yol c/o Kritische Migranten, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, E-Mail: Solyol@gmx.de

19. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:20

Vom Gegner aufgemachter Scheiß

Betr.: "Selbstgenügsamkeit finde ich schrecklich", ak 483

Kaum meint man, mit den Grünen, mit der PDS und mit all den sonstigen linken Kleinparteien, haben sich linke Wahl-Alternativen als die Enttäuschungen herausgestellt, die sie sein mussten - hatten sie doch das Stellen der Machtfrage implizit rigoros abschlägig entschieden. Und nun muss man feststellen, dass, liest man ak, überhaupt keine Enttäuschungen festgestellt werden, allenfalls Täuschungen, an die durch das neuerliche Aufstellen einer Wahl-Alternative wieder fest geglaubt werden kann, soll und eigentlich muss. Leute, die so eine Wahl-Alternative im Schilde führen, haben dabei ganz sicher nichts im Sinn, was einer Emanzipation des Individuums (oder gar der Arbeiterklasse) voranhilft. Eher genau das Gegenteil: Mit dem Abgeben der Stimme, um eine Ermächtigung einer moralisch einwandfreien Herrschaft herbeizuführen, werden Täuschungen über den deutschen Klassenstaat und seine imperialistischen Ambitionen verbreitet. Als ob die Härten, die der Staat seinen wie auswärtigen Bürgern auferlegt, nicht den notwendigen Zwecken seiner Herrschaft, dem Erfolg deutscher Macht und deutschen Geschäfts (jetzt verharmlosend als "Europa" dargestellt, in Wirklichkeit aber in einem umso wuchtigeren Projekt), geschuldet wären!

Angesichts der Lage sollten, so Verfechter linker Wahloptionen, die Linken jenseits ihrer Differenzen zusammengehen. Sie sollten sich also über eine Klärung der Sachfragen hinwegsetzen, um erst einmal an den Urnen und in den Parlamenten zusammenzufinden, weil sich, so die inhärente Logik, mit dem Erfolg dort mehr oder weniger ganz automatisch die inhaltlichen Fragen klären würden. Klar, dass die Verfechter jener Überlegungen eine Klärung der Sachfragen in ihrem Sinne erwarten. Man möchte auch gar nicht fragen, was beispielsweise ein Norbert Hackbusch inhaltlich zu Demokratie und Marktwirtschaft (Staat und Kapital) zu sagen hat. Im Gegensatz zu seinen methodischen Überlegungen erstens nicht viel und zweitens ziemlich unbrauchbares Zeug, nämlich moralisches: Er möchte für soziale Rechte kämpfen, den Sozialstaatsgedanken hochhalten. Womit er doch nur dokumentiert, dass er kein Feind des Staates samt seiner Sozialabteilung sein will, weil er partout nicht wissen will, warum der demokratische Klassen-Staat eine solche Abteilung eingerichtet hat (und sie derzeit schrumpfen lässt) und wie die funktioniert - nämlich als solidarische Zwangsverpflichtung der Lohnarbeiterklasse in ihren verschiedenen Lagen - als Auszubildende, Lohnempfänger, Arbeitslose, Rentner, Kranke - untereinander!

In seiner Ignoranz freilich ist Hackbusch sehr dogmatisch. Schließlich will er auch noch die alten Sozis einfangen, indem er ihnen recht gibt, anstatt sie zu überzeugen, dass und wie sie unrecht haben! Sollen doch die ihren Sozialstaat selber verteidigen oder auch nicht - es kann einem linken Kritiker im Grunde wirklich egal sein, seine Kritik macht sich nämlich nicht von dem abhängig, was die Gegenseite je nach Konjunktur gerade tut oder lässt.

Der Kommunist Bela Kun antwortete einmal auf die (linke) Gewissensfrage, ob er denn die Arbeiterklasse spalten wolle: "Ja! - Um sie auf einer neuen Grundlage zusammenzuführen." Linke sind also gut beraten, inhaltliche Diskussionen zu führen und sich nicht von Wahlen und anderen von ihren Gegnern aufgemachten Scheiß beeindrucken zu lassen. Lassen wir Norbert Hackbusch also weiterhin allein an der Urne "gesellschaftlich wirken"!

Wolfgang Richter

20. Wir können auch anders!

Zu einigen radikalreformerischen Alternativen zur Agenda 2010

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:21

"Verteidigen, kritisieren und überwinden zugleich" - so formulierte vor gut 20 Jahren die Widersprüche-Redaktion Anforderungen an einen linken Umgang mit dem Sozialstaat. Angesichts der momentanen sozialpolitischen Angriffe scheint davon nur das Verteidigen übrig geblieben zu sein. Dabei kursieren seit einiger Zeit in manchen linken Zirkeln Papiere, in denen durchaus versucht wird, radikalreformerische sozialpolitische Alternativen zur Agenda 2010 zu denken, die über eine hilflose Beschwörung "des" Sozialstaates hinausgehen. Tom Binger stellt diese neueren Konzepte einer linken Sozialstaatskritik vor.

Die Leichtigkeit, mit der sich die Gewerkschaften zumindest in der Bundesrepublik am europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau an die Spitze der Bewegung katapultieren konnten, ist ein deutlicher Hinweis auf die politischen Defizite eines Großteils der bisherigen Sozialproteste. Die große Mehrheit der Akteure ist bisher in ihrer inhaltlichen Orientierung nicht über eine Verteidigung des keynesianischen Wohlfahrtsstaates hinausgekommen. Mit dessen nostalgischer Verklärung befindet sich der Protest aber von vorneherein in der Defensive. Nach über zwei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung, Internationalisierung der Arbeitsteilung und De-Regulierung der Finanz-, Kapital-, Waren-, Wissens- und Dienstleistungsströme erscheint eine Position, die auf eine soziale Re-Regulierung im nationalstaatlichen Rahmen orientiert, zurecht als anachronistisch. Eine tatsächliche soziale Emanzipationsbewegung braucht eine politische Perspektive, die über die Verteidigung des traditionellen nationalen Sozialstaates hinausweist.

Auf der anderen Seite ist in Teilen der radikalen Linken eine abstrakte Negation von Staat und Kapital en vogue, die sich oft genug auf eine bloße Kritik an den herrschenden Zuständen wie auch an der Politik der sozialen Bewegungen beschränkt. Eine solche Haltung führt auch nicht weiter. Vorrangiges Ziel einer bewegungsorientierten und interventionistischen Linken müsste es hingegen sein, dass politische Vakuum zwischen einer rückwärts gewandten Verteidigung des klassischen Wohlfahrtsstaates und einer zwar prinzipiell richtigen, aber politisch derzeit völlig hilflosen abstrakten Negation der kapitalistischen Verhältnisse zu füllen und dabei den sozialen Protesten eine offensive Note zu geben.

Sozialstaatskritik und Lohnarbeit

Genau an diesem Punkt intervenieren politische Alternativkonzepte, wie sie in den letzten Monaten vom Internetforum links-netz, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie und von medico international zur Diskussion gestellt wurden. (1) Diese Konzepte formulieren eine "konkrete Utopie" eines anderen Systems sozialer Sicherungen und bieten so einen anderen Orientierungsrahmen für soziale Kämpfe und politische Protestbewegungen. Dabei geht es ihnen ausdrücklich auch um eine grundsätzliche Kritik am keynesianischen Wohlfahrtsstaat und seiner Fundierung im fordistischen Lohnarbeitsverhältnis. Eine radikale Kritik am herrschenden Arbeitsbegriff und eine grundsätzliche Neudefinition gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Tätigkeiten stehen deshalb auch im Zentrum dieser Alternativkonzeptionen. Auf Basis dieser Kritik entwickeln sie Vorschläge für neue Formen der sozialen Sicherung, die nicht länger auf Transfers von Lohneinkommen beruhen.

Die Konzepte kreisen um zwei Kernpunkte: erstens um ein garantiertes Grundeinkommen für alle, unabhängig von Erwerbsarbeit, und zweitens um den Ausbau einer sozialen Infrastruktur, die öffentliche Güter für alle Menschen bereitstellt. Der unbedingte Anspruch für alle auf ein würdiges Leben, unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit, sozialem Status, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit, wird mit einem erweiterten Verständnis von sozialen (Menschen-) Rechten begründet. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung eines Existenzminimums, sondern um die reale Teilhabe am materiellen und symbolischen Reichtum der Gesellschaft. Leider sind diese Vorschläge bisher weder im reformistischen Mainstream der Protestbewegung noch in dem an sozialen Kämpfen interessierten Teil der radikalen Linken wirklich angekommen.

Die kontinuierliche Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im Kapitalismus führt dazu, dass immer mehr Güter und Dienstleistungen von immer weniger Arbeitskräften produziert werden. Der Produktivitätssprung der mikroelektronischen technologischen Revolution hat zu einer strukturellen

Massenarbeitslosigkeit geführt, die eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung, dem traditionellen Fundament sozialer Sicherung, unmöglich macht. Die bisherigen sozialen Sicherungssysteme basierten auf einer weitgehenden Verallgemeinerung des fordistischen Lohnarbeitsverhältnisses. Mit dessen Verfall geraten auch sie unweigerlich in eine tief greifende Krise. In dem Maße, wie die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit aufgekündigt wird, führt das zu wachsender Massenarmut und zur Prekarisierung und Marginalisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund kann der Schlüssel für den Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen und zu den Formen der solidarischen Sicherung nicht länger in der Teilhabe am System der Lohnarbeit bestehen. Das definitive Ende der Vollbeschäftigung verlangt nach einem sozialen Sicherungssystem mit anderen materiellen Grundlagen als der Lohnarbeit.

Garantiertes Einkommen und noch mehr

Die Alternativkonzepte verstehen sich deshalb auch als eine positive Antwort auf die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Die Produktivitätsentwicklung macht den allgemeinen Zwang zur Arbeit tendenziell überflüssig. Doch die emanzipatorischen Potenziale dieser Entwicklung, die Perspektive einer Beseitigung von materieller Not und allgemeinem Arbeitszwang, werden real nirgends eingelöst, im Gegenteil: Die herrschende Politik kompensiert die Krise der fordistischen Lohnarbeitsstrukturen und des Vollbeschäftigungspostulats durch ein System immer repressiverer Maßnahmen; die Betroffenen werden in immer unsinnigere Beschäftigungsformen gepresst. Erst eine radikale Kritik an einem auf Lohnarbeit fixierten Arbeitsbegriff eröffnet einen anderen Blick auf die Verhältnisse.

Vollbeschäftigung auf der Basis von lebenslanger Vollzeiterwerbsarbeit erscheint beim erreichten Produktivitätsstandard weder als wünschenswert, noch als überhaupt jemals wieder realisierbar. In der gewerkschaftlich und betrieblich orientierten Linken dominiert jedoch immer noch ein Arbeitsbegriff, der sich an der fordistischen Fabrikarbeit orientiert. Der industrielle Facharbeiter und ein rechtlich abgesichertes Normalarbeitsverhältnis fungieren hier weiterhin als Leitbild. Dieser Blick verkennt u.a. den patriarchalen Charakter dieses Modells: Die Idee einer möglichst lebenslangen Vollzeitbeschäftigung war tendenziell stets an den männlichen Alleinverdiener, die bürgerliche Kleinfamilie und die Reduzierung vieler Frauen auf unbezahlte Reproduktionsarbeit gekoppelt.

Ein neuer Arbeitsbegriff muss demgegenüber weiter und pluraler gefasst werden. Unterscheidungen zwischen Hand- und Kopfarbeit sowie zwischen Haus- und Berufsarbeit müssen prinzipiell in Frage gestellt und alle Formen von Hausarbeit, Eigenarbeit und freiwilliger Arbeit mit einbezogen werden. Kernpunkt ist dabei die demokratische Kontrolle der gesellschaftlichen Arbeit. Sie ist der Ausgangspunkt für eine radikale Umverteilung der Arbeit und eine weit reichende Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Aspekt ist deswegen so entscheidend, weil Arbeit immer noch die wichtigste Vergesellschaftungsinstanz ist, und weil die gesellschaftliche Arbeitsteilung nach wie vor die entscheidende Grundlage von Herrschaft und Ungleichheit darstellt.

Doch erst ein garantiertes Mindesteinkommen unabhängig von Lohnarbeit und eine soziale Infrastruktur mit einem erweiterten Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen werden den allgemeinen Zwang zur Arbeit entscheidend vermindern. Erst dadurch kann sich die ganze Fülle von nicht-marktförmigen, aber gesellschaftlich nützlichen und weniger entfremdeten Tätigkeiten tatsächlich entfalten.

Insbesondere das links-net-Konzept basiert auf einer entsprechend weit reichenden Neudefinition von Sozialpolitik. Die bisherige Orientierung auf die Sicherstellung der Reproduktion der Arbeitskraft soll genauso ersetzt werden wie die entmündigende Fürsorge gegenüber den nicht mehr Arbeitsfähigen. An deren Stelle tritt eine Sozialpolitik, deren zentrales Ziel darin besteht, eine umfassende gesellschaftliche Infrastruktur zu sichern und auszubauen. Sozialpolitik soll sich dabei von allen normierenden und kontrollierenden gesellschaftssanitären Funktionen verabschieden. Die angestrebte soziale Infrastruktur ist von der Lohnarbeit abgekoppelt und steht allen Menschen ohne jegliche Diskriminierung gleichermaßen zur Verfügung.

Im Gesundheitssektor bedeutet dieses Konzept den Ausbau und die Sicherung einer öffentlichen Gesundheitsversorgung, die den gängigen medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Standards entspricht und die für alle Menschen zugänglich ist. Gesundheitsversorgung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Heilung von Krankheiten und die Kompensation von Beschädigungen. Sie umfasst auch die Prävention und Vermeidung von Gesundheitsschädigungen sowie den gesamten Bereich der Pflege und des Umgangs

mit langfristigen Beeinträchtigungen. Ziel ist in erster Linie ein schmerzarmes und selbstständiges Leben für alle und nicht die Wiederherstellung der Lohnarbeitsfähigkeit.

Eine andre Welt ist möglich

Solch ein erweiterter Gesundheitsbegriff steht der Individualisierung von Krankheitsrisiken und der Privatisierung von Versicherungsleistungen, wie sie durch die aktuelle Gesundheitsreform forciert wird, diametral entgegen. Zudem stehen in einer solchen qualitativen Debatte über Gesundheit die althergebrachten kostenträchtigen monopolistischen Strukturen des Gesundheitswesens genauso zur Disposition wie die Dominanz von Pharmaindustrie und Apparatemedizin.

Auch im Bildungssektor geht es zunächst darum, öffentliche Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken auszubauen und zu sichern. Als unverzichtbarer Teil der sozialen Infrastruktur müssten diese Einrichtungen für alle frei und kostenlos zugänglich sein. Dabei soll die soziale Selektivität des Bildungssektors verringert und seine Durchlässigkeit auch für die sog. "bildungsfernen" Schichten erhöht werden. Dazu braucht es ausreichende und gut ausgestattete öffentliche Einrichtungen und ein aktives Integrationskonzept. Schule wird als ein sozialer Ort zur Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken begriffen, die eine Teilhabe aller an Gesellschaft und Politik ermöglichen. Dazu zählen nicht nur technische Fertigkeiten und kognitive Fähigkeiten, sondern auch soziale Kompetenzen und interkulturelles Wissen.

Politisches Ziel ist der Abschied von einem Bildungssystems als Einrichtung der sozialen Auslese und Elitenbildung. Alle Formen der selbstorganisierten Vermittlung von Bildung sollen dabei gefördert und die großen Bildungseinrichtungen durch eine wirkliche Selbstverwaltungsstruktur demokratisiert werden. Auch diese Debatte kollidiert frontal mit der herrschende Logik von Elitebildung, Studiengebühren und privat finanzierter Forschung.

Letztlich geht es darum, die sozialen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu mobilisieren und bereit zu stellen, die für ein "gutes Leben" für alle notwendig sind. Die Garantie der Kapitalverwertung und die Sicherung der entsprechenden gesellschaftlichen Voraussetzungen sollen nicht mehr Maßstab sozialpolitischen Handelns sein. Durch die Schaffung einer sozialen Infrastruktur sollte Sozialpolitik die Bedingungen dafür schaffen, dass sich neue Formen der Vergesellschaftung und von selbstbestimmten Tätigkeiten jenseits der traditionellen Lohnarbeit entfalten können.

Das garantierte Grundeinkommen soll in diesen Konzepten die bisher getrennten Formen der sozialen Sicherung wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente und Ausbildungsbeihilfen bündeln und dadurch den riesigen Kontroll- und Vergabeapparat überflüssig machen. Das Grundeinkommen muss jeder Person verbindlich und ohne diskriminierende Auflagen zustehen. Es darf nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden werden; es steht allen zu, die in einer bestimmten Gesellschaft dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt haben. Die genaue Höhe kann nur das Resultat von sozialen und politischen Auseinandersetzungen sein. Als armutsfestes Leistungsniveau, welches auch die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht, muss die Grundsicherung allerdings deutlich über der bisherigen Sozialhilfe liegen. Mindestmaßstab ist die Garantie eines würdigen Lebens, wie es den gesellschaftlichen Standards und Möglichkeiten entspricht. Möglichkeiten, etwas dazuzuverdienen, stehen jedem und jeder offen.

Geld ist nicht das Problem

Durch die voraussetzungslose Gewährung eines hohen Grundeinkommens werden der Zwang zur Lohnarbeit entscheidend vermindert und indirekt andere Formen der gesellschaftlichen Arbeit finanziert. Erst eine hinreichende soziale Grundsicherung ermöglicht die volle Entfaltung von selbstbestimmten Tätigkeiten im politischen und kulturellen Bereich. Erst so werden nicht kommerzielle Formen der sozialen Reproduktion und produktiven Vergesellschaftung gefördert. Die Grundsicherung ist insofern tatsächlich die positive Antwort auf die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Allerdings widerspricht die weit reichende Entkoppelung von Arbeit und Einkommen den grundlegenden Prämissen der kapitalistischen Verwertungslogik. Ein garantiertes Einkommen beinhaltet deshalb eine Dynamik, die über das bestehende System hinausweist. Seine Durchsetzung ist insofern weniger eine Frage der materiellen Möglichkeiten, als vielmehr im wesentlichen eine der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse.

Die Entkoppelung von sozialer Sicherung und "Normalarbeitsverhältnis" verlangt auch nach einer alternativen Form der Finanzierung. Dabei geht es um die Loslösung von einem Versicherungsprinzip, welches auf dem individuellen Erwerb von Leistungsansprüchen beruht. Stattdessen soll soziale Sicherung und soziale Infrastruktur auf eine allgemeine steuerfinanzierte Basis umgestellt werden. Durch den Abschied von der Beitragsfinanzierung stünden alle Einkommensarten für eine Finanzierung sozialer Sicherung zur Verfügung.. Leistungsansprüche müssen nicht erst durch Einzahlungen erworben werden. Die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge würden durch ein sozial gestaffeltes System von Abgaben zur Finanzierung der Infrastruktur ersetzt. Besteuert würden primär wirtschaftliche Einheiten wie Betriebe oder Haushalte, wobei die Gewinn- und Körperschaftssteuer, Vermögens- und Erbschaftssteuer genauso Bestanteil der erweiterten steuerlichen Grundlagen sind wie Mehrwertsteuer, ökologische Verbrauchs- und Belastungsabgaben.

Doch auch hier gilt: Nicht die Finanzierung ist das Problem, sondern die politischen und ökonomischen Widerstände, die jeder alternativen Form der Vergesellschaftung entgegenstehen. Auch die besten Konzepte einer alternativen Vergesellschaftung werden erst dann zur materiellen Gewalt, wenn sie sich mit einer machtvollen sozialen Bewegung zu ihrer Durchsetzung verbinden. Und genau hier liegt das entscheidende Problem: Bisher ist die Debatte über konkrete Transformationskonzepte kaum über die verbliebenen kleinen linksakademischen Zirkel hinausgelangt. Dadurch könnte sie schnell zu einem rein intellektuellen Gedankensport verkommen. Was schade wäre: Denn schließlich geht es um nichts weniger als um die Garantie einer vollen und gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit, sozialem Status, Geschlecht oder Staatsbürgerschaft.

Tom Binger

Anmerkung:

1) Vgl. Joachim Hirsch/Heinz Steinert: "Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsumbau? - Sozialpolitik als gesellschaftliche Infrastruktur", unter www.links-netz.de; Peter Grottian/Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: "Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010! - Statt repressiver Abbau des Sozialstaates menschenrechtlich-demokratischer Umbau für Grundsicherung und Arbeit", zu finden unter der Internetadresse des Berliner Sozialforums www.sozialforum-berlin.de; medico international: "Jenseits des nationalen Sozialstaates: medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit", zu finden unter www.medico.de, Rubrik "Gesundheit für alle".

21. Aktivierung im trauten Heim

Hartz-Gesetze flexibilisieren auch die Geschlechterverhältnisse

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:22

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe zum 1.1.2005 werden nicht nur Erwerbslose "aktiviert". Grundsätzlich sind jetzt alle Mitglieder von Familien oder "Bedarfsgemeinschaften" gefordert, die Hilfebedürftigkeit "zu überwinden"; ein System des internen Drucks, das tradierte Geschlechterverhältnisse nicht unberührt lässt.

Das "4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" (SGB II) beinhaltet die "Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in das nicht sichernde und deshalb aktivierende ALG II". Feministische Analysen gehen häufig davon aus, dass diese Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 ausschließlich eine Festschreibung traditioneller Geschlechterverhältnisse bedeuten. Unseres Erachtens greift diese Betrachtungsweise der "Reformvorschläge" zu kurz, da das Verhältnis zwischen vorherrschenden Geschlechterverhältnissen und den aktuellen Reformen widersprüchlicher ist. Am Beispiel des SGB II begründen wir dies exemplarisch.

Mit Einführung des SGB II regelt ausschließlich dieses Gesetz den Anspruch auf staatliche Leistungen für alle erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Als erwerbsfähig gilt dabei, "wer unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein kann und darf oder voraussichtlich innerhalb von sechs Monaten erwerbstätig sein kann und erwerbstätig sein darf" (§ 8). Alle so definierten Erwerbsfähigen verlieren damit ihren Rechtsanspruch auf Sozialleistungen nach dem bisherigen Bundessozialhilfegesetz (BSHG, zukünftig SGB XII). Im Sinne der Ideologie vom "aktivierenden Staat" soll dabei die "Grundsicherung für Arbeitssuchende", also das ALG II, die "Eigenverantwortung" stärken und dazu beitragen, dass diese Personen "ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können" (§ 1).

Dieses trifft nun auch auf alle nicht erwerbsfähigen Personen zu, die mit einer erwerbsfähigen Person in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Ihre Ansprüche sind künftig ebenfalls durch das SGB II geregelt; sie erhalten das so genannte Sozialgeld. Explizit werden auch diese Personen in die Aktivierungslogik einbezogen: Alle Personen einer hilfebedürftigen Bedarfgemeinschaft werden im Rahmen des SGB II dazu verpflichtet, alle Möglichkeiten zur "Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit" (§ 2) auszuschöpfen. Damit gilt im Rahmen des SGB II grundsätzlich das Subsidiaritätsprinzip, nach dem einer "staatsfernen" Versorgung durch Familie oder Partnerschaft Vorrang gegeben wird.

Voll flexible Bedarfsgemeinschaften

Das deutsche soziale Sicherungssystem basiert von Beginn an auf der Verschränkung von "Familiensubsidiarität" und sozialer Sicherung. Mit diesem Begriff wurde legitimiert, dass Frauen, die im Bereich der individuellen Reproduktion tätig waren, nur über die Versicherungsansprüche des Familienernährers Zugang zum sozialen Sicherungssystem erhielten. Im Rahmen des SGB II erfährt die "Familiensubsidiarität" allerdings eine Zuspitzung: Im Gesetzestext wird explizit darauf eingegangen, dass auch jene, die ausschließlich in der Familie tätig sind (nach wie vor meist Frauen), für das "Fortkommen" der Einzelnen und der Familie als Ganzes wesentliche Verantwortung tragen (müssen). Die Bedeutung der traditionell weiblichen Tätigkeiten wird somit explizit aufgenommen. Die innerfamiliären Praxen sind auf diese Weise fest in die Logik des aktivierenden Sozialstaats eingeschrieben. Das SGB II verpflichtet alle Familienmitglieder, aufeinander und auf den Familienvorstand einzuwirken, um die Hilfebedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft zu mildern oder zu beenden. Gleichzeitig entsteht ein Druck auf die Frauen, selber erwerbstätig zu werden.

Diese Regelung ist auch deshalb wichtig, weil im Gesetzestext ausdrücklich festgehalten wird, dass ein Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen nicht mehr besteht. Bei allen Bestimmungen des SGB II handelt es sich um "Kann"-Bestimmungen. Im Gegensatz kannte das bisherige BSHG an einigen prägnanten und ausschlaggebenden Stellen durchaus noch "Muss"-Bestimmungen. Die einzelnen Hilfesuchenden sind also perspektivisch stärker von der Willkür bzw. Effizienzlogik derjenigen abhängig, die ihre Anträge bearbeiten. Wenn also SachbearbeiterInnen Leistungen streichen, weil z.B. das Verhalten von Erwerbslosen nicht ihren

eigenen Wünschen oder Vorschlägen entspricht oder sie grundsätzlich schwer vermittelbar sind, so gibt es in Zukunft keine oder nur massiv eingeschränkte einklagbare Rechtsansprüche.

Die Bedeutung, die hier den traditionell weiblichen Tätigkeiten für die Einfügung der Einzelnen in gesellschaftliche Strukturen gegeben wird, ist keinesfalls neu: Schon die Familiarisierung der unteren Schichten gegen Ende des 19. Jahrhunderts kann als eine wesentliche Strategie interpretiert werden, um auf die soziale Frage in einer herrschaftsstabilisierenden Weise zu reagieren: Mit der Durchsetzung der Kleinfamilie als hegemonialer Lebensform wurden Bedürfnisse der Einzelnen nach einer Verbesserung ihrer Lebensqualität ins Private und Moralische gewendet; Bedürfnisse, die sich ansonsten in politischen Bewegungen ebenso artikulierten wie etwa in Plünderungen und individueller Verweigerung.

Die damaligen philanthropischen Vereinigungen haben dabei insbesondere die Position der Frauen innerfamiliär gestärkt und ihre - mit Zwang verbundene - Beratungsangebote dazu genutzt, neue Normen durchzusetzen und sie gleichzeitig mit den individuellen Existenzweisen der Einzelnen zu vermitteln. (1) In seinen Analysen zur Herausbildung der fordistischen Gesellschaftsformation weist auch Gramsci auf die zentrale Bedeutung hin, die die strategische Einflussnahme auf die privaten Lebensformen der (Lohn-)ArbeiterInnen für die erfolgreiche Durchsetzung der Massenproduktion hatte: Genau wie die staatliche Prohibitionspolitik (etwa gegenüber Alkohol) interpretiert er auch das Interesse der Unternehmer am Sexual- und Familienleben der ArbeiterInnen als Strategie, um die psychophysische Anpassung der Einzelnen an die Anforderungen monotoner Fabrikarbeit abzusichern. (2)

Prekäre Familienmodelle

Das Bemerkenswerte an der SGB II-Regelung besteht also vor allem darin, dass die disziplinierende und "aktivierende" Einflussnahme nun explizit als Aufgabe der "Bedarfsgemeinschaften" gesetzlich festgeschrieben wird. Das wirft die Frage auf, ob dies nicht eher ein Hinweis darauf ist, wie sehr die traditionellen Formen der innerfamiliären Reproduktion gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse in die Krise geraten sind. Die Anpassungsleistung, die dort stattgefunden hat, war nur so lange ausreichend zuverlässig, wie die Orientierung von weiblicher Sinnstiftung auf die heterosexuelle Kleinfamilie genauso als natürliche Grundlage menschlicher Existenz allgemein anerkannt war wie der männliche Wunsch, Familienoberhaupt zu sein. Beides wurde weitgehend in die individuelle Lebensplanung übernommen.

Diese traditionellen Vorstellungen sind inzwischen auf allen Ebenen brüchig. Doch ihrer Krise kann der Staat mit Sicherheit nicht allein durch Kontrolle und Repression begegnen. Insofern ist es eine zentrale Frage, wie das Bild der eigenverantwortlichen, sich ewig selbst aktivierenden "Bedarfsgemeinschaft", deren größte Angst es ist, anderen oder der Allgemeinheit auf der Tasche zu liegen, mit entsprechenden kulturellen und moralischen Diskursen korrespondiert und wie es im Alltagsverstand der Einzelnen festgeschrieben wird.

Bleiben wir bei dem SGB II und dem Arbeitsmarkt. Welches Bild einer "flexibilisierten Bedarfsgemeinschaft" ist hier enthalten? Man kann u.E. nicht ohne weiteres davon ausgehen, dass der traditionelle männliche Ernährer auch weiterhin als Familienvorstand fungiert bzw. die Bedarfsgemeinschaft vertritt. Betrachtet man die Berechnungen der Regelsätze und Freibeträge für den Hinzuverdienst (§§ 11 und 30 SGB II), so zeigt sich, dass der Gesetzgeber einen Nettoverdienst von knapp 800 Euro für einen Zwei-Personen Haushalt als ausreichend ansieht. Ab dieser Grenze besteht kein Anspruch auf ALG II mehr. Ist der bisherige (männliche) Haushaltsvorstand länger als 12 Monate arbeitslos (und hat er daher keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I mehr) und hat seine Frau einen so genannten Minijob in Höhe von 800 Euro, so wird ihr Einkommen zum Familieneinkommen. Die bisherigen "Zuverdienste" von Frauen werden nun als Alleinverdienste für die Familie "anerkannt". Das bedeutet in der Regel ein Leben auf Sozialhilfeniveau ohne weitere Ansprüche - auch nicht des Mannes.

Der Arbeitsmarkt bietet schon lange nicht mehr die Möglichkeit, problemlos die Anforderungen des traditionellen männlichen Alleinverdieners mit entsprechendem Einkommen und kontinuierlicher Erwerbsbiografie zu erfüllen. Dabei treten die Geschlechter auf Grund des geschlechtsspezifisch gespaltenen Arbeitsmarktes zweifellos von unterschiedlichen Startpositionen aus in die massiven Kürzungen und sozialen "Reformen" ein. Außerdem kommen Frauen nun seltener in den Genuss der - ohnehin knapper bemessenen - Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, weil das Vermögen des Partners stärker berücksichtigt wird: Wer deswegen keine Leistung erhält, bekommt auch keine Maßnahme mehr. Zusätzlich zu dem Umstand,

dass Frauen ohnehin vor allem auf prekäre, sozialversicherungsfreie Niedriglohnverhältnisse festgelegt werden, wird ihnen somit der Zugang zu den "aktiven Arbeitsmarktpolitiken" weiter erschwert.

Weiterhin sind es Frauen, die hauptsächlich für die Pflege und Erziehung der Kinder sowie für die individuelle Reproduktion verantwortlich sind. Doch auch im Niedriglohnsektor wird ein/e voll flexible ArbeitnehmerIn erwartet. Unternehmensinterne Maßnahmen zur "Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf", wie sie seit Jahren von der Bundesregierung als familienpolitische Strategie gepriesen werden, sind hier nicht zu erwarten. In Zukunft ist damit zu rechnen, dass in steigendem Maß auch Männer in die Billigjobs gedrängt werden - zu Lasten der Frauen, die auf Grund ihrer diskontinuierlichen Erwerbsbiografien auch hier die Verliererinnen sein werden.

Dennoch gehen wir davon aus, dass die aktuellen Regulierungen des Arbeitsmarktes von Widersprüchen geprägt sind, an denen Widerstand ansetzen kann: Selbst wenn bei den Architekten von Hartz-Gesetzen und Agenda 2010 althergebrachte Ideologien und Moralvorstellungen vorherrschen: die sozialen Entwicklungen, die mit diesen Konzepten verbunden sind, unterlaufen das längst obsolet gewordene traditionelle Familienbild und konterkarieren seine Festigung. Die Regulierung von Arbeitsverhältnissen und die Zugangsberechtigungen für staatliche Leistungen insgesamt werden faktisch an die Lebenspraxen von Frauen angepasst - mitsamt den inhärenten extrem hohen Armutsrisiken und prekären Beschäftigungssituationen. Für den männlichen Ernährer bleibt hier wenig Platz. Insofern müssen neue analytische Begriffe gefunden werden, mit denen die Benachteiligungen von Frauen gefasst werden können, die wir in den immer weiter prekarisierten Lebensverhältnissen finden. Zugleich sollten wir darin zum Ausdruck bringen, dass wir kein Interesse haben an einem Leben in "Bedarfsgemeinschaften", in denen wir - geschlechterflexibel oder nicht - unsere Lebensgestaltung daran ausrichten, wie wir fit werden für ein Überleben in einer an Profit orientierten Gesellschaft.

Kirsten Wendt, Iris Nowak

Anmerkungen:

1) Jaques Donzelot: "Die Ordnung der Familie", Frankfurt/Main, 1979

2) Antonio Gramsci. "Gefängnishefte", Bd. 3, Hamburg/Berlin 1992

22. Vorwärts in die Vergangenheit!

Stellungnahme von Pro Asyl und Interkulturellem Rat zum Zuwanderungsgesetz

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:23

Ende April forderten Pro Asyl und der Interkulturelle Rat in Deutschland Rot-Grün zum Abbruch der Verhandlungen mit der Union zum Zuwanderungsgesetz auf. Amnesty International warnte, "das Gesetz droht als menschenrechtlich bedenkliches Instrument von Sicherheitspolitik missbraucht zu werden". Kurz darauf erklärten die Grünen ihren Ausstieg aus den Verhandlungen. Nun soll bei einem Spitzengespräch zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Opposition der weitere Weg ausgelotet werden. Kommt es zu keiner Einigung werden eventuell einzelne Teile des Gesetzes im rot-grünen Alleingang durchgesetzt werden. Um was es dabei geht, zeigt folgende - gekürzte - Stellungnahme von Pro Asyl und Interkulturellem Rat

in Deutschland, die vollständig abrufbar ist unter: www.proasyl.de.

Einwanderung ermöglichen, Integration fördern und Flüchtlinge besser schützen: Dies waren die Zielsetzungen des Zuwanderungsgesetzes. Die ursprünglichen Ziele werden nicht erreicht. Die in dem Gesetz ohnehin eingebauten Verschärfungen und Restriktionen werden von den Verhandlungspartnern der Parteien nicht mehr in Frage gestellt. (...) Das Gesetz ist in seiner jetzt verhandelten Form weit davon entfernt, einen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik herbeizuführen. Von der Idee eines modernen und innovativen Zuwanderungsgesetzes ist so gut wie nichts übrig. (...)

Einwanderungsland Deutschland?

Die Bundesregierung war angetreten, mit der Aufhebung des Anwerbestopps von 1973 der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Schon heute existieren über 30 Ausnahmetatbestände zum Anwerbestopp. Im Jahr 2002 wurden nach der Anwerbestoppausnahmeverordnung 380.000 Arbeitserlaubnisse erteilt. Hier verkehrt sich die Ausnahme zum Regelfall. Jetzt soll die Aufhebung des generellen Anwerbestopps auf Druck der Union im Vermittlungsausschuss gestrichen werden.

Gleichzeitig fordern CDU-Politiker wie die Hessische Sozialministerin weitere Ausnahmeregelungen für Pflegekräfte aus Osteuropa - allerdings befristet auf drei Jahre. Dies zeigt, dass die Union noch immer am längst gescheiterten Konzept des "Gastarbeiters auf Zeit" festhält.

Integration: Sanktionen statt Angebote

Effektive Integrationskonzepte dürfen sich nicht auf den Spracherwerb beschränken. Sie müssen dazu beitragen, Migranten die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Voraussetzungen sind Rechtssicherheit, gesicherter Aufenthalt, gleichberechtigter Zugang zu Bildung und Beschäftigung und Freiheit von Diskriminierung. Dies gilt gleichermaßen für Neuzuwanderer und seit langem hier lebende Migranten.

Schon das Zuwanderungsgesetz konzentrierte sich fast nur auf Sprachkurse. Allerdings sollte nur Neuzuwanderern ein Rechtsanspruch hierauf eingeräumt werden. In den Verhandlungen wurde das Anrecht zur Pflicht. Sie soll auch auf bereits hier lebende Ausländer wirken, wenn sie "besonders integrationsbedürftig" sind. In eigenem Ermessen sollen die Ausländerbehörden entscheiden, wen sie zur Teilnahme verpflichten. Die Durchführung der Kurse soll mit ausländerrechtlichen und sozialen Sanktionen flankiert werden: Ein "erfolgreich abgelegter Abschlusstest" wäre zukünftig zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder für den Bezug der Arbeitslosen- oder Sozialhilfe in voller Höhe nötig. Es besteht die Gefahr, dass die Ausländerbehörden die Integrationskurse als Sanktionsinstrument gegenüber missliebigen Flüchtlingen und Migranten benutzen. Die Kursgebühren sollen noch stärker als bislang geplant die Teilnehmenden selbst tragen. (...)

Flüchtlinge schützen?

Mit der politischen Einigung über die EU-Richtlinie zum Flüchtlingsschutz am 30. März 2004 ist die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung EU-weit verpflichtend als Mindeststandard eingeführt worden. Die europarechtliche Verankerung der sich aus der GFK ableitenden Schutzgarantien ist für das deutsche

Asylrecht von zentraler Bedeutung: Bis heute werden Flüchtlinge abgelehnt, weil sie aus Ländern kommen, in denen keine staatlichen Strukturen vorhanden sind. Schutzsuchenden aus Somalia zum Beispiel wird seit Jahren mit der Standardargumentation, in Somalia existiere weiterhin keine staatliche Gewalt, von der Verfolgung ausgehen könnte, der Flüchtlingsstatus verweigert. Jedoch umfasst der Schutzanspruch der GFK auch die Fälle der nichtstaatlichen Verfolgung.

Es ist zu begrüßen, dass das Zuwanderungsgesetz die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung als asylrelevant vorsieht. Die Verbesserung des Flüchtlingsschutzes ist aber schon auf europäischer Ebene erreicht worden. Die entsprechende EU-Richtlinie muss ohnehin in nationales Recht umgesetzt werden. Für die Anerkennung nichtstaatlicher Verfolgung ist das Zuwanderungsgesetz deswegen nicht erforderlich.

Die EU-Richtlinie zum Flüchtlingsschutz verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, Menschen vor geschlechtsspezifischer Verfolgung Schutz zu gewähren. Auch damit wird im deutschen Asylrecht eine Schutzlücke geschlossen. Es ist darauf zu drängen, dass die Intention der EU-Richtlinie, nämlich geschlechtsspezifische Verfolgung im Sinne der GFK anzuerkennen, geltendes Recht wird. Eine bloße Übernahme des EU-Richtlinien-Wortlauts - wie im Vermittlungsausschuss vorgeschlagen - könnte zu kurz greifen. Denn obwohl Verwaltungsgerichte in Deutschland zunehmend sensibler mit Opfern geschlechtsspezifischer Verfolgung umgehen, kam es immer wieder zu Entscheidungen, die nicht im Einklang mit der GFK standen. So wurde Opfern von Genitalverstümmelung, Vergewaltigungen im staatlichen Gewahrsam und von systematischen Vergewaltigungen in Kriegssituationen entgegengehalten, dass sie keine staatliche Verfolgung erlitten hätten. (...) Um verfolgte Frauen effektiv zu schützen, brauchen wir eindeutige Gesetzestexte.

Kettenduldungen abschaffen?

Alle politischen Parteien haben sich im Grundsatz dafür ausgesprochen, die so genannten Kettenduldungen abzuschaffen. Doch die angebliche Lösung dieser Problematik im Zuwanderungsgesetz kann nicht halten, was die Verhandlungsführer versprechen. Die Verlautbarungen aus dem Vermittlungsausschuss zeigen, dass sich an der Grundkonstruktion der Duldung - unabhängig davon, ob sie zukünftig "Bescheinigung" heißen soll - nichts ändern wird. Gegenwärtig leben in Deutschland über 150.000 Menschen schon länger als fünf Jahre mit einer Duldung.

Das Zuwanderungsgesetz wird das Problem nicht lösen. Denn an entscheidenden Stellen sind die Paragrafen im Gesetz so konstruiert, dass viele der bislang Geduldeten nicht von ihnen profitieren können. Eine der Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis soll sein, dass eine Ausreise weder möglich noch zumutbar ist. Eine Ausreise ist aber in viele Kriegs- und Krisengebiete dieser Erde theoretisch möglich, so z.B. in den Kosovo und nach Afghanistan. Den Betroffenen wird vorgehalten, dass sie dorthin "freiwillig" ausreisen können, obwohl Abschiebungen wegen der instabilen Situation vor Ort, mangelnden Verkehrsverbindungen oder Einwänden von UN-Organisationen nicht durchgeführt werden können.

Wird jedoch unterstellt, dass eine "freiwillige" Ausreise möglich ist, wird dem Betroffenen keine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Aber selbst wenn im Einzelfall festgestellt wird, dass eine Ausreise unmöglich ist, kann der Geduldete immer noch nicht auf eine Aufenthaltserlaubnis hoffen. Dann wird - nach der Logik der Gesetzes - nämlich gefragt, ob er seine Situation selbst verschuldet hat. Die Ausländerbehörde kann nach Gründen suchen, warum der Betroffene nicht dafür gesorgt hat, dass er ausreist. Es gibt daher begründete Zweifel, ob langjährig geduldete Flüchtlinge aus Afghanistan, dem Kosovo und anderen Kriegs- und Krisengebieten nach dem Zuwanderungsgesetz ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten werden. (...)

Härtefallregelung: Keine Lösung!

Die Vertreter aller Parteien im Vermittlungsausschuss scheinen sich einig zu sein, das starre Ausländerrecht durch eine Härtefallregelung ergänzen zu wollen. Insbesondere die Unionsseite instrumentalisiert diesen Konsens jedoch, wenn sie darauf beharrt, eine solche Regelung könne eine generelle Bleiberechtsregelung ersetzen.

Härtefallentscheidungen können nämlich immer nur in einer überschaubaren Anzahl von Fällen greifen. Es geht dabei um Einzelfälle, bei denen beispielsweise eine schwere Krankheit, die Möglichkeit zur Beendigung

einer Schulausbildung oder andere besondere soziale Gründe eine Rolle spielen. (...) Systemfehler des Ausländerrechts kann eine Härtefallregelung nicht beheben.

Aushebelung des Rechtsstaates

Bereits die ersten beiden Anti-Terror-Pakete aus dem Jahr 2001 sind in das Zuwanderungsgesetz integriert worden. Nach den Anschlägen von Madrid im März 2004 wird nun in den Vermittlungsverhandlungen von Union und SPD versucht, ein weiteres Mal die rechtsstaatlichen Garantien für in Deutschland lebende Migranten zurückzuschrauben.

Verdachtsausweisungen, wie sie jetzt im Zusammenhang mit den Verhandlungen um das Zuwanderungsgesetz diskutiert werden, sind rechtsstaatswidrig und unverhältnismäßig. Es handelt sich um einen absurden Versuch, die Gefahr zu exportieren, in der Hoffnung, dass sie nicht wiederkehrt.

Die beiden Unionsvertreter Koschyk und Strobl forderten den Bundesinnenminister weitergehend auf, auch vor internationalen Menschenrechtsabkommen nicht halt zu machen. Er solle "die erforderlichen supranationalen Schritte zur Lockerung des absoluten Abschiebeschutzes nach der Europäischen Menschenrechtskonvention einfordern", damit kriminelle Extremisten abgeschoben werden könnten. In letzter Konsequenz würde dies auch eine Abschiebung in die Folter bedeuten. Mit solchen Forderungen wird eine Dynamik entfaltet, die Schritt für Schritt zu einer Erosion des internationalen Menschenrechtsschutz führen könnte. (...)

Weitere Schattenseiten des Gesetzes

Die öffentliche Debatte um das Zuwanderungsgesetz konzentriert sich auf wenige exponierte Themen. Darüber gerät in Vergessenheit, dass der Entwurf selbst schon viele asyl- und ausländerpolitische Fragen nicht löst und weitere Verschärfungen bringt, z.B.:

- Das Zuwanderungsgesetz sieht vor, dass die Länder Ausreisepflichtige in Lagern ("Ausreiseeinrichtungen") unterbringen können. Hier wird Druck ausgeübt, um ihre "freiwillige" Ausreise zu erzwingen. Die Ausreisezentren sind nicht die Alternative zur Abschiebungshaft, sondern ihre Ergänzung. Psychische Zermürbung ist die Taktik und das Abdrängen der hier Untergebrachten in die Illegalität die Folge der "Ausreisezentren".

- Die menschenunwürdige Praxis der bis zu 1 1/2 Jahre dauernden Abschiebungshaft wird unverändert in das Zuwanderungsgesetz übernommen.

- Das Thema der Menschen in der Illegalität wird weiter verdrängt. Noch nicht einmal den Forderungen nach der Sicherung sozialer Mindeststandards auch für diese Personengruppen wird Rechnung getragen. Diejenigen, die Illegalisisierte aus humanitären Gründen unterstützen, können weiterhin kriminalisiert werden.

- Die Regelungen des Gesetzes zur Familienzusammenführung sind nicht nur hinsichtlich des Kindernachzugsalters unbefriedigend. Der generelle Ausschluss des Familiennachzuges in den Fällen des § 25 Abs. 4 und 6 Aufenthaltsgesetz ist inakzeptabel, weil der angeblich vorübergehende Aufenthalt oft jahrelang andauert. Eine dauerhafte Familientrennung widerspricht der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz.

- Das Kindeswohl wird weiter missachtet, indem die UN-Kinderrechtskonvention durch das Zuwanderungsgesetz nicht umgesetzt wird und stattdessen der ausländerechtliche Vorbehalt gegen die Konvention aufrecht erhalten bleibt.

- Das Flughafenverfahren wird - trotz der rechtsstaatlichen Bedenken - nicht abgeschafft.

- Die so genannte Residenzpflicht bleibt unangetastet: Die Begrenzung des Bewegungskreises von Asylbewerbern auf den Landkreis oder die Stadt bleibt bestehen.

- Die Anwendbarkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes wird ausgedehnt, statt dieses unsoziale Gesetz endlich abzuschaffen. Die dreijährige massive Absenkung der lebensnotwendigen Versorgung soll zukünftig auch diejenigen treffen, die u.a. aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 oder 6 AufenthG erhalten.

(...)

23. Abschieben statt heilen

ÄrztInnen als Erfüllungsgehilfen der Ausländerbehörden

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:24

Politik und Abschiebeverwaltungen sind sich einig: "Vollziehbar zur Ausreise verpflichtete" MigrantInnen will man mit allen Mitteln loswerden. Die Abschiebemaschinerie setzt deshalb alles daran, so genannte "tatsächliche Abschiebehindernisse" zu beseitigen - etwa ärztliche Atteste, die Flüchtlingen Krankheit und Reiseunfähigkeit bescheinigen. ÄrztInnen bekommen somit eine besondere Rolle in der herrschenden Abschiebepraxis. Anne Harms zu einigen Hamburger Erfahrungen.

Insbesondere Hamburg, Berlin, Niedersachsen und Bremen haben durch die häufigen Abschiebung schwer kranker Flüchtlinge Aufmerksamkeit erregt. Man darf davon ausgehen, dass in anderen Bundesländern ähnlich verfahren wird, zumal sich im Umgang mit kranken und traumatisierten Flüchtlingen eine "europäische Linie" abzuzeichnen beginnt.

Jahrelang haben die InnenpolitikerInnen der Länder daran gearbeitet, die Ärzteschaft für Abschiebungen kranker Flüchtlinge zu instrumentalisieren. Gleichzeitig wurden ÄrztInnen eingeschüchtert. Denjenigen, die sich weiterhin gemäß der ärztlichen Standesethik verhalten haben, wurde der Geruch eines politisch linken Außenseitertums angeheftet, und es wurde versucht, sie als "Gefälligkeitsgutachter" zu kriminalisieren. Im Wesentlichen blieb dieser Druck auf ÄrztInnen und Standesorganisation ohne Erfolg. Aber das hat die Politik nicht gebremst. Heute greifen die Innenbehörden der Länder und der Bundesgrenzschutz auf einen überschaubaren Pool skrupelloser ÄrztInnen zurück und übergehen ganz einfach die Mehrheit derer, die sich fachlich und ethisch an die geltenden Normen halten.

Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hat früher im Einzelfall dem Verwaltungshandeln Einhalt geboten. Die Krankheit, wenn sie schwer war, galt als tatsächliches Abschiebungshindernis. Heute liefert sie den Grund für den Einsatz von Rollkommandos. Die politische und verwaltungspraktische Entwicklung vom "Härtefall" zur erbarmungslosen Härte lässt sich an der Praxis der Hamburger Ausländerbehörde exemplarisch nachzeichnen.

Ärztliche Atteste als "Problem"

Gehen wir nur fünf Jahre zurück: Am Anfang steht das Verständnis eines "Problems": In einem zunächst noch vertraulichen Papier vom 28.04.1999 mit dem Titel "Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger ausländischer Staatsbürger - Politische Ziele - Aktuelle Probleme" führt die damals SPD-geführte Innenbehörde genau aus, welche Hindernisse der Effektivierung von Abschiebungen im Weg stehen: "In den letzten Monaten ist ... ein deutlicher Anstieg der Fälle zu beobachten, in denen eine bereits vorbereitete Abschiebung durch das kurzfristige Einreichen einer ärztlichen Bescheinigung vereitelt wird. ... Es besteht der substantiierte Verdacht, dass es sich bei einem Großteil der Atteste um 'Gefälligkeitsbescheinigungen' handelt, die einzig zum Zwecke der Abschiebungsverhinderung ausgestellt werden." Und schon vier Absätze weiter: "Die in vielen Fällen durchgeführte ‚Überprüfung' der vorgelegten Atteste durch die Amtsärzte der bezirklichen Gesundheitsämter führt nur in Ausnahmefällen zu dem tatsächlichen Vollzug von Abschiebungen. ... Insofern trägt die regelmäßige Vorführung der abzuschiebenden Personen beim Amtsarzt zu keinerlei Entspannung der Situation bei."

Dies ist das "Problem", über das sich die SPD-Fraktion mit dem damaligen grünen Koalitionspartner erst einmal einigen will. Tatsache ist, dass es über diese Problemsicht und die zu "entspannende Situation" einen politischen Konsens aller Parteien gab und gibt. Keine PolitikerIn wagt die These, eine "vereitelte" Abschiebung sei kein Problem. In der weiteren Entwicklung wird sich dieser Grundsatz sehr bald zeigen. Die Diskussion darum, ob die Atteste nun falsch oder richtig waren, erweist sich als obsolet.

Aber zunächst wird noch gestritten - die SPD mit den Grünen und die Behörden mit den ÄrztInnen. Die Innenbehörde schaltet die Ärztekammer ein und legt eine Reihe von Attesten vor, die von der Ausländerbehörde angezweifelt werden. Die Überprüfungen durch die Kammer führen zu keiner Beanstandung. Im Gegenteil: Am 05.06.1999 beschließt der 102. deutsche Ärztetag in Cottbus: "Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka

oder Ausstellung einer ‚Reisefähigkeitsbescheinigung' unter Missachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse wie z.B. in Behandlung stehende Traumatisierungen sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar."

Anfang des Jahres 2000 schaltet die Ausländerbehörde die Staatsanwaltschaft ein. Und das nicht nur gegen eine Gruppe unliebsamer niedergelassener ÄrztInnen, sondern auch gegen stationsleitende KlinikärztInnen und ÄrztInnen des Gesundheitsamtes (Man beachte in diesem Zusammenhang die Anführungszeichen bei dem Wort "Überprüfung" im oben zitierten SPD-Papier.) Die Ermittlungen ziehen sich hin. 2001 werden acht Praxen durchsucht und umfangreiche Patientenakten konfisziert. Eine Amtsärztin muss sogar die Durchsuchung ihrer Privatwohnung und die Beschlagnahme ihrer Kontoauszüge erdulden.

Behördenbüttel in weiß

Zur Vorbereitung dieser Aktion hat sich die Staatsanwaltschaft Rat geholt. In einem Antwortschreiben vom 26.03.2001 benennt der Leiter des Institutes für Rechtsmedizin der Universität Hamburg, Prof. Dr. Püschel, diejenigen Fälle aus der staatsanwaltlichen Liste Verdächtiger, die sich zur "näheren Prüfung anbieten". Es ist derselbe Prof. Dr. Püschel, der seit Mitte 2001 die gewaltsame Vergabe von Brechmitteln gegen vermutete Drogendealer rechtfertigt und an seinem Institut durchführen lässt. Als im Dezember desselben Jahres ein 19-Jähriger bei einer solchen Zwangsverabreichung stirbt, ist das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft kein Anlass, gegen Täter und Institutsleiter Ermittlungen aufzunehmen. Man könnte meinen, es sei für ÄrztInnen in Hamburg weniger gefährlich, unerwünschte Nichtdeutsche zu töten, als sie zu behandeln.

Die Ermittlungen wegen vermeintlicher "Gefälligkeitsgutachten" werden bis auf einen Fall eingestellt. In diesem einzigen Fall, in dem es erst Anfang 2004 zum Prozess kommt, ergeht ein Freispruch in erster Instanz. Nach Abschluss der Beweisaufnahme hatte auch die Vertreterin der Staatsanwaltschaft auf Freispruch plädiert. Den gewünschten Effekt haben die Ermittlungen trotzdem. Die Ärzteschaft ist verunsichert und die Bereitschaft, Flüchtlinge zu behandeln oder ihnen Atteste für die Behörden auszustellen, ist geringer als zuvor. Der Ruf einzelner ÄrztInnen, aber auch des gesamten Berufsstandes, ist nachhaltig geschädigt worden. Politik wie Medien behaupten weiterhin, es sei eine erwiesene Tatsache, dass die Ausstellung zahlreicher "Gefälligkeitsatteste" in Hamburg aufgedeckt worden sei.

Parallel dazu hat die Behörde Ende 1999 mit Zustimmung des grünen Koalitionspartners einen eigenen ärztlichen Dienst eingerichtet. Dieser begutachtet aber nicht selbst, sondern stellt ärztliche FlugbegleiterInnen und GutachterInnen auf Honorarbasis ein. Doch auch die HonorargutachterInnen erscheinen der Ausländerbehörde als Teil der großen Verschwörung aus PrivatärztInnen, Kliniken, Gesundheitsämtern und Ärztekammer. Sie stellen schon bei ihren ersten Einsätzen in mehreren Fällen fest, dass die Abschiebung nicht zu verantworten ist. Die Behörde beschäftigt sie nicht weiter und berücksichtigt ihre Gutachten, so weit sie sich gegen eine Abschiebung aussprechen, nicht. Unter dem CDU-Schill-Senat hat die Ausländerbehörde das Problem im letzten Jahr dann endgültig gelöst. Sie überlässt die Überprüfung der eingereichten Atteste den einzigen Menschen, die für diese Aufgabe in ihren Augen kompetent und vertrauenswürdig genug sind - den SachbearbeiterInnen der Abschiebungsabteilung.

Seither werden ärztliche Bescheinigungen mit den Worten "Das interessiert mich nicht, es gibt auch Ärzte in Tschetschenien" an die Flüchtlinge zurückgegeben; oder es wird die einzige ärztliche Untersuchung angeordnet, die jetzt noch für notwendig gehalten wird: Der Flugmediziner Dr. K. stellt die Flugreisetauglichkeit fest. Im Gebäude der Ausländerbehörde, in einem Büro ohne jedes medizinische Gerät, befragt er an mehreren Tagen pro Woche die vorgeladenen "PatientInnen": welche Medikamente sie nehmen; welche Krankheiten sie haben; ob sie mit oder ohne Visum eingereist seien und warum eigentlich.

Gesundschreiben in den Tod

Dr. K. gibt auch Empfehlungen. Neuroleptikaresistenten Paranoikern empfiehlt er einen doppelten Whisky zur Bekämpfung von Flugangst, und geduldeten Flüchtlingen mit Arbeitsverbot erklärt er: "Wer sich bemüht, der findet auch Arbeit". Einem Mann, dem sein Kardiologe Flugunfähigkeit bescheinigte, weil er an medikamentös nicht einstellbaren Herzrhythmusstörungen leidet, bescheinigt Dr. K. nach einem kurzen Gespräch die Flugtauglichkeit. Seine Begründung: Wer als Taxifahrer arbeiten könne, könne auch mit dem Flugzeug abgeschoben werden.

Wenn Dr. K. bei schwer traumatisierten Kriegsflüchtlingen, Herzkranken und Schwangeren die Flugreisetauglichkeit festgestellt hat, kommen seine KollegInnen zum Einsatz. Die "frühmorgendliche Abholungen" zum Flughafen werden von ÄrztInnen begleitet, die der Ausländerbehörde von den Arbeitsämtern oder über www.Notarztboerse.de vermittelt werden. Diese ÄrztInnen fliegen auch mit. Nach Aussage der Behörde, sollen die Rollkommandos in der Nacht verhindern, dass die von Abschiebung Bedrohten untertauchen oder sich umbringen. Doch sie sollen auch verhindern, dass die Betroffenen oder ihre AnwältInnen noch Rechtsmittel einlegen können. Die Behörden mussten nämlich erfahren, dass die Gerichte die fachärztlichen Stellungnahmen der behandelnden ÄrztInnen ein ums andere Mal für glaubwürdig befunden hatten. Deshalb gilt es, den Rechtsweg auszuschließen - notfalls mit Gewalt.

Die Zahl der standesethisch korrumpierten Weißkittel vom Dienst ist nicht groß, aber es gibt sie - in den Ausländerbehörden und beim BGS. Ihnen steht immer noch die Mehrheit fachlich unbeirrter ÄrztInnen und TherapeutInnen gegenüber; Leute, die ihren PatientInnen deshalb helfen, weil diese krank sind. Es sind ÄrztInnen und TherapeutInnen, die nicht krank schreiben, weil sie ihren PatientInnen helfen wollen. Vor allem aber schreiben sie sie auch nicht gesund, um sich selbst zu helfen. Eigentlich üben sie ihren Beruf nur ordentlich aus. Aber in diesen Zeiten ist das schon viel.

Anne Harms

Die Autorin arbeitet bei der kirchlichen Flüchtlingsberatungsstelle Fluchtpunkt in Hamburg

24. Ein Land zerfällt

Ohne Rückzug der Besatzungsmächte kein Frieden im Irak

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:25

Natürlich sind die allermeisten IrakerInnen froh, dass das Saddam-Hussein-Regime gestürzt wurde. Aber sie lehnen die Besatzung ab. Denn sie wären von Beginn an in der Lage gewesen, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen, Sicherheit zu gewährleisten und für politische Institutionen zu sorgen. Genau das wurde ihnen verwehrt, und durch die Auflösung der staatlichen Institutionen verschlechtern sich die Voraussetzungen weiter. Dies und die dilettantische Sicherheitspolitik der Besatzungsmächte hat erst dazu geführt, dass die Gesellschaft zerfällt und der Irak in verschiedene umkämpfte Gebiete und kämpfende Gruppen fraktioniert wurde.

Auf Grund falscher Beratung, falscher Information und ihrer eigenen Arroganz war das Bild der Besatzungskräfte vom Irak von Beginn an falsch. So nahmen sie irrtümlich an, die Baath-Partei würde die Gesellschaft politisch, ökonomisch und kulturell völlig bestimmen. Als sie dann in den Irak einmarschierten, stellten sie fest, dass es diese Baath-Partei so gar nicht gibt, sondern einen Zusammenhalt von Cliquen und Clans, von Tribalmächten und technokratischen Eliten. Nachdem sie die vermeintlich von Baathisten beherrschten Staatsapparate aufgelöst hatten, merkten sie, dass sie einen verheerenderen Fehler begangen hatten - und holten einen Teil der alten Kräfte zurück.

Wenn sie jetzt fürchten, der Irak könnte als schiitischer Staat mit dem Iran, Syrien oder Libanon eine Achse bilden, dann wirft das erneut ein bezeichnendes Licht auf ihre falschen Vorstellungen. Denn die Darstellung der imperialen Medien, die den Irak nach Schiiten, Sunniten, Arabern und Kurden fraktionieren, war von Anfang an ideologisch. Es ist eine Inszenierung, dass es so etwas wie eine beherrschende theokratische Tendenz im Irak gäbe und eine islamische Republik nach dem Muster des Iran entstehen könnte. Diese Inszenierung wirkt wie eine Zensur insofern, als sie die tatsächlichen Konflikte verdrängt; und sie ist imperialistisch, weil die Verhältnisse als unzivilisiert, gewaltförmig und apolitisch dargestellt und wahrgenommen werden, was wie eine Rechtfertigung für weitere imperiale Kriege und Besatzung wirkt.

"Demokratie" als Kontrollregime

Die Konflikte im Irak sind nicht primär ethnisch oder religiös, sondern politisch. Wenn jetzt zunehmend bestimmte Geistliche als Repräsentanten der sogenannten Zivilgesellschaft eine gewisse Rolle spielen und als Vermittler auftreten, dann stecken dahinter konkrete politische Interessen. Es ist der konservativ-liberale Teil des Provisorischen Regierungsrates, der durch die Aufwertung konservativer schiitischer und sunnitischer Institutionen versucht, die von ihm gewünschte politische Kultur zu verankern. Dies ist zugleich eine Strategie gegen die Linke und ihre Vorstellungen von einer irakischen Gesellschaft.

So ist zum Beispiel die UUI, die Gewerkschaft der Arbeitslosen im Irak, politisch aktiv und wirksam. Weil die Mehrheit der IrakerInnen arbeitslos ist und mittelfristig auch bleiben wird, gewinnt sie an Bedeutung und wird deshalb von den Konservativen gefürchtet. Die Bush-Administration ihrerseits stellt mit Hilfe der American Federation of Labor (AFL-CIO) 15 Millionen Dollar zur Verfügung, um eine dem "Staat" nahe stehende Gewerkschaft im Irak zu gründen, gegen autonome und unabhängige Formen der Vertretung der Arbeitenden und der Arbeitslosen. Und die irakischen Konservativen versuchen, die linken und säkularen Bewegungen zu marginalisieren und zu diskreditieren, sie als unislamisch, unschiitisch, unsunnitisch zu brandmarken.

Die Besatzungsmächte wollen also mittelfristig die Kontrolle über das Land und deren Bevölkerung behalten. Die zu diesem Zweck installierte "Demokratie" ist ein Kontrollregime, das mittels lokaler demokratischer Eliten die zerfallenen Gesellschaften in die imperiale Weltordnung integrieren soll. In diesem Sinne stellt die Fraktionierung und Kantonisierung des Irak einen ersten Schritt in Richtung Privatisierung von Macht und gesellschaftlichem Eigentum dar, der dem Staat seine ökonomische Basis entzieht und sie für neoliberale Akkumulationsstrategien zur Verfügung stellt.

Diese Tendenz bedeutet, global gesehen, einen Werttransfer aus dem Süden in den Norden, eine Marginalisierung der enteigneten Bevölkerungsmehrheit und führt zur Bildung von Wohlstandoasen lokaler und regionaler korrupter Eliten, was wiederum zu weiterer Instabilität führt und neue Konflikte und gewaltsame

Auseinandersetzungen herauf beschwört. Im Irak erfordert diese Situation zwangsläufig die physische Anwesenheit der Besatzungsmächte: eine sich selbst erfüllende Prophezeiung!

Zwei Beispiel mögen dies verdeutlichen. Die im März von dem provisorischen Regierungsrat im Irak unterschriebene provisorische Verfassung, das so genannte "Law of Administration for the State of Iraq", macht in seinem liberalen Tenor deutlich, welchen gigantischen Zeitraum die Materialisierung einer solchen Umstrukturierung des Staates beanspruchen wird und welche diversen Konfliktstoffe vorprogrammiert sind.

Zum Zweiten gibt es in der Verfassung, im Artikel 2 der "Fundamental Principles", einen Zusatz ("annex"), der genauso verbindlich sein wird wie die Verfassung. Es handelt sich dabei um ein Abkommen, das zwischen dem irakischen Provisorischen Regierungsrat und den Besatzungsmächten vor der "Wahl" einer Übergangsregierung unterschrieben sein wird, wonach die Stationierung der Besatzungstruppen institutionell verankert wird. Sie werden lediglich aus den Großstädten zurückgezogen und in militärisch wie ökonomisch strategischen Zonen stationiert. Das Machtvakuum in den Großstädten wird womöglich durch die Stationierung von NATO-Truppen gefüllt. Die Hoffnung, dass sich die Lage dadurch entspannen könnte, ist absurd. Denn wenn die IrakerInnen die Besatzungsmächte ablehnen, dann erst recht die NATO.

Ahnungslose "Nahostexperten"

Schon jetzt sind mehrere Länder in den Irak klandestin "einmarschiert", es gibt verschiedene Geheimdienste, die dort operieren und experimentieren, nicht nur aus der BRD, sondern auch aus Russland, Frankreich, Israel, der Türkei, dem Iran etc.; hinzu kommen auch private Sicherheitskräfte, vor allem aus den USA. Der Irak ist zu einem Experimentierfeld für das Sicherheitsgeschäft und zum Trainingscamp für imperiale Söldner geworden.

Um der Erfolgsstory ein Happy End zu geben, soll die UNO, die seit Januar 2004 schrittweise in das kriegerische Abenteuer eingebunden wird, abermals ihren Segen aussprechen.

Durch "Wahlen" streben die USA jetzt eine Restrukturierung der Verhältnisse im Irak an. Sie erhoffen sich durch eine Übertragung der "Macht", dass eine Regierung, die angeblich von der Mehrheit gewählt wäre, mehr Legitimität hätte und für Ruhe und Frieden im Land sorgen könnte. Denn die provisorische Regierung wird von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Die Rolle der USA ist ambivalent: Das Timing der Wahl der provisorischen Regierung ist an den Wahlkampf in den USA in den nächsten Monaten gekoppelt. Die Bush-Administration muss gewisse Erfolgsgeschichten während der heißen Wahlperiode von Juli bis Oktober verkaufen, um etwa behaupten zu können: "Der Irak befindet sich in einem demokratischen Prozess, wir haben unsere Versprechen eingelöst."

Wenn, wie vorgesehen, bis Juni 2004 eine Übergangsregierung gewählt wird und diese Übergangsregierung dieselbe ist wie der jetzige provisorische Regierungsrat, wäre das auch für die Besatzungsmächte eine Katastrophe. Man wird deshalb darauf achten, dass auch neue Gesichter auftauchen, die mehr Neutralität vermitteln und dieser Regierung stärkere Legitimität verleihen sollen.

Andererseits soll es auch keinen wirklichen Wechsel geben. So zeichnete sich bereits seit Februar ab, dass der jetzige Provisorische Regierungsrat in erweiterter Form die Übergangsregierung bilden soll. Denn dies wird nun als die beste Voraussetzung gesehen, die Interessen der USA und der Besatzungsmächte abzusichern: die Erhaltung von Militärbasen im Irak und die Kontrolle der Ölfelder. Andererseits aber wird durch die Erweiterung der Regierung die Einbindung der UNO und damit die Einbettung von Gegnern dieses Krieges innerhalb der NATO bewerkstelligt.

Die für Ende Juni 2004 vorgesehenen Wahlen einer Übergangsregierung werden wahrscheinlich nicht stattfinden, d.h. es wird keine allgemeine, unabhängige oder "nationale" Versammlung geben, die als ein provisorisches Parlament fungieren und aus ihrer Mitte eine Übergangsregierung wählen könnte. Vielmehr wird es, wie beim ersten Verwaltungs- und später dem provisorischen Regierungsrat, eine Nominierung geben, die vom Provisorischen Regierungsrat, den USA und der UNO vorgenommen wird.

Im Provisorischen Regierungsrats sind die konservativ-liberalen Kräfte bestimmend. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft haben sich neue Gruppen gebildet, alte Gruppen und Infrastrukturen wurden ansatzweise reaktiviert, die Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis im Regierungsrat haben werden.

Der Regierungsrat war und kann nie homogen sein, außer in den Vorstellungen von "Nahostexperten", die mittels ihres neo-orientalistischen Wahrnehmungsmusters politische Verhältnisse dort als quasi Stammesangelegenheiten betrachten.

Es gab immer Meinungsunterschiede, unterschiedliche Positionen und Regierungskonzepte innerhalb des Rates, in dem die konservativ-liberale Mehrheit die Dinge bestimmt hat. Und weil innerhalb des Provisorischen Regierungsrats verschiedene Vorstellungen existieren über die Lösung des Konflikts und die weitere Entwicklung des Irak, entfalten sich in ihm nun auch immer stärker die Widersprüche.

Ein aussichtsreicher Kandidat für den Präsidentenposten in diesem Szenario ist der jetzige Planungs- und Entwicklungsminister des Rates Mahdi Al-Hafidh, selbst ein früherer Mitarbeiter der UNO und ein Mitglied der "Unabhängigen Demokraten". Hafez genießt als "aufgeklärter" Neoliberaler gegenüber dem Mann des Pentagons und dem Vorsitzenden der INC, Ahmed Chalabi, sowohl die Unterstützung der Weltbank, des internationalen Währungsfonds, der WTO als auch der Außen- und Wirtschaftsministerien der USA. Dieser Mann sorgte in den letzten Monaten und Wochen durch sein Modell des "Ausverkaufs" des Irak auf den "freien" Märkten für heftige Debatten und Kritik. Er will im Gegensatz zu den Forderungen der IrakerInnen und unzähliger internationaler Organisationen, die aus guten politischen und ökonomischen Gründen die komplette Streichung der Schulden des Iraks fordern, lediglich einen Schuldenerlass.

Okkupation schafft Chaos

Es sieht so aus, als habe sich eine antiamerikanische Kraft entwickelt, die alles tut, um die Pläne der USA für eine Übergangsregierung durchkreuzen. Genau da, wo bisher Ruhe war - in Nasseriya, in Kurdistan und in Basrah - wird angegriffen. Auch andere Besatzungskräfte, die Engländer, die Italiener, die Polen, die eigentlich zurückhaltender arbeiten und in den Städten nicht so viel Präsenz zeigen wie die US-Truppen in Bagdad, sind jetzt Ziel der Angriffe. Die Alliierten wissen nicht, wer hinter den Anschlägen steckt. Sie haben einen Riesenfehler gemacht, als sie die irakischen Sicherheitsapparate auflösten, so dass ein Sicherheitsvakuum entstand.

Die Radikalisierung und die gewaltsamen Kämpfe im Irak sind nicht irgendwelchen Fanatikern oder politischen Amokläufern zu zuschreiben; vielmehr schuf die Okkupation eine Situation, die einen Nährboden für solche Untaten bietet: Nicht der Rückzug der Besatzungstruppen würde also eine solche schreckliche Situation hervorrufen - als gäbe es momentan keine Unsicherheit, kein Chaos und keine Gewalt -, sondern umgekehrt.

Insofern gilt: Je früher sich die Besatzungsmächte zurückziehen bzw. dazu gezwungen werden, desto wahrscheinlicher wird es zu einer Befriedung der Situation im Irak kommen.

Sabah Alnasseri

25. Faktisch taktisch?

Über das Verhältnis der Wahlinitiativen zur Parteipolitik und zu sich selbst

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:26

Die Initiative für eine "Wahlalternative" 2006 hat Zulauf. Auch in Berlin hat sich eine Initiative Berliner Wahlalternative gegründet, die mit dem Slogan "Berlin ist reif für eine politische Alternative!" wirbt. Deren vorrangiges Ziel ist die Abwahl des rot-roten Senats. In ihrem Aufruf ist zu lesen, dass ein "Volksbegehren zur Abwahl des Senats" eine "mögliche und legitime Antwort" auf deren Politik darstellt. Diese "Frage" würde die Initiative "gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen" erörtern. Dabei steht die Antwort bereits fest: Neuwahlen, bei der eine "Wahlalternative" den etablierten Parteien das Fürchten lehren soll. Die vielleicht nur missglückte Formulierung aus dem Aufruf ist symptomatisch für die Debatte um eine Wahlalternative. Während die Tatsache, dass eine solche potenziell entstanden ist, nicht all zu viel Unbehagen hervorruft, wundert es doch ein wenig, dass das Wie kaum kritisch diskutiert wird.

Innerhalb der Linken sind vor allem zwei Positionen zum wahlpolitischen Vorstoß zu finden: Zum einen die Position, die davon auszugehen scheint, dass die Initiative nichts mit der eigenen Politik zu tun hat und die in der von Norbert Hackbusch in ak 483 beschriebenen Selbstgenügsamkeit verharrt. Diese Position ist bei der absoluten Mehrzahl der Gruppen aus der bewegungsorientierten undogmatischen Linken zu beobachten. Die zweite Position geht davon aus, über das Parlament gesellschaftsverändernd eingreifen zu können. Die Einschätzung, wie weit dies möglich ist, variiert vom vollkommen Glauben an die parlamentarische Demokratie bis hin zu einem taktischen Verhältnis zu Parteien und parlamentarischer Politik. Dieser Position lassen sich neben den WahlalternativlerInnen selbst vor allem Teile der Sozialforumsbewegung und von Attac zuordnen.

Die erste Position ist nicht nur selbstgenügsam sondern auch blauäugig. Und zwar vor allem deshalb, weil die Gründung einer Partei, egal wie links sie sich auch immer verstehen wird, auf das Terrain wirkt, auf dem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stattfinden werden. Vor allem das Verhältnis der verschiedenen Öffentlichkeiten und der herrschenden bürgerlichen Öffentlichkeit wird mit ihr neu geordnet. Es würde ein ähnlicher Effekt wie mit Attac eintreten, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit oft und gerne mit der globalisierungskritischen Bewegung in Eins gesetzt wird. Demnach würde die Partei, die noch keinen Namen hat, scheinbar radikale Politik repräsentieren und die Wahrnehmbarkeitsräume der Politik außerparlamentarischer Gruppen würden enger werden.

Sag mir, wo du stehst ...

Zur zweiten Position: Diejenigen, die immer noch glauben, über den Parlamentarismus die Gesellschaft grundlegend verändern zu können, sind weniger geworden. Kaum eine linke Partei, auch nicht die PDS, die nicht ständig betont, wie wichtig außerparlamentarische Organisierung sei. Und dennoch: Das Verhältnis ist meist ein instrumentelles. "Richtige Politik" findet im Parlament statt. Völlig ausgeklammert wird die noch Anfang der 80er Jahre in kritischen Sozialwissenschaften verbreite Kenntnis von der Funktion des Parlamentarismus und den Grenzen der parteipolitischen Möglichkeiten. Parteien zielen auf den Staatsbürger als Wähler. Sie müssen, wollen sie gewählt werden, möglichst viele Menschen ansprechen. Parteien müssen - anders als soziale Bewegungen, die sich in der Regel an partikularen Interessen organisieren - die Koexistenz verschiedener Widersprüche oder Konflikte organisieren. Dabei kann es durchaus dominante Widersprüche geben. Die Grünen wären sicherlich bereits überflüssig, wenn sie nicht ständig suggerieren würden, nur mit ihnen würde die Frage der Ökologie adäquat vertreten.

Aber genau dieser Zwang, Widersprüche auf allgemeiner Ebene vereinheitlichen zu müssen, führt dazu, dass ständig von "der Mehrheit der Bevölkerung" geredet wird, die es zu gewinnen gilt. Genau das nicht gemacht zu haben, sieht zum Beispiel Michael Prütz, Mitinitiator der Wahlalternative in Berlin als Ursache für die Niederlage von Regenbogen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl: "Meiner Meinung nach hat Regenbogen einen grundsätzlich falschen, einen typisch linken Milieuwahlkampf geführt. Sie haben die Probleme nicht zugespitzt, die die Hamburger bewegen. Wenn man solche Punkte aufgreift, dann hätten auch Wahlalternativen Erfolgsaussichten." (ND 3.3.2004) Wer Politik für "die" HamburgerInnen machen will, kann nur in Leerformeln wie "sozialer Gerechtigkeit" im Nebel stochern und möglichst glaubwürdig dabei aussehen.

Neben der Selektion bestimmter Inhalte, besteht eine regulative Funktion von Parteien darin, die gesellschaftliche Interessen nach der Logik staatlicher Politikformulierungs- und Entscheidungsprozesse zu polarisieren und zusammenzufügen. Das ist bereits in den potenziellen Wahlalternativen zu sehen: Politische Programme werden nach der Logik der Umsetzbarkeit formuliert. So heißt es bei der Wahlalternative 2006, dass die Finanzierung staatlicher Politik im wesentlichen eine Verteilungsfrage sei. Hier habe man "Alternativen" anzubieten: "Sie sind konkret und sie sind machbar." Und vor allem: "wirtschaftspolitisch besser"! Hier bricht sich der Versuch Bahn, die eigene Regierungsfähigkeit schon vor Gründung zu proklamieren. Joachim Bischoff, einer der führenden Köpfe der bundesweiten Initiative, betont, dass es nicht darum gehen könne, "sich wegen dieser Deformation politischer Strukturen nicht auf das parlamentarisch-politische Terrain zu begeben, sich auf die Rolle von Ideengebern zu beschränken und die Umsetzung anderen zu überlassen." (SoZ 04.2004) Es zeigt sich zweierlei: Zum einen geht es tatsächlich um die staatliche Umsetzung eigener Vorschläge, nicht um eine Fundamentalopposition im Parlament, die ihre Grenzen und Möglichkeiten kennt. Zum anderen zeigt sich, dass der Glaube an die parlamentarische Demokratie bei den ProtagonistInnen der aktuellen Wahlbewegung stark verwurzelt ist. Nicht die Form des Parlamentarismus verunmöglicht laut Bischoff eine "andere Welt", sondern nur dessen Deformation.

Woher nehmen die diversen Initiativen den Glauben, dass sie nicht unter die Räder der Institutionen kommen werden? Manche sagen, dass die Wahlalternative eine Partei neuen Typs (Axel Troost, ND 1.5.2004) darstellen soll. Das Neue soll vor allem in der Verbindung zu sozialen Bewegungen bestehen. Wie das konkret aussehen soll, bleibt unklar - vor allem wohl deshalb, weil die Initiative kein Ausdruck sozialer Bewegungen ist.

Ein Beispiel aus Berlin mag verdeutlichen, was gemeint ist: In der Erklärung der Berliner Wahlinitiative heißt es: "Nach einer intensiven Debatte hat die Initiative Berliner Wahlalternative beschlossen, einen Auslotungsprozess zu Chancen und Perspektiven zu beginnen. Dabei gilt es, gemeinsam mit Gewerkschaftern, Globalisierungskritikern, kritischen Wissenschaftlern, Aktiven der sozialen Bewegungen und allen anderen, die nach Alternativen suchen, einen offenen Diskussions- und Verständigungsprozess zu organisieren." Stellt sich die Frage, wie dieser Prozess aussehen soll. Als im Berliner Sozialforum (BSF), einem Versuch, sich jenseits von Parteien gemeinsam zu organisieren, die Frage nach der politischen Handlungsfähigkeit aktuell wurde, bildeten sich zwei Fraktionen: Die "Beschleuniger" drängten auf schnelle inhaltliche Homogenisierung des Sozialforums, um nach außen mit klaren Positionen auftreten zu können. Demgegenüber gaben die "Bremser" der Idee vom Sozialforum als einem Raum des Austausches den Vorzug - um den Preis, nicht als einheitlicher Akteur in Erscheinung treten zu können. (vgl. ak 481) Weil eine schnelle inhaltliche Homogenisierung im BSF nicht möglich war, riefen die "Beschleuniger" ein "Bündnis gegen Sozialkahlschlag" ins Leben. Aus diesem Bündnis heraus wurde u.a. das Volksbegehren zur Abwahl des Senats auf den Weg gebracht. Noch vor der Demo am 3.April war nur das Volksbegehren im Gespräch. Michael Prütz, Sprecher des Bündnisses, sagte zu diesem Zeitpunkt scheinbar unbeteiligt: "Wir gehen davon aus, dass sich gleichzeitig eine Wahlalternative bildet." Wenige Wochen später ist er als Kontaktperson für eine solche angegeben. Die im Berliner Aufruf formulierte Frage, welche "Struktur" eine "Wahlalternative im Verhältnis zu Gewerkschaften und außerparlamentarischer Bewegung" annehmen soll, ist also bereits geklärt: keine, wenn zu lange diskutiert wird und Selbstorganisierungsprozesse Priorität haben.

... und welchen Weg du gehst

Man könnte meinen, diejenigen, die ein taktisches Verhältnis zur Parteipolitik zu pflegen behaupten, sollten aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gelernt haben. Doch haben sie bisher nicht offen gelegt, was das "Taktische" in ihrem Verhältnis zur Parteipolitik denn nun ist. Vor allem aber überschätzen sie die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein "taktisches Verhältnis". Ein solches wäre - wenn überhaupt - nur vor dem Hintergrund einer starken und tief verankerten außerparlamentarischen Opposition möglich. Die gibt es heute, im Gegensatz zur Gründungszeit der Grünen, aber nicht.

Gerade die Initiativen, deren einziger politischer Inhalt darin zu bestehen scheint, Alternativen auf der Ebene der parlamentarische Politik zu suchen, sehen an einem Punkt keine Alternative: an dem der Gründung einer parlamentarischen Vertretung. So heißt es bei der Berliner Wahlinitiative: "Wer die demokratischen und sozialen Errungenschaften verteidigen will, kommt nicht umhin, die Frage wahlpolitischer Alternativen ernsthaft zu diskutieren." Auch Norbert Hackbusch sieht in Parteien und Gewerkschaften "das wesentliche Rückgrat von Widerstand". (vgl. ak 483) Diese Behauptung geht jedoch vollkommen an der Realität vorbei. Bei der Durchsetzung der rotgrünen Reformen organisierten die "klassischen Strukturen" keinen Widerstand sondern

den Konsens mit den Subalternen, etwa indem die Gewerkschaften aus Angst vor der eigenen Irrelevanz dem Großteil der Reformen ihren Segen gaben. Ähnliches lässt sich über die Funktion der Grünen bei der Legitimierung der Kriegseinsätze der Bundeswehr seit dem Kosovo-Krieg sagen.

Perspektive der Passivität

Auch werden falsche Maßstäbe angesetzt, wenn auf die Rolle von linkssozialistischen oder kommunistischen Parteien in anderen europäischen Ländern verwiesen wird. In Italien und Frankreich hatten diese tatsächlich die Funktion, Tausende GenossInnen über Jahrzehnte organisatorisch zu integrieren. Diese für jeweils spezifische Kontexte geltende Erkenntnis kann aber nicht einfach verallgemeinert werden. In Deutschland war genau das Gegenteil der Fall: Durch den frühen Erfolg der Grünen wurde ein großer Teil widerständiger Subjekte in den Block an der Macht integriert, und die Kampferfahrung aus den Revolten nach '68 wurden in Anekdoten und Jugendsünden transformiert. Ein Transfer von Kampferfahrung ist durchaus von Nöten. Aber die Form dafür unabhängig von den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen und sozialen Kräfteverhältnissen einfach nur einzufordern, ist schlechter Idealismus.

Anstatt vorschnelle und falsche Antworten zu geben, wäre es von Nöten, zunächst die richtigen Fragen zu stellen bzw. die Debatte um strategische Perspektiven zu führen. Die Initiativen gehen tatsächlich davon aus, dass die Hunderttausende, die letztes Jahr im November und dieses Jahr Anfang April auf der Straße waren, ein Zeichen des Aufbruchs sind. Wie können für diese Vielen politische Perspektiven aussehen, in denen sie selbst als handelnde Subjekte vorkommen? Auch wenn es schwierig ist, muss hier die Priorität liegen und nicht in der Verdammung potenzieller WählerInnen zur Passivität.

In den Sozialforen wurde immerhin versucht, unterschiedliche Interessen nicht mehr als die Grenze der eigenen Politik zu verstehen, sondern als Voraussetzung dafür. Genau diesen Prozess werden die Wahlinitiativen kaputt machen, weil sie wie jede andere Partei gezwungen sind, über die verschiedenen Interessen hinwegzugehen und sie in einer Weise zu verarbeiten, dass ein politisches Projekt für "die Mehrheit der Menschen" dabei heraus kommt. Doch allein auf die Größe des linken Lagers zu schielen, ohne dies an einer Qualität fest zu machen, ist wohl eher schlechter Populismus als eine Überwindung linker Selbstverliebtheit und -genügsamkeit.

Ingo Stützle

Zu den Quellen aus ak 483 kommt hinzu: http://www.berliner-wahlalternative.de/

26. Bilder in Handlungsimpulse übersetzen

Susan Sontag revidiert ihre Kritik der Fotografie

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:27

Seit die Fotokamera im Jahre 1839 erfunden wurde, hat sie die Aufgabe erfüllt, Bilder des Krieges aufzunehmen. In den neu entstehenden Medien der Tagespresse und der Illustrierten zirkulierten alsbald fotografische Aufnahmen von fernen Kampfgeschehnissen. So konnten Menschen, die noch nie einen Krieg erlebt hatten, sich ein Bild von ihm machen. "Die Kamera ist das Auge der Geschichte", soll Mathew Brady gesagt haben, dessen Studio die ersten Aufnahmen des US-amerikanischen Bürgerkriegs in die Öffentlichkeit brachte. Ist damit bereits alles gesagt?

Es ist Susan Sontag zu verdanken, dass solche Aussagen umfassend analysiert werden können. Ihr neuster Essay Das Leiden anderer betrachten widmet sich der Vielschichtigkeit jener Wahrheits- und Wissensproduktion, die Fotografien inszenieren. Jeder Anspruch auf Objektivität, den Bradys Aussage nahe legt, geht dabei über Bord. Denn Fotografien sind Inszenierungen, wie Sontag nicht müde wird zu betonen. Thema, Motiv und Arrangement sind Ausdruck eines subjektiven Blickwinkels, der durch einen optischen Apparat festgehalten wird. Nicht selten wurde die vorgefundene Szene manipuliert, damit sie sinnbildlich für die Interpretation des Geschehens durch die Fotografierenden einstehen konnte. So wurden in zahlreichen Fotografien Gefallene umgruppiert und Accessoires hinzugefügt. Wieder andere Bilder wurden einzig für die Kamera inszeniert: So jenes berühmte Bild, in dem ein russischer Soldat die rote Fahne auf dem Reichstag hisst, hoch über dem brennenden Berlin. In zahlreichen Kriegen gab es eine Zensur für Fotografien, erstmalig im britisch-russischen Krimkrieg bis hin zu den Golfkriegen. Bildunterschriften und Kommentare lenken den Blick und legen nahe, was gesehen wird. Zudem widmet sich die mediale Aufmerksamkeit eher bestimmten Konflikten, so dass viele Gräueltaten gar nicht erst in das Blickfeld geraten. Was gesehen und was zu sehen gegeben wird, ist somit in hohem Maße von politischen Umständen abhängig, an denen Betrachtende und Fotografierende teilhaben.

Ist die Fotografie daher ein trügerisches Medium? Auch diese Aussage wäre nicht in Sontags Sinn. Werden die Beschränkungen des Mediums mitbedacht, kann die Fotografie ihre positiven Eigenschaften entfalten. Denn Fotos von Schrecken und Grauen können "fesseln, bestürzen, überraschen" und da die Apparatur immer eine Spur des Realen aufnehmen kann, gibt sie der Erinnerung einen Halt. Fotografien können nach Sontag eine Methode sein, "etwas schnell zu erfassen und gut zu behalten". Daher seien sie "einem Zitat, einer Maxime, einem Sprichwort" ähnlich und können in kurzer Zeit einen tiefen Eindruck vermitteln. Es gilt also nicht, die Fotografie abzuschaffen, weil sie die Realität nicht abbildet, wie sie in ihrer Komplexität ist, sondern ihr etwas hinzuzufügen: Ein Nachdenken, Hintergrundwissen, Analysen. Verleitet ein Bild zum Hinterfragen, vermag ein Stein des Anstoßes zu sein.

So können Fotografien eine bedeutsame Wirkung entfalten, auch wenn ihnen emanzipatorische Kräfte genauso wenig eingeboren sind, wie das Foto qua medialer Eigenschaften manipuliert. "Wir erwarten von einem Foto ja auch nicht, dass es unsere Unwissenheit hinsichtlich der Geschichte und der Ursachen des Leidens behebt, die es aufgreift und ins Bild rückt. Solche Bilder (von Krieg und Leid) können nicht mehr sein als eine Aufforderung zur Aufmerksamkeit, zum Nachdenken, zum Lernen."

Es sind diese zwischen Wiedergabe und Eindruck schwankenden Qualitäten und eingeschränkten Möglichkeiten der Fotografie, die Sontag interessieren und sie jene kulturpessimistischen Ansichten revidieren lassen, die sie in Über Fotografie (1977) dargelegt hat. Damals vertrat Sontag die These, die moderne Bilderflut lasse jedes Mitgefühl schrumpfen, so dass eine Ökologie der Bilder eingeführt werden müsse, wolle man verantwortungsvoll mit ihren Inhalten umgehen. In ihrem aktuellen Essay kommt sie dagegen zu dem Schluss, dass den Bildern von Krieg und Leid sehr wohl die Möglichkeit innewohnt, dauerhafte Empathie hervorzurufen.

Bild als Stein des Anstoßes

Für Sontag liegt das Problem jedoch an anderer Stelle verborgen: So sei es "kein Zeichen von Schwäche, wenn wir keine Verbrennungen davontragen, wenn wir nicht genug leiden, während wir diese Bilder sehen." Vielmehr wäre es notwendig, das Mitgefühl beiseite zu rücken und Platz zum Nachdenken zu schaffen, damit

die kritische Überprüfung von Interpretationsangeboten seitens "der etablierten Mächte" stattfinden kann. Die Betrachtenden könnten hierzu bestimmte Fragen an Fotografien herantragen: "Wer hat das, was auf dem Bild zu sehen ist, verursacht? Wer ist verantwortlich? Ist es entschuldbar? War es unvermeidlich?" Schließlich würden - so Sontag - "weder moralische Empörung noch Mitgefühl das Handeln bestimmen können". Und genau hierin liegt die Aufgabe derjenigen, die das Leiden anderer betrachten: Sich nicht nur den Bildern auszusetzen, sondern sie in einen Handlungsimpuls zu übersetzen, der auf kritischer Analyse basiert.

Doro Wiese

Susan Sontag: Das Leiden anderer betrachten. München: Hanser 2003, 151 S., 15,90 EUR

27. Musterschüler Algerien

Demokratie nach Art des "Greater Middle East"-Projekts

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:28

Was muss man tun, um in den Augen derjenigen, die sich die Durchsetzung der Demokratie im Großraum von Marokko bis Pakistan auf ihre Fahnen geschrieben haben, als "geprüfter Demokrat" zu gelten? Man lasse sich zunächst mit einem quasi-sowjetischen Wahlergebnis von angeblich 85 Prozent der Stimmen zum Staatschef wiederwählen. Dann hat man die Glückwunschtelegramme aus Paris und Washington einzusammeln. Schließlich muss man dem "Greater Middle East"-Plan genannten Vorhaben, das nach offiziellen Angaben die Demokratisierung und Liberalisierung in den betroffenen Ländern vorantreiben soll, demonstrativ zustimmen. Und schon ist man der Musterschüler der Region.

Das "Greater Middle East"-Projekt wurde durch die Bush-Administration; auf internationaler Ebene wird es erstmals seit Anfang dieses Jahres in konkreter Fassung debattiert. So war es Thema auf der NATO-Sicherheitstagung im Februar dieses Jahres in München, wo die US-Vertreter um Zustimmung der europäischen Regierungen für ihr Konzept warben. Offiziell diskutiert werden soll der Plan auf dem nächsten G8-Gipfeltreffen.

Im Kern besteht das Vorhaben darin, durch eine von außen kommende Initiative die politische Landkarte der Großregion umzuwandeln. Dabei sind institutionelle Reformen, wirtschaftspolitische Richtlinien im Sinne einer Verstärkung marktwirtschaftlicher Orientierungen und sicherheitspolitische Vorgaben auf das Engste miteinander verknüpft. Insbesondere soll auch die NATO eine wesentliche Rolle bei der Absicherung des Vorhabens und bei der "Stabilisierung" des geographischen Großraums spielen.

Das Regime Algeriens passt sich in dieses Konzept hervorragend ein. Neben der Monarchie des Golfstaats Katar ist es bisher die einzige Regierung, die explizit den Zielen des Plans zugestimmt hat. Zugleich betreibt Algerien eine Annäherung an den nordatlantischen Militärpakt: Im Juni dieses Jahres wird Algerien zum ersten Mal an der NATO-Konferenz, die dann in der Türkei stattfindet, teilnehmen - der Wunschtraum der algerischen Armee bestehe darin, zum "arabischen Pfeiler der NATO" zu werden, schrieb das französische Wochenmagazin L'Express in seiner Ausgabe vom 5.4.2004.

Anlässlich einer Konferenz am Sitz der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Algier, die am 13. April stattfand und von der dortigen US-Botschaft und der Zeitung El-Khabar ("Die Nachricht") mitorganisiert worden war, äußerte sich der US-Experte Walter Russel Mead vom Council of Foreign Relations zu den Auswirkungen der angestrebten Veränderungen auf Algerien. Sogleich wischte er die Vorstellung vom Tisch, es gehe darum, ein "demokratisches Modell" in "jedem Land" der Region durchzusetzen. Vielmehr gehe es um eine Unterstützung für "lokale politische Reformen" jener, die "ihre eigenen Modelle und ihre eigenen Kalender" ausarbeiteten; es reicht also, wenn Regierungen sich verbal hinter die vorgegebenen Ziele stellen oder nicht. Ferner gehe es um die Frage, "ob Machthaber legitim oder illegitim sind"; würden durch die USA "nicht respektiert". (zitiert nach der algerischen Tageszeitung Liberté vom 14.4.2004)

Bouteflika wird heftig umworben

Nicht zuletzt geht es aber auch um das wirtschaftspolitische Modell: So betonte Russel Mead die Bedeutung regionaler Freihandelszonen. Auf die Nachfrage algerischer Journalisten, warum seine Regierung privilegierte Beziehungen zu Marokko, mit dem Algerien im außenpolitischen Streit liegt, unterhalte, antwortete der US-Experte: "Weil Marokko in seinen Beziehungen mit der Welthandelsorganisation WTO fortgeschritten ist." Zugleich betonte er seine Unterstützung für den algerischen Wunsch, der WTO beizutreten; das Land steht derzeit in der siebten Runde der Beitrittsverhandlungen.

Ferner begrüßte Russel Mead den Abschluss eines Freihandels- und Assoziierungsvertrags mit der EU. Dieser wurde im April 2002 im spanischen Valencia unterzeichnet, doch seine Ratifizierung verzögert sich durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedern zur EU, deren Parlamente dem Vertrag noch zustimmen müssen. Allerdings darf dabei davon ausgegangen werden, dass hinter dem US-amerikanischen Lob für die Vereinbarungen mit der EU eigene Ambitionen stehen. Im Falle Marokkos beispielsweise folgte auf den Freihandels- und Assoziierungsvertrag mit der EU ein ähnliches Abkommen mit den USA. Dabei liefern sich

beide geopolitischen Blöcke, EU und USA, in dieser geographischen Zone eine Konkurrenz, welche die dortigen Regime ihrerseits (in gewissen Grenzen) zu ihren Gunsten ausnutzen können.

Störend konnte da noch wirken, dass Staatspräsident Abdelaziz Bouteflika am 8. April dieses Jahres mit dem unwahrscheinlich wirkenden Wahlergebnis von 85 Prozent im Amt bestätigt wurde. Oppositionelle Kandidaten und Zeitungen sprechen von Wahlbetrug. Dieser kann allerdings die Tatsache von Bouteflikas Wahlsieg nicht erklären, der durchaus reale Gründe hat: Vor allem der Anstieg des Ölpreises auf dem Weltmarkt hat die Lage der Bevölkerung verbessert, und in großen Teilen des Landes ist die Angst vor dem Terror weitgehend verschwunden.

Mit dem grotesk nach oben korrigierten Ergebnis für Bouteflika sollten offensichtlich potenzielle Zweifler eingeschüchtert werden. Frankreichs Präsident Jacques Chirac hat es unfreiwillig auf den Punkt gebracht, als er das Wahlergebnis zu rechtfertigen versuchte: "Bei knapp über 50 Prozent hätte das Ergebnis als umstritten gegolten, aber so gibt es keinen Zweifel". Jetzt ist Bouteflika dabei, innenpolitisch reinen Tisch zu machen und vor allem die ehemalige Staats- und Einheitspartei, den Front de libération nationale (Nationale Befreiungsfront), auf seine Seite zu ziehen. Der FLN war im Vorfeld der Wahlen zweigeteilt gewesen, was die Spaltung der algerischen Oligarchie insgesamt widerspiegelte; auch Bouteflikas Gegenkandidat, der ehemalige Premierminister Ali Benflis, kommt aus den Reihen des FLN. Jetzt hat Benflis seine Parteiämter niedergelegt, und wahrscheinlich wird die Partei unter der Vorherrschaft des Bouteflika-treuen Flügels wiedervereinigt werden. Allgemein erwartet wird, dass die Regierung künftig Züge der autoritären Einparteienherrschaft von vor 1989 wieder annehmen wird, aber ohne deren damalige staatssozialistischen Aspekte.

Russel Mead sprach seinerseits von den "freiesten Wahlen, die je in einem arabischen Land organisiert worden sind", was anlässlich tatsächlich unmanipulierter Wahlen seit Beginn des Jahrzehnts in Marokko oder 1996 zum palästinensischen Nationalrat grotesk wirkt.

Die US-Administration hatte sofort nach den Wahlen deren "freien und fairen" Charakter bescheinigt. Um im erbitterten Wettkampf um Einfluss in der ehemaligen französischen Kolonie, den sich Paris und Washington seit Mitte der Neunziger Jahre liefern, nicht zu unterliegen, hatte Chirac diese Haltung zu übertrumpfen versucht. Spontan setzte er für den 15. April eine im Kalender der Staatsbesuche nicht vorgesehene Reise nach Algier an. Noch bevor das amtliche Endergebnis verkündet war, klopfte er Bouteflika auf die Schulter und verbrachte drei Stunden an seiner Seite.

Nunmehr ist die Rede vom Abschluss eines symbolischen Freundschaftsvertrages zwischen Paris und Algier. Bisher zeigte Frankreich vor allem auf der politischen, kulturellen und symbolischen Ebene Präsenz. Im Oktober 2002 fuhr Bouteflika als erster Präsident des unabhängigen Algerien zum Sprachgipfel der frankophonen Staaten. Dagegen fallen Algeriens "harte" wirtschaftspolitische Entscheidungen weit eher zu Gunsten der USA aus.

Mit den Islamisten gegen das Regime

Deren Ölkonzerne sind bereits jetzt, noch bevor das staatliche Monopol auf die Erdölförderung aufgehoben ist, die Nummer Zwei im algerischen Öl- und Gassektor. Zwar haben ausländische Konzerne bisher noch keinen direkten Zugriff auf den Rohstoff im algerischen Boden, der 1971 verstaatlicht wurde. Doch dafür haben sie alle Lücken im Bereich des technologischen Know-how besetzt, das für die Förderung benötigt wird. Und bereits seit 2002 liegt ein Gesetzesprojekt für die Privatisierung des algerischen Erdöls in der Schublade, das wegen massiver Proteste und Streikdrohungen mehrfach wieder unter Verschluss genommen wurde.

Erwartet wird, dass die Regierung von Ahmed Ouyahia, die Präsident Bouteflika nach seiner Wiederwahl im Amt bestätigt hat, demnächst diese Privatisierungspläne wieder hervor holt. Denn Teile der algerischen Nomenklatura, die ihren Reichtum vornehmlich der Schattenwirtschaft und Vermittlungsgeschäften beim Import westlicher Waren verdanken, möchten gern mit westlichen Unternehmen kooperieren. So könnten sie ihre bisher im Windschatten der offiziellen Ökonomie akkumulierten Gelder endlich reinvestieren. Gleichzeitig aber würde Algerien mit der Kontrolle über die Ressourcen in seinem Boden das letzte Element wirtschaftlicher Unabhängigkeit verlieren, über das es - nach dem Abbruch der staatssozialistischen Industrialisierungspolitik und Entwicklungsdiktatur der 1970er Jahre - noch verfügt.

Diese Zukunftsperspektiven sind ein Grund dafür, warum die US-Politik sich dem Regime in Algier angenähert hat. Vor knapp einem Jahrzehnt hatte man in Washington noch auf einen Sieg der Islamisten im algerischen Bürgerkrieg gesetzt, den die CIA 1994 fälschlicherweise vorausgesagt hatte und von dem man sich eine definitive Verdrängung des französischen Einflusses versprach. Noch 1997 betonte die Rand Corporation, ein durch die Rüstungsindustrie aufgebauter Think Tank der US-Politik, in einem Dokument unter dem Titel "Algeria - the next fundamentalist state?" sehr offen die Vorzüge eines angeblich absehbaren islamistischen Regimes. Solange der algerische Islamismus keinen internationalen Terrorismus betreibe, der sich auch gegen westliche Interessen richte, und solange er eng mit dem geostrategischen Verbündeten Saudi-Arabien liiert bleibe, gehe von ihm kein Risiko aus. Ferner wurde die Offenheit der algerischen Islamisten, die ja als Opposition zu einem staatssozialistischen Regime wirkten, für die Freiheit der Wirtschaft und des Handels betont. Das Dokument ist nach wie vor im Internet abrufbar. (1)

Doch diese Ära ist definitiv vorbei, seit die Niederlage der algerischen Islamisten gegenüber dem Regime fest steht und die Bevölkerung gezeigt hat, dass sie sich ihren ideologischen Diktaten nicht beugen will. Heute betont das algerische Regime gegenüber den USA, dass die Reste der im Lande aktiven bewaffneten islamistischen Gruppen mit dem internationalen Netzwerk Al-Qaida verbunden seien. Damit fielen sie unter die gültige Hauptfeinddefinition der USA. Tatsächlich steht eine der noch aktiven islamistischen Untergrundgruppen, der GSPC ("Salafitische Gruppe für die Predigt und den Kampf") mit rund 600 aktiven Mitgliedern, mit dem Terrornetzwerk in Verbindung.

Die verbleibenden Untergrundgruppen in Algerien sind allerdings unter neuen Druck geraten, da die Behörden allem Anschein nach mit einzelnen Einheiten über neue Waffenniederlegungen verhandeln. Die Rede ist von einer Neuauflage des Amnestiegesetzes für "Reuige", mit dem in den Jahren 1999 und 2000 viele gescheiterte Gotteskämpfer aus dem Untergrund geholt worden waren. Derjenige Flügel, der nicht aufgeben will, verstärkt allerdings seit vier Wochen seine Aktionen, wohl auch als Antwort auf diese Befriedungsversuche. Im April dieses Jahres töteten sie 60 Menschen, überwiegend Soldaten und Polizisten.

Mit dem Regime gegen die Islamisten

Da der GSPC dem Druck der algerischen Militärs seit einem Jahr über die Sahara in die angrenzenden Länder wie Mali und Niger ausgewichen zu sein scheint, wurden im März dieses Jahres dorthin US-Spezialkommandos entsandt. Zugleich hat die US-Administration noch bestehende Beschränkungen für Waffenlieferungen an Algerien aufgehoben. Schon im Jahr 2002 wurden doppelt so viele US-Waffen an Algerien geliefert wie im gesamten vorausgehenden Jahrzehnt. Nach einem Bericht der WorldTribune.com, der fünf Tage nach der Wiederwahl Bouteflikas erschien, sollen diese Beziehungen jetzt noch ausgebaut werden. Erstmals sollen US-Amerikaner auch algerische Offiziere trainieren.

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkung:

1) http://www.rand.org/publications/MR/MR733/

28. Metropolenblick

Karl Heinz Roths "Gegenperspektiven" sind verkürzt

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:29

"Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten" hieß der Text von Karl Heinz Roth, den wir in der vorletzten ak abgedruckt hatten - verbunden mit einem Aufruf zu einer Diskussion über die Rothschen Thesen zur Agenda 2010 und dem globalen Akkumulationsregime. Als erstes folgt Detlef Hartmann unserem Debattenaufruf. Sein grundlegender Einwand: Roth formuliert keine Gegenperspektiven von unten.

Die gegenwärtige Akkumulationsoffensive wird hauptsächlich aus den innovativen Zentren der USA, EU und Japan voran getrieben, wobei das alte geostrategische Gefälle erneuert wird. Ihre größte Härte zeigt diese Offensive im Aufprall ihrer Wertschöpfungs- und Anpassungsstrategien auf die Peripherien der drei Kontinente. Gegenperspektiven müssen also von der Frage ausgehen: Wie sieht dieser Aufprall dort aus, wie die Kämpfe?

Beispiel China. Hier führt die Akkumulationsoffensive zur Zertrümmerung der Staatbetriebe, zu einem noch stärkeren Druck auf die Agrarpreise und die Steuerlast der etwa 800 Mio. BäuerInnen. Gleichzeitig bedeutet sie eine gnadenlose Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen von WanderarbeiterInnen und ihre Ausbeutung in den Sonderwirtschaftszonen des westlichen Kapitals. Und der kapitalistische Zugriff heißt auch städtische Infrastrukturmaßnahmen, Entfesselung der jungen kapitalistischen Eliten und wachsende Repression. Die Vielfalt der Widerstandsformen reicht von hier zu Lande kaum vorstellbaren Besetzungen ganzer Städte und wilden Streiks bis zu militanten Auseinandersetzungen unter Beteiligung tausender Polizisten und BäuerInnen. Letztere sind das Subjekt einer Gegenperspektive von unten.

Oder ein anderes Beispiel: Wie kommt bei Roth der Widerstand in Polen gegen die Schockliberalisierung durch die "roten Thatcheristen", die aus den Kommandoebenen der USA und EU moderiert wird, vor? Ein Widerstand, der sich seit 1999 in den Aktionen der Bergarbeiter und Eisenbahner, der radikalisierten Krankenschwestern mit ihrer Besetzung des Gesundheitsministeriums und den landesweiten Bauernprotesten manifestiert. "Seine (des Akkumulationsregimes) Planer und Vordenker sind sich der Tatsache durchaus bewusst, dass die letzten noch verbliebenen äußeren Wachstumsquellen - vor allem die Rekonstruktionszone in Ostmitteleuropa und der gigantische ‚late comer` China - in 10-15 Jahren erschöpft sein werden. Dann wäre (das kapitalistische Weltsystem) zum Untergang verurteilt, wenn ihm der Umschlag zu einer nach innen zurückschlagenden Dynamik nicht gelingen sollte. Hier sehe ich die entscheidende Ursache für die gnadenlose Härte." (Roth in ak 483) Und nun wendet sich der Artikel der mit der Agenda 2010 und der in Deutschland eingeleiteten Sozialpolitik zu.

Die Gegenperspektive beginnt in China

Die chinesischen und osteuropäischen Unterklassen stehen für mehr als fünf Milliarden Menschen - Subjekt des Kampfs und Quelle der Erkenntnis im weltweiten sozialen Antagonismus (Walter Benjamin). Bei Roth werden sie verkürzt und abgeschrieben - als versiegende Quelle des Wachstums und Objekt des sich erschöpfenden Verzehrs. Denn nun geht es mit gnadenloser Härte ins Innere Deutschlands. Das ist nicht "Gegenperspektive von unten". Die müsste an den Erwartungen, Hoffnungen, Gerechtigkeitsvorstellungen anknüpfen, die die trikontinentalen Unterklassen in ihren Kämpfen zur Geltung bringen und bis in die metropolitanen Perspektiven übertragen. Die Zirkulation ihrer Kampferfahrungen und -inhalte globalisiert sich in Anbetracht der beispiellos entwickelten Mobilität von Menschen und Informationen stärker als in jedem früheren Zyklus und sprengt die Grenzen in den metropolitanen Köpfen.

Diese perspektivische Verkürzung hat ihren konzeptionellen Grund in fragwürdigen Vorstellungen vom Umbruch des Akkumulationsregimes. Das Neue daran sei "der Weg ins Innere der Gesellschaft", die "Kontrolle über Produktion und Verteilung auf die gesamte Gesellschaft." Das ist grundsätzlich alles andere als neu. Es ist die historische Tendenz des Kapitalismus, den Ausweg aus zyklischen Krisen verschärften Zugriffen auf die lebendigen Ressourcen der Wertschöpfung zu suchen. Vor allem Fordismus und Taylorismus waren davon geprägt. Die Fabrikkämpfe belehrten uns über die arbeitsorganisatorischen Zugriffe auf die sozialen und psychischen Dimensionen des Arbeitsverhaltens (Fließband, Psychotechnik). Die Kämpfe der Frauen und

Jugendlichen legten die Steigerung des patriarchalen Kommandos offen, die die Durchsetzung der fordistischen Kernfamilie bedeutete. Und die Hausbesetzungen und Stadtteilkämpfe offenbarten die intensivierte Enteignung, die sich hinter den stadtplanerischen Konzeptionen und dem Leitbild der maschinisierten Stadt verbarg.

In allen sozialen Bereichen entwickelten die Kämpfe um Emanzipation und Befreiung, Gegenperspektiven zur "Fabrikisierung der Gesellschaft" und zur "inneren Landnahme"; Gegenperspektiven für eine Wiederaneignung des eigenen Lebens, die über die Lohnfrage weit hinaus gingen. In den Ländern der "Dritten Welt" enthüllten die Kämpfe gegen die Politik von IWF und Weltbank die "blutige Taylorisierung" (Alain Lipietz), die zerstörerische Intensität des kapitalistischen Zugriffs. Insgesamt hat der Fordismus gewaltige Reservearmeen der Massenarmut mobilisiert. Roths nostalgische Berufung auf eine angebliche "Vollbeschäftigungsmaxime" wirbt für ein Produkt aus den fordistischen Ideologiefabriken.

All diese Kämpfe brachten "die Perspektive von unten" zur Geltung und das Regime in die Krise. Das Kapital wich in die transnationale Reorganisation aus und veränderte die Strategien des sozialen Kriegs. In einer Kette "neoliberaler" Schockoffensiven wurde der korporatistische Kompromiss zwischen Kapital und Gewerkschaften aufgesprengt und die Rahmenbedingungen der Ausbeutung dereguliert. Roth beschränkt sich weitgehend auf die Zerstörung der sozialen Garantien, die in diesen Kompromiss eingebundenen waren.

Alte Tendenz, neue Strategien

Doch dies ist nur ein Aspekt. Aus den neuen Kathedralen der Wissensindustrie und -ökonomie werden völlig neuartige Diktate von Arbeitsunterwerfung und sozialer Zurichtung ins soziale Gewebe der Weltarbeitskraft getrieben; nichts fundamental Neues, sondern eher eine Intensivierung der Zugriffsgewalt auf "neuer Stufenleiter" (Marx). Die Kapitalisierung der immateriellen Triebkräfte von Produktivität und Herrschaft ist nach der Managementrevolution des Fordismus eine weitere Stufe in der kapitalistischen Entwicklung von Kontrolle. Die informatischen Schlüsseltechnologien verdichten durch "smarte" Zugangskontrollen das globale Kommando über die Arbeit und über den öffentlichen Raum (biometrische Überwachung). Sie führen zu flexiblen Grenz- und Lagerregimen bis zur Vernetzung militarisierter "Entwicklungsstrategien" in der Kooperation von privaten NGOs, privatem und staatlichem Militär. Die ökonomische und technisch-soziale Seite dieser umfassenden Innovationsoffensive sind nicht zu trennen. Eine ökonomische Verkürzung wäre verhängnisvoll.

In der Auffächerung des weltweiten Antagonismus sind es die Kämpfe selbst, die die revolutionären Strategien und Vorstellungen einer gerechten Welt neu erfinden. Erkenntnisse sind aus reduzierten metropolitanen Positionen allein nicht, ja nicht einmal vorrangig zu entwickeln. Darum ist die bei Roth entwickelte mittlere "Gegenperspektive" sehr problematisch. Dazu einige Punkte: Die "Rückkehr" der "Massenarmut im Prozess der Deindustrialisierung in die Metropolen" ist ein falsches Katastrophenszenario. Es geht vielmehr um die Etablierung eines weltweit mehrfach gebrochenen Ausbeutungs- und Elendsgefälles. Mehr noch als die fordistischen Industriezentren füttern die neuen wissensindustriellen Zentren ihre globalen Avantgarden mit den höchsten Einkommen. Sie beruhen auf einem Gefälle aus gehobenen Dienstleistungen mit mittleren Einkommen bis hin zur Überausbeutung der illegalen ArbeiterInnen in einem umfassenden Servicegeflechts (Reinigung, Pflege, Sexarbeit etc.). Dabei sind die kostspieligen und störungsanfälligen "weichen" Standortvorteile im Service derart wichtig, dass amerikanische Informatikunternehmen inzwischen die Auslagerung nach Bangalore oder Poona rückgängig machen; das Umfeld sei für die Optimierung der Elitenkreativität ungenügend. Die "Auslagerung" der industriellen Produktion in lohngünstige Armutszonen folgt allerdings auf neuem Niveau den historischen Vorbildern der Reorganisation weltweiter Arbeitsteilung.

Die Durchsetzung neuer Akkumulationsstrukturen erfordert gewaltige Kapitalmassen. Sie werden aus der Zerstörung alter Existenzgarantien, aus Zwangsersparnissen und aus der Steigerung des absoluten Mehrwerts genauso gewonnen wie aus neuen Formen der Defizitfinanzierung. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der postfordistische Zyklus wenig von vorausgegangen Zyklen. Er unterscheidet sich auch nicht darin, dass die Verkürzung der sozialen Frage auf die Metropolen immer auch darauf zielte, die metropolitane Bevölkerung in die aggressiven Strategien zur Intensivierung der weltweiten Ausbeutung hineinzuziehen. Hier sehe ich auch die größten Gefahren der Rothschen Verkürzungen auf die ökonomischen Härten in Deutschland. Auch seine Klage über die Selbstzerstörung der historischen Sozialdemokratie trifft nicht. Die tut genau das, was sie seit ihrer reformistischen Wende immer getan hat, bis hin zur Steigerung ihrer imperialistischen Kriegsbereitschaft.

Darum liefert auch Roths Auseinandersetzung mit der Agenda 2010 ohne Blick auf die von rot-grün zugleich betriebene Beteiligung an der kriegerisch-sozialarbeiterischen Entwicklung der Welt ein schiefes Bild.

Keine halben Sachen

Es folgt der Logik dieser Verkürzungen, wenn Roth unvermittelt zu einem unausgewiesenen Katalog von geradezu verfassungstechnischen Organisationsmaximen und Werten übergeht. Wenn man sich nicht an der weltweiten Entfaltung der Kämpfe und der in ihnen hervorgebrachten Gerechtigkeitsvorstellungen orientiert, bedient man sich leicht aus dem abgenutzten Korb alternativer Ideale und landet bei einer Propaganda für eine Art Sozialparlament oder gar bei "runden Tischen zur sozialen Frage": "breites soziales Bündnis", "demokratisch", mit "Delegations- und Rotationsprinzip", das bis in die Gewerkschaften reicht, wobei darauf zu achten sei, dass "die extrem hohen Gehälter der Gewerkschaftsspitzen auf ein vertretbares Niveau zu senken" sind; ein Bündnis, das , "auf mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichheit" zielt und Flüchtlinge und MigrantInnen als Brücke zur "weltweiten Vernetzung mit anderen Standorten und Bewegungen" nutzt.

Die Maßstäbe für dieses Szenario bleiben unklar. Dem ungekürzten Text (abrufbar unter www.materialien.org) sind einige überraschende Hinweise zu entnehmen. Die brasilianische Führung wird als "unbezweifelbar integer" dargestellt, wo Lula doch derzeit die Hoffnung des Kapitals für seine lateinamerikanischen Perspektiven ist. IWF, Weltbank und Vereinte Nationen sollen uns in ihrer ursprünglichen Konzeption als "brauchbare Ausgangspunkte dienen", sie seien lediglich deformiert und missbraucht worden. Hier erübrigt sich jeder Kommentar. Der Kapitalismus ist nicht reformierbar. Seine sozialen Angriffe bilden eine Totalität und fordern den Widerstand in allen Bereichen heraus: sicher auch gegen die Agenda 2010, aber als ökonomischer Ausdruck der globalen sozial-technischen Bemächtigungsstrategien in der Produktion, im öffentlichen Raum, der Sozialkontrolle, in der Entfesselung eines neuen Sexismus und Rassismus und auf dem Weg in der kriegerischen Durchbruch. Auch wenn jede Auseinandersetzung an einem Punkt beginnt, sie bewegt sich notwendig ins Ganze. Die Reduzierung auf eine verkürzte, mittlere Lösung ist nicht Befreiung, sie birgt die Gefahr der Beteiligung.

Detlef Hartmann

29. Fahnenappell in Antideutschland

Ein Beitrag zur linken Landeskunde

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:30

Nationale Symbole hatten in der linken Szene immer ihren Platz. Mittlerweile ist der Zeitgeist bei Israel- und USA-Flaggen angekommen. Zum jüngsten linksradikalen Grabenstreit dokumentieren wir einen gekürzten Beitrag, der am 25. April beim Hamburger Radiosender FSK zu hören war.

Dass nationale Symbole auf linksradikalen Demos zu sehen sind, ist nichts Neues. Ärger gibt es tatsächlich erst, seit ein Teil der radikalen Linken Fahnen anschleppt, die jedenfalls nicht für den Befreiungskampf unterdrückter Minderheiten stehen. Damit muss Schluss sein, findet die Fraktion der sogenannten Antideutschen und konfrontiert den Rest der linken Szene mit einer Neudefinition: Sie wollen die US- und Großbritannien-Fahnen in die "Tradition des Antifaschismus" (1) gestellt sehen. Schließlich handelt es sich um die "Länder der Anti-Hitler Koalition", die für die "Befreiung von der deutschen Barbarei" gesorgt haben. Und angesichts der Israelfahne soll man nicht mehr an Besatzungs- und Isolationspolitik gegenüber den Palästinensern denken, sondern daran, dass Israel "die einzige Konsequenz aus Ausschwitz" gewesen sei "in einer Welt, die keine anderen Konsequenzen zu ziehen bereit war".

Warum man eigentlich das eine gegen das andere ausspielen muss, sagen die Antideutschen nicht. Sie betrachten die vorgefundenen linken Überzeugungen wie eine Benimmfibel, die einer kompletten Überarbeitung bedarf. Früher musste man die USA als imperialistische Weltmacht Nummer Eins verdammen, heute soll man sie als Befreierin von den Nazis feiern. Früher musste man den israelischen Staat wegen des Umgang mit den Palästinensern geißeln, heute soll man ihn als Bollwerk gegen Antisemitismus wertschätzen. Im Rückblick erklären sie die "nach dem Sechstagekrieg 1967 einsetzende globale linke antiimperialistische Solidarität" zu einer Solidarität "mit PanarabistInnen und IslamistInnen in ihrem Kampf gegen Israel" (1) - also die gesamte palästinensische Unabhängigkeitsbewegung zur Wegbereiterin des islamistischen Terrors. Alles andere sei "Ausdruck linker Projektionen".

Keineswegs jedoch ersetzen die Antideutschen die Schönfärberei von früher durch eine nüchterne Betrachtung des politischen Spektrums in Palästina und Israel. Stattdessen überziehen sie die Palästinenser mit pauschalisierender Hetze: Ein Demoaufruf bezeichnet sie als "mordendes und todessehnsüchtiges Kollektiv". (2) Ein Flugblatt entdeckt völkische Zwangskollektivierung: "Die fortschreitende Homogenisierung und Islamisierung verlangt die absolute Identität des Einzelnen mit der Gemeinschaft. Das Individuum gilt nichts, das Kollektiv, das Volk ist alles. (...) Die Selbstmordattentate sind der Endpunkt dieser Identifizierung." (3)

Kein Bock auf Attentat

Indem sie den antiisraelischen und antisemitischen Terror der Hamas als Ausdruck einer vorherrschenden Geisteshaltung in Palästina nehmen, überholen die Antideutschen sogar noch die Kriegspropaganda der israelischen Rechten. Der palästinensische respektive arabische Nationalismus steht rundweg für die Knechtung des Individuums per Se. So wird aus dem Nahost-Konflikt ein Kampf der Kulturen: die Kultur der Anti-Individualisten gegen die jüdische Kultur. "Individualität und die Wahrnehmung eigener, auch kommerzieller Interessen, also nicht gerade die schlechtesten Hervorbringungen des Kapitalismus, (...)" würden in der arabischen Welt "antisemitischen Denkmustern entsprechend, mit den Juden identifiziert." (3)

Je jüdischer, desto individueller, desto zersetzender fürs Zwangskollektiv? Diesen Mist beurteilen Antideutsche jetzt aber nicht als das, was er ist - nämlich die Logik von Antisemiten. Nein, dem was sie eben noch als "antisemitische Denkmuster" ausgemacht haben, entnehmen sie im nächsten Moment die Wahrheit über Israel: Weil "den Islamisten (...) Israel Sittenzerfall, Individualismus, Eigennützigkeit, Kapitalismus, Zersetzung, Macht" (3), bedeute, stellen sie sich die israelische Gesellschaft als Tummelplatz für Freigeister aller Couleur vor. Israel biete all denjenigen Schutz, "die in arabischen Staaten keine Chance hätten: Schwule, Lesben, selbstbewusste Frauen, Atheisten und Nonkonformisten, die keine Lust haben, ihr Leben als Attentäter zu beenden." (4)

Antideutsche finden in Israel eben genau das, was sie suchen. Nicht nur ein Bollwerk gegen Antisemitismus steht auf dem Spiel, sondern auch ein Hafen für Individualisten, wo sogar ein Christopher-Street-Day möglich sei, wo "auf den Straßen getanzt, getrunken" werde und "in Sachen Kleidungsstil (...) der Fantasie keine Grenzen gesetzt" seien. (3) Angesichts der "arabischen Zwangskollektive", die das Land umzingeln, soll man Frauenemanzipation, Queer-Bewegung und bunte Kleidung für die Botschaft nehmen, die von Israel ausgeht. Rassismus, Militarismus, Repression anders Denkender oder religiöser Fanatismus - alles kein Thema. Die linke Subkulter, die den Antideutschen im übrigen zu Hause längst total stinkt, soll im Nahen Osten ein unwiderstehliches Argument ausgerechnet für das Staatswesen sein, in dem sie blüht.

Im antideutschen Weltbild steht Israel jetzt als eine Art Lackmus-Test für linke political correctness: An ihm lassen sich ohne viel Federlesens Freund und Feind identifizieren. Wer auf Distanz geht, macht sich verdächtig. Die Autoren von "Coole Kids tragen kein Palituch" etwa finden, dass es "seltsam" anmutet "wenn die Kinder der einst niedergerungenen Deutschen sich in den 1970er und 1980ern gerade Palästina als Solidaritätsobjekt aussuchen. Warum war es gerade Palästina? Weil es indirekt gegen die Juden und ihren schützenden Staat ging?" (4)

"Verrat an Aufklärung und Emanzipation"

Die Logik der Unterstellung ist wasserdicht. Schließlich ist für Antideutsche a priori klar, warum deutsche Linke Antisemiten sind: Weil sie a) deutsch und b) links sind.

Zu a) - ein Ausflug in linke Geschichte: Mit dem Ende des Ostblocks war für linke Meinungsführer wie Hermann L. Gremliza eine Neuorientierung angezeigt. Der erste Golfkrieg 1991, so der konkret-Herausgeber, "offenbarte, ... dass eine Linke, die ihre letzte realpolitische, weil realsozialistisch geförderte Potenz verloren hatte, sich neu orientieren müsse im neuen Kalten Krieg zwischen Deutsch-Europa und den USA." (5) Um sich "realpolitische Potenz" einbilden zu können, müssen Linke an einen der Global Player andocken. Dass einer dieser Player mit der Shoa einen Völkermord begangen hat, der die Untaten aller anderen weit in den Schatten stellt, soll die Wahl zwischen USA und "Deutsch-Europa" wie eine Alternative aussehen lassen. Der erste Golfkrieg "offenbarte" nämlich obendrein "dass mit Deutschland ein Akteur in die Weltpolitik zurückgekehrt war, der die USA schon einmal an Bösartigkeit aufs Unvergleichlichste übertroffen hatte und wieder übertreffen würde".

Damit ist die antideutsche Logik im Prinzip fertig: Kapitalismus hin, Imperialismus her, der zeitgemäße Linksradikale muss sich zuvörderst als Feind der deutschen Volksseele bewähren, die jederzeit wieder zu einer solchen "Bösartigkeit" fähig sein soll. Deutsche Politik ist für Antideutsche Nationalsozialismus im Schafspelz - fast so als könnten sie am heutigen Deutschland für sich nichts Kritikables finden. "Die Verurteilung Israels durch den internationalen Strafgerichtshof wegen der Sicherung seiner Staatsgrenze oder gar die Entsendung von UNO-Truppen", etwa wären "für Deutschland die ersehnte (...) Schuldumkehr auf internationaler Ebene." (1) Mit einiger Fantasie werden alle innen- wie außenpolitischen Affären der Nation als das immer Gleiche entlarvt: als der Versuch, von deutscher Schuld abzulenken. Es wird so getan, als wäre die nationalsozialistische Vergangenheit tatsächlich Hinderungsgrund für Deutschlands Griff zur Weltmacht. Und als seien die USA und Israel angesichts des Holocaust immer noch erbittertste Feinde Deutschlands - also antideutsche Bündnispartner - und würden nicht als freundschaftlich konkurrierende Ordnungsmächte beste Beziehungen mit dem Rechtsnachfolger von Nazi-Deutschland pflegen.

Zu b): Den eindrucksvollsten Beweis für die Kontinuität deutschen Weltmachtstrebens finden Antideutsche ausgerechnet in der Friedensbewegung. Auch den Irak-Krieg legen sie sich nämlich als Kampf um Israel zurecht. Und was könnte eindrücklicher die antisemitische Neigung der deutschen Nation illustrieren als dass ihre Friedensfreunde sich in einem solchen Kampf gerade gegen die "israelische Schutzmacht" USA stellen?

Ganz egal aus welchen Gründen Linke zu KriegsgegnerInnen werden: Wer sich im "Ursprungsland der Shoa", nicht auf die Seite Israels bzw. seines Hauptverbündeten stellt, wird in stalinistischem Jargon gegeißelt: "Diese verkommene Linke perpetuiert ihren Verrat an Aufklärung und Emanzipation", so Ralf Schroeder in der Jungle World. (6)

"Al-Quaida und ihr Paz-Mob"

So langsam ist das antideutsche Koordinatensystem fertig: Der zeitgemäße Kommunist bewährt sich in Solidarität mit Israel und den USA, die für Antifaschismus, Moderne und Emanzipation stehen, und bekämpft nach Kräften die "linke Szene". Die steht nämlich für den antiimperialischen "deutschen Mainstream", der im Pakt mit Islamisten auf eine völkische Internationale zusteuert. Die Fantasie, die beim Ausmalen dieses Szenarios entwickelt wird, ist bemerkenswert: Da wird der 11. September 2001 zu dem Tag, "den das alte, todessehnsüchtige Europa zum Anlass nahm, um sich unter dem Schlachtruf ‚Hoch die internationale Solidarität` mit dem Djihadismus ideologisch zu verbünden". (2) Während "Al-Quaida, vertreten durch die Sozialisten und ihren Paz-Mob" die Wahl in Spanien gewinnt, ist im Vorderen Orient die "Blut- und Boden-Ideologie" der Nazis virulent. Islamismus, Faschismus, das alte Europa, die Friedensbewegung - im Grunde alles dasselbe. Denn überall ist das Nämliche am Werk: ein "zur Israelkritik nobilitierter Antisemitismus".

Der linke Zeitgeist ändert sich. Früher hieß es "Das palästinensische Elend zwingt uns zu Solidarität mit Palästina". Heute soll es heißen "Die Shoa zwingt uns zur Solidarität mit Israel". Was sich nicht zu ändern scheint, ist die Neigung, sich die Weltläufte so zurecht zu legen, dass dabei fortschrittliche und reaktionäre Alternativen entstehen, die "uns" zum Handeln zwingen. Sich nicht auf eine der gebotenen Alternativen einzulassen, gilt im besten Falle als positionslos, im schlechtesten Falle als Mittäterschaft. Die Antideutschen, jedenfalls die Eingefleischten unter ihnen, strengen sich mächtig an, ihre Kontrahenten von der antiimperialistischen Volks-Solidarität in Sachen hochfahrender Moral noch zu überbieten. Um keinen Preis wollen sie sich einreihen in eine linke Betroffenheits-Tradition; das Objekt ihrer Solidarität hat als absoluter Sonderfall zu gelten.

"Unser dirty job ist es," heißt es in der Jungle World, "dem dreifachen Elend in Europa, das sich antiwestlich, antimodern und antisemitisch geriert, entgegenzutreten. Die Mittel dazu sind vielfältig. Eines davon ist die israelische Fahne." (6) So kokett wichtigtuerisch der Gestus - immerhin soll es ja um den Gegensatz von Moderne und Antimoderne gehen - so albern das Mittel: Wie der Vampirjäger dem Grafen Dracula das Kreuz, recken Antideutsche dem europäischen Festland die israelische Fahne entgegen.

Das solche Kindereien auf Demonstrationen auch noch in tätlichen Auseinandersetzungen münden, ist zwar dann einerseits ein "Skandal", aber eben einer von strategischem Wert: Wenn es noch eines Beweises bedurft hatte, dass die antiimperialistische Linke ein antisemitischer Mob ist - hier ist er! Man kann es den Antideutschen also nur wünschen, dass sich auch in Zukunft immer ein paar Hitzköpfe einfinden, die es angesichts des palästinensischen Elends unerträglich finden, dass die Fahne der Besatzernation entrollt wird. Dann können die Antideutschen es nämlich ihrerseits unerträglich finden, dass man angesichts von Nazi-Aufmärschen nicht mal die Fahne des jüdischen Staates entrollen kann. Und so weiter und so fort.

Basso Profundo für salon rouge/Dynamo 93

Quellen:

1) Basisbanalitäten. Erklärungen zu den antisemitischen Ausschreitungen am 31.1.04 in Hamburg, 45 Unterzeichner (Stand: 8.5.2004)(http://www.antifa-hamburg.com/basisbanalitaeten.html)

2) Flagge zeigen! Für Israel - gegen Old Europe. Aufruf zur Demonstration am 24.4.04 in Hamburg, 23 Unterzeichner (Stand 1.4.2004) (zu finden im Aktuell-Archiv von www.redaktion-bahamas.org)

3) liberté toujours*: Ist Dir kalt oder hast Du was gegen Juden?!(http://libertetoujours.europe.webmatrixhosting.net/texte/08-palituch.tm)

4) JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin Coole Kids tragen kein Pali-Tuch; Flugblatt wurde unterzeichnet mit JungdemokratInnen/Junge Linke Berlin in Berlin verteilt und ist in leicht geänderter Version auf den Websites verschiedener antideutscher Gruppen dokumentiert (http://www.antifa-hamburg.com/entry.php?2)

5) Hermann L. Gremliza: Eine Zäsur findet nicht statt, konkret 3/02

6) Ralf Schroeder: Die Fahne schwenken! Das Zeigen der Israelfahne ist konkreter Antifaschismus, Jungle World, 25.2.2004

30. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:31

Die im Schatten zählen nicht

"Abschiebeschutz für Teilnehmer der Erstürmungen der griechischen und israelischen Generalkonsulates im Februar 1999", war die Pressemittelung des Verwaltungsgerichts Berlin von Anfang Mai überschrieben. Bereits im Februar und März hatte die zuständige 36. Kammer die Abschiebung zweier an den Besetzungen aus Anlass der Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan beteiligter Kurden untersagt, da ihnen in der Türkei Folter und Misshandlung drohe. Was in der anschließenden Medienberichterstattung allerdings unterging, war folgende Feststellung der Kammer: Der Abschiebeschutz gelte nur für Kurden, die "nach außen erkennbar in besonders hervorgehobener Weise" beteiligt waren. Als ausschlaggebend für ihre Entscheidung hatten die Richter nämlich angesehen, dass Abbildungen der beiden kurdischen Demonstranten in Zeitungen und im Fernsehen zu sehen waren, die ihre Identifizierung durch türkische Sicherheitsbehörden möglich machen würden. Nur in solchen Fällen ist also nach Ansicht des Gerichts davon auszugehen, dass der türkische Nachrichtendienst von den politischen Exil-Aktivitäten der KurdInnen Kenntnis erlangt habe. Im Umkehrschluss heißt das für all anderen an den Besetzungen Beteiligten, gegen die Ermittlungen eingeleitet worden waren: Wer nicht in der Presse abgebildet wurde, dem droht Abschiebung. Ganz in diesem Sinne hat die selbe Kammer erst jüngst den Asylantrag eines Kurden, der an den Besetzungsaktionen teilgenommen hatte, abgewiesen.

Jedes zweite Unternehmen liest mit

In einer Umfrage von Hitachi Data Systems wurden IT-Manager führender Unternehmen in 16 Ländern befragt, ob sie die E-Mail-Korrespondenz der MitarbeiterInnen überwachen. Im internationalen Schnitt überwachen 56 Prozent der Unternehmen die E-Mails. 24 Prozent führen derzeit keine Kontrollen durch, aber ziehen derartige Maßnahmen für die Zukunft in Betracht. 18 Prozent der Betriebe sehen keine Veranlassung, den elektronischen Briefverkehr ihrer Beschäftigten zu kontrollieren. Spitzenreiter bei den Kontrollen sind Konzerne in Spanien (77 Prozent), gefolgt von Unternehmen in Frankreich (71 Prozent). Die wenigsten Kontrollen gibt es in Dänemark und Schweden (je 30 Prozent). Die Bundesrepublik liegt mit der Schweiz und Südafrika im Mittelfeld (50 Prozent). Bezeichnend: Die meisten Deutschen - 56 Prozent - haben sogar Verständnis dafür, dass Unternehmen ihre Internet-Nutzung am Arbeitsplatz kontrollieren. Nur knapp ein Drittel lehnt solche Kontrollmaßnahmen ab. Während nur ein Viertel der 14- bis 29-Jährigen Kontrollmaßnahmen ablehnt, sind bei den über 60-Jährigen 39 Prozent dagegen. Neben E-Mail und Telefon werden immer öfter auch Instant-Messaging-Programme in Firmen eingesetzt. Viele Mitarbeiter schätzen die Funktionen, nahezu ungestört "reden" zu können. Doch immer mehr Firmen setzen auf Maßnahmen zur Überwachung des Mitarbeitertreibens.

Häftlinge misshandelt

In größten Knast Brandenburgs haben nachts vermummte Schließer Häftlinge mit Gummiknüppeln geschlagen. Seit 2001 hat es mehrere solcher Misshandlungen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Brandenburg/Havel gegeben. In einem Fall sind Beamte vermummt gegen einen herzkranken Gefangenen vorgegangen, der lautstark nach einem Arzt verlangt hatte. Der herzkranke 55-Jährige wurde mit einem Schutzschild niedergedrückt, gefesselt und anschließend in eine Isolierzelle gesteckt. Am nächsten Vormittag wurde bei dem Mann ein Herzinfarkt diagnostiziert. Obwohl der Betroffene bereits im Februar bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattete, wurde der Vorfall erst Anfang Mai öffentlich und fünf an den Misshandlungen beteiligte Schließer vom Dienst suspendiert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Beamten wegen gefährlicher Körperverletzung und unterlassener Hilfeleistung. Zudem ist ein Verfahren gegen den Anstaltsarzt wegen unterlassener Hilfeleistung eingeleitet worden. Die Misshandlungen sind kein Einzelfall: Anfang 2003 kam heraus, dass JVA-Beamte Häftlinge gezwungen hatten, sie mit Produkten aus der Haftwerkstatt zu versorgen. Im Herbst wandte sich ein Gefangener aus der JVA Brandenburg/Havel an den Rechtsausschuss des Landtags in Potsdam. Der Mann schrieb, er habe in der Anstalt Angst um sein Leben. Man habe ihm gedroht, ihn bei unbotmäßigem Verhalten zu "disziplinieren".

Prozess gegen Andrea Klump

Am 22. April begann ein weiterer Prozess gegen Andrea Klump vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Die 46-Jährige ist wegen versuchten Mordes in 33 Fällen angeklagt. Die Bundesanwaltschaft wirft ihr vor, am 23.12.1991 in Budapest an einem Anschlag auf einen Bus mit jüdischen Auswanderern aus der Sowjetunion beteiligt gewesen zu sein. Die Anklage stützt sich auf angebliche DNS-Spuren, die in einer Wohnung gefunden wurden, in der die Attentäter gewohnt haben sollen, und die Andrea Klump nach BKA-Ermittlungen zuzuordnen seien. Andrea Klump bestreitet die Vorwürfe. 2001 war Andrea Klump in Stammheim bereits zu neun Jahren Haft wegen eines versuchten Sprengstoffanschlags im Jahr 1988 auf eine US-Militäreinrichtung in Rota/Spanien verurteilt worden. Damals hatte sie ihre Beteiligung eingestanden und erklärt, dass PalästinenserInnen sie dazu gezwungen hätten. Im Gegenzug wurde der Vorwurf der RAF-Mitgliedschaft nach § 129a StGB fallen gelassen. Andrea Klump war 1984 abgetaucht und hatte nach eigenen Angaben im Libanon Aufnahme gefunden. Im September 1999 wurde sie in Wien verhaftet, ihr Begleiter Horst Meyer bei der Festnahme von der Polizei erschossen.

Freispruch in Hamburg

Am 8. April endete vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozess gegen einen Genossen mit einem Freispruch in allen Anklagepunkten. Dem Fahrer des Lautsprecherwagens bei der Demonstration gegen das öffentliche Gelöbnis am 16. März 2003 auf dem Hamburger Rathausmarkt war "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in einem besonders schweren Fall", "versuchte gefährliche Körperverletzung" und "gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr" vorgeworfen worden. Nach der Anhörung des Hauptbelastungszeugen, einem Hamburger Bereitschaftspolizisten, der bei dem Einsatz die Frontscheibe des Lautis zertrümmerte hatte, beantragte selbst die Staatsanwaltschaft Freispruch. In einer Erklärung zu Prozessanfang hatte der Genosse klargestellt, dass er die Anzeige des Bereitschaftspolizisten im Kontext eines Gegenangriffes der Polizei sehe, um sich vor einer strafrechtlichen Verfolgung ihres Einsatzes zu schützen.

31. Lokale Kameradschaft, internationale Vernetzung

Neues Buch informiert über die Netzwerke der militanten Neonazis

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:32

Als Folge der Verbotswelle Anfang bis Mitte der 1990er Jahre haben sich die bisherigen Organisationsstrukturen der neonazistischen Szene allmählich umgebildet. Statt klar umrissener Strukturen in Vereinen oder gar Parteien hat sich seit dem ein neuer Typus herausgebildet, der mit dem Begriff "Kameradschaften" erfasst werden soll. Diese Kameradschaften sind im wesentlichen lokale oder regionale, voneinander zunächst unabhängige Gruppen, die sich stark über persönliche Bekanntschaften und den Freundeskreisen herausbilden. Rund 100 solcher Kameradschaften listen die AutorInnen des Buches "Braune Kameraden. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis" auf, das gerade im Ch. Links Verlag Berlin erschienen ist.

Überregional und bundesweit organisieren und koordinieren sich diese Kameradschaften als Netzwerk über einige zentrale Anlaufstellen, z.B. dem "Freien und Sozialen Aktionsbüro Norddeutschland" oder dem "Nationalen und Sozialem Aktionsbündnis Mitteldeutschland." Anders als Parteigliederungen oder Vereine sind diese Kameradschaften extrem flexibel und dynamisch. Am Beispiel des "Kameradschaftsbund Anklam" zeigt Heike Kleffner die Praxis einer solchen Gruppe zwischen Politik und Freizeit auf. Für die staatlichen Sicherheitsorgane sind sie darüber hinaus erheblich schwerer zu greifen und Verbotsmaßnahmen sind schwerer durchsetzbar. Im Grunde ist dieses Organisationsprinzip eher von linken, autonomen Strukturen abgekupfert.

analyse + kritik verlost ...

Nachdem sich der Mitherausgeber des Buches Andreas Speit zunächst mit den ideologischen Bezügen und Zielen der Neonaziszene auseinander setzt, untersucht Andrea Röpke die Gewaltbereitschaft dieser Kameradschaften. An zahlreichen Beispielen zeigt Röpke auf, dass sich die Nazis in den letzten Jahren offenbar bestens mit Waffen und sogar Sprengstoff eindecken konnten. Immerhin wurden zwischen 1999 und 2002 in 178 Fällen Waffen, Sprengstoff und Brandvorrichtungen gefunden. Und für deren Einsatz gab es konkrete Planungen, wie Röpke nicht nur an dem Beispiel des geplanten Anschlags in München auf das neue jüdische Zentrum deutlich macht. So überzeugend die Autorin deutlich macht, dass angesichts der vorliegenden Fakten die Gewaltbereitschaft der militanten Neonaziszene noch immer von den deutschen Sicherheitsbehörden unterschätzt und verharmlost wird, so sehr fehlt aber in diesem Zusammenhang eine wünschenswerte Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit sich hier eine neue Dimension neonazistischer Gewaltbereitschaft abzeichnet.

Über zwei eigene Kapitel behandelt das Buch die Bedeutung des RechtsRock und der modischen Dresscodes für die Mobilisierung und Heranführung vor allem junger Menschen an die neonazistische Szene. Christian Dornbusch und Jan Raabe geben einen Überblick über Nazibands und zeigen deren Vertriebsstrukturen und Verbreitung auf. Gerade der RechtsRock spielt für die politische Nachwuchsarbeit der Neo-Nazis eine herausragende Rolle. (Vgl. Schwerpunkt ak 478) Dabei hat sich die nazistische Musik inzwischen weiter ausdifferenziert. Nicht mehr nur Hardcore wird geboten, sondern auch Gothic oder Singer/Songwriter gehört immer mehr zum Repertoire der Nazis. Die darin enthaltenen Botschaften und Hetztiraden vor allem gegen AusländerInnen und Juden und Jüdinnen stellen angesichts der auch in der Mitte der Gesellschaft verbreiteten Ressentiments eine äußerst effektive Schnittstelle für die Agitationsarbeit da.

... drei Exemplare des Buches!

Der langsam wachsenden Bedeutung von Frauen in den neonazistischen Strukturen widmen die HerausgeberInnen ein eigenes Kapitel. Sie stellen die "Kämpferinnen für Deutschland" vor und beschreiben den organisatorischen Rahmen, den die Akteurinnen derzeit entwickeln. Dabei gehen Röpke und Speit auch auf die Problematik ein, dass sich einerseits ein Teil der Frauen von den Nazi-Kameraden in der Weise "emanzipieren" wollen, dass sie im angestammten Politik-Geschäft eine gleichberechtigte Rolle anstreben, während andererseits eher traditionell orientierte Frauen ihre unterstützende Aufgabe für die Männer unterstreichen und mit der Frau- und Mutter-Rolle des traditionellen Faschismus sympathisieren.

Interessant auch das Kapitel über die Immobilienkäufe der Neonazis in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Gezielt werden in den neuen Bundesländern Grundstücke und Häuser aufgekauft, um sie als Schulungs- und Tagungszentren nutzen zu können. Im letzten Teil des Buches zeigen die AutorInnen, dass die Kameradschaften keineswegs auf Regionen in Deutschland begrenzt agieren, mittlerweile hat die braune Szene auch internationale Strukturen aufgebaut und intensiviert. Die wachsende Zusammenarbeit der militanten Neonazis zeigt sich nicht nur bei Herstellung und Vertrieb der in Deutschland verbotenen RechtsRock-Platten, sondern auch bei internationalen Wehrsportübungen.

"Braune Kameradschaften" ist ohne Frage ein äußerst fakten- und lenntnisreiches Buch, das als Ergänzung und Aktualisierung von z.B. Büchern wie "RechtsRock-Bestandsaufnahme und Gegenstrategien" angesehen werden kann. Dennoch lässt sich kritisieren, dass strategische oder analytische Fragen eher selten betrachtet werden. So vermisst man eine qualitative Einordnung der Gewaltbereitschaft der Neonazis und eine Analyse, inwieweit sich diese Szene in den letzten Jahren entwickelt hat. Auch fehlt eine systematische Einschätzung, wie diese Kameradschaften gegenüber den Nazi-Parteien zu bewerten sind. Darüber hinaus wäre es angemessen gewesen, die staatlichen Reaktionen auf die organisatorische Umstrukturierung der Neo-Nazis-Szene in einem gesonderten Kapitel zu behandeln. In diesem Kontext hätten auch zivil-gesellschaftliche oder linke Reaktionen und Ansätze, die sich gegen die Aktivitäten dieser "neuen" Kameradschaften richten, zumindest überblicksartig dargestellt werden können, um über deren Erfahrungen zu informieren. So steht man am Ende doch ein wenig hilflos mit all den Informationen dar.

DSe

Andrea Röpke, Andreas Speit (Hg): Braune Kameradschaften, Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis, Ch.LinksVerlag Berlin, 206 Seiten

Gewinnen - Gewinnen - Gewinnen

ak verlost drei Exemplare des Buches "Braune Kameradschaften". Schickt bitte eine Email an: redaktion@akweb.de und vergesst nicht eure Postanschrift! Stichwort: Braune Kameradschaften im Betreff angeben. Unter allen EinsenderInnen werden drei GewinnerInnen ausgelost.

32. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:33

Gegen die Zeit

RomantikerInnen haben es ja nicht sonderlich leicht. Da wir aber ein großes Herz haben, soll hier das erste Album der Berlinerin Toni Kater empfohlen werden. Eine ganze CD mit 12 Songs über Liebe, Freundschaft und Sehnsucht. Die Musik ist irgendwo zwischen Pop, Schlager und Singer/Songwriterin einzuordnen und Kater wird in diversen Musikzeitschriften gern mit Mia in Bezug gesetzt. Aber keine Bange: Weder deutschtümelnde Anwandlungen müssen ertragen noch braucht der schrille schreiende Habitus gefürchtet werden - und eigentlich ist jeder Vergleich mit Mia völliger Quatsch, da die einzige Gemeinsamkeit der beiden der Wohnort wäre. Wo Mia aktuellen (politischen) Befindlichkeiten etwas abzugewinnen versuchen, spielt Toni Kater "Gegen die Zeit". Wenn man weiß, dass Inga Humpe und Tommi Eckart (beide zuletzt 2Raumwohnung) das Album produziert haben, kann man sich eigentlich ganz gut vorstellen, wie Toni Kater klingt.

Live kommt das Ganze einigermaßen druckvoll rüber, auch wenn es immer noch gewöhnungsbedürftig ist, das Notebook als Instrument zu akzeptieren, das links und rechts von einem Bassisten und einem Gitarristen umrahmt wird. Die Tastatur hingegen bedient die Sängerin. Demgegenüber ist die CD arg weichgespült, - aber das ist es gerade, was die Platte so romantisch und sehnsuchtsvoll macht. (DSe)

Toni Kater, Gegen die Zeit, www.tonikater.de

Protestantischer Ausnahmezustand

Dass im Hause von Aldente-Recordz nicht nur HipHop veröffentlicht wird, macht das Kölner Label mit der Ska-Punk-Rock-Band Superskank klar. Sympathisch macht die aus der Stadt des Lebkuchens und der Rostbratwürstchen stammende Band allein schon das Covern eines Rio Reiser Songs (Alles Lüge). Daraus haben die acht Nürnberger einen flotten Bayern-Reggae gemacht. Doch auch sonst verbindet Superskank Entertainment mit politischen Statements. Die Band selbst nennt sich übrigens "kreative Kampfkapelle". Das ist keine Übertreibung. "Kleiner Brandschatz" ist irgendwie ein Liebeslied, aber mit einer klaren Perspektive. "Mit dir an der Hand" will die Band nur eines: "Die Regierung stürzen". Bambule ist überall!

Auch wenn Nürnberg im katholischen Bayern als protestantischer Ausnahmezustand zu notieren ist und die Band um Sänger und Texter Marc "Mega" Heisler womöglich sogar ungläubig sein mag: Der "Liebe Gott" oder auch "Jehova zeugen" machen klar, dass die himmlisch-erlösen-wollende Propaganda im Süden der Republik einfach irgendwie auf der Tagesordnung steht und behandelt sein will. Von hier zu den irdischen Sündern und Themen zwischen Korruption, Ausländerhatz, ("Pittbull") Sozialabbau und Staatswillkür ("Das lohnt sich") ist es kein weiter Weg. Für technisch verspieltere ZeitgenossInnen empfiehlt es sich, die CD auch mal in den Computer zu packen. Nicht um sie zu brennen, sondern um das Video anzusehen, das es im Flash-Format zu sehen und hören gibt. Ein passender Player ist natürlich beigelegt. Da sieht man die Band zwar nicht, denn die lässt sich komplett von einer Frauenband doubeln, aber immerhin vermittelt es einen schönen Eindruck, wie die Band live klingt. Spätestens dann ist klar, dass die Musik von Superskank nicht nur für den Kopf ist, sondern auch die neurologischen und muskulären Körper-Systeme aktiviert werden. (DSe)

Superskank, al dente recordz, www.superskank.com

Mexikanische Wölfe in den USA

Einen musikalischen Brückenschlag zwischen Süd- und Nordamerika legt die in Los Angeles basierte Tex-Mex-Band Los Lobos vor. Nach nunmehr 30 Jahren in weitgehend gleicher Besetzung hat die Band mit "The Ride" ihr 14. Album veröffentlicht und versammelt da so einiges, was Rang und Namen hat: Bobby Womack, Richard Thompson, Elvis Costello, Tom Waits, Mavis Staples, Ruben Blades, die Newcomer Cafe Tacuba und die pan-latinischen Folkrocker Quetzal. So entsteht eine einzigartige Mischung aus Jazz-Elementen, Tex-Mex, Soul, Samba, RnB, Blues und RocknRoll. Neben einigen neuen Songs (z.B. "Somewhere in Time") birgt das Album aber vor allem einen Ritt durch die Musikgeschichte der "Wölfe": So gibt es gelungene Neueinspielungen von z.B. Wicked Rain/110 Street (Erstveröffentlichung auf dem Album "Kiko", 1992) oder von "A Matter of Time", von dem wohl bekanntesten Los Lobos-Album "How will the wolfe

survive" (1984). Den Soul, wie er in den 1970er Jahren gespielt wurde, erweckt die legendäre Mavis Staple (Staple Singers) in "Someday" zu neuem Leben.

Die Auseinandersetzung der Band mit ihrer eigenen Musikgeschichte ist so neu nicht. Vielleicht deswegen, weil es auch heute noch immer keine Normalität ist, als MexikanerIn in den Staaten zu leben. Bereits 1984 entstand der Song "A Matter of Time", in dem sie von den Hoffnungen eines mexikanischen Paares auf ein besseres Leben in den USA sangen. Im Jahr 2002 griffen Los Lobos auf ihrem Album "Good Morning Aztlán" (2002) die Geschichte von "Tony y Maria" wieder auf und berichteten von deren zerstörten Hoffnungen zwischen Putzjobs und Tellerwäscher.

Und vielleicht ist es angesichts der in den USA grassierenden Sorge rechtskonservativer Kreise um die "kulturelle Überfremdung" durch die mexikanischen MigrantInnen auch ganz zweckmäßig, wenn sich die Band mit derart hochrangigen KünstlerInnen aus Nord- und Südamerika Unterstützung holt und klar macht, was das für ein kultureller Schatz ist. (DSe)

Los Lobos, The Ride, www.wea.de

33. Lobbypolitik am Runden Tisch oder Widerstand auf der Straße?

Globalisierungskritik in Zentralamerika zwischen Politikberatung und radikalem Protest

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:34

Kämpfe gegen neoliberale Globalisierung formieren sich weltweit - und weltweit sind antikapitalistische Bewegungen mit ebenso unterschiedlichen sozialen Katastrophen konfrontiert, wie sie andererseits ähnliche Auseinandersetzungen um grundlegende strategische Stoßrichtungen führen. Der folgende Artikel fasst diesbezüglich einige Eindrücke einer Delegationsreise nach Zentralamerika zum Thema Freihandel im August 2003 zusammen, die vom Ökumenischen Büro und dem Informationsbüro Nicaragua organisiert wurde.

Durch die globalisierungskritische Bewegung Zentralamerikas zieht sich länderübergreifend ein Riss: Ein Teil der Organisationen vertritt den Standpunkt, dass die Aufgabe von NGOs und sozialer Bewegung der so genannte Rechazo Total sei, d.h. die totale Ablehnung von Herrschaftsprojekten, während andere der Auffassung sind, dass es vor allem darum geht, Einfluss auf staatliche Politik zu erlangen und mit einer gut durchdachten Lobbystrategie in Verhandlungen mit RegierungsvertreterInnen am so genannten Runden Tisch wenigstens das Schlimmste abzuwenden.

Im Foro Mesoamericano, das als transnationale Vernetzungsstruktur gegen das lateinamerikanische Freihandelsabkommen ALCA und gegen das mittelamerikanische Infrastrukturprojekt Plan Puebla Panamá entstand, hat sich nach heftigen Auseinandersetzungen inzwischen die Fraktion des Rechazo Total durchgesetzt. Dennoch sind viele NGOs nach wie vor bereit, am Runden Tisch Lobbypolitik bei den Regierungen zu machen. Nicht unbedingt, weil sie sich einen Vorteil davon versprechen, sondern weil es ihnen gerade ganz existenziell an den Kragen geht. Einige sehen auch schlichtweg keine andere Chance, Einfluss zu nehmen und die Ratifizierung von Abkommen oder die Durchführung von Megaprojekten mit ihren fatalen Auswirkungen zu verhindern. Die Umwelt-NGO Centro Humboldt aus Nicaragua beispielsweise plädiert für eine "informierte Ablehnung": Um an Informationen zu gelangen, müsse man sich in die Strukturen hineinbegeben und wissen, über was diskutiert wird. Dieses "Expertentum" ist für eine NGO, die auf ihre Reputation und ihr Renommee genauso stolz wie angewiesen ist, in gewisser Weise auch verführerisch. NGOs, die sich der Rechazo Total-Strömung zugehörig fühlen, zweifeln jedoch daran, dass die Runde-Tisch-Fraktion tatsächlich einen besseren Zugang zu Informationen hat als andere.

"Erfolg" alleine zählt nicht

Von der Rechazo Total-Fraktion wird den anderen NGOs vorgeworfen, durch ihre Teilnahme an Runden Tischen die Freihandelsverhandlungen grundsätzlich zu legitimieren. Der Geist der Freihandelsabkommen, so ihre Argumentation, ist auf brutalste Weise neoliberal und an sich antidemokratisch. Es sei albern, dies durch Umwelt- oder Sozialstandards kaschieren zu wollen, findet beispielsweise die salvadorianische Umwelt-Organisation UNES. (1) Abgesehen davon stünden die wirklich entscheidenden Fragen (Investitionsschutz, Geistige Eigentumsrechte, ArbeiterInnenrechte u.s.w.) überhaupt nicht zur Debatte; verhandelt würde im Grunde nur darüber, welches Produkt in welchen Warenkorb kommen soll, während alle anderen entscheidenden Fragen von vornherein abgekartet seien. Viele Organisationen der Rechazo Total-Fraktion bezeichnen die Runden Tische deshalb auch als Gespräche im "Nebenzimmer", einige reden sogar von der "Dunkelkammer": Die - so genannte - "Zivilgesellschaft" dürfe an den eigentlichen Verhandlungen gar nicht teilnehmen, sondern werde allenfalls zwischendurch informiert und konsultiert. Die politischen Spielräume seien stark eingeengt, sofern überhaupt vorhanden. Ein weiterer Vorwurf der Rechazo-Strömung: Wer sich an einen Runden Tisch setzt, akzeptiere damit bereits die Spielregeln der Macht und lasse sich auf eine bestimmte Form der Kommunikation und des Aushandelns von Entscheidungen ein, die stets von Machtverhältnissen geprägt, untransparent und undemokratisch ist.

Tatsächlich zeigt die Erfahrung, dass letzten Endes alle kritischen zivilgesellschaftlichen Sektoren so weit aus den wirklichen Entscheidungsräumen ausgegrenzt werden, dass man in Frage stellen muss, ob es die Mühe wert ist, seine Zeit in Nebenräumen zu verbringen. Die Rechazo-Fraktion favorisiert deshalb Strategien der Mobilisierung von Massenprotesten.

El Salvador: Streik im Gesundheitswesen

Nachdem die Privatisierung des Gesundheitssektors in El Salvador in den vergangenen Jahren schrittweise vorangetrieben worden war - nicht zuletzt, um Kreditauflagen der Weltbank zu erfüllen -, kommt es im Oktober 2002 zu den so genannten "weißen Märschen": Bis zu 75.000 Menschen, flankiert von Besetzungs- und Blockadeaktionen, demonstrieren in weißer Kleidung gegen die Privatisierungspolitik und die damit einher gehende systematische Vernachlässigung der Instandhaltung von Krankenhäusern. Dies ist der Beginn eines Streiks im Gesundheitswesen, zu dem u.a. die Angestellten-Gewerkschaft STISSS mobilisiert und der trotz zahlreicher Entlassungen ausgeweitet und insgesamt neun Monate durchgehalten wird - nicht zuletzt dank der Unterstützung von NGOs, sozialen Organisationen, anderen Gewerkschaften, ärztlicher Standesvertretung, PatientInnenverbänden etc. Beendet wurde der Streik im Juni 2003 mit dem Versprechen der Regierung, zum einen eine Kommission einzusetzen, die eine Gesundheitsreform ohne Privatisierung erarbeitet und zum anderen die im Zuge des Streiks entlassenen Angestellten wieder einzustellen. Um die Einhaltung dieser Versprechen muss STISSS allerdings immer noch kämpfen - seit Februar 2004 kommt es erneut zu Kundgebungen und symbolischen Klinikbesetzungen.

Gleichwohl betont Ricardo Monge, Generalsekretär von STISSS, dass der Streik im Gesundheitswesen für die Bewegung eine wichtige Erfahrung war. Trotz der enormen Repression und der psychischen und ökonomischen Belastung - so etwa hätten sich allein erziehende Frauen an dem Streik beteiligt, ohne zu wissen, wie sie ihre Familie durchbringen sollen -, seien die Leute gestärkt und mit gewachsenem Selbstvertrauen daraus hervor gegangen. Dass dieser Kampf schließlich relativ erfolgreich war, hing nach Einschätzung von Monge vor allem damit zusammen, dass die salvadorianische Bevölkerung dank vergangener Privatisierungen schon eine sehr genaue Vorstellung hatte von dem, was auf sie zukommen würde. Wichtig ist auch: Der Widerstand hatte eine lange Vorlaufzeit, die vorausschauend dafür genutzt worden war, die PatientInnen in den Krankenhäusern und Ambulanzen, die ÄrztInnen und die Angestellten des öffentlichen Gesundheitswesens über die Konsequenzen der geplanten Privatisierung aufzuklären. Nur dadurch war es möglich, dass die Menschen sich (scheinbar spontan) mit den Streikenden solidarisierten und ihr Interesse an einer sofortigen Behandlung ihren langfristigen Interessen unterordneten. Hier wird die Bedeutung des in Lateinamerika weit verbreiteten Konzepts der educación popular deutlich: Eine Strategie von politischen Organisationen, durch kontinuierliche Bildungs- und Informationsprogramme eine soziale Basis in der Bevölkerung zu schaffen.

Beispiel San Salvador Atenco (Mexiko)

Im Oktober 2002 gibt die mexikanische Regierung bekannt, dass der internationale Flughafen von Mexiko-Stadt durch einen Neubau in Texcoco im Nordosten von Mexiko Stadt ersetzt werden soll. Für diesen Neubau sollen mehr als 5.000 Hektar Boden enteignet werden, wovon wiederum 90% so genannte "ejidos" betreffen - kollektiv bearbeitetes Land, das vorwiegend in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts im Rahmen von Landreformen an Kleinbauern und -bäuerinnen verteilt worden war.

Die Antwort der Betroffenen kommt schnell: Kaum ist die Entscheidung der Regierung bekannt geworden, bewaffnen sich in der Gemeinde San Salvador Atenco hunderte Menschen mit Macheten, Knüppeln und Molotow-Cocktails und sperren 18 Stunden lang die wichtigste Bundesstraße in der Gegend. Insgesamt neun Monate dauert der Widerstand - neun Monate mit Wachdiensten rund um die Uhr, mit unzähligen Demonstrationen, mit dem "Besuch" von 2.500 Menschen im Gouverneurspalast etc. Der Konflikt eskaliert, als sich im Juni 2002 herausstellt, dass die Regierung trotz eines gerichtlichen Verbots heimlich Vermessungsarbeiten in dem umstrittenen Gelände ausführen lässt. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Bevölkerung und Polizei, 30 Campesin@s werden verletzt, einer stirbt. Im Gegenzug werden Polizisten als Geiseln genommen. Anfang August lenkt die Regierung ein: Sie lässt den Standort Texoco fallen und kündigt an, die Enteignungsverfahren rückgängig zu machen. Als Grund wird ausdrücklich die ablehnende Haltung der Bevölkerung genannt.

Es geht um die (Protest-)Dynamik

Der entscheidende Faktor für die Radikalität des Widerstandes, welche die Regierung schließlich in die Knie zwang, war sicher die existenzielle Bedrohung für die Menschen von San Salvador Atenco. Aber auch Organisationen, die sich auf Verhandlungen und Kompromisse einlassen, begründen das oft mit einer

existenziellen Bedrohung. Auch eine bevorstehende soziale Katastrophe eröffnet folglich beide Möglichkeiten: die Option radikalen Widerstandes wie auch die des Verhandelns. Welche Wahl innerhalb einer Bewegung oder Organisation dann getroffen wird, hängt deshalb von einer ganzen Reihe von Faktoren ab: vom eigenen politischen Gewicht, der eigenen Mobilisierungsfähigkeit und/oder Verhandlungsmacht, von der Einschätzung der Stärke des politischen Gegners und nicht zuletzt auch von den politischen Traditionen des sozialen Widerstands in einer bestimmten Region oder sozialen Gruppe. So scheint es auch im Falle San Salvador Atenco nur auf den ersten Blick eine eher spontane Solidarisierung zu sein, die ausschlaggebend für den Erfolg war. Bei genauerem Hinsehen ist die Solidarisierung so spontan nicht gewesen. Die symbolische Bezugnahme der kämpfenden Campesin@s auf Zapata ist vielmehr eine Referenz auf das historische Vorbild der mexikanischen Revolution und zugleich auf die aktive Rebellion der chiapanekischen Zapatistas. Sie belegt, wie in Mexikos politischer Kultur eine Tradition kleinbäuerlicher Kämpfe über lange Zeit lebendig gehalten wurde, die auch auf Menschen und Gruppen ausstrahlt, die selber keine Kleinbauern sind.

Der Eindruck, den wir aus unserer Reise mitnehmen, ist, dass die Widerstandsstrategien, die ein klares "Nein!" formulieren, mittel- und langfristig wirksamer sind. Die Frage der Wirksamkeit von Protest und Widerstand ist unserer Meinung nach nicht damit zu beantworten, ob ein Protest von "Erfolg" gekrönt ist in dem Sinne, dass beispielsweise eine Regierung ein geplantes Vorhaben aufgibt. Viel wichtiger ist unter Umständen, dass in den Widerstandsaktionen selbst eine soziale Dynamik in Gang gesetzt wird, die weit über die (regierungs-)politischen Entscheidungen hinausgeht. Denn der praktizierte Widerstand wirkt nicht nur auf die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. Er wirkt zugleich zurück in die Bewegungen und auf die Menschen selbst, auf die Wahrnehmung ihrer eigenen Kraft, auf ihre individuelle und kollektive Politisierung, auf das soziale Netz und auf die Solidarität mit denen, die in einer ähnlichen Lage sind.

AutorInnenkollektiv des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit

und des Informationsbüro Nicaragua

Anmerkung:

1) Federación Unidad Ecológica Salvadoreña

Die Ergebnisse der Delegationsreise sind zusammengefasst in der Broschüre "Freihandel und Widerstand in Zentralamerika" vom AutorInnenkollektiv des Ökumenischen Büros und des Informationsbüros Nicaragua mit Artikeln zu Freihandelsverträgen, Landfrage, Biopiraterie, Privatisierung und Widerstand in Zentralamerika. 64 Seiten, zu beziehen bei: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Pariser Str. 13, 81667 München, elsal@oeku-buero.de oder:Informationsbüro Nicaragua, Postfach 101320, 42013 Wuppertal, nica@wtal.de

34. Hart geschuftet, nichts verdient

Zahlen, Daten, Fakten zur Normalität des real existierenden Niedriglohnsektors

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:35

Warnend heben Gewerkschaften und soziale Bewegungen den Zeigefinger: Deutschland steuere auf ein "Beschäftigungswunder à la USA" zu, wenn die Agenda 2010 greife und Millionen von Menschen in Billigjobs abgedrängt werden. So berechtigt diese Warnungen vor einem "neuen Niedriglohnsektor" sind: Es handelt sich nicht um ein düsteres Zukunftsszenario, sondern ist schon jetzt bittere Realität.

Wer von Niedriglohnsektor und Billigjobs spricht, meint meist so genannte geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, also "400 Euro Jobs" oder auch "Minijobs". Sie gelten als Wunderwaffe der aktivierenden Umgestaltung der Arbeitsmärkte, und ihre Zahl ist seit der Neuregelung im ersten Hartz-Paket vom April 2003 rasant gestiegen. 5,88 Millionen haben im September 2003 in solchen Jobs gearbeitet, im April waren es noch 4,1 Millionen. Das ist ein Anstieg von 43% innerhalb eines knappen halben Jahres. Überdurchschnittlich viele Minijobs gibt es in der Gebäudereinigung, im Gesundheitswesen und im Einzelhandel. Aber auch in Restaurants, Speditionen sowie Detekteien und Schutzdiensten nehmen diese Beschäftigungsverhältnisse rasant zu.

Die Billigarbeit in Minijobs ist ganz überwiegend weiblich. 65% Frauen arbeiten zu diesen Bedingungen, im Einzelhandel sind es sogar 78,1%. (Westdeutschland) bzw. 72,8% (Ostdeutschland). Gleichzeitig handelt es sich hierbei schon per Definition um Jobs, von denen man nicht leben kann. Kein Wunder also, wenn Minijobs in aller Regel als Zweit- oder Drittjobs dienen.

Zumindest für den Einzelhandel gilt zudem, dass Minijobs eindeutig ein westdeutsches Phänomen sind. Einschließlich Berlin gibt es hier 709.133 geringfügig Beschäftigte gegenüber 114.104 MinijobberInnen im Osten. Die meisten Minijobs gibt es laut ver.di in Nordrhein-Westfalen (ca. 227.000), Bayern (127.000), Baden-Württemberg (112.600) und Niedersachsen (98.000). Die wenigsten in Bremen (8.400), Mecklenburg-Vorpommern (11.000), Brandenburg (16.500) und Thüringen (16.500). (1)

Boombranche Minijobs

Doch in Bezug auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne führt die Fokussierung der Debatte auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu einer sehr verkürzten Perspektive. Sie verkennt nämlich, das Prekarität, d.h. eine grundlegende Unsicherheit und Unbeständigkeit inzwischen alle Beschäftigungsbereiche erfasst hat, und zwar unabhängig von den erzielten (Lohn-)Einkommen. Gleichzeitig ist es inzwischen überdeutlich, dass niedrige Löhne auch Charakteristikum von immer mehr regulären und (tariflich) regulierten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen sind.

Ende März diesen Jahres veröffentlichte das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft eine Liste mit Berufsgruppen, in denen die Stundenlöhne unter sechs Euro liegen - und das ganz ordentlich und offiziell laut Tarifvertrag. Mehr als 130 von insgesamt 2.800 gültigen Verbands-Tarifverträgen beinhalten solche tariflichen Niedriglöhne, häufig für ungelernte ArbeiterInnen unter 18 Jahren und für einfache Tätigkeiten - ein Reflex auf die zunehmende Praxis, Sondertarife für BerufseinsteigerInnen zu vereinbaren. (2) Doch nicht nur Einstiegsgehälter oder die Löhne von ErntehelferInnen und SaisonarbeiterInnen sind auf einem Niedrigniveau tarifiert. Auch viele abhängig Beschäftigte mit abgeschlossener Ausbildung oder ältere Ungelernte verdienen weniger als sechs Euro in der Stunde - im Osten wie im Westen (vgl. Tabelle 1). Nach Zahlen vom Oktober 2001 fallen 7,5% aller Beschäftigten in Deutschland, d.h. 2,8 Millionen Menschen, in diese niedrigsten Tarifstufen. Man darf getrost davon ausgehen, dass der reguläre tarifierte Niedriglohnsektor und damit die ganz normale Beschäftigungsarmut in den letzten drei Jahren eher gestiegen als gesunken ist.

Zu ähnlichen Ergebnissen kam im letzten Jahr das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI). Im Rahmen einer Untersuchung im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen stellte das WSI fest: "Ein Drittel der westdeutschen Vollzeitbeschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor" (Pressemitteilung vom 4.8.2003). Mit Niedriglohn definiert das WSI Löhne, die weniger als 75% des durchschnittlichen effektiven Vollzeitverdienstes betragen. Knapp 4,2 Millionen Erwerbstätige, d.h. fast 24% aller Vollzeitbeschäftigten, erhalten "Prekärlöhne" - erzielen also nur 50-75% des Durchschnittsverdienstes. Rund 2,1 Millionen (gut 12%)

müssen sich sogar mit "Armutslöhnen" von weniger als 50% des Durchschnittsverdienstes begnügen (vgl. Tabelle 2). (3)WSI-Sprecher Claus Schäfer: "Ein Niedriglohnsektor muss nicht erst geschaffen werden, er existiert schon längst. Niedriglöhne sind unter den so genannten Normalarbeitsverhältnissen inzwischen sogar ein Massenphänomen." Das WSI hatte sich bei der Untersuchung auf verlässliche Daten beziehen wollen und hat deshalb auf Zahlen aus dem Jahr 1997 zurückgegriffen. Im Vergleich zum Jahre 1980 sich hat der Niedriglohnsektor demnach um 400.000 Vollzeitbeschäftigte erhöht. Auch hier kann man also davon ausgehen, dass die Situation sich in der Zwischenzeit erheblich verschärft hat.

Ganz normaler Niedriglohn

Der Blick auf die Tabelle 2 gibt auch Hinweise auf eine zunehmende Lohnspreizung. Absolut gesehen ist der Bereich der mittleren Löhne immer noch der größte, allerdings ist diese Kategorie von 1980 bis 1997 um nahezu 7% gesunken. Im Gegensatz dazu sind sowohl die niedrigen als auch die hohen Löhne gestiegen.

Auch das WSI räumt mit dem Märchen auf, Niedriglöhne seien eine Domäne von jungen oder unqualifizierten Beschäftigten. Die Mehrzahl der NiedriglöhnerInnen sind vielmehr von mittlerem Alter und besitzen eine abgeschlossene Berufsausbildung. Stärker als individuelle sind es strukturelle und betriebliche Gründe, die für den Bezug von Niedriglöhnen ausschlaggebend sind. Insbesondere in Kleinbetrieben bis 99 Beschäftigte und im weiten Feld der Dienstleistungen werden überdurchschnittlich oft Niedriglöhne gezahlt. Zudem sind es vor allem ältere Beschäftigte und Frauen, die ganz regulär schlecht bezahlt werden (vgl. Tabelle 3).

Das WSI weist ausdrücklich darauf hin, dass die 6,3 Millionen NiedriglöhnerInnen keineswegs in wie auch immer ungeregelten Beschäftigungsverhältnissen schuften. Sie sind Vollzeit beschäftigt und damit "regulärer Bestandteil des Normalarbeitsverhältnisses". Zwei wesentliche Schlussfolgerungen kann man daraus ziehen. Zum einen sind Niedriglohnsektoren längst keine gesellschaftlichen Randbereiche mehr, sondern zunehmend Normalität auch für so genannte "Kernbelegschaften". Die Unterscheidung in "Kerne" und "Ränder" ist inzwischen untauglich geworden. Zum zweiten bewahrheitet sich eine alte Weisheit: Mit Arbeit ist noch niemand reich geworden. Die Armut trotz Arbeit ist längst in Deutschland angekommen.

dk.

Anmerkungen:

1) Bert Warich: "Minijobs im Einzelhandel. Analyse zu Umfang und Struktur geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel der Bundesrepublik Deutschland", Studie im Auftrag von ver.di, Ressort Handel, Berlin 2004

2) "Deutschland ist schon Billiglohnland", SPIEGEL ONLINE, 28.4.2004

3) Claus Schäfer: "Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland", in: WSI-Mitteilungen, 7/2003, S. 420-428

Tabelle 1: Berufe mit weniger als 6 Euro Stundenlohn

Beruf, Stundenlohn, Bundesland

Kaufmännischer Angestellter im Gartenbau (ohne Ausbildung), 2,74 Euro, Sachsen

Wachmann bei Objekten der Bundeswehr, 3,91 Euro, Sachsen-Anhalt

Fahrkartenkontrolleur, 4,49 Euro, Thüringen

Angestellter im Gartenbau mit Fachkenntnissen,, selbstständige Tätigkeit, 4,80 Euro, Thüringen

Wachmann, 4,84 Euro, Brandenburg

Kaufmännische Angestellte mit schwierigen Arbeiten und Berufsausbildung, 4,86 Euro, Sachsen

Verkäufer in einer Bäckerei, 4,98 Euro, Brandenburg

Hoteldiener, 5,12 Euro, Mecklenburg-Vorpommern

Facharbeiter (Erwerbsgartenbau), 5,28 Euro, Brandenburg

Kaufmann mit Berufsausbildung in der Lederwaren- und Kofferindustrie, 5,34 Euro, Rheinland-Pfalz

Friseur, 5,47 Euro, Berlin

Friseurmeister mit 10 Angestellten, 5,56 Euro, Sachsen

Technischer Angestellter mit Berufsausbildung, 5,64 Euro, Sachsen

Haushaltshilfe, 5,65 Euro, Nordrhein-Westfalen

Hotelpage, 5,95 Euro, Saarland

Kaufmännischer Angestellter im Gartenbau (ohne Ausbildung), 5,73 Euro, Ostdeutschland

Ungelernter Arbeitnehmer im Blumeneinzelhandel, 5,78 Euro, Bremen

Angestellter im Elektrohandwerk (ohne Ausbildung), 5,80 Euro, Schleswig-Holstein

Angestellter im Gartenbau, 5,83 Euro, Brandenburg

Angestellter in der Forstwirtschaft mit Facharbeiterabschluss, 5,93 Euro, Thüringen

Büro- und Verwaltungsangestellter im Fleischerhandwerk, 5,93 Euro, Sachsen-Anhalt

Erntehelfer für schwere Arbeiten, 5,28 - 6,00 Euro, alle Bundesländer

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, +, +

Tabelle 2: Die Lohnhierarchie in Deutschland

Die Verteilung von allen Vollzeitbeschäftigten1) auf Regionen

und relative Entgeltklassen2) in %3) und in Mio.4)

Entgeltklassen2), Westdeutschland, +, Ostdeutschland, +

, 1997, 1980, 1997, 1993

0-50%5),, , , , ,

Armutslöhne, 12,1 (2,138), 12,0 (2,265), 9,5 (0,410), 7,0 (0,333)

50-75% 5),, , , , ,

Prekäre Löhne, 23,8 (4,175), 19,3 (3,661), 26,0 (1,125), 22,0 (1,049)

75-125% 5),, , , , ,

Mittlere Löhne, 47,5 (8,330), 53,3 (10,097), 47,0 (2,031), 53,9 (2,576)

125% und mehr 6),, , , , ,

Hohe Löhne, 16,5 (2,896), 15,4 (2,924), 17,5 (0,758), 17,1 (0,817)

Alle , 100,0 (17,526), 100,0 (18,946), 100,0 (4,325), 100,0 (4,778)

1) D.h. ganzjährig und unterjährig Vollzeitbeschäftigte Beschäftigtengruppe A.

2) Gebildet aus Schwellenwerten in Prozent des durchschnittlichen Arbeitsentgelts ganzjährig vollzeitbeschäftigter Deutscher (Männer und Frauen).

3) In Prozent aller (ganzjährig und unterjährig) Vollzeitbeschäftigten.

4) In Klammern: absolute Zahlen aller (ganzjährig und unterjährig) Vollzeitbeschäftigten.

5) Zu lesen als: bis unter...

6) Wenig oberhalb von 125% liegt die Beitragsbemessungsgrenze zur Rentenversicherung.

Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe Berechnungen des WSI, +, +, +, +

Tabelle 3: Die häufigsten Einflüsse von Beschäftigungs- merkmalen auf Niedriglöhne in Westdeutschland in %1)

Beschäftigungsmerkmale, Armutslöhne, +, Prekärlöhne, +

, 1997, 1980, 1997, 1980

Arbeit in Kleinbetrieben bis zu, , , ,

9 Beschäftigte2), 45,3, 39,6, 22,0, 20,0

99 Beschäftigte2), 80,9, 73,7, 62,2, 51,0

Geschlecht: Frau, 71,3, 76,1, 49,8, 68,0

Arbeit im Dienstleistungsbereich3) , 63,0, 54,7, 52,4, 43,1

Mit Berufsausbildung

(aber ohne Abitur), 61,6, 59,4, 64,3, 51,8

Alter ab 30 Jahre und darüber, 65,3, 51,5, 60,8, 52,7

Einfache Tätigkeiten, 33,5, 36,1, 26,9, 28,4

1) Die Häufigkeit von Merkmalsausprägungen ist in Prozent aller Empfänger (=100) von Armutslöhnen bzw. von Prekärlöhnen ausgedrückt. Die Angaben beziehen sich auf ganzjährig beschäftigte Niedriglohn-Bezieher.

2) Genauer: bis zu 9 bzw. bis zu 99 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte; einschließlich anderer Beschäftigungsformen können die Belegschaften größer ausfallen.

3) Distributive (Handel und Verkehr),, wirtschafts-,, haushalts- und gesellschaftsbezogene Dienstleistungen.

Quelle: IAB-Beschäftigtenstichprobe Berechnungen des WSI, +, +, +, +

35. Bilder der Unterwerfung

Folter in Abu Ghraib - ein Signal an die islamische Welt

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:36

Nachdem die monatelang unterdrückten Berichte und Fotos über Folter in Abu Ghraib an die Öffentlichkeit gelangt sind, überbieten sich die PolitikerInnen des Westens mit Verurteilungen: "Abscheulich" ist es, was da irakischen Gefangenen angetan wurde (und wird?), die schrecklichen Vorgänge müssen "rückhaltlos aufgeklärt" und die Schuldigen bestraft werden. Während Bush die Gewalttaten schlicht für "unamerikanisch" erklärt, eine formelle Entschuldigung aber verweigert, dürften sich die Führer von Old Europe insgeheim die Hände reiben über den weltweiten und auf Jahrzehnte irreparablen Ansehensverlust des transatlantischen Partners und Konkurrenten.

Dass es sich bei den verharmlosend als "Demütigungen" bezeichneten Quälereien um Folter handelt, verschweigen auch die europäischen Regierungen - nicht allein aus Gründen diplomatischer Zurückhaltung, sondern auch, weil man seit Ausrufung des "War on terror" im Herbst 2001 mit den Folterern zumindest gemeinsame Sache macht: In Afghanistan übergibt das deutsche Kommando Spezialkräfte (KSK) regelmäßig gefangene "Terrorverdächtige" an die US-Truppen, die ihrerseits bei Bedarf das Know-how von "Verhörspezialisten" aus Pakistan, Syrien, Jordanien oder Ägypten in Anspruch nehmen.

Was den Fall Abu Ghraib über die Normalität des antiterroristischen Kreuzzugs hinaus hebt, sind die Bilder, die weltweit verbreitet wurden. Über ihre Wirkung in der arabischen und islamischen Welt sagt der New Yorker Islamwissenschaftler Bernard Haykel:

"Die Leute, die das taten, wussten ganz genau, was für ein enormes Tabu öffentliche Nacktheit in der arabischen Kultur darstellt. Auch zwischen Männern. Dass Frauen dabei waren, hat die Folter nur noch verschärft. (...) Wenn man jemanden zwingt, sich auf diese Weise anderen nackt zu zeigen, bricht man seine Menschenwürde. Buchstäblich." (Interview in Süddeutsche Zeitung, 8.5.2004)

Dass die Folter die Gefangenen auf Verhöre "vorbereiten", d.h. Geständnisse und Denunziationen erzwingen sollte, ist inzwischen unbestritten. Die Einlassung der ausführenden TäterInnen, sie hätten nur Befehle übergeordneter Stellen im militärischen Geheimdienst ausgeführt, ist glaubwürdig - auch wenn sie natürlich deren individuelle Schuld in keiner Weise mindert. In dem monatelang geheim gehaltenen 53-seitigen Bericht von Generalmajor Antonio M. Taguba wird das Lob der Militärgeheimdienstler für die "Vorarbeit" der Folterer zitiert: Letztere hätten einen "guten Job" gemacht; die Gefangenen "brechen wirklich schnell zusammen. Sie beantworten jede Frage. Sie geben gute Informationen." Zitiert werden diese Aussagen in dem inzwischen schon legendären Artikel "Torture at Abu Ghraib", dessen Autor Seymour Hersh schon 1968 das Massaker der US-Armee in dem vietnamesischen Dorf My Lai aufgedeckt hatte. Hersh kommt zu dem Schluss, Tagubas Bericht beweise "kollektives Fehlverhalten und das Versagen der Armeeführung auf höchster Ebene." (www.newyorker.com)

Strittig ist allerdings, ob die systematische Folter noch andere Zwecke hatte. Bernard Haykel bejaht diese Frage - eben weil es die Fotos gibt:

"Sie wurden aufgenommen, um neuen Häftlingen Angst einzujagen und sie zum Reden zu bringen. Wer auch immer den Amerikanern gesagt hat, dass sie das tun sollen, muss ein Araber gewesen sein, wahrscheinlich Mitglied eines arabischen Geheimdienstes, der genau wusste, an welchen Schwachstellen der Wille und das Selbstbewusstsein eines Häftlings zu brechen sind."

Aber die Fotos sind nicht nur eine Warnung an die IrakerInnen, was sie im Falle ihrer Gefangennahme erwartet. Sie sind auch ein politisches Signal an die gesamte islamische Welt. Bernard Haykel:

"Für Araber und Moslems sind diese Bilder exemplarische Symbole für die gesamte Beziehung zwischen der islamischen und der westlichen Welt. Die Bilder bringen die ganze Dynamik aus Unterwerfung, Erniedrigung und Entmannung auf den Punkt. Al-Qaida spielt mit diesen Motiven schon lange. Sie sagen immer wieder, dass der arabische Mann vom Westen entmannt wurde, dass der Westen Frauen als Soldaten einsetzt, die sich über die Mannesehre der Araber lustig machen. Und jetzt bestätigen die Bilder all das."

Die in einigen arabischen Staaten bei mehr als 50 Prozent liegende Analphabetenrate verschärfe die Wirkung noch:

"Diese Bilder werden das einzige sein, was viele Menschen über diese Vorfälle erfahren."

Die Frage, ob das alles so geplant war, lässt sich kaum beantworten. Der politischen Führungsspitze in Washington dürfte es lieber sein, es gäbe diese Fotos nicht, mit denen die von ihr geduldete systematische Folter dokumentiert wird - eben weil die "moralische Führungsrolle" der USA (Joschka Fischer) dadurch bleibenden Schaden genommen hat. Andererseits kann die US-Regierung darauf vertrauen, dass die Folterbilder auf Dauer abstumpfende Wirkung haben. Zumal es schon andere Bilder gibt und vermehrt geben wird - von "Vergeltungsaktionen", mit denen islamische Gotteskrieger die Schande von Abu Ghraib rächen. Die Anschläge lenken nicht nur von den Verbrechen der Besatzungsmacht ab, sondern liefern auch neue Gründe, den "Krieg gegen den Terror" zu intensivieren. Dass dieser Krieg Jahrzehnte in Anspruch nehmen werde, gehört seit Herbst 2001 zur US-amerikanischen Staatsdoktrin - eine Prophezeiung, die nach den Verbrechen in Abu Ghraib weniger denn je bezweifelt werden kann.

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:37

... süß wie Maschinenöl

"Ich weiß nie, arbeite ich gerade oder nicht. Und was in mir arbeitet, das kann ich meistens nur erahnen." (René Pollesch) Die Zeit, in der Arbeit und Freizeit strikt getrennt waren, gehört der Vergangenheit an. Das Projekt "Tätig Sein", dass neben der Ausstellung ein Buch umfasst, setzt sich mit Veränderungen unserer Arbeits- und damit auch Lebenswelt im Zuge einer forcierten Kapitalisierung auseinander. Die Ausstellung in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) in Berlin-Kreuzberg stellt historische und zeitgenössische Positionen vor, die diesen Wandel auf verschiedenen Ebenen reflektieren. In Video-, Dia- und Klanginstallationen, aber auch in Zeichnungen, Wandmalereien und Fotoarbeiten nähern sich verschiedene KünstlerInnen dem Thema an. Die Ausstellung ist noch bis zum 13. Juni 2004 in der NGBK zu sehen.

Berlin, 1.5.-13.6.2004, täglich 12-18.30 Uhr, NGBK, Oranienstr. 25

Antisemitismus und extreme Rechte

"Stoppt den Synagogenbau - 4 Millionen fürs Volk!" sollte das Motto zweier NPD-Demos in Bochum lauten, die beide verboten wurden. Für den 26. Juni planen die Neonazis nun einen weiteren Anlauf. In letzter Zeit häufen sich Aufmärsche mit antisemitischen Anliegen. Der Stellenwert von Antisemitismus in der Agitation der extremen Rechten wächst. Eine Informationsveranstaltung der Antifa KOK.

Düsseldorf, 26.5.2004, 19.30 Uhr, "Hinterhof", Corneliusstr. 108

Lesereise

Die bereits im letzten ak-Kalender angekündigte Lesereise von Ernesto Kroch findet in diesem Monat ihre Fortsetzung. Kroch liest aus seinem autobiografischen Buch "Heimat im Exil - Exil in der Heimat", das seine Lebensgeschichte, vor allem die Flucht vor dem Nationalsozialismus nach Uruguay beschreibt, sowie den umgekehrten Fluchtweg, den er während der uruguayischen Militärdiktatur in den 70ern zu wählen gezwungen war.

Münster, 26.5.2004, 20 Uhr, Fürstenberghaus; Bremen, 1.6., 19.30 Uhr, Villa Ichon; Hamburg, 3.6., 19.30 Uhr, Kölibri; Berlin, 7.6., 20 Uhr, Buchladen Schwarze Risse

Werbung total

Martin Kaltwasser wird mit seinem Projekt "Werbung Total" den U-Bahnhof der Linie U2 am Alexanderplatz zu einer Plattform der Auseinandersetzung um Werbe- und Kommunikationsstrategien im öffentlichen Raum umfunktionieren. Auf den 32 Hintergleisflächen wird der Künstler affirmative, kritische und extreme Positionen zur Vereinnahmung der Stadtoberfläche durch Werbung und deren zeitweilige Rückeroberung durch Streetart in Text und Bild zu Wort kommen lassen. Er wird der Frage nachgehen, welche Legitimation Privatunternehmen und Markenproduzenten gegenüber Privatpersonen wie Künstler und Graffitisprayer haben, sich die sichtbare Seite der Stadt anzueignen. In einem Symposion werden die unterschiedlichen Positionen zur Diskussion gestellt.

Berlin, 27.5.2004, 21 Uhr, Alexanderplatz/Bahnsteig der U2: Eröffnung der Ausstellung, die bis zum 22.8. zu sehen ist. Symposium zur Ausstellung: 12.6., 16 Uhr, NGBK, Oranienstr. 25

Autonome in Bewegung

Mit "Autonome in Bewegung" liegt ein weiteres Buch über autonome Geschichte vor. Auf der dazugehörigen Website http://autox.nadir.org finden sich ergänzende Materialien und Texte. In ihrem Buch lässt die Autorengruppe die Zeit der Hausbesetzungen und der verschiedenen Kampagnen der westdeutschen radikalen Linken ebenso Revue passieren wie die Aktionen und Debatten der 90er Jahre. Lesung und Diskussion mit einem der Autoren, Tomas Lecorte, auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen und des Infoladen Bremen und Archiv der sozialen Bewegungen.

Bremen, 4.6.2004, 20.00 Uhr, Infoladen Bremen, St-Pauli-Str. 10/12

Ein anderes Berlin?

"There is no alternative!" Dieses Motto ist zum Lieblingszitat des rot-roten Berliner Senates geworden: Keine Alternative zum Sparkurs, zur Privatisierung von Landesbetrieben, zum Streichen von Arbeitslosentickets für öffentliche Verkehrsmittel usw. usf. Auf dem stadtpolitischen Kongress des Berliner Sozialbündnisses soll über Alternativen zur Senatspolitik und über mögliche politische Strategien debattiert werden. Als RednerInnen sind u.a. Mag Wompel (labournet), Detlef Hensche (Ex-Vorsitzender IG Medien), Peter Grottian (Freie Universität) und VertreterInnen der Gewerkschaftslinken und des Berliner Sozialforums geladen.

Berlin, 4./5.6.2004, Auftakt: 4.6., 18 Uhr, Humboldt-Universität. Infos unter www.berliner-sozialbuendnis.de

Europa von unten

Die EU spielt als Institution, die den Rahmen für politische Entscheidungen auch auf nationaler Ebene absteckt, eine immer größere Rolle. In der Linken ist sie jedoch kaum Gegenstand politischer Analyse und Intervention. Eine Konferenz in Berlin von Mitgliedern aus Gewerkschaften und globalisierungskritischer, Friedens- und Umweltbewegung soll den Austausch, die Vernetzung und die Neugründung von Arbeitszusammenhängen fördern, die sich mit der Rolle der EU - nach innen und in der Welt - auseinander setzen. Zur Vorbereitung sei insbesondere der aktuelle Newsletter der bundesweiten Attac-EU-AG zur EU-Erweiterung empfohlen (http://www.attac.de/eu-ag/og_ausgabe.php?id=194).

Berlin, 4.-6.6.2004, Umweltforum Berlin, Pufendorferstr. 11. Infos unter www.europa-von-unten.org

Der größte Lump

"Der größte Lump im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant" - dieses bekannte Zitat bringt die moralische Ächtung des Denunziantentums zwar auf den Punkt; zur Analyse von Denunziation als individuelles Verhalten im Kontext sozialer Kontrolle und Herrschaftssicherung ist es indes wenig geeignet. Insbesondere für den Nationalsozialismus konnte inzwischen gezeigt werden, dass nicht die Gestapo selbst mit tausend "Augen" und "Ohren" ausgestattet war, sondern dass sie sich auf die mit Hilfe zahlreicher "Volksgenossen" verlassen musste - und konnte. Über Denunziationsmuster und Denunziationsverhalten 1933 bis 1949 (kein Druckfehler) spricht Stephanie Abke auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen.

Bremen, 11.6.2004, 20 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz

37. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:38

Heißer Herbst im Frühling

Das Gerücht hält sich in linken Kreisen hartnäckig: Die industrielle ArbeiterInnenklasse spiele keine Rolle mehr. Wenn es denn noch so was wie klassische Fabrikkämpfe gebe, dann allerhöchstens in den Schwellenländern des Trikont. Weder die Hafenarbeiter in Liverpool und an der amerikanischen Westküste noch die Streikbewegungen in Frankreich haben diesem Gerücht etwas anhaben können. Vermutlich werden auch die FIAT-Arbeiter in Italien an dieser Ignoranz kaum kratzen können. Drei Wochen lang ist das modernste und produktivste Werk des italienischen Automobilkonzerns bestreikt worden. Was für die hiesige Linke kaum Thema gewesen ist, beschäftigte die bürgerliche Fachpresse von Handelsblatt bis AutoMotorSport umso intensiver.

Mit millionenschweren staatlichen Subventionen hatte die FIAT Anfang der 1990er Jahre ein Vorzeigewerk im süditalienischen Melfi errichtet, ca. 160 Kilometer östlich von Neapel. FIAT und insgesamt 22 Zulieferfirmen produzieren hier Komponenten und Bleche für alle anderen italienischen Fabriken des Werkes. Zudem produzieren die ca. 5.000 Beschäftigten in Melfi bei Vollauslastung 1.200 Autos pro Tag, u.a. den FIAT Punto und den Lancia Ypsilon. Nicht nur die Industrieansiedlung in einer strukturschwachen Region erinnert an Projekte wie Opel Eisenach oder die "Gläserne Manufaktur" von VW in Dresden. Sonderregelungen in Bezug auf die Arbeitszeit und der Ausstieg aus dem Flächentarif galten in Melfi genauso wie im Vergleich zu den FIAT-Werken in Norditalien niedrigere Löhne.

Der Streik in Melfi begann am 19. April als wilder Streik. Die Hauptforderung bestand in der sofortigen und uneingeschränkten Angleichung der Löhne mit denen in den anderen FIAT-Werken. Während die Regierung Berlusconi den Streik als "inakzeptabel" bezeichnete, wurde er von der Metallarbeitergewerkschaft FIOM sehr bald unterstützt. Im Laufe des Ausstandes haben die FIAT-Arbeiter mit Fabrikblockaden, Straßensperren und teilweise heftigen Straßenschlachten mit der Polizei nicht nur die Produktion in Melfi zum Erliegen gebracht. Die strategische Bedeutung des Werkes hatte darüber hinaus zu einem beinahe totalen Produktionsausfall im gesamten Konzern geführt. Ein Ausfall von 95% der Produktion und insgesamt 40.000 Autos (mehr als 1,5% der gesamten Jahresproduktion) war laut La Repubblica die Streikbilanz bis zum 10. Mai.

An diesem Tag wurde in Melfi die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich Arbeiter, Gewerkschaft und Konzernspitze am Sonntag, den 9. Mai auf ein Ergebnis geeinigt hatten: Lohnerhöhungen von 105 Euro pro Monat (FIAT hatte zwischenzeitlich 92 Euro angeboten) und deutlich verbesserte Schicht- und Nachtschichtzeiten. "Ein sehr trauriger Moment" kommentierte Konzernpräsident Umberto Agnelli das Verhandlungsergebnis. Angesichts von weiterhin tiefroten Zahlen gerade beim Automobilbau stand der Konzern unter erheblichem Handlungsdruck. "Nur wenn der Streik bald endet, wird es keine Katastrophe für FIAT geben", meinte Pietro Gasparri, Analyst bei der Banca Akros. Das Beispiel FIAT-Melfi zeigt somit, dass die ökonomische Krise eines Konzerns nicht unbedingt zu Anpassung und Zugeständnissen seitens der Beschäftigten führen muss.

Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt, AutoMotorSport, New York Times

Chefduzen

Widerstand und Kommunikation unter LeiharbeiterInnen und Menschen in den diversen staatlich organisierten Zwangsdiensten ist sicherlich keine einfache Angelegenheit. Wichtiges Instrument, um Erfahrungen auszutauschen, sind hier Internetportale wie z.B. www.chefduzen.de aus Kiel. Das "Forum der Ausgebeuteten" (Untertitel) veröffentlicht Berichte und Statements zu den Themen Tipps und Tricks für SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose, Ämterstress, Leiharbeit, Call Center, Agenda 2010, Schwarzarbeit und jede Menge Berichte aus Betrieben.

Offensichtlich haben die kleinen und größeren Ausbeuterklitschen wenig Interesse daran, dass ihre Praktiken allzu bekannt werden. Folglich sieht sich Chefduzen mit einer ganzen Reihe von Unterlassungsklagen konfrontiert. Die ALPHA Zeitarbeit GmbH aus München sieht "rechtswidrige und geschäftsschädigende

Äußerungen" und lässt mir dieser Begründung ein Posting bei Chefduzen zensieren. Auch das Callcenter Freenet hat das Portal bei Androhung von 100.000 Euro Strafe abgemahnt. Freenet beschwert sich über drei Nachrichten, die anschließend u.a. auch von der Franfurter Rundschau aufgegriffen worden waren. In die Kritik ist Freenet gekommen, weil die Firma nur einen Grundlohn von fünf Euro die Stunde bezahlt. Zuschläge gibt es nur bei einem Monat ohne Fehlzeiten oder als leistungsbezogene Prämien, etwa wenn in Drückermanier Freenet-AgentInnen im Auftrag des Bauer-Verlages am Telefon KundInnen Abos aufschwatzen. Wer seine Abo-Quote nicht erfüllt, muss zudem mit seiner/ihrer Kündigung rechnen. Kein Wunder, dass die Freenet AG solche Geschichten aus dem betriebsinneren nicht gerne in der Öffentlichkeit sehen möchte und mit allen Mitteln gegen chefduzen vorgeht. Die können im übrigen finanzielle Unterstützung in den anstehenden Prozessen gut gebrauchen und haben folgendes Spendenkonto eingerichtet: M. Dörr, Kiel, Konto-Nr.: 591788 307, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30

www.labournet.de; www.chefduzen.de

Sklavenhändler und Ämterbüttel

Personal Service Agentur hört sich zwar gut an, ist aber trotzdem nichts anderes als eine ordinäre Leiharbeitsfirma. Eine solche betreibt u.a. auch der Deutsche Gewerkschaftsbund bzw. sein Berufsfortbildungswerk in Frankfurt. Inab heißt die Firma, die zwar Löhne streng nach Tarif zahlt, sich dabei aber an den Dumpingtarifverträgen von DGB und CGB orientiert. Im April sind die Geschäftsräume der Inab für kurze Zeit von AktivistInnen der FAU besetzt worden. Die FAU fordert u.a. die Inab dazu auf, diejenigen Beschäftigten, die nicht Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft sind, nicht nach Tarif, sondern nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) zu bezahlen. Nach dem AÜG gilt nämlich das Prinzip des "equal pay", wonach LeiharbeiterInnen genauso bezahlt werden müssen, wie ihre regulär beschäftigten KollegInnen in den Entleihbetrieben. Der besondere Skandal an der gewerkschaftlichen Tarifierung der PSAs lag nämlich darin, dass dieser Tarif sogar noch schlechter als die bestehenden gesetzliche Bestimmungen ist. Zumindest die Inab-Beschäftigten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, müssten demnach nach dem AÜG bezahlt werden.

PSAs sind aber nicht nur normale Sklavenhändler, sondern auch noch Büttel der Arbeitsämter. In Hamburg hatte sich eine erwerbslose Diplom-Regisseurin, die vom Amt zur PSA Mikro Partner Service GmbH geschickt worden war, geweigert, ohne Rücksprache einen Arbeitsvertrag zu unterschreiben. Der kam ihr deshalb dubios vor, weil er einen Tariflohn vorsah, der zwischen einem nordbayrischen Unternehmerverband und einer christlichen Gewerkschaft vereinbart wurde. Mikro Partner hat zwar den Arbeitsvertrag zurückgezogen, doch gleichzeitig damit gedroht, dem "arbeitsscheuen Element" "das Handwerk zu legen". In einem Schreiben an das Arbeitsamt Hamburg Eimsbüttel wurde die Frau massiv denunziert: Sie habe dem Geschäftsführer mit ihren Fragen "die Zeit geraubt", sie habe damit gedroht, "unsere Verträge durch ihre Anwälte und die Gewerkschaften prüfen (zu) lassen." Sie habe durch ihr Verhalten "Kunden vergrault" und deutlich erkennen lassen, dass sie "jede Gelegenheit nutzt nicht in Arbeit zu kommen!"

www.labournet.de

Aus dem Leben eines Autowäschers

Sein Name ist Luís Paolo, und er lebt in Luanda, der Hauptstadt Angolas. Sein Leben kreist um vier geparkte Autos, so jedenfalls beschreibt es die südafrikanische Online-Zeitung Mail&Guardian. Luís Paolo ist Autowäscher. Er wäscht und bewacht jeden Tag die vier Wagen, die UN-Mitarbeitern in Luanda gehören. Ungefähr 162 Rand verdient Paolo damit im Monat. Er ist 22 Jahre alt, doch seine Haare werden bereits grau und seine Hände sind rissig vom ständigen Auswringen des nassen Tuchs, mit dem er die Karossen wienert.

Er beschreibt jeden Tag als Kampf. Der Teil der Straße, der ihm und seinen Freunden "gehört", ist nicht der lukrativste, auch wenn hier mehrere UN-Agenturen residieren. Eine Autowäsche bei Luís Paolo kostet ca. 16 Rand, nur wenige Blocks weiter fordern die Autowäscher 24 Rand. Doch dieses Gebiet ist für ihn tabu, die Reviere sind abgesteckt. Paolo bleibt bei den vier Wagenbesitzern, mit denen er einen Vertrag hat. "Ich habe vier Amigos", sagt er, "und die anderen haben ihre Amigos. Wir können uns nicht einfach gegenseitig die Kunden wegnehmen. Wenn das jemand tut, kann es zum Kampf kommen."

Paolo ist nicht der einzige, der in Luanda auf und von der Straße lebt. "Man kann hier auf der Straße alles kaufen, was man zum Leben braucht - Nahrungsmittel, Kleidung, Werkzeug, Möbel, Spielsachen und selbst Polizisten." Doch die meisten Straßenhändler führen ein gefährliches Leben, zumal wenn sie keine offizielle Lizenz besitzen. Sie sind korrupten Beamten ausgeliefert, die ihnen das Leben zur Hölle machen. Und eine Lizenz ist nicht nur teuer, sie muss auch jeden Monat neu gekauft werden. Auch die Polizei lebt in Luanda also mit und von der Straße.

www.labournet.de

38. Aneignung, Prekarität, Gegenperspektiven

Die Debatten verknüpfen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:39

Zu einer Debatte hatten wir in ak 483 aufgerufen und eingeladen. Ausgehend von Karl Heinz Roths Thesen zur Agenda 2010, zu den Umbrüchen im weltweiten Akkumulationsregime und zu den Perspektiven des Widerstandes wollten wir den Anstoß geben für einen organisierten und produktiven Diskussionsprozess. Wir wissen, dass das Roth-Papier relativ breit diskutiert wird, und ak wird diese Debatte nach Kräften abbilden und begleiten. Den Auftakt macht in dieser Ausgabe die kritische Replik von Detlef Hartmann sowie ein Kurzstatement von Brigitta Huhnke; weitere Beiträge werden in den nächsten Ausgaben folgen. Auch die neue Ausgabe von Fantômas mit dem Titel "Staat und Autonomie" liefert Material für die Diskussion.

Die Diskussion um Roths "Eckpunkte einer egalitären Widerstandsperspektive" hat etliche Schnittstellen zu anderen Debatten, die in der Linken zur Zeit geführt werden. Im Zentrum des diesjährigen BUKO in Kassel (20. bis 23. Mai) stehen das Thema eines egalitären Zugangs zu Ressourcen und die Frage der öffentlichen Güter und der (Wieder) Aneignung des eigenen Lebens und der eigenen Bedürfnisse.

Genau einen Monat später, vom 25. bis 27. Juni, organisieren Labournet, kein mensch ist illegal, kanak attak und andere Gruppen in Dortmund den Kongress "Die Kosten rebellieren". Hier stehen die vielen Facetten von Prekarität, prekärem Leben und prekärem Arbeiten im Mittelpunkt. Wie beim BUKO gehören auch hier u.a. ak und Fantômas zu den AufruferInnen.

Egalität, Aneignung, Prekarität - drei Aspekte, drei Diskussionen um ein Thema: Welche Gegenperspektiven gegen den weltweiten sozialen Angriff von oben lassen sich entwickeln? Welche Kämpfe werden wo und wie geführt? Drei Diskussionsstränge, die sich überschneiden und die zusammen gehören. ak möchte dazu beitragen, dass sie sich tatsächlich verschränken, auf einander beziehen und sich gegenseitig Anstoß liefern. Deshalb an dieser Stelle noch einmal unser "Call for Papers": Schickt uns Stellungnahmen, Repliken und sonstige Texte, mit denen in die Diskussionen oder einzelne ihrer Aspekte eingegriffen wird. Wir werden sie in dieser Zeitung abdrucken und/oder sie auf unsere Homepage stellen.

ak-Redaktion

39. Misshandlung mit Methode

Von Abu Ghraib führt eine Spur nach Greene in Pennsylvania, USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:40

"Was sie getan haben, ist nicht typisch für das amerikanische Wesen. Das ist nicht die Art und Weise, wie wir die Dinge in Amerika tun", sagte Präsident Bush am 8. Mai über die SoldatInnen, die für die Folterungen im Gefängnis von Abu Ghraib verantwortlich gemacht werden. Zumindest für das Hochsicherheitsgefängnis in Greene (Pennsylvania) kann als bewiesen gelten, dass "die Dinge" dort ganz ähnlich gehandhabt werden.

Mittlerweile ist es weltweit bekannt: Die USA setzen im Irak und anderen sogenannten Krisenregionen nicht nur ihr Militär ein, sondern auch Angestellte privater Sicherheitsfirmen und staatlicher Wachdienste.

Sergeant Charles A. Graner, der als Hauptverantwortlicher für die Folterungen in Abu Ghraib gilt, ist einer von den 16.000 Angestellten der Nationalen Sicherheitskräfte in Pennsylvania, die hauptberuflich als Wärter in den 26 Staatsgefängnissen Dienst tun. 4.000 von ihnen sind seit Jahren in Bosnien, im Kosovo und in Afghanistan im Einsatz.

Graner ist seit einem Jahr zusammen mit knapp 400 anderen KollegInnen im Sondereinsatz im Irak, sein regulärer Arbeitsplatz jedoch ist der Todestrakt des Hochsicherheitsgefängnisses von Greene bei Pittsburgh, Pennsylvania. Das ist der Trakt und das Gefängnis, in dem - zusammen mit dem größten Teil der pennsylvanischen Todeskandidaten - einer der berühmtesten Gefangenen der Welt einsitzt: Der afroamerikanische Journalist Mumia Abu-Jamal, der 1981 für den Mord an einem Polizisten verurteilt wurde, ist jetzt seit fast zehn Jahren dort.

"Extrabehandlung" von oben angeordnet

Greene, vor ebenfalls zehn Jahren neu erbaut als "schimmerndes Juwel unter den Strafanstalten", ist fast von Anfang an für Misshandlungsskandale berüchtigt. 1998 kam es zur ersten großen Anklage gegen 42 Strafvollzugsbeamte, von denen schließlich zwei entlassen und 22 weitere für zwei bis zehn Tage (!) suspendiert wurden, weil sie Gefangene geschlagen, getreten, gedemütigt oder anderweitig misshandelt hatten. Einer von ihnen war Charles A. Graner - auch wenn die Gefängnisleitung von Greene das mit Verweis auf das Recht auf Privatsphäre offiziell bestreitet.

Bei der gerichtlichen Anhörung im April 1998 wurden 36 Vorfälle verhandelt. Sie betrafen alle schwere und systematische Körperverletzungen, "von oben" angeordnete "Extrabehandlungen" von Gefangenen, d.h. systematische rassistische Demütigung der 76% farbigen Gefangenen durch die fast ausschließlich weißen Wärter. Die meisten dieser Vorfälle waren von den Überwachungskameras der Anstalt aufgezeichnet worden.

Die Akten des US-Distriktgerichts in Pittsburgh zeigen, dass Graner bereits vorher zwei Mal von Gefangenen beschuldigt worden war, sie misshandelt zu haben. Ein Gefangener sagte aus, Graner habe ihn zum Schlucken einer Rasierklinge gezwungen; ein anderer, dass er ihn bei einer Leibesvisitation verletzt habe. Das erste Verfahren war eingestellt worden, weil der Gefangene schon entlassen und "nicht auffindbar" war, als es 2000 endlich zur Verhandlung kommen sollte; das zweite wurde "aus rechtlichen Gründen" ebenfalls eingestellt.

Randy Gauger, der Vorsitzende der Quäker-Gefängnis-Gesellschaft in Pennsylvania, sagte nach dem Verfahren 1998 in einer Presse-Erklärung, er sei absolut besorgt über die Urteile, weil damit subalterne Beamte zum Sündenbock gemacht würden, während die Misshandlungen höchstwahrscheinlich von oben angeordnet wurden. Auch habe die Anstaltsleitung fortwährend Kenntnis von den Videoaufnahmen gehabt und dennoch nichts unternommen. Der Anstaltsleiter Martin Horn verweigerte der Presse 1998 jeden Kommentar.

Das tat er auch, als Amnesty International einen Bericht über die Zustände in Greene veröffentlichte, in dem Generalsekretär Pierre Sané erschüttert feststellte: "Der Todestrakt von Pennsylvania sieht aus wie ein Leichenhaus und fühlt sich auch so an. Von dem Moment an, in dem die verurteilten Gefangenen ankommen, versucht der Staat, sie langsam, mechanisch und mit Vorbedacht zu töten - erst psychisch, dann körperlich. Und nach den Zeugnissen der Gefangenen schließt dieser Versuch kontinuierliche Schläge und Bedrohungen ein."

Charles Graner - ein Spezialist im Auslandseinsatz

Der jetzt beschuldigte Charles Graner war von April 1988 bis Mai 1996 Mitglied der US-Armee und steht seit 1990 als Gefängniswärter auf der Gehaltsliste des Department of Corrections beim Ministerium für Strafanstalten in Pennsylvania. In dieser Funktion ist er Mitglied der 372. Militärpolizei-Einheit in Maryland. Laut einem Armeebericht über die Misshandlungen der letzten Zeit bekam er seine Aufsichtsfunktion im Gefängnis von Abu Ghraib vor allem deshalb, weil er Erfahrung in zivilen Gefängnissen hatte und "wusste, wie die Dinge laufen sollten".

Vor den Ereignissen in Abu Ghraib war vorgesehen, dass Graner am 9. Juni in den Dienst nach Greene zurückkehren sollte. Immerhin das ist jetzt nicht mehr sicher. Bislang erfolglos blieb die Forderung des Pennsylvania-Komitees zur Abschaffung der Todesstrafe, Graner umgehend aus dem Staatsdienst zu entlassen.

Noch ein weiterer Beschuldigter ist im "Zivil"beruf ebenfalls Gefängniswärter: Sergeant Ivan Frederick vom Buckingham-Strafvollzugs-Zentrum in Dillwyn, Virginia.

"Sie lernen eine Menge über andere Menschen und Kulturen, und das sind Lektionen, die sie zu noch wertvolleren Arbeitnehmern machen", sagte der Landesminister für die Strafanstalten in Pennsylvania, Jeffrey A. Beard, noch vor kurzem über die im Ausland eingesetzten Beamten. Und der Rest der Welt lernt eine Menge über US-amerikanische Werte und Herrschaftskultur.

Annette Schiffmann,

Bundesweites Netzwerk für Mumia Abu-Jamal

40. Kreuzberger Allerlei

1. Mai in Berlin wartete mit einigen Neuerungen und Überraschungen auf

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:41

"Böser 1. Mai!" titelte das Berliner Revolverblatt B.Z. in seiner sonntäglichen 2.-Mai-Ausgabe, "Das ist Krieg!" der Berliner Kurier. Fast konnte man am Tag danach den Eindruck gewinnen, es sei alles wie immer gewesen. Wer aber am Abend des mythischen Kreuzberger Kampftages einen Blick in die langen Gesichter der AktivistInnen und Angereisten geworfen hat, weiß, dass das nicht der Fall war. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sieht gar das "Ritual der Gewalt" erstmals durchbrochen.

Dabei hatte alles so vielversprechend begonnen: Schon Wochen vor dem großen Tag waren die lokalen Zeitungen voll mit Berichten über das "neue Selbstbewusstsein" der Berliner linken Szene. Seit der Großdemonstration gegen Sozialabbau am 3. April wurde täglich über die anstehenden Aktivitäten berichtet, die Presseerklärungen der beteiligten Gruppen, vor allem des neu gegründeten Bündnisses Berliner linker Gruppen ACT!, ausführlich zitiert. (1)

Dass am 1. Mai selbst dann statt der angekündigten und von vielen wohl auch erwarteten 20.000 nur knapp 5.000 Menschen zur revolutionären 16-Uhr-Demo, die erstmalig vom Potsdamer Platz aus starten konnte, gekommen waren und auch die abendlichen Ausschreitungen in Kreuzberg weit hinter den Erwartungen zurück blieben, muss also als Scheitern der Mai-Mobilisierung gewertet werden. Allein die gut besuchte Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Lichtenberg und Friedrichshain am Vormittag sowie die erfolgreichen Blockadeaktionen, die die über 2.000 angereisten Nazis nach mehrstündiger Wartezeit schließlich zum Umkehren zwangen, stechen aus dem Tagegeschehen positiv hervor.

Bis 16 Uhr lief alles gut

Wie erklären sich nun die Stimmung im Vorfeld und die letztendlich gescheiterte Mobilisierung? Zeichnet sich gar die von Innensenator Körting erkannte Trendwende ab? Dass die Kampagne im Vorfeld auf so außergewöhnliche Resonanz gestoßen ist, liegt wohl an einer Reihe glücklicher Umstände. Zum einen war der linke Terminplan in der Hauptstadt nach der 3.-April-Demo so voll wie selten: Die Aktionswoche der HausbesetzerInnen- und Bauwagenszene wurde direkt abgelöst von der Mai-Steine-Kampagne, die es in der zweiten Aprilhälfte immerhin auf knapp 20 Aktionen gebracht hat. Zum zweiten hat das ACT!-Bündnis in der 1.-Mai-Mobilisierung und in den Aktionen im Vorfeld ein erstes großes gemeinsames Betätigungsfeld gefunden, dem sich auch andere linke Gruppen angeschlossen haben.

Hinzu kommt, dass in Zeiten sich langsam formierenden Protests gegen Sozialabbau und der politischen Selbstdemontage der bundesdeutschen Sozialdemokratie offenbar ein gewisses mediales Interesse daran besteht, was sich am links-aktionistischen Rand des politischen Spektrums tut.

Doch das allein führt ganz offensichtlich nicht zu über das enge Szene-Spektrum hinaus gehenden Mobilisierungserfolgen. Mag sein, dass der Pressehype bei manchen Mai-AktivistInnen zur Überschätzung der eigenen Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit geführt hat. Doch dass man die hoch gesteckten Erwartungen möglicherweise nicht würde erfüllen können, zeichnete sich schon im Verlauf der Mai-Steine-Kampagne ab. So sympathisch und kreativ manche der Aktionen waren - beispielhaft wären das kostenlose Festbankett auf dem Hermannplatz oder die "Tour de luxe" zu fünf Berliner Nobelhotels zu nennen -, gekommen ist doch nur der kleine Kreis von Leuten, der ohnehin mobilisierbar ist. Die angestrebte "Repolitisierung" des 1. Mai hat sich auf die linke Szene der Stadt beschränkt. Weder wurden Protestformen erprobt, die für den alltäglichen Gebrauch von Nutzen sind - und das obwohl die angeschnittenen Themen, wie die Verteuerung der Lebensverhältnisse, Schikanen auf den Ämtern oder Preiserhöhungen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, durchaus Alltagsprobleme aufgegriffen haben. Noch gelang in der Form der Aktionen ein Brückenschlag in ein breiteres politisches Spektrum.

Die abendliche Demonstration, eigentlich Höhepunkt der jährlichen 1.-Mai-Aktivitäten, bot denn auch einen traurigen Anblick: Knapp 5.000 Menschen, die lust- und fantasielos von Mitte nach Kreuzberg marschierten, wo das vom Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain und den Gewerbetreibenden der Oranienstraße organisierte "Myfest" die einschlägigen Straßenzüge in Beschlag genommen hatte.

Im Gegensatz dazu können die VeranstalterInnen des Festes in Kreuzberg mit dem klug gewählten Namen "Myfest" zufrieden sein. Bis zu 30.000 Menschen tummelten sich zwischen Oranienplatz und Görlitzer Bahnhof bzw. Mariannenplatz und Kottbusser Tor. Nach dem Motto "Solange die Jugendlichen beschäftigt sind, gibt es keine Gewalt", sollte mit Streetball, Graffiti- und Rapwettbewerben Ausschreitungen entgegengewirkt werden - und das mit einigem Erfolg. Dass es dann gegen 20 Uhr dennoch losging, steht dazu nicht im Widerspruch.

Zufrieden zeigten sich auch der Berliner Polizeipräsident, der Innensenator und PolitikerInnen der Senats- wie auch der Oppositionsparteien - auch das ein Novum. Dass es nicht zu Ausschreitungen kommen würde, damit hatte niemand gerechnet. Aber man sieht sich auf einem guten Weg, gelang es doch durch ein auf das "Myfest" abgestimmtes Polizeikonzept, das "Ritual der Gewalt" beinahe ins Leere laufen zu lassen bzw. klein zu halten. Die Bullen tauchten erst auf, als die ersten Steine flogen - und griffen dann gezielt zu. Statt knüppelschwingender Hundertschaften prägten dieses Mal Zivis, Dokutrupps und spezielle Zugriffkommandos das Geschehen. Vervollständigt wurde das Konzept durch kurz vor dem 1. Mai ausgesprochene drakonische Haftstrafen gegen Steinewerfer vom letzten Mal und die Ankündigung, man werde Zusammenrottungen von potenziellen Gewalttätern schon im Vorfeld polizeilich begleiten. Die Botschaft war eindeutig: divide et impera (dt. teile und herrsche). Das Konzept ging in weiten Teilen auf: Das Fest der "AnwohnerInnen" wurde angenommen - auch von Teilen der migrantischen Communities; zwar war dieses Jahr noch keine feindselige Haltung der FestbesucherInnen gegenüber den Ausschreitungen zu verzeichnen, aber einer zumindest passiven Solidarisierung - wie sie seit Jahren stattfindet - könnte durch das Fest durchaus zukünftig der Boden entzogen werden.

Lange Gesichter am Abend

Für die Berliner Linke stellt sich also die Frage, wie sie auf diese Entwicklung reagiert. Das "Myfest" trägt in sich alle Potenziale, um im Laufe der Zeit immer stärker kommerzialisiert zu werden. Vor diesem Hintergrund könnte es sich als fatal erweisen, dass die autonome Szene vor zwei Jahren so schroff auf die Initiative des so genannten Personenbündnisses um Peter Grottian reagiert hat, das sich für eine primär politische Gestaltung des Straßenfestes unter Einbeziehung der radikalen Linken ausgesprochen hatte.

Bleibt zu hoffen, dass der Schwung aus dem April nicht ganz verpufft. Dann könnte die Ernüchterung des 1. Mai dazu führen, dass über alltagstaugliche (stadt)politische Interventionsmöglichkeiten nachgedacht wird.

pp, mb.

Anmerkung:

1) Wer einen Endruck vom Umfang der diesjährigen Aktivitäten und der Berichterstattung darüber gewinnen möchte, sei auf die Kampagnenseite www.mai-steine.de verwiesen.

41. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak484/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:484:42

Wie eignet man sich eine Zeitung an? Vielleicht indem man zunächst das Editorial liest, in der Erwartung, darin irgend etwas Spannendes, Bedenkenswertes oder zu Kritisierendes entdecken zu können? In der Hoffnung, dass unsere LeserInnen sich diesen Text zuerst zu Gemüte führen, jubeln wir euch gleich zu Beginn noch einen Veranstaltungshinweis unter: "Das Ende der Bescheidenheit" steht kurz bevor, so zumindest lautet der Titel des diesjährigen BUKOs zum Thema Aneignung. Er findet dieses Jahr vom 20.-23. Mai in Kassel statt; analysiert, diskutiert und gestritten werden soll zu den Themenkomplexen "Arbeit und Soziale Reproduktion", "Privatisierung" und als dritter Block "Soziale Rechte, Recht auf Legalisierung". Das Beste ist: ak und Fantômas sind Mitveranstalter, und wir bieten eine AG mit dem Titel "Staat, Autonomie, soziale Rechte und der Prozess der Sozialforen" an. Kommt also zahlreich ... Das genaue Programm kann unter www.buko.info eingesehen werden.

Wer noch das letzte Editorial erinnert, lechzt bestimmt nach einer Auflösung: Der Berliner Senat ließ das ihm zum ersten Mai 2004 gestellte Ultimatum "Her mit einem sozialen Zentrum" des linken Bündnisses ACT! achtlos verstreichen. Nach wie vor ist kein Zentrum in Sicht, und auch sonst konnte der 1.Mai nicht unbedingt alle Erwartungen erfüllen, wie in dieser Ausgabe nachzulesen ist.

Ein anderes Ereignis rund um jenes symbolträchtige Datum nimmt allerdings einen größeren Platz in ak ein: Unser Schwerpunkt widmet sich dem Thema EU-Osterweiterung. Zwei lange Texte, die aber das Lesen lohnen (versprochen!), gehen auf die Einbindung des Ostens in den neoliberalen Markt und die machtpolitischen Verwerfungen innerhalb des EU-Projektes ein.

Auf Grund des Feiertages Himmelfahrt erscheint diese Ausgabe früher als gewohnt. Statt an einem Montag fing unsere Produktionswoche im Mai ausnahmsweise schon am Samstag an. Das hat einzelne RedakteurInnen arg aus dem Konzept gebracht , so waren wirre Fragen, wie: "Donnerstag ist doch jetzt Samstag, oder?" keine Seltenheit, nur mit Zuhilfenahme des Kalenders konnten diese Verwirrungen aufgelöst werden.

Last but not least, ein weiterer Hinweis in eigener Sache: die neue Fantômas liegt jetzt druckfrisch in einschlägigen Buchläden und Verkaufsstellen aus und wartet darauf, angeeignet (leider gegen eine "Umverteilungssteuer" von 4,50 Euro) und einverleibt (hoffentlich mit Genuss) zu werden. Inhaltlich dreht sich alles um "Staat und Autonomie". Als kleines Extra bekommen Fantômas-LeserInnen einen ungewöhnlichen Reisepass zur Ansicht in die Hand gedrückt. Ausgestellt vom Künstler Bernhard Eberle sind die Pässe mit Garantie in keinem Land gültig, dennoch haben sie einen hohen Gebrauchswert: Noch nie war es so leicht, sich symbolisch in eine Nation einzukaufen. Wie ihr an das wertvolle Stück Papier im Original kommt, ist in der Fantômas nachzulesen. Jede Menge Lesestoff also diesen Monat von unserer Seite. Viel Spaß damit wünscht

die ak-Redaktion